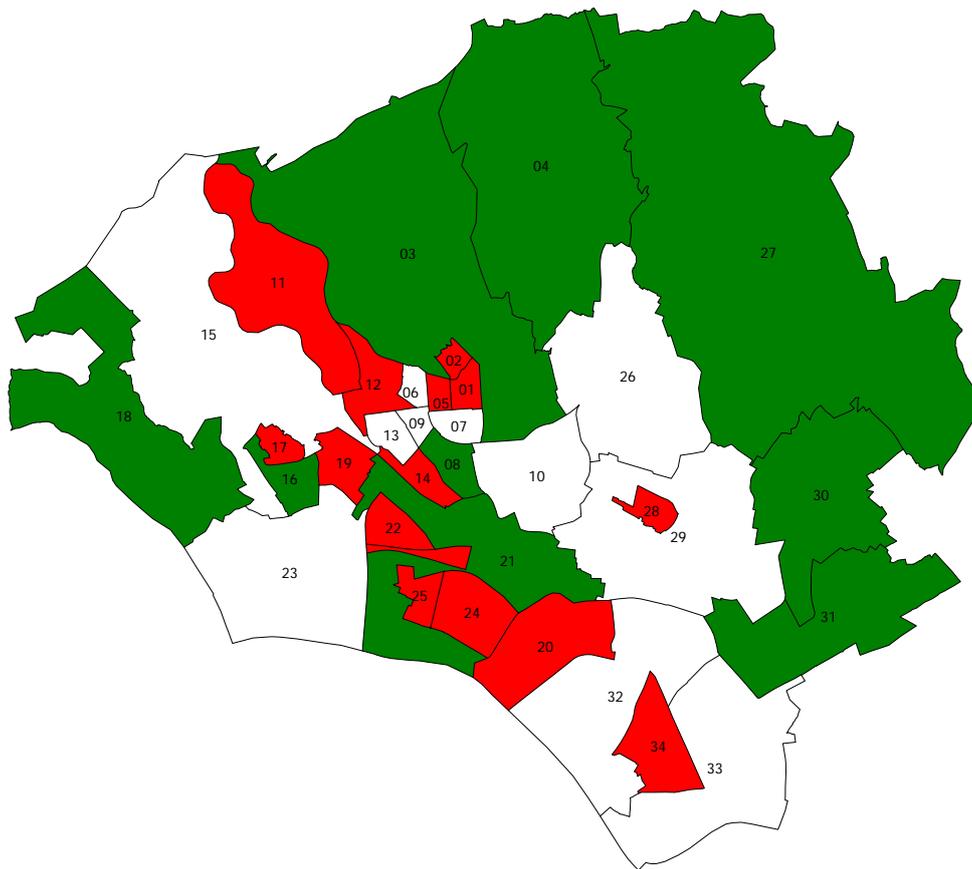


# Wiesbadener Sozialraumanalyse

Entwicklung der sozialen Bedarfslage  
in den Stadtteilen



  
WIESBADEN



Amt für Soziale Arbeit

**Autorenschaft:**

Andrea Schobes, Heiner Brülle

**Impressum:**

Herausgeber:

Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

**Amt für Soziale Arbeit**

Abteilung Grundsatz und Planung

Konradinallee 11 | 65189 Wiesbaden

Tel.: +49 (0) 611 - 31 35 97 | Fax.: +49 (0) 611 - 31 39 51

E-Mail: [sozialplanung@wiesbaden.de](mailto:sozialplanung@wiesbaden.de)

Druck: Druck-Center der Landeshauptstadt Wiesbaden

Auflage: 300 Stück

Download: <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung/content/soz-entwicklungsplanung.php>



Amt für Soziale Arbeit

„Soziale Ungleichheit in der Stadt spiegelt sich seit je in einer ungleichen Verteilung der Bevölkerung auf Quartiere mit unterschiedlichen Wohn- und Lebensqualitäten. Diese sozialräumliche Ungleichheit kann sich (...) verschärfen und damit selbst zur Ursache weiterer Benachteiligung werden.“

Häußermann, Hartmut, Kappahn, Andreas, 2004: An den Rändern der Städte, Frankfurt/Main, S. 212

## Vorwort



Die Wiesbadener Sozialraumanalyse, die in dieser Form zum ersten Mal vorgelegt wird, ist ein weiteres Element der seit vielen Jahren in Wiesbaden existierenden Praxis der kleinräumigen Sozialberichterstattung. Diese begann bereits 1976 mit dem „Jugendbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden“ und wurde mit regelmäßig erscheinenden und immer umfangreicheren Sozialatlanten fortgeführt.

Die sozialräumliche Berichterstattung dient der Politik und den Fach- und Führungskräften der Sozialen Arbeit in Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe und Sozialverwaltung als Informations- und Entscheidungsgrundlage.

Neben dem Sozialatlas, der eine umfangreiche Datensammlung verschiedenster Sozial- und Bevölkerungsstrukturdaten auf kleinräumiger Stadtteilebene bietet, steht nun mit der Wiesbadener Sozialraumanalyse eine umfangreiche Indikatoren gestützte Analyse und Theorie geleitete Interpretation der Daten zur Verfügung.

Die Sozialraumanalyse dokumentiert wie gesellschaftliche Prozesse des sozialen Wandels und der sozio-ökonomischen Ressourcenverteilung ihren Niederschlag in der Stadt Wiesbaden und in den einzelnen Stadtteilen gefunden haben. Soziale Ungleichheit, zunehmende ethnisch kulturelle Diversität und die Pluralisierung der sozialen Lebensformen finden ihre sozialräumliche Ausprägung in den Wiesbadener Stadtteilen. Segregation, d.h. die soziale Entmischung der Stadtteile ist nicht Ursache sondern Folge des gesellschaftlichen Wandels. Soziale Segregation macht soziale Ungleichheit sichtbar. Die Sozialraumanalyse analysiert die unterschiedlichen Lebenslagen und Teilhabechancen der Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen sowie Polarisierungen und Konvergenzen zur gesamtstädtischen Entwicklung.

Die Sozialplanung generiert mit dem Konzept der „sozialen Bedarfslagen“ daraus den Status eines Stadtteils hinsichtlich der Handlungsprioritäten der sozialen Kommunalpolitik. Ergänzende Dynamikindikatoren betrachten die Veränderungen der Indikatoren im Zeitverlauf und bewerten zunehmende, stabile oder abnehmende Handlungsbedarfe.

Eine hohe Problemdichte in einzelnen Stadtteilen beeinträchtigt die Lebenschancen der Bewohnerinnen und Bewohner in allen Bereichen (Bildung, Erwerbschancen, soziale, kulturelle und politische Teilhabemöglichkeiten).

Dadurch wird das Gebot der Chancengleichheit verletzt, aber auch Potenziale für die soziale Stadtentwicklung werden eingeschränkt. Die Erreichung des wesentlichen Ziels unseres Sozialstaats und der sozialen Kommunalpolitik, allen Menschen gerechte Teilhabechancen zu eröffnen, wird durch diese Entwicklungen gefährdet.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden nutzt die aus der kleinräumigen Sozialberichterstattung des Amtes für Soziale Arbeit gewonnenen Erkenntnisse um Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen zu identifizieren. Nach dem Gleichheitsgrundsatz „Ungleiches ist ungleich zu behandeln“ wurden und werden diese Stadtteile - über die für alle Bevölkerungsgruppen in

allen Stadtteilen vorhandenen Leistungen des Sozialdezernates hinaus - vorrangig und besonders intensiv mit sozialen Diensten und Leistungen unterstützt.

So wurde seit 1977 - Modellversuch Schulsozialarbeit im Stadtteil Klarenthal - systematisch die Schulsozialarbeit als Jugendhilfeleistung an Hauptschulen, Integrierten Gesamtschulen und Förderschulen eingerichtet. Mittlerweile sind alle Schulen in Wiesbaden dieser Schulformen mit Schulsozialarbeit ausgestattet.

Die Betreuenden Grundschulen werden seit 1990 an mittlerweile 15 von 36 Grundschulen eingerichtet zu deren Einzugsgebiet Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen zählen.

Seit 2009 wurden in mittlerweile sieben Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen Kinder-ElternZentren (KiEZ) eingerichtet, die eine Vielzahl von Angeboten aus dem Fundus der zielgruppen-orientierten Elternbildung zu den Themen Kindererziehung, Stärkung der Elternkompetenz und Treff- und Austauschmöglichkeiten für Familien bieten.

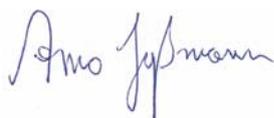
Soziale Stadtprojekte im Inneren Westend (ab 1999) und in Biebrich-Südost (2000) haben zur Stabilisierung des sozialen Gefüges durch bauliche und soziale Investitionen in diesen Stadtteilen beigetragen und so ein weiteres Abrutschen vermieden. 2012 konnte endlich auch das Soziale Stadt*plus*-Projekt im Schelmengraben seine Arbeit aufnehmen. Dieses besteht aus dem städtebaulich orientierten Programm Soziale Stadt mit zusätzlichen Handlungsfeldern des Sozialdezernates zur Stärkung der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung. Somit profitiert nun der dritte Stadtteil in Wiesbaden, nach dem Inneren Westend und Biebrich Südost, vom Programm Soziale Stadt, das zu gleichen Teilen von Bund, Ländern und Kommunen finanziert wird.

Schließlich hat 2012 die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass sozialer Wohnungsbau mit einem Mindestanteil von 15 % der Wohnungen in Neubaumaßnahmen vertreten sein muss, um eine weitere Konzentration der Haushalte mit geringeren Einkommen in den wenigen Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus zu vermeiden.

Ich freue mich, dass unser bereits seit langem tradierter Ansatz der Fokussierung entlang sozialer Bedarfslagen nun - wenn auch zunächst in sehr bescheidenem Maße - von der hessischen Landesregierung aufgenommen wird: die besondere Lehrerzuweisung an Schulen auf Basis eines sogenannten Sozialindexes und die besondere Förderung sogenannter „Schwerpunkt-Kitas“ mit einem hohen Anteil herkunftsbenachteiligter Kinder.

Zum Schluss möchte ich einem Missverständnis vorbeugen: Aufgrund der Tatsache, dass gesamtgesellschaftliche und ökonomische Prozesse ein wesentlicher Grund für ungleiche Teilhabechancen der Menschen sind, wird es uns nicht gelingen mit Mitteln der sozialen Kommunalpolitik, die sozialräumlichen Folgen dieser Entwicklung aufzuhalten oder gar umzudrehen. Ich bin zufrieden, wenn es uns gelingt zu verhindern, dass benachteiligte Quartiere zu benachteiligenden Quartieren werden.

Die Wiesbadener Sozialraumanalyse ist ein wichtiges Instrument zur Erreichung dieser Zielsetzung des Sozialdezernates. Ich wünsche mir, dass sie bei Politik, Fachkräften und in der Stadtgesellschaft auf reges Interesse stößt und zu Diskussionen und Veränderungsprozessen im Sinne unserer sozialen Stadt Wiesbaden führt.



Arno Goßmann

Bürgermeister  
Dezernent für Umwelt und Soziales

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Lebenslagen und Verwirklichungschancen - sozialräumliche Strukturen sozialer Bedarfslagen</b>	<b>8</b>
<b>2.</b>	<b>Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage der Stadtteile</b>	<b>12</b>
2.1	Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“	12
2.2	Indikatoren zur Beschreibung der „riskanten Lebenslagen“	18
2.2.1	Prekäre Erwerbschancen	20
2.2.2	Prekäre Einkommen	22
2.2.3	Wohnen	24
2.2.4	Bildungsrisiken	26
2.2.5	Herkunftsbenachteiligung	30
2.2.6	Haushaltsformen mit Risiken	33
2.2.7	Risiken sozialer Einbindung	36
2.2.8	Gesundheitsrisiken	39
2.2.9	Politische Teilhabe	42
<b>3.</b>	<b>Soziale Bedarfslagen in den Stadtteilen</b>	<b>45</b>
3.1	Methodische Erläuterungen zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage	45
3.2	Soziale Bedarfslagen der Stadtteile im Vergleich	46
3.3	Sozialraumtypisierung in Wiesbaden zwischen 1976 und 2011	52
<b>4.</b>	<b>Sozialräumliche Entwicklungen in den Stadtteilen 2005 und 2011</b>	<b>55</b>
4.1	Indikatoren zur Bestimmung der Veränderungen in den Stadtteilen	55
4.2	Entwicklungstendenzen der Stadtteile anhand der Veränderung der Dynamikindikatoren 2011 zu 2005	59
<b>5.</b>	<b>Stadtteilbezogene Arbeit, Projekte und Angebote der kommunalen Sozialpolitik</b>	<b>66</b>
<b>6.</b>	<b>Folgerungen für die sozialräumliche Stadtentwicklung, kommunale Sozialpolitik und Praxis der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit</b>	<b>73</b>
<b>7.</b>	<b>Darstellung der sozialräumlichen Struktur und Entwicklung der 34 Stadtteile</b>	<b>75</b>
	Zentrum	76
	Bergkirchenviertel	81
	City-Ost, Nord-Ost	86

---

Sonnenberg, Rambach	91
Inneres Westend	96
Äußeres Westend	101
Adolfsallee, Luxemburgplatz	106
Dichterviertel, Biebricher Allee	111
Rheingauviertel	116
Hasengarten, Friedenstr.	121
Klarenthal	128
Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritzal	133
Europaviertel, Künstlerinnenviertel	138
Dostojewski-, Waldstr.	143
Dotzheim-alt, Kohlheck	148
Siedlungen Dotzheim	153
Schelmengraben	158
Frauenstein	164
Sauerland, Belzbachtal	169
Amöneburg	174
Biebrich-Siedlungen	179
Gräselberg	184
Schierstein	189
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	194
Parkfeld, Rosenfeld	199
Bierstadt	204
Nordöstliche Vororte	209
Erbenheim-Hochfeld	214
Erbenheim (ohne Hochfeld)	219
Nordenstadt	224
Delkenheim	229
Kastel-alt	234
Kostheim-alt	239
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	244
<b>Anhang</b>	<b>250</b>
Abbildungen 40 - 45	

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Übersicht Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“	13
Abb. 2	Karte Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	14
Abb. 3	Karte Anteil Arbeitslose im SGB II und III im Alter von 18-64 Jahren	15
Abb. 4	Karte Anteil junger Menschen (0-20 Jahre) mit Hilfen zur Erziehung	16
Abb. 5	Karte Anteil der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau	17
Abb. 6	Übersicht Indikatoren zur Beschreibung der „riskanten Lebenslagen“	19
Abb. 7	Karte Anteil der Personen über 25 Jahre im SGB II ohne Berufsabschluss	20
Abb. 8	Karte Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Alter von 18 - 64 Jahren im SGB II	21
Abb. 9	Karte Anteil der Haushalte mit Überschuldungsmerkmalen	23
Abb. 10	Karte Anteil der Haushalte im Wohngeldbezug	24
Abb. 11	Karte Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil gemäß der Richtwerte des sozialen Wohnungsbaus	25
Abb. 12	Karte Anteil der einzuschulenden Kinder mit unzureichenden Sprachkompetenzen	27
Abb. 13	Karte Anteil einzuschulender Kinder mit unzureichendem Kindertagesstättenbesuch	28
Abb. 14	Karte Anteil der Schülerinnen und Schüler mit dem Risiko für einen niedrigen Schulabschluss	29
Abb. 15	Karte Anteil Kinder unter 15 Jahren mit SGB II	31
Abb. 16	Karte Anteil der einzuschulenden Kinder mit anderer Familiensprache als „Deutsch“	33
Abb. 17	Karte Anteil der Alleinerziehendenhaushalte	34
Abb. 18	Karte Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern	35
Abb. 19	Karte Anteil der über 75-Jährigen in Ein-Personen-Haushalten	36
Abb. 20	Karte Anteil der Erwachsenen mit Wohndauer unter 10 Jahren an der aktuellen Adresse	37
Abb. 21	Karte Anteil Personen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit	38
Abb. 22	Karte Rate vorzeitiger Todesfälle (2007 bis 2011)	40
Abb. 23	Karte Anteil der einzuschulenden Kinder mit Übergewicht	41
Abb. 24	Karte Anteil Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009	43
Abb. 25	Karte Anteil der Nicht-Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009	44
Abb. 26	Soziale Bedarfslagen 2011- Neun Felder Schema	46
Abb. 27	Karte Soziale Bedarfslage 2011	49
Abb. 28	Polarisierung der Stadtteile nach sozialen Bedarfslagen (alle Indikatoren) 2011	50
Abb. 29	Verteilung der Bevölkerung auf Kategorien der sozialen Bedarfslage 2011	50
Abb. 30	Sozialraumtypisierung im Jugendbericht 1976	52
Abb. 31	Synopse der Sozialraumtypisierung 1995 - 2012	53
Abb. 32	Übersicht Dynamikindikatoren	56
Abb. 33	Veränderung der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „administrative Intervention“ 2011 zu 2005	57
Abb. 34	Veränderungen der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „riskante Lebenslagen“ 2011 zu 2005	58
Abb. 35	Entwicklung der Veränderungen in den Stadtteilen 2011 zu 2005 nach Bedarfslage und Entwicklungskategorie	59
Abb. 36	Polarisierung der Stadtteile anhand der Entwicklung der Dynamikindikatoren 2005 und 2011	65
Abb. 37	Sozial-Infrastrukturelle Ausstattung der Stadtteile für die Zielgruppe „Kinder, Jugend, Familie“ (Stand: 31.12.2012)	66
Abb. 38	Definition Versorgungsziele und Grad der Zielerreichung in der Kindertagesbetreuung	68
Abb. 39	Sozial-Infrastrukturelle Angebote für ältere Menschen und der Stadtteilarbeit, institutionalisierte soziale Vernetzung der Sozialen Arbeit, sowie besondere städtebauliche Programme (Stand 31.12.2012)	70
Abb. 40	Entwicklungen der Stadtteile in den einzelnen Dynamikindikatoren und Kategorisierung nach Entwicklungstendenz	251
Abb. 41	Reihenfolge der Stadtteile nach den Indikatoren der sozialen Bedarfslage	254
Abb. 42	Datenquellen des Indikatorensets „administrative Intervention“	255
Abb. 43	Datenquellen des Indikatorensets „riskante Lebenslagen“	256

Abb. 44	Datenquellen der Dynamikindikatoren	258
Abb. 45	Datenquellen der Schaubilder und Tabellen in den Einzeldarstellungen der Stadtteile	259

## 1. Lebenslagen und Verwirklichungschancen - sozialräumliche Strukturen sozialer Bedarfslagen

Die Sozialberichterstattung und soziologische Sozialindikatorenforschung verwendet in der Regel den Lebenslageansatz um Sozialstrukturen und Lebensführung der Menschen zu analysieren. Weisser<sup>1</sup> definiert die Lebenslage eines Menschen als den Handlungsspielraum, den die äußeren Umstände einem Menschen oder einer Gruppe von Menschen nachhaltig für die Befriedigung der Interessen bieten, die den Sinn des Lebens (Grundanliegen) bestimmen. Armut wird in diesem Sinne definiert als „...Lebenslagen mit der Eigenschaft, dass Mengen an knappen Gütern, die zum sozialen Existenzminimum benötigt werden, nicht im vollem Umfang zur Verfügung stehen“.

Der Lebenslageansatz beinhaltet ein multidimensionales Vorgehen. Die Lebenslage einer Person umfasst eine Vielzahl von Dimensionen, die für Anzahl und Qualität der Handlungsoptionen bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen wichtig sind. Allmendinger und Hinz<sup>2</sup> empfehlen drei relevante Analysedimensionen

- die materielle Lebenslage: materiell-ökonomische Ressourcen wie Einkommen, Arbeit/Beruf, (Aus)Bildung, Vermögen und Wohnen,
- soziale Lebensformen und soziale Versorgung: individuelle Lebenslagen wie Familien-/Haushaltsform, Bildungsteilhabe, Gesundheit, soziale Beziehungen und Netzwerkressourcen,
- die gesellschaftliche Beteiligung als Ausmaß der Nutzung gesellschaftlicher Angebote im kulturellen, sozialen und politischen Bereich

sowie die personalen Merkmale wie Geschlecht, Alter, Nationalität.

In den letzten Jahren wurde insbesondere die stark normative und wenig subjektorientierte Ausrichtung des Lebenslageansatzes kritisiert. Um die Fragen eines Maßstabs der Gleichheit oder Ungleichheit in einer Gesellschaft zu beantworten bietet sich das Konzept der Verwirklichungschancen - der sogenannte Capability Ansatz von Amartya Sen<sup>3</sup> - an. So hat die Bundesregierung im 3. Armuts- und Reichtumsbericht Armut als „Mangel an Verwirklichungschancen“ und Reichtum als „sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen“ definiert. „Ziel sozialstaatlichen Handelns ist es, Ungleichheiten bereits bei den zu Verfügung stehenden Chancen zu reduzieren.“<sup>4</sup>

Die Bundesregierung hat zu Recht unterstellt, dass sich der Lebenslageansatz mit dem Konzept des Verwirklichungsansatzes verbinden lässt. „Jedoch ist beiden Ansätzen auch gemeinsam, dass eine für politische Akteure handhabbare konzeptionelle Integration und Operationalisierung noch nicht gelungen ist.“<sup>5</sup>

Im Gegensatz zu der Armuts- und Reichtumsberichterstattung geht es in der vorliegenden Sozialraumanalyse nicht allgemein um die ungleichen Lebenslagen und Verwirklichungschancen der Menschen sondern um deren sozialräumliche Verteilung über die Wiesbadener Stadtteile. Soziale Ungleichheit - sei es in Form der Lebenslagen oder der Teilhabe- und Verwirklichungschancen - drückt sich in einer ungleichen Verteilung der Bevölkerung auf die Stadtteile aus, die je unterschiedliche Wohn- und Lebensqualitäten haben. Gegenstand der Sozialraumanalyse sind nicht die sozialen Lagen und Verwirklichungschancen der einzelnen

<sup>1</sup> Weisser, G. 1956: Wirtschaft, in: Ziegenfuß: Handbuch der Soziologie. Stuttgart, S. 987

<sup>2</sup> Allmendinger, J./ Hinz, T. 1998: Der Lebenslageansatz, in: Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998. München ; S. 15 -27

<sup>3</sup> Sen, A. 2000: Ökonomie für den Menschen, Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München

<sup>4</sup> Bundesregierung 3. Armuts- und Reichtumsbericht 2008 zitiert nach: Bartelheimer, P. 2009: Verwirklichungschancen als Maßstab lokaler Sozialpolitik? In: Sozialer Fortschritt 2-3/2009, S. 50

<sup>5</sup> Barthelheimer, P., ebenda, S. 51

Menschen sondern die räumlichen Strukturen, die selbst Teil der Lebenslagen und Verwirklichungschancen der Stadtteilbevölkerung sind.

### **Zur Bedeutung des sozialräumlichen Umfeldes<sup>6</sup>**

Der soziale Raum eines Stadtteils bietet eine spezifische soziale Infrastruktur und damit einen sozialen Rahmen für Lebensführung der Menschen.

Die physisch geografische Umwelt, die konkreten Wohn- und Wohnumfeldbedingungen und die verfügbaren Arbeits-, Interaktions- und Lernorte (Arbeitsstätten, Geschäfte, Gastronomie, Bildungseinrichtungen, Vereine, Verkehrskreise) bilden die soziale Infrastruktur für die individuelle Lebensführung eines jeden Menschen.

Die im sozialen Raum erlebten Interaktions- und Kommunikationsformen, die gelebten sozialen Normen, Werte und Kulturen sowie die Art und Weise der sozialer Kontrolle und allgemein die Fähigkeiten der anderen Menschen sind Teil des sozialen Rahmens, in denen Individuen und soziale Gruppen entscheiden, handeln und sich verhalten.

Unterschiedlich ausgestattete Stadtteile mit unterschiedlichen sozialstrukturell bzw. soziokulturell geschichteten Bevölkerungsstrukturen beeinflussen die Lebenschancen und Unterstützungsbedarfe ihrer Bevölkerung.

### **Unsere Städte sind sozial gespalten**

Segregation bezeichnet die ungleiche Verteilung von Bevölkerungsgruppen über Stadtteile. Segregation ist die räumliche Auswirkung der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft, die insbesondere über Einkommen, Teilhabe am Erwerbsleben, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, Haushaltsformen oder Altersgruppen Bedeutung erhält. Soziale Segregation macht soziale Ungleichheit sichtbar.

Die wesentlichen Ursachen der Segregation sind auf der einen Seite die Boden- bzw. die Mietpreise, die im Gefolge der sozialräumlichen Spezialisierungsprozesse der Bodennutzung und den damit verbundenen besonderen Gunst- und Ungunslagen im Stadtgebiet entstehen. Daneben können auf der Angebotsseite auch die spezifischen Strukturen des Wohnungsangebotes (z. B. Bauweise, Eigentumsform und Wohnungsgröße) und die soziale Diskriminierung bestimmter Nachfrager (z. B. kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Eingewanderte aus bestimmten Kulturkreisen oder Empfänger von sozialen Transferleistungen) Segregation fördern.

Auf der anderen Seite ist in erster Linie im Gefolge der sozialen Ungleichheit das verfügbare Einkommen von Bedeutung. Wirksam sind jedoch auch Merkmale wie die Zugehörigkeit zu diskriminierten sozialen Gruppen, fehlender Marktzugang, die spezifischen Bedürfnisse und Präferenzen hinsichtlich der Stellung im Familienzyklus oder des persönlichen Lebensstils sowie die symbolische Bedeutung des Wohngebiets und dessen Image (gute Adresse - schlechte Adresse), die die Auswahlchancen und Auswahlentscheidungen der Zu- und Fortziehenden beeinflussen.

Empirisch zeigt sich in deutschen Städten die räumliche Abgrenzung der sozialen Oberschicht, die auf angemessene Nachbarschaft nicht zuletzt als Mittel der Distinktion Wert legt und diese über die Immobilienpreise auch gewährleisten kann. Die Segregation der höheren sozialen Schichten ist tatsächlich größer als die der Armen oder der Migrantinnen und Migranten. So ist in deutschen Städten nicht selten die „Parallelgesellschaft des Villenviertels“ anzutreffen.

<sup>6</sup> Die folgenden Abschnitte sind zum Teil wortgleiche Auszüge aus: Brülle, H. 2012: Eine soziale Spaltung der Städte droht! Anforderungen an eine sozialraumsensible Landespolitik. Nr. 3 der Reihe Standpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Hessen.

In der politischen Öffentlichkeit wird dagegen mit dem Phänomen Segregation in der Regel die räumliche Besonderung von ethnischen Minderheiten und sozialen Unterschichten thematisiert. Empirisch sind sogenannte ethnisch homogene „Parallelgesellschaften“ in deutschen Städten nicht nachweisbar. In Wiesbaden<sup>7</sup> ist wie in vielen deutschen Großstädten die Segregation der Migrantinnen und Migranten in den letzten Jahren rückläufig.

Deutlich stärker dagegen ist eine Segregation der sozialen Schichten erkennbar. „Die Städte sind eher sozial als ethnisch gespalten“.<sup>8</sup> Aktuell wird dies durch eine zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung ebenso wie über die Aufwertung (Gentrifizierung) von attraktiven Innenstadtquartieren weiter verschärft.

Sehr hohe Anteile von Bewohnern mit sozialen Problemen können das soziale Gefüge und die wichtige informelle soziale Kontrolle eines Wohnquartiers oder einer Nachbarschaft überfordern. „Die räumliche Konzentration von Armut, Arbeitslosigkeit und geringem Bildungsniveau schafft Sozialisationsbedingungen, die die Kinder und Jugendlichen über die individuelle Soziallage hinaus zusätzlich benachteiligen. ... Amerikanische Studien über Effekte in sozial und ethnisch segregierten im Vergleich zu gemischten Schulen zeigen, dass schulischer Erfolg sogar mehr davon abhängt, aus welchen Elternhäusern die Mitschüler/-innen kommen als vom eigenen Elternhaus.“<sup>9</sup>

Die soziale Konzentration benachteiligter Gruppen ist in den Schulen und Kindertagesstätten der benachteiligten Stadtteile nicht selten noch höher als in den Stadtteilen selbst, da aufstiegs- und bildungsorientierte Familien versuchen, die Bildungseinrichtung für ihre Kinder zu wechseln, um deren Bildungschancen zu verbessern. Wiesbadener Analysen zur Armut von Kindern bestätigen diese schwierige Konzentration benachteiligter Gruppen. So besuchen 58 % der armen Kinder Kindertagesstätten, in denen „Armut der Normalzustand ist“ oder zumindest deutlich „überdurchschnittliche Armutsanteile“ (> 33 %) anzutreffen sind. Ähnliche Verteilungen sind in Grundschulen zu beobachten, hier besuchten 64 % der Kinder aus Familien mit armen oder prekären Einkommenslagen Grundschulen in denen mehr als 40 % der Kinder aus armen oder prekären Lebenslagen stammen.<sup>10</sup>

Der Stadtteil in dem ein junger Mensch aufwächst, ist leider auch ein guter Anhaltspunkt für dessen Gesundheitszustand. Schularztbefunde wie Übergewicht, mangelnde Sprachkompetenzen oder lückenhafte Gesundheitsvorsorge sind im hohen Maße stadtteilabhängig. Durch diese sozialräumliche Spaltung der Städte erlangt die Segregation eine neue Qualität, „... bei der der Wohnort selbst zu einer Quelle weiterer Benachteiligung und Ungleichheit wird. Somit können in den Städten Orte der Ausgegrenzten entstehen, die auch Orte der Ausgrenzung sind.“<sup>11</sup>

Soziale Segregation hat weiterhin Auswirkungen auf die Möglichkeit und die Ausübung politischer Teilhabe. Die Möglichkeit zur und die tatsächliche Beteiligung an Wahlen liegt in Stadtvierteln mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Menschen deutlich unter denen in wohlhabenderen Stadtgebieten. In einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung wird festgestellt, „dass eher die unterprivilegierteren Bevölkerungsschichten zur Wahlenthaltung tendieren als die Wähler/innen aus mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft. Bedenkt man zusätzlich, dass Bürger mit hoher Bildung, gesichertem Einkommen und beruflichen Netzwerken ohnehin bessere Möglichkeiten zur eigenen Interessenvertretung haben, verschärft die sozial

<sup>7</sup> Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2013: Integrationsmonitoring 2013. Wiesbaden

<sup>8</sup> Friedrichs, J./Triener, S. 2008: Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden, S. 117

<sup>9</sup> Baur, Chr./Häußermann, H.: Ethnische Segregation in deutschen Schulen, in Leviathan 2009 Jg. 37. S. 353-366

<sup>10</sup> Amt für Soziale Arbeit 2010: Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden. Beiträge zur Sozialplanung Nr. 31

<sup>11</sup> Häußermann, H./Läpple, D./Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt/M., S. 198

unterschiedliche Wahlbeteiligung die Schieflage in der politischen Repräsentanz weiter. Eine niedrige Wahlbeteiligung führt somit auch zu mehr sozialer Ungerechtigkeit<sup>12</sup>. In Wiesbaden bestätigen sich diese Aussagen; so lag bei der Bundestagswahl 2013 in den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen die Wahlbeteiligung zwischen 44,3% und 69,7%, in denen mit niedrigen sozialen Bedarfslagen zwischen 71,9% und 81,1%.

Segregation hinsichtlich der Merkmale Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsangehörigkeit wird dagegen deutlich überschätzt; auch ethnisch homogene Wohnviertel sind keine Realität in bundesdeutschen Großstädten. Angesichts der Tatsache, dass ein Drittel aller Wiesbadener über eine Migrationsgeschichte verfügen und fast die Hälfte der unter 18-Jährigen ist Migration keine soziale Besonderheit in der Stadtgesellschaft. Die Segregation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist seit 2004 in Wiesbaden langsam und kontinuierlich rückläufig. 2012 lag der sogenannte Segregationsindex bei einem Viertel<sup>13</sup>, d. h. ein Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund müsste umziehen um eine völlige Gleichverteilung im Stadtgebiet zu erreichen. Aus diesem Grunde wurde bewusst auf den vermeintlichen Indikator „Migrationshintergrund“ in dieser Analyse verzichtet, da dieser keine Hinweise auf eine soziale Lage liefert. Die soziale Lage der Menschen mit Migrationshintergrund ist plural ausdifferenziert. Allein eine geografische Herkunft (u. U. auch die der Eltern und Großeltern) ist nicht geeignet ein Lebenslagenrisiko oder eine Einschränkung der Verwirklichungschancen zu beschreiben.

---

<sup>12</sup> Güllner, M. 2013: „Nichtwähler in Deutschland“, FES Berlin 2013

<sup>13</sup> Amt für Zuwanderung und Integration 2012: Integrationsbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden 2012. Wiesbaden. S. 20

## 2. Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage der Stadtteile

Die Lebenslagen und Verwirklichungschancen der Menschen in den einzelnen Stadtteilen Wiesbadens sind ebenso komplex wie sozial hoch differenziert. Sogenannte soziale Indikatoren dienen der Sozialberichterstattung als „Anzeiger für untersuchte Sachverhalte oder Eigenschaften sozialer Tatsachen und Prozesse“<sup>14</sup>.

Aus der Sicht der kommunalen Sozialverwaltung sind besonders folgende Dimensionen, die die Verwirklichungschancen der Menschen in den Stadtteilen beeinflussen, von Interesse:

- Administrative Interventionen, d. h. die Nutzung bzw. die Betroffenheit von kommunalen Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Sicherung wesentlicher Existenzgrundlagen der Lebensführung.
- Besondere Risiken für die Lebenslagen bzw. die Teilhabe- und Verwirklichungschancen.

Die einzelnen Indikatoren berichten mittels Anteils- oder Dichtewerte d. h. in Prozentwerten über das Ausmaß der Betroffenheit der Stadtteilbevölkerung hinsichtlich der einzelnen sozialen Phänomene. Die Indikatoren charakterisieren immer den Stadtteil im Vergleich zum gesamtstädtischen Durchschnittswert und zu den anderen Stadtteilen.

### 2.1 Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“

Die Indikatoren zur Beschreibung der „administrative Interventionen“ geben Auskunft darüber in welchem Ausmaß die Bevölkerung in den Stadtteilen staatliche Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Sicherung der materiellen Existenz, einer ausreichenden Wohnung und zur Unterstützung bei der Bewältigung von Erziehungsaufgaben in Anspruch nimmt. Indikatoren der administrativen Intervention identifizieren Stadtteile als soziale Räume in denen es der Bevölkerung im überdurchschnittlichen Maße nicht mehr gelingt ihre Lebensführung ohne sozialstaatliche „Fürsorge“ zu bestreiten.

Das Indikatorenset ist im Vergleich zum Sozialatlas 2007 verändert worden.

Neu hinzugekommen ist der Indikator „Arbeitslosigkeitsquote“, der eine Aussage zum Grad der fehlenden Erwerbsbeteiligung ermöglicht sowie mit dem „Anteil sozialer Wohnungsbau“ ein Indikator, der einen Anhaltspunkt zur Inanspruchnahme öffentlich geförderter Wohnungen bzw. deren Vorhandensein in einem Stadtteil bietet.

Der Indikator „Kinderarmutsquote“, der im Sozialatlas 2007 noch im Bereich „administrative Intervention“ erfasst war, ist dem Indikatorenset „riskante Lebenslagen“ in der Rubrik „Herkunftsbenachteiligung“ zugeordnet.

Dies geschah zum einen um eine Doppelung mit dem Indikator „Existenzsicherungsquote“ zu vermeiden und zum anderen aus inhaltlichen Gründen. Das Aufwachsen unter Armutbedingungen stellt für Kinder und Jugendliche eine Benachteiligung dar, die sich nicht nur in unzureichenden finanziellen Ressourcen der Familie zeigt, sondern auch in nahezu allen Lebensbereichen wie z. B. Bildungsbeteiligung, Freizeitverhalten, Gesundheit auswirkt<sup>15</sup>.

<sup>14</sup> Fuchs u.a. 1988: Lexikon zur Soziologie S. 333 Stichwort Indikator

<sup>15</sup> Amt für Soziale Arbeit 2010: Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden. Beiträge zur Sozialplanung Nr. 31

**Abbildung 1: Übersicht Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“**  
(Datenquellen s. Abbildung 42 im Anhang)

	Bereich	Indikator	Kurzbeschreibung des Indikators
Administrative Intervention	Existenzsicherung	Existenzsicherungsquote	Anteil der Personen im Leistungsbezug SGB II und XII an der Gesamtbevölkerung
	Erwerbsbeteiligung (neu)	Arbeitslosigkeitsquote	Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und SGB III-Leistungsbezug im Alter von 18 bis 64 Jahren an allen Personen dieser Altersgruppe
	Erziehungshilfen	Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	Anteil der jungen Menschen im Alter von 0 bis 20 Jahren in einer Erziehungshilfemaßnahme an allen Personen dieser Altersgruppe
	Wohnen (neu)	Anteil sozialer Wohnungsbau	Anteil der Sozialwohnungen (öffentlich gefördert und noch in der Sozialbindung stehend) an allen Wohnungen

## Existenzsicherungsquote

### Beschreibung

Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung, die Leistungen gemäß SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - oder SGB XII - Sozialhilfe - beziehen.

Anspruchsberechtigt für Leistungen gemäß SGB II sind alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 15 - 65 Jahren, sowie deren Angehörige insbesondere deren Kinder, die über kein Existenz sicherndes Einkommen verfügen.

Anspruch auf Leistungen gemäß SGB XII haben Menschen die dauerhaft oder vorübergehend nicht erwerbsfähig sind, sowie Menschen über 65 Jahren, die kein Existenz sicherndes Einkommen erzielen.

### Bedeutung für den Sozialraum

Die „Existenzsicherungsquote“ ist der wesentliche Indikator zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage in einem Stadtteil. Er verweist auf den Anteil an Menschen, die ihren Lebensunterhalt ohne eine staatliche Hilfe nicht im Rahmen eines gesellschaftlich definierten Existenzminimums bestreiten können. Damit gelten die Menschen mit Leistungen gemäß SGB II und XII als arm.

Knappe ökonomische Ressourcen wirken auf Möglichkeiten der Lebensgestaltung in vielerlei Hinsicht. Handlungsspielräume hinsichtlich Ernährung, Kleidung, Konsumteilhabe, Freizeitgestaltung etc. sind beschränkt. Der Bezug von Existenzsicherungsleistungen unterwirft die Leistungsberechtigten besonderen Maßgaben der zuständigen Sozialbehörden.

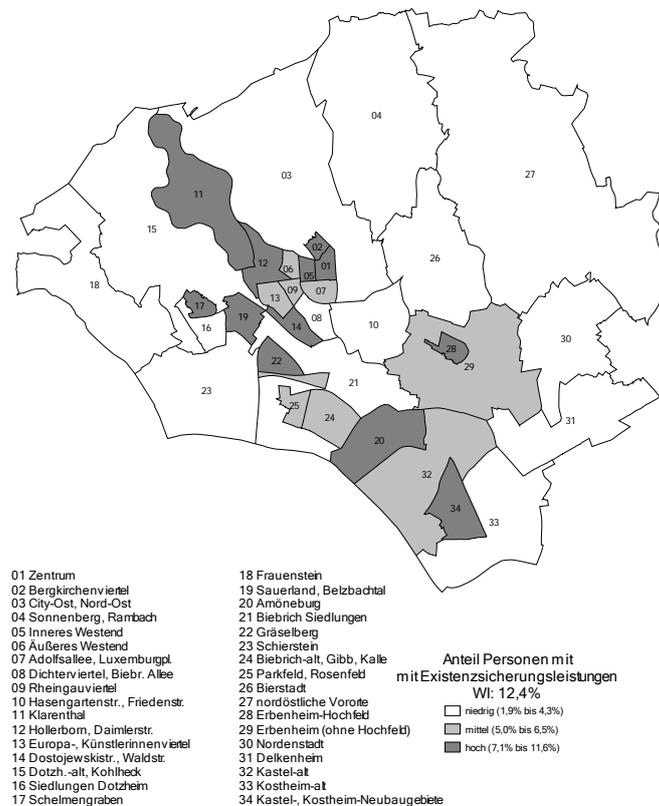
Die eingeschränkten finanziellen Ressourcen (Einkommensarmut) haben deutliche Auswirkungen auf andere Bereiche der Lebenslage wie z. B. Bildungsteilhabe, soziale und politische Teilhabe, Gesundheit und steigern die Risiken in diesen Bereichen.

Die Existenzsicherungsquote bildet überdies Risiken ab, aufgrund der ökonomischen Minimalversorgung auf weitere psycho-soziale Unterstützungsmaßnahmen angewiesen zu sein.

Abbildung 2: Karte Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)

## Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)

Stand: 31.12.2011

**Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

Die „Existenzsicherungsquote“ umfasst die Personen, die Leistungen gemäß SGB II und XII beziehen, diese also beantragt haben. Es ist von einer gewissen „Dunkelziffer“ auszugehen, d. h. dass es Personen gibt, die aufgrund ihres geringen Einkommens anspruchsberechtigt sind, aber aus unterschiedlichen Gründen keine Leistungen beantragen. In großstädtischen Kontexten wird allgemein eine geringe Dunkelziffer angenommen; aussagefähige empirische Untersuchungen liegen naturgemäß zu diesem Sachverhalt nicht vor.

**Arbeitslosigkeitsquote****Beschreibung**

Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die im Leistungsbezug gemäß SGB III (Arbeitslosengeld 1) und SGB II (Arbeitslosengeld 2) stehen an allen Personen dieser Altersgruppe.

Die „Arbeitslosigkeitsquote“ bezieht sich auf alle Personen zwischen 18 bis 64 Jahren und unterscheidet sich damit von der durch die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte Arbeitslosenquote, die Arbeitslose zu Erwerbspersonen in Beziehung setzt.

**Bedeutung für den Sozialraum**

Arbeitslosigkeit und Erwerbsausschluss stellen einen gravierenden Einschnitt in die ökonomischen, sozialen und soziokulturellen Handlungsspielräume der Menschen dar. Arbeitslosigkeit - insbesondere über längere Zeit - ist nicht nur mit erheblichen Einkommenseinschränkungen verbunden, sondern führt nicht selten zu einer Selbst- und Fremdadwertung der Kompetenzen und Fähigkeiten des Individuums. Erzwungener dauerhafter Ausschluss

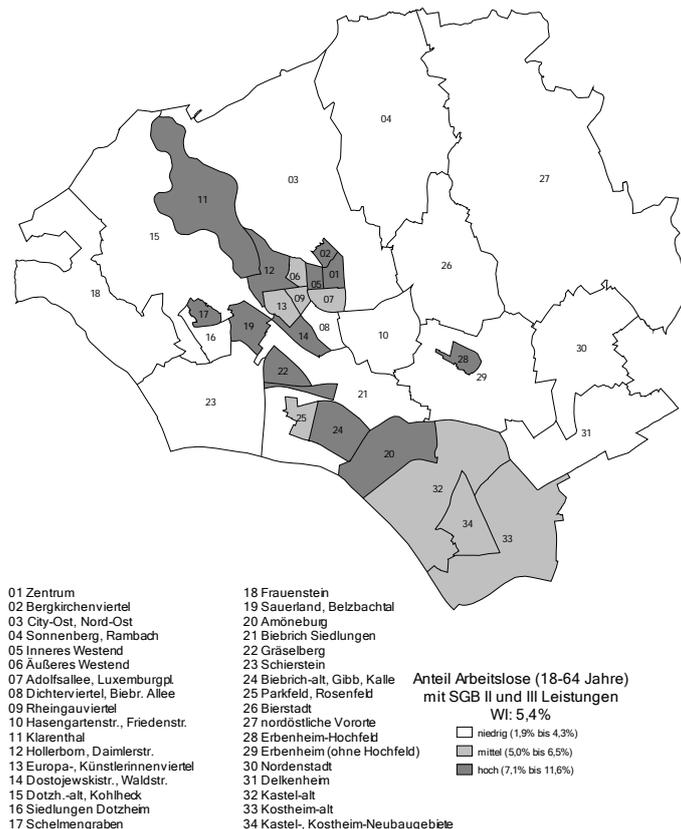
aus Erwerbsarbeit lockert häufig auch die soziale Integration in Netzwerke und Verkehrskreise und erhöht das Risiko psycho-sozialer Folgeprobleme.

Dieser Indikator gibt somit Hinweise auf Möglichkeiten und Risiken der sozialen Integration und der sozialen, kulturellen und politischen Teilhabechancen der Bevölkerung eines Stadtteils. In Wiesbaden erhalten knapp 75 % der Arbeitslosen Leistungen aus dem SGB II.

**Abbildung 3: Karte Anteil Arbeitslose im SGB II und III im Alter von 18-64 Jahren**

Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64- jährige)

Stand: 31.12.2011



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Die „Arbeitslosigkeitsquote“ umfasst die Arbeitslosen die Leistungen gemäß SGB II und III beziehen, diese also entsprechend beantragt haben. Es ist von einer vermutlich geringen „Dunkelziffer“ auszugehen, also Personen die anspruchsberechtigt wären, aber aus unterschiedlichen Gründen keine Leistungen beantragen.

### Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung

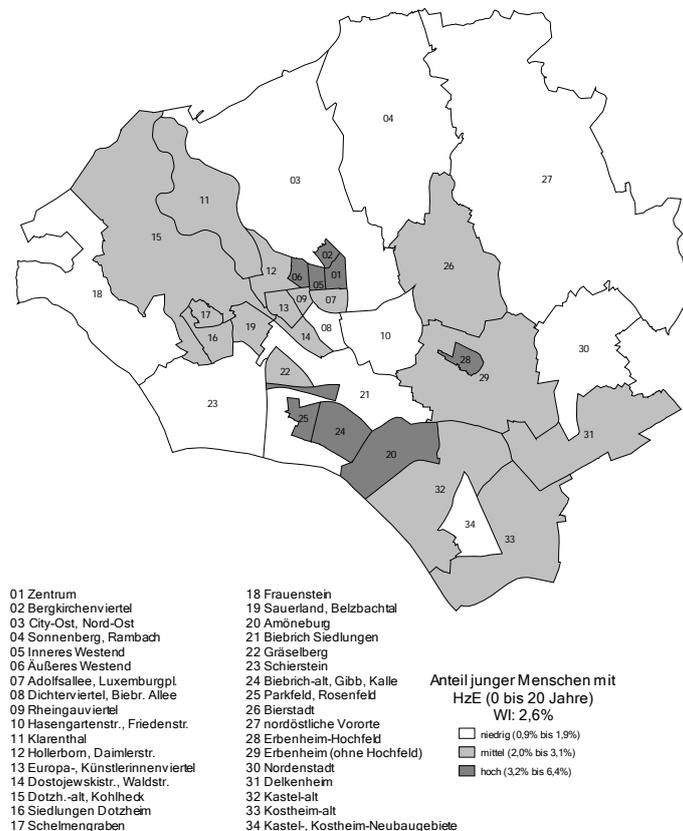
#### Beschreibung

Anteil der jungen Menschen im Alter von 0 bis 20 Jahren in einer Erziehungshilfemaßnahme an allen Personen dieser Altersgruppe.

Unter „Erziehungshilfemaßnahmen“ fallen alle Maßnahmen gemäß §§ 27 ff. SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe. Sie umfassen sowohl ambulante Maßnahmen, bei denen der junge Mensch in der Familie verbleibt, als auch stationäre Maßnahmen bei denen der junge Mensch nicht mehr in der Herkunftsfamilie lebt sowie die Maßnahme der sozialpädagogisch betreuten Berufsausbildung.

**Abbildung 4: Karte Anteil junger Menschen (0-20 Jahre) mit Hilfen zur Erziehung****Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung**

Stand: 31.12.2010

**Bedeutung für den Sozialraum**

Erziehungshilfen sind sozialpädagogische Dienstleistungen, die auf Antrag der Sorgeberechtigten bzw. der jungen Heranwachsenden bei Bedarf gewährt werden. Gleichzeitig stellen diese Maßnahmen einen deutlichen Eingriff in die Lebensführung einer Familie und der betroffenen jungen Menschen dar. Sie setzen dann ein, wenn die Herausforderungen einer adäquaten Erziehung und Versorgung der Kinder und Jugendlichen nicht mehr allein durch die Sorgeberechtigten oder allgemeine soziale Einrichtungen wie z. B. Kindertagesstätten, Bezirkssozialarbeit, Erziehungsberatung oder Schulsozialarbeit bewältigt werden können. Dieser Indikator identifiziert Stadtteile in denen sich die Schwierigkeiten und Probleme der Familien und Heranwachsenden häufen ihre Erziehungs- und Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, diese Defizite auch nicht durch Ressourcen im Sozialraum kompensiert werden können und somit eine umfassende professionelle Unterstützung nötig ist.

**Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

Da der Zugang zu Erziehungshilfemaßnahmen in der Regel auf Antrag der betroffenen Familien bzw. des jungen Heranwachsenden erfolgt, kann allein durch diesen Indikator keine vollständige Aussage über tatsächlich vorhandenen Hilfe- und Unterstützungsbedarf gegeben werden. Die Bereitschaft sich bei massiven Erziehungs- bzw. Entwicklungsproblemen an die Institution „Amt für Soziale Arbeit“ zu wenden, hängt stark von individuellen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen und Sichtweisen, aber auch der Kenntnis nichtstaatlicher Hilfemaßnahmen und die zu deren Nutzung nötigen ökonomischen Ressourcen, ab.

Bezogen auf diesen Indikator ist weiterhin anzumerken, dass - je nach Größe des Stadtteils - die Fallzahlen der betroffenen Kinder und Jugendlichen recht gering sind. Von daher können sich in der Zeitreihe recht große Schwankungen bezogen auf den Anteil an der Bevölkerung

ergeben; die absoluten Zahlen sind von daher bei Auswertung dieses Indikators immer mit zu beachten.

Durch das Verfahren der z-Transformation, (s. auch Punkt 3.1) also der Auswertung der Abweichungen der einzelnen Stadtteile zum Mittelwert, werden die prozentualen Verzerrungen relativiert.

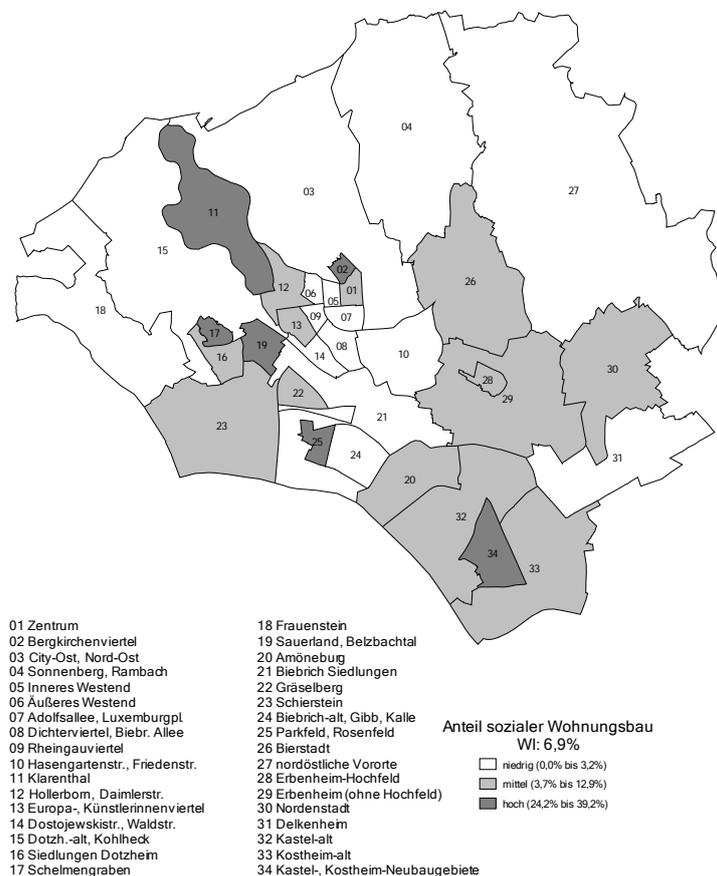
## Anteil sozialer Wohnungsbau

### Beschreibung

Anteil der Sozialwohnungen an allen Wohnungen im Stadtteil. Es wird der Anteil der Wohnungen erfasst, die mit öffentlicher Förderung gebaut wurden, deren befristete Sozialbindungen noch nicht abgelaufen sind und die bei einer Vermietung nur an Haushalte mit einer entsprechenden Berechtigung bzw. in Abstimmung mit dem Kommunalen Wohnungsservice im Amt für Soziale Arbeit vergeben werden dürfen.

Abbildung 5: Karte Anteil der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau

Anteil sozialer Wohnungsbau  
Stand: 31.12.2011



### Bedeutung für den Sozialraum

Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus werden in Wiesbaden in Abstimmung mit dem kommunalen Wohnungsservice des Amtes für Soziale Arbeit belegt. In der Regel wählen die Vermieter aus einer längeren Vorschlagsliste des kommunalen Wohnungsservice ihre Mieter aus. Anspruchsberechtigt sind Menschen, die ihren Wohnungsbedarf, aufgrund fehlender ökonomischer Ressourcen und ggf. zusätzlicher sozialer Merkmale, nicht über den freien Wohnungsmarkt decken können. Da der Anspruch auf eine Sozialbauwohnung an Einkommensgrenzen gebunden ist, gibt dieser Indikator einen Hinweis auf die Einkommensstruktur

der Bevölkerung eines Stadtteils, d.h. in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Sozialbauwohnungen lebt ein hoher Anteil an Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen.

### **Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

Der Anteil an sozialem Wohnungsbau allein kann noch keinen hinreichenden Hinweis auf einen Wohnungsbestand mit niedrigem Mietsegment geben, primär zeigt er nur den Sachverhalt an, dass ein größerer Teil der Wohnungen nach administrativen Bedarfsdefinitionen an Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen vergeben wird.

Es gibt auch Stadtteile, die sich durch ein niedriges Mietniveau auszeichnen, gleichzeitig aber nur sehr geringe Quoten von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau aufweisen. Hier handelt es sich vor allem um innerstädtische bzw. innenstadtnahe Wohnlagen, in denen viele nicht sanierte, einfach ausgestattete, nicht selten durch Verkehrsimmissionen belastete und deshalb preisgünstige Wohnungen vorhanden sind.

## **2.2 Indikatoren zur Beschreibung „riskanter Lebenslagen“**

Das Indikatorenset zur Charakterisierung „riskanter Lebenslagen“ konnte im Vergleich zum Sozialatlas 2007 deutlich erweitert werden. In Abbildung 6 sind die neu hinzu gekommenen Indikatoren entsprechend kenntlich gemacht.

Ausgehend von der Grundannahme, dass sich das Ausmaß der sozialen Teilhabechancen in nahezu allen Lebensbereichen widerspiegelt, die verschiedenen Dimensionen der Lebenslage aufeinander wirken, sich gegenseitig verstärken oder abschwächen, wurden die Indikatoren zur Messung der „riskanten Lebenslagen“ in neun Bereiche unterteilt.

Diese sollen ein möglichst facettenreiches Abbild der Lebenslagenrisiken der Menschen unter Berücksichtigung verschiedener Dimensionen vermitteln.

Mithilfe des Indikatorensets werden Stadtteile identifiziert, in denen die Bevölkerung über geringere Verwirklichungschancen zur Lebensgestaltung und zur sozialen Teilhabe verfügt. Höhere soziale Risikolagen in diesen Stadtteilen führen jedoch nicht notwendig zu sozialen Ausgrenzungen und Existenzsicherungsproblemen, allerdings machen sie höhere soziale Unterstützungs- und Förderbedarfe als in den anderen Wohngebieten wahrscheinlich.

Abbildung 6: Übersicht Indikatoren zur Beschreibung der „riskanten Lebenslagen“  
(Datenquellen s. Abbildung 43 im Anhang)

	Bereich	Indikator	Kurzbeschreibung des Indikators
Riskante Lebenslagen	Prekäre Erwerbschancen	Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen (neu)	Anteil der über 25-Jährigen ohne Berufsabschluss mit SGB II-Leistungen an allen SGB II-Beziehern der Altersgruppe
		Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen (neu)	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im SGB II-Bezug an allen 18- bis 64-Jährigen
	Prekäre Einkommen	Überschuldungsquote (neu)	Anteil Personen mit Überschuldungsmerkmal an der erwachsenen Bevölkerung
		Wohngeldquote (neu)	Anteil Haushalte mit Wohngeldbezug an allen Haushalten
	Wohnen	Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil (neu)	Abweichung der tatsächlich im Stadtteil zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus
	Bildungsrisiken	Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“ in Schuleingangsuntersuchung	Anteil der Kinder mit unzureichenden Sprachkompetenzen an allen einzuschulenden Kindern
		Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“ zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung (neu)	Anteil der Kinder mit keinem bzw. einem KT Besuch unter 18 Monaten an allen in der Schuleingangsuntersuchung untersuchten Kindern
		Anteil Risiko niedriger Schulabschluss (neu)	Anteil des Risikos nur einen niedrigen Schulabschluss zu erreichen (durch ermittelte Sek. I-Übergänge der zuständigen Grundschulen)
	Herkunftsbenachteiligung	Kinderarmutsquote	Anteil Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug an allen unter 15-Jährigen
		Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache (neu)	Anteil der Kinder in der Schuleingangsuntersuchung mit anderer Familiensprache als Deutsch
	Riskante Haushaltsformen	Alleinerziehenden-Quote	Anteil alleinerziehender Haushalte an allen Haushalten mit Kindern
		Quote „große Familien“	Anteil Haushalte mit 3 und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern
		Anteil allein lebender älterer Menschen (neu)	Anteil der ab 75- Jährigen in Einpersonenhaushalten an allen Haushalten mit Menschen ab 75 Jahren
	Soziale Einbindung	Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“ (neu)	Anteil der Erwachsenen mit einer Wohndauer unter 10 Jahren an der aktuellen Adresse an der erwachsenen Bevölkerung
		Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	Anteil der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung
	Gesundheitsrisiken	Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“ (neu)	Vorzeitige Sterblichkeit - Sterberate auf 1.000 Einwohner im Alter von 0-64 Jahren (2007-2011)
		Anteil übergewichtige Kinder (neu)	Anteil übergewichtiger oder adipöser Kinder an allen untersuchten Kindern der Schuleingangsuntersuchung
	Politische Teilhabe	Nichtwähleranteil (neu)	Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009
		Anteil der Nicht-Wahlberechtigten (neu)	Anteil der Nicht-Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009 an der erwachsenen Bevölkerung

### 2.2.1. Prekäre Erwerbschancen

In dieser Dimension der riskanten Lebenslagen sind Indikatoren erfasst, die einen Hinweis auf spezifische Verwirklichungschancen oder -risiken der erwachsenen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt geben.

#### Anteil Geringqualifizierter mit SGB II

##### Beschreibung

Anteil der Erwachsenen ab 25 Jahren, die Leistungen gemäß SGB II beziehen und keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen an allen SGB II-Beziehern der Altersgruppe

##### Bedeutung für den Sozialraum

Die Verwirklichungschancen im Erwerbsleben spielen eine wesentliche Rolle für die Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Teilhabe.

Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen, d. h. ohne eine anerkannte abgeschlossene Berufsausbildung, haben größere Schwierigkeiten eine Erwerbsarbeit zu finden, die ihnen ein auskömmliches Erwerbseinkommen sichert. Ihr Arbeitsloskeitsrisiko ist sehr viel höher als das der Menschen mit einer Berufsausbildung. Arbeitsplätze für Geringqualifizierte sind zum einen seit Jahren in der Anzahl sinkend, zum anderen sind die noch vorhandenen Stellen aufgrund der niedrigeren Wertschöpfung geringer entlohnt, sodass ein nachhaltiges Existenz sicherndes Einkommen häufig nicht erzielt werden kann.

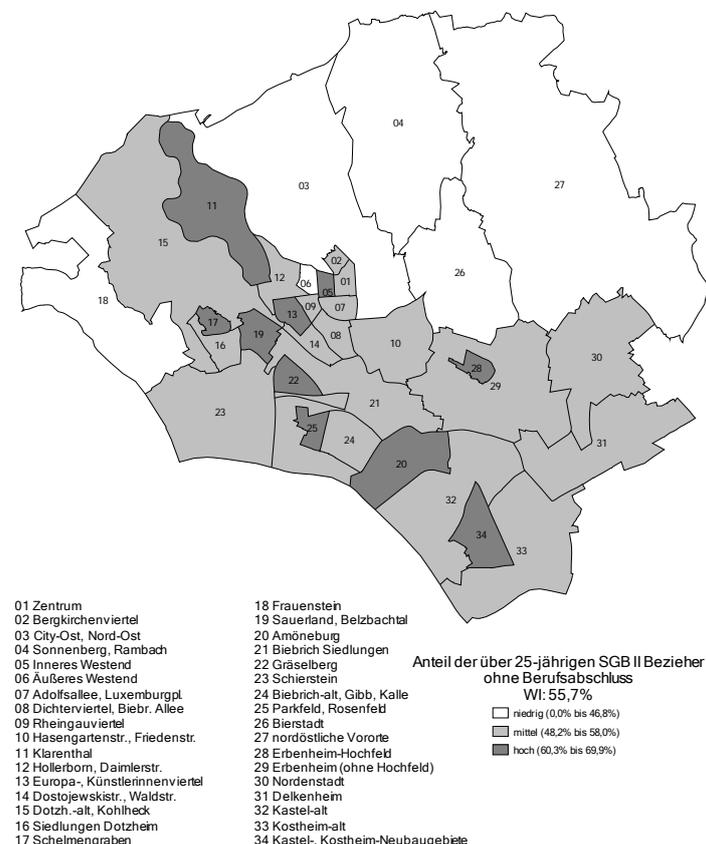
Die Berufsbiografien Geringqualifizierter sind von häufigen Arbeitsplatzwechseln und Phasen der Nichtbeschäftigung, mit Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, geprägt.

Geringqualifizierte tragen statistisch gesehen ein erhöhtes Armutrisiko.

Abbildung 7: Karte Anteil der Personen über 25 Jahre im SGB II ohne Berufsabschluss

Anteil Geringqualifizierter mit SGB II

Stand: 31.12.2010



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Dieser Indikator bezieht sich ausschließlich auf das Qualifikationsniveau von Personen im SGB II-Bezug, die im Durchschnitt eine schlechtere Qualifikation als der Bevölkerungsdurchschnitt vorweisen und ist somit nur ein unvollständiger Hinweis auf das Bildungs- und Qualifikationsniveau im Stadtteil.

Es liegen leider für Wiesbaden keine kleinräumigen Daten über den (Aus-) Bildungsstand der gesamten erwachsenen Bevölkerung vor.

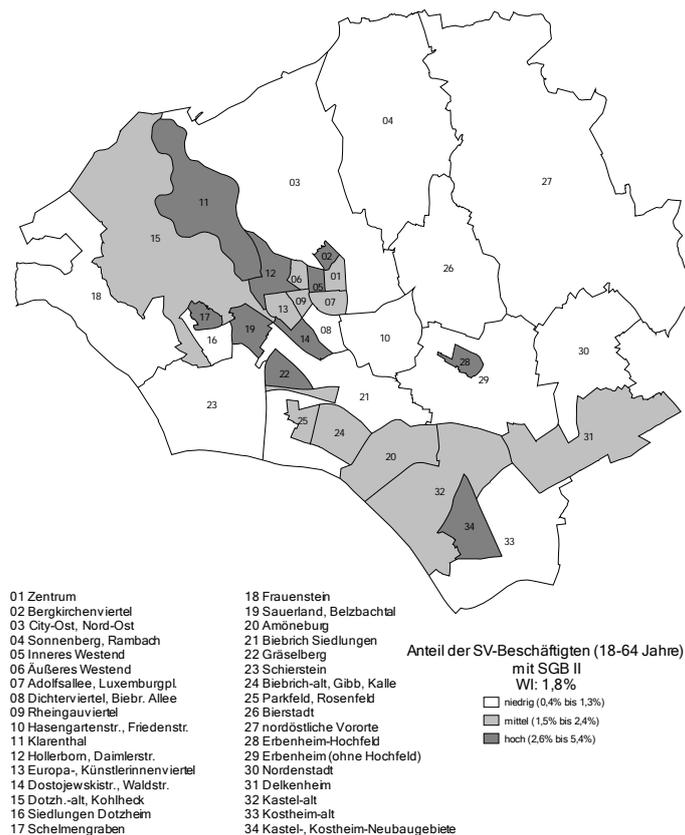
## Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen

### Beschreibung

Anteil der Personen im Alter von 18 - 64 Jahren, die einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen und gleichzeitig Leistungen gemäß SGB II beziehen, an allen 18 - 64-Jährigen. Nicht erfasst wurden hierbei Personen, die eine sozialversicherungspflichtige berufliche Ausbildung absolvieren oder in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis, einem so genannten „400 €-Job“<sup>16</sup> tätig sind.

**Abbildung 8: Karte Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Alter von 18 - 64 Jahren mit SGB II**

Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II  
Stand: 31.12.2011



### Bedeutung für den Sozialraum

Dieser Indikator identifiziert die Quote der so genannten „Aufstocker“ oder auch „Working Poor“ an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also Personen die einer Erwerbstätigkeit

<sup>16</sup> Wir verwenden Daten aus dem Jahr 2011; damals lag die Grenze für ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis noch bei 400 €.

nachgehen, deren Erwerbseinkommen aber unter der Grenze des festgelegten Existenzminimums liegt. Zur Sicherung ihres Einkommens bzw. des Familieneinkommens sind sie auf ergänzende staatliche finanzielle Leistungen angewiesen.

Er ist somit ein weiterer Indikator zur Identifizierung von prekären Beschäftigungslagen und damit verbundener Einkommensarmut. Der Indikator verweist aber andererseits auf Potenziale, Teilhabe und Initiative der Menschen, die einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen, obwohl sie damit kein existenzsicherndes Einkommen erzielen und letztlich nur über ein marginal höheres Einkommen als ohne Erwerbstätigkeit verfügen.

### **Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

Es ist davon auszugehen, dass die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ein niedriges nicht Existenz sicherndes Erwerbseinkommen erzielt, etwas größer ist als die Zahl der SGB II-Aufstockenden.

Dies bedeutet, dass der Anteil der „Working Poor“ höher ist, als sich aus den vorhandenen Zahlen ablesen lässt. Es gibt aber keine Hinweise, dass sich diese Personen in der Dunkelziffer anders über die Stadtteile verteilen als diejenigen die ihren SGB II-Anspruch realisiert haben.

### **2.2.2 Prekäre Einkommen**

Diese Indikatorengruppe liefert Hinweise auf die räumliche Verteilung von Personen mit niedrigen Einkommen oder mit Schuldenproblemen. Es geht hier um Einkommenslagen, die über der Einkommensgrenze zum Erhalt von Existenzsicherungsleistungen gemäß SGB II und XII angesiedelt sind, aber gleichwohl nur prekäre ökonomische Verwirklichungschancen bedeuten.

## **Überschuldungsquote**

### **Beschreibung**

Anteil der erwachsenen Schuldnerinnen und Schuldner mit so genannten weichen oder harten Negativmerkmalen in der Überschuldungsdatenbank der Firma Creditreform 2011<sup>17</sup> an der erwachsenen Bevölkerung.

- Weiche Negativmerkmale liegen bei nachhaltigen Zahlungsstörungen mit mindestens zwei vergeblichen Mahnungen verschiedener Gläubiger vor.
- Harte Negativmerkmale liegen bei folgenden Sachverhalten vor: Haftanordnung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Privatpersoneninsolvenz, unstrittige Inkassofälle der Firma Creditreform gegenüber Privatpersonen

### **Bedeutung für den Sozialraum**

Eine Überschuldung gibt Hinweise darauf, dass einer Person/einem Haushalt das zur Verfügung stehende finanzielle Budget nicht ausreicht, die individuellen Konsumbedürfnisse zu befriedigen und erhebliche Stressbelastungen aufgrund der Überschuldung zu bearbeiten sind.

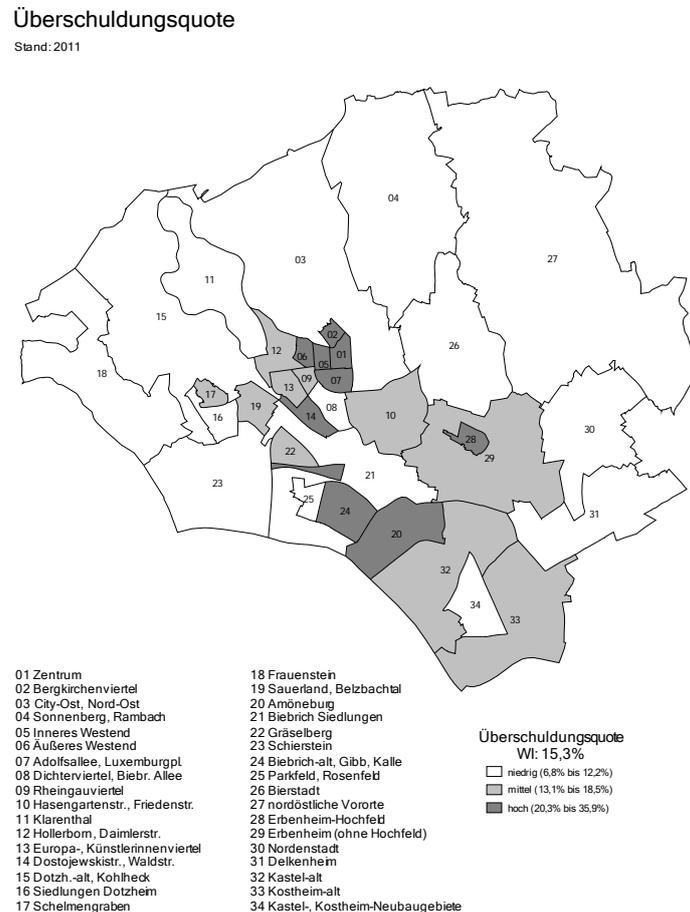
Dies kann in niedrigen Einkommen begründet sein, sei es durch geringes Erwerbseinkommen, Arbeitslosigkeit, gescheiterte Selbständigkeit oder Existenzgründung, Änderung der Lebensumstände durch Trennung, Scheidung oder Tod des Partners oder einer Erkrankung und damit verbundenen Einkommensverlusten. Aber auch unwirtschaftliche Haushaltsführung und / oder die Erfüllung von nicht-einkommensadäquaten Konsumwünschen sind wesentliche Ursachen für eine Überschuldung.

Überschuldung hat in jedem Fall eine prekäre Einkommenssituation mit unsicherer Zukunftsperspektive zur Folge und wirkt sich negativ auf die psycho-soziale Lage der betroffenen Personen/Haushalte aus.

<sup>17</sup> Creditreform SchuldnerAtlas Deutschland 2011. Neuss Eigenverlag

Dieser Indikator gibt Hinweise auf Stadtteile, die durch prekäre Einkommens- und Teilhabelagen gekennzeichnet sind. Interessanterweise zeigt dieser Indikator eine andere Verteilung als die Existenzsicherungsquote.

**Abbildung 9: Karte Anteil der Haushalte mit Überschuldungsmerkmalen**



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Jeder Schuldner ist nur einmal erfasst; d. h. Personen mit harten Negativmerkmalen können auch weiche Negativmerkmale haben, sind aber nur in der Gruppe „hart“ erfasst. Die genaue Konstruktion der Creditreform-Daten ist allerdings nicht veröffentlicht und insbesondere bei unserer kleinräumigen Anwendung sind Probleme der Datenvalidität und -reliabilität zu konstatieren.

### Wohngeldquote

#### Beschreibung

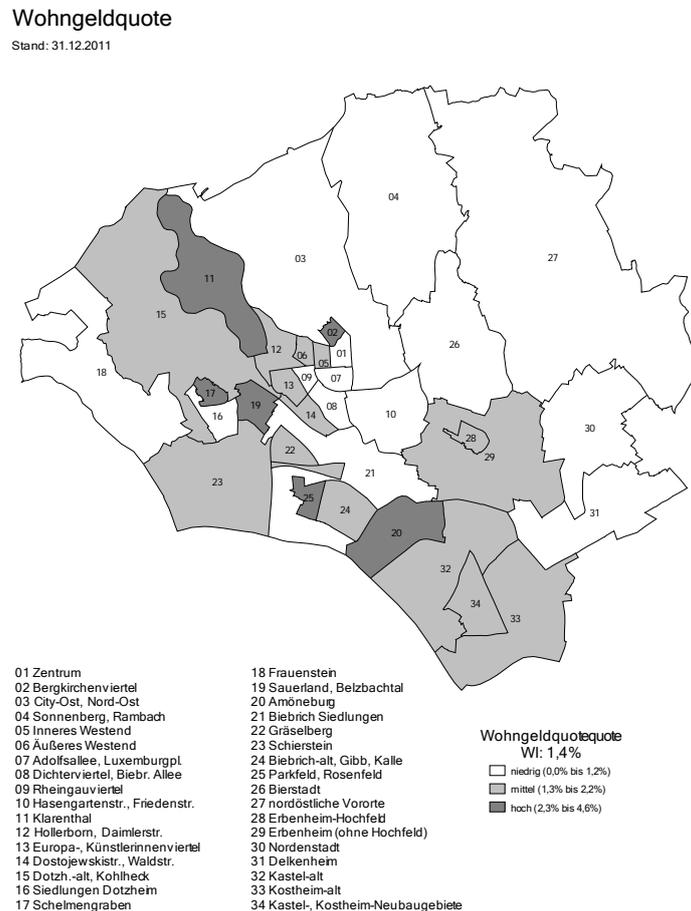
Anteil der Haushalte die Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz beziehen an allen Haushalten.

#### Bedeutung für den Sozialraum

Wohngeld ist eine staatliche Transferleistung, die an Haushalte mit geringem Einkommen, die aber nicht im Leistungsbezug gemäß SGB II und XII stehen, zur Sicherung einer adäquaten Unterkunft gewährt wird. Anspruchsberechtigt sind Mieterhaushalte und auch Haushalte im selbst genutzten Wohneigentum.

Der Indikator Wohngeldquote liefert Hinweise auf die räumliche Verteilung niedriger Renten sowie niedriger Erwerbseinkommen. Rentenbeziehende und Familien stellen den größten Teil der Wohngeldberechtigten.  
Der Indikator gibt somit Hinweise auf prekäre Einkommensverhältnisse.

**Abbildung 10: Karte Anteil der Haushalte im Wohngeldbezug**



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Kreis der Wohngeldberechtigten und damit auch der Wohngeldbeziehenden ist seit der Einführung der Existenz sichernden Leistungen des SGB II und XII deutlich zurückgegangen. Somit sind die absoluten Zahlen und die Anteile der Wohngeldbezieher relativ gering. Es ist davon auszugehen, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten in nicht unerheblichem Maße größer ist als der Kreis der Personen, die tatsächlich Wohngeld beziehen.

### 2.2.3 Wohnen

#### Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil

##### Beschreibung

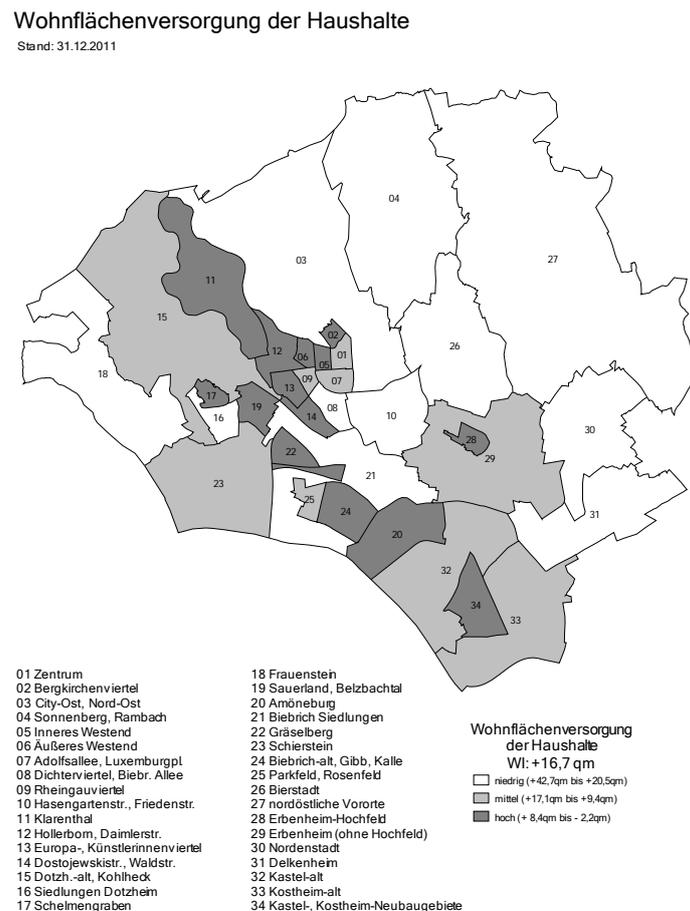
Abweichung der tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche (IST) von den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus (SOLL), die quasi als Mindeststandard gewertet werden können.

Der Wohnflächen IST-Wert wird anhand der Gesamtwohnfläche des Gebietes bezogen auf die Zahl und Größe der Haushalte ermittelt.

Der Wohnflächen SOLL-Wert wird aus den Richtwerten des Sozialen Wohnungsbaus (1-Personen-Haushalt 50 qm, 2-Personen-Haushalt 60 qm, 3-Personen-Haushalt 75 qm, 4-Personen-Haushalt 85 qm, jede weitere Person + 10 qm) ermittelt.

Ein positiver Wert bei der Differenz SOLL - IST weist somit darauf hin, dass statistisch die Wohnfläche pro Haushalt größer ist als die minimalen Richtwerten des sozialen Wohnungsbaus vorgeben, ein negativer Wert verweist auf den prekären Tatbestand einer statistisch noch geringeren Wohnfläche als die restriktiven Richtwerte für die Neubelegung im sozialen Wohnungsbau vorgeben.

**Abbildung 11: Karte Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil gemäß der Richtwerte des sozialen Wohnungsbaus**



**Hinweis zur Grafik:**

Die Kategorisierung „niedrig“, „mittel“ und „hoch“ definiert die soziale Bedarfslage bezogen auf diesen Indikator und bezieht sich nicht auf das Ausmaß der Versorgung mit Wohnfläche. Eine niedrige Bedarfslage bedeutet also, dass die Versorgungslage mit Wohnfläche sehr gut ist.

**Bedeutung für den Sozialraum**

Die dem Haushalt zur Verfügung stehende Wohnfläche hat wesentliche Auswirkungen auf das Zusammenleben innerhalb des Haushaltes und die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten seiner Mitglieder. Hohe Belegungsdichten führen außerdem zu nachbarschaftlichen Stresssituationen und zu größeren Bedarfen hinsichtlich der Aufenthaltsqualitäten des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur.

Insbesondere in Haushalten mit Kindern kann sich eine zu geringe Wohnfläche negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes auswirken. Häufig steht kein eigenes Zimmer oder eigener Rückzugsbereich für das Kind zur Verfügung. Es fehlt somit an Raum zum Ler-

nen, Spielen und Freunde einladen; ein Großteil dieser Aktivitäten muss außerhalb der Wohnung realisiert werden.

Somit liefert dieser Indikator zum einen Hinweise auf eine prekäre Wohnraumversorgung und soziale Risiken in der Familie und für das nachbarliche Zusammenleben sowie auf die Notwendigkeit außerhäuslicher Aufenthaltsräume insbesondere für Kinder und Jugendliche.

### **Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

Der Indikator liefert eine zweifache Aussage: einerseits identifizieren Werte um oder unter „0 qm“ die wenigen Stadtteile mit tatsächlich prekären Wohnbedingungen; andererseits bildet dieser Indikator für die zahlreichen Stadtteile im deutlich positiven Wertebereich eher eine Rangfolge der Qualität der Wohnflächenversorgung ihrer Bevölkerung ab.

## **2.2.4 Bildungsrisiken**

Zahlreiche internationale, nationale und kommunale Studien<sup>18</sup> belegen, dass in Deutschland Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg wesentlich von der sozialen Herkunft abhängen.

Nichtgelingende schulische Bildungsverläufe bestimmen Chancen, Möglichkeiten und Risiken während des ganzen Lebens. Ohne einen Schulabschluss bzw. nur mit einem niedrigen Abschluss sind die Chancen auf eine den Lebensunterhalt sichernde Erwerbsbeteiligung stark eingeschränkt, Armutsrisiken in allen Lebensalterstufen sind stark erhöht.

Im Bereich „Bildungsrisiken“ sind Indikatoren erfasst, die Voraussetzungen für und Chancen auf gelingende Bildungsverläufe beschreiben.

### **Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“**

#### **Beschreibung**

Anteil der Kinder mit unzureichenden Sprachkompetenzen an allen einzuschulenden Kindern in der Schuleingangsuntersuchung (Kinder mit regelhafter Schulempfehlung, in die Vorklasse zurückgestellte Kinder und Kinder mit sonderpädagogischem Überprüfungsbedarf).

Gute Sprachkompetenzen liegen vor, wenn Kinder ohne Migrationshintergrund keine Auffälligkeiten in den Bereichen Wortschatz, Satzbau, Sprachverständnis zeigen. Bei Kindern mit Migrationshintergrund sind diese gegeben, wenn die Kinder Deutsch fehlerfrei oder flüssig mit leichten Fehlern sprechen.

#### **Bedeutung für den Sozialraum**

Kinder, die über unzureichende Sprachkompetenzen verfügen, werden größere Schwierigkeiten haben, dem Unterricht zu folgen, Lerninhalte zu verstehen, sich selbst schriftlich und mündlich zu äußern. Ausreichende sprachliche Kompetenzen sind eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen für einen gelingenden Bildungsverlauf.

Sprachliche Probleme sind nicht allein bei einem Teil der Kinder mit Migrationshintergrund vorhanden, sondern auch bei einem nicht unerheblichen Teil der Kinder ohne eigene oder familiäre Migrationsgeschichte.

Stadtteile mit hohen Anteilen an Kindern mit Sprachproblemen bedingen für Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen besondere Herausforderungen hinsichtlich der Umsetzung ihrer Aufgaben der Erziehung, Bildung und Betreuung. Hier besteht ein besonderer Bedarf an Sprachfördermaßnahmen.

### **Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

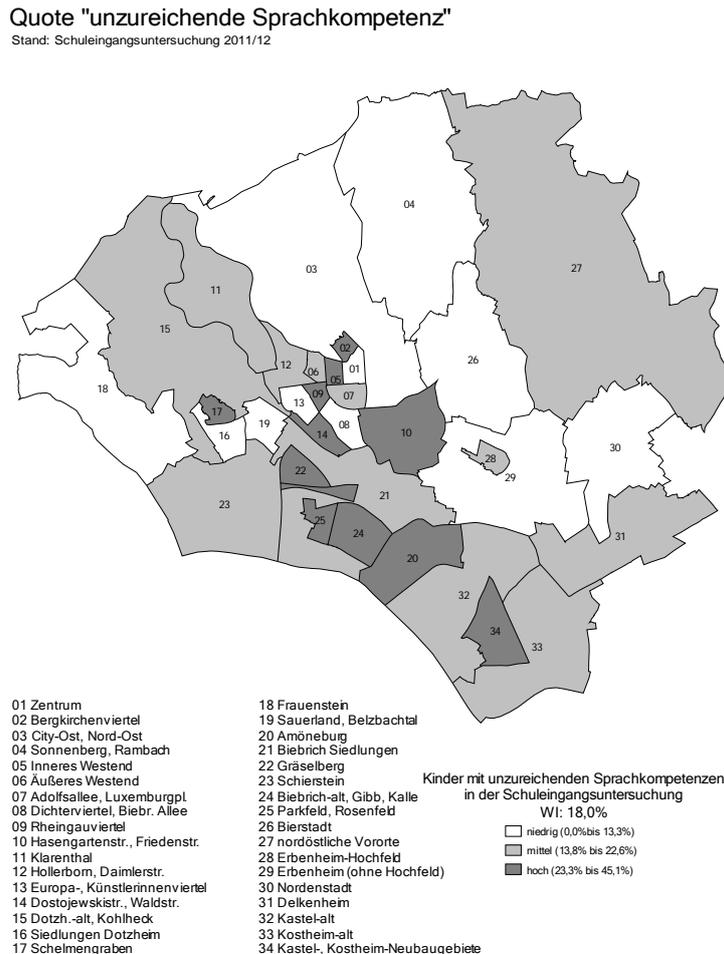
Die Einschätzung der sprachlichen Kompetenzen der Kinder erfolgt durch den jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung. Obwohl

<sup>18</sup> Für Wiesbaden siehe Schulze, A./Unger, R./Hradil, S. (2008): Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I. Download unter [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de) Stichwort Jugendhilfeplanung

ein höchstmöglich standardisiertes Verfahren (Definition der Kategorien, mehrere Untersuchende sind für eine Grundschule zuständig) zur Kategorisierung der Sprachkompetenzen der untersuchten Kinder entwickelt wurde, können Kategorisierungen je nach Untersuchungsperson differieren. Diese Abweichungen liegen aber in einem vertretbaren Rahmen, sodass der Indikator gute Hinweise auf das Sprachvermögen liefert.

In einigen Stadtteilen sind die absoluten Fallzahlen sehr gering, sodass es zu Verzerrungen - insbesondere in der Zeitreihe - in der prozentualen Darstellung kommen kann.

**Abbildung 12: Karte Anteil der einzuschulenden Kinder mit unzureichenden Sprachkompetenzen**



### Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“

#### Beschreibung

Anteil der Kinder mit keinem oder einem kurzen Kindertagesstättenbesuch (weniger als 18 Monaten) an allen in der Schuleingangsuntersuchung untersuchten Kindern

#### Bedeutung für den Sozialraum

Ein ausreichend langer Besuch einer Kindertagesstätte stellt - wie zahlreiche Studien belegen - eine wichtige Basis für einen gelingenden Schulstart und einen erfolgreichen Bildungsverlauf dar. Eine KT-Besuchsdauer von 18 Monaten entspricht dabei einem absoluten Mindeststandard.

In Kindertagesstätten werden Kinder in ihrer sozialen, sprachlichen, motorischen und kognitiven Entwicklung gefördert und gestärkt.

Insbesondere Kinder aus Elternhäusern, die ihren Kindern nicht genügend Förderung und Anregung bieten (können), profitieren von einem ausreichend langen Besuch einer Kindertagesstätte.

Erfreulicherweise hat sich diese Erkenntnis nicht zuletzt dank der intensiven Arbeit der Kampagne „Mit drei dabei!“ in Wiesbaden durchgesetzt. In Wiesbaden haben nur 4,3 % der Kinder (2011) einen unzureichenden Kindertagesstättenbesuch vorzuweisen.

Gleichwohl lassen sich mithilfe dieses Indikators Stadtteile identifizieren, in denen der Kindertagesstättenbesuch deutlich unter dem Durchschnitt liegt.

Hier sind seitens der kommunalen Sozialpolitik Maßnahmen zur Erhöhung des Kindertagesstättenbesuchs zu entwickeln und zu platzieren.

### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

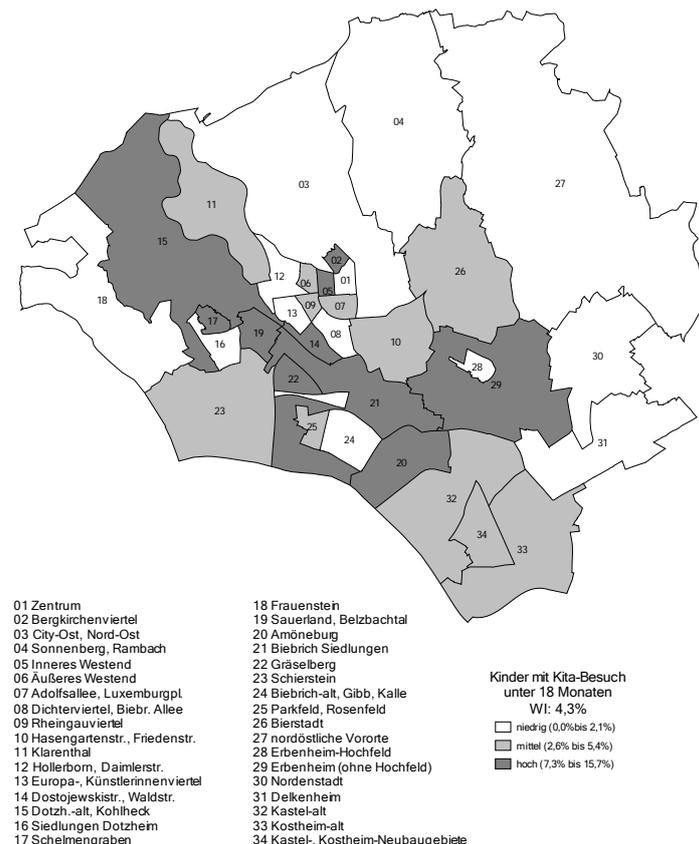
Die absoluten Fallzahlen sind sehr klein, sodass es zu Verzerrungen - insbesondere in der Zeitreihe - bei der prozentualen Darstellung kommen kann.

Gleichwohl weist dieser Indikator eine hohe Übereinstimmung mit den übrigen Belastungsindikatoren auf und bildet somit ein zusätzliches Lebenslagenrisiko zuverlässig ab.

**Abbildung 13: Karte Anteil einzuschulender Kinder mit unzureichendem Kindertagesstättenbesuch**

Quote "unzureichender Kindertagesstättenbesuch"

Stand: Schuleingangsuntersuchung 2011/12



### Anteil Risiko niedriger Schulabschluss

#### Beschreibung

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit dem „Risiko“ nur einen niedrigen bzw. keinen Schulabschluss zu erreichen, anhand ermittelter Übergänge der zuständigen Grundschulen in die einzelnen Sekundarstufe I-Schulen.

Die Stadtteile „Kastel alt“, „Kostheim alt“ und „Neubauggebiete Kastel-Kostheim“ werden von der Berechnung ausgenommen und auf den städtischen Mittelwert gesetzt, da hier ein erheblicher Anteil der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I Gymnasien in Mainz besucht. Leider liegen hierzu keine Daten vor.

### Bedeutung für den Sozialraum

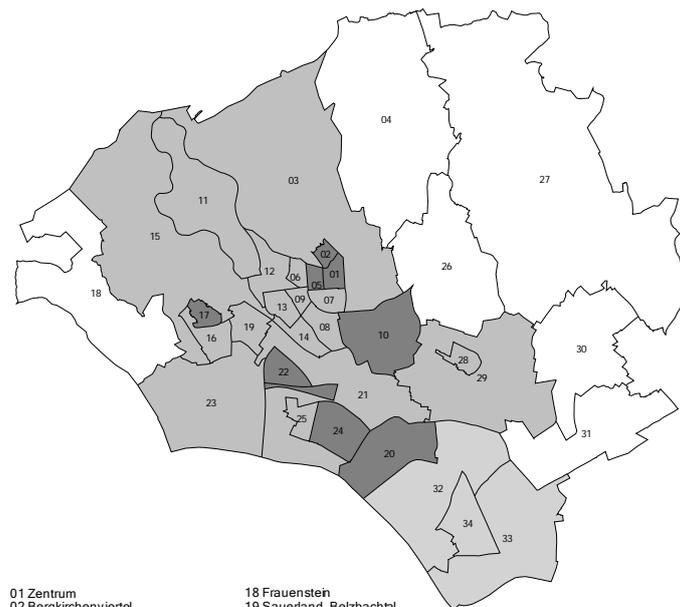
Junge Menschen ohne Schulabschluss haben besondere Schwierigkeiten sich erfolgreich in das Erwerbsleben einzugliedern, aber auch ein Hauptschulabschluss beinhaltet überdurchschnittliche Risiken für eine erfolgreiche Einmündung in Berufsbildung. Der Übergang in Berufsausbildung ist für beide Absolvierendengruppen unterdurchschnittlich und stellt somit ein nicht selten lebenslanges Risiko auf prekäre Erwerbstätigkeit, ein hohes Armutsrisiko und ein hohes Risiko den Lebensunterhalt nicht ohne staatliche Unterstützung bestreiten zu können, dar.

Dieser Indikator identifiziert zuverlässig Bildungsrisiken und das Ausmaß der Bildungsteilnahme in den Stadtteilen. Ein hoher Wert verweist auf die Notwendigkeit besonderer Förder- und bildungsunterstützender Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil.

**Abbildung 14: Karte Anteil der Schülerinnen und Schüler mit dem Risiko für einen niedrigen Schulabschluss**

#### Risiko niedriger Schulabschluss

Stand: 2006-2010



01 Zentrum	18 Frauenstein	<b>Anteil Risiko für niedrigen Schulabschluss</b> WI: 20,1% □ niedrig (5,5%bis 15,0%) ■ mittel (16,1% bis 22,0%) ■ hoch (25,3% bis 35,4%)
02 Bergkirchenviertel	19 Sauerland, Belzbachtal	
03 City-Ost, Nord-Ost	20 Amöneburg	
04 Sonnenberg, Rambach	21 Biebrich Siedlungen	
05 Inneres Westend	22 Gräselberg	
06 Außerer Westend	23 Schierstein	
07 Adolfsallee, Luxemburgpl	24 Biebrich-alt, Gibb, Kalle	
08 Dichterviertel, Biebr. Allee	25 Parkfeld, Rosenfeld	
09 Rheingauviertel	26 Bierstadt	
10 Hasengartenstr., Friedenstr.	27 nordöstliche Vororte	
11 Klarenthal	28 Erbenheim-Hochfeld	
12 Hollerbom, Daimlerstr.	29 Erbenheim (ohne Hochfeld)	
13 Europa-, Künstlerinnenviertel	30 Nordenstadt	
14 Dostojewskistr., Waldstr.	31 Delkenheim	
15 Dotzh.-alt, Kohlheck	32 Kastel-alt (keine Angabe)	
16 Siedlungen Dotzheim	33 Kostheim-alt (keine Angabe)	
17 Scheilmengraben	34 Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete (keine Angabe)	

### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Leider liegen keine kleinräumigen stadtteilbezogenen Daten über das Qualifikationsniveau bezogen auf Schul- und Hochschulabschlüsse der Bevölkerung vor.

Da dieses Qualifikationsniveau jedoch der wesentliche Indikator für die Bildungschancen ist, wurde hier der Versuch unternommen mithilfe der vorhandenen Daten, die Wahrscheinlich-

keit für Schülerinnen und Schüler auf Erreichung der verschiedenen Schulabschlüsse zu berechnen.

Hierzu wurde zunächst die Verteilung der 10-jährigen Kinder eines Stadtteils auf die zuständigen Grundschulen ermittelt. Im nächsten Schritt erfolgte eine Mittelung (2006 - 2010) der umgesetzten Übergänge der einzelnen Grundschulen in die unterschiedlichen Schulformen der Sekundarstufe I. Anhand der zu erwartenden Abschlüsse der gewählten Schulform des klassischen dreigliedrigen Schulsystems, den über die Dauer von 5 Jahren ausgewerteten erzielten Abschlüssen in den verschiedenen Integrierten Gesamtschulen (IGS) bzw. in den anderen schulformübergreifenden Schulen, wurde nun die Wahrscheinlichkeit des zu erwartenden Schulabschlusses berechnet.

Hierbei wurden folgende Kategorien zugrunde gelegt:

**Hoher Abschluss:** Übergänge von Grundschule auf Gymnasien bzw. bei Integrierten Gesamtschulen, deren Übergangsquoten auf die gymnasiale Oberstufe.

**Mittlerer Abschluss:** Übergänge von Grundschulen auf Realschulen bzw. bei Integrierten Gesamtschulen oder anderen schulformübergreifenden Schulen, deren Abgänge mit Realschulabschluss bzw. Realschulabschluss mit Berechtigung für die Fachoberschule.

**Niedriger Abschluss:** Übergänge von Grundschulen auf Hauptschulen bzw. bei Integrierten Gesamtschulen oder schulformübergreifenden Schulen, deren Abgänge ohne Schulabschluss, mit Abschluss Schule für Lernhilfe, Hauptschulabschluss oder qualifizierter Hauptschulabschluss.

Betrachtet man die Ausprägungen dieses auf komplexe Annahmen basierenden Risikoindicators, so liefert er durchaus plausible Ergebnisse, die mit den Ergebnissen anderer Indikatoren zur Bildungsbeteiligung übereinstimmen. Somit kann er als Indikator zur Bestimmung des Ausmaßes der Bildungsteilhabe verwendet werden.

### 2.2.5 Herkunftsbenachteiligung

Die „Herkunft“ eines Kindes oder Jugendlichen hat wesentlichen Einfluss auf die individuellen Verwirklichungschancen und gesellschaftliche Teilhabechancen. Die Merkmale der Familienarmut verbunden mit der sozialstaatlichen „Fürsorgeleistung“ des SGB II und eine nicht-deutsche Familiensprache beinhalten zwei starke Risikoindikatoren, die die Verwirklichungschancen der jungen Menschen nachhaltig beeinflussen können.

Die beiden Indikatoren identifizieren Stadtteile mit überdurchschnittlich hohen Anteilen herkunftsbenachteiligter Kinder.

### Kinderarmutsquote

#### Beschreibung

Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen gemäß SGB II (Sozialgeld) zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen an allen Kindern der Altersgruppe.

#### Bedeutung für den Sozialraum

Kinder, die in Familien aufwachsen, die auf staatliche Existenz sichernde Leistungen angewiesen sind und somit als arm gelten, erfahren vielfältige Einschränkungen und Benachteiligungen in zahlreichen Lebensbereichen, im Vergleich zu nicht-armen Kindern<sup>19</sup>.

Sie erleben Einschränkungen im materiellen Bereich bezüglich Wohnen, Ernährung, Kleidung, Freizeitgestaltung, Urlaub etc.

<sup>19</sup> Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden, Beiträge zur Sozialplanung Nr. 31 / 2010

Ihre Chancen auf gelingende Bildungsverläufe sind deutlich geringer als die der nicht-armen Kinder. Zahlreiche internationale, nationale und auch kommunale Studien verweisen auf eine hohe Korrelation von sozialer Herkunft und Bildungschancen.

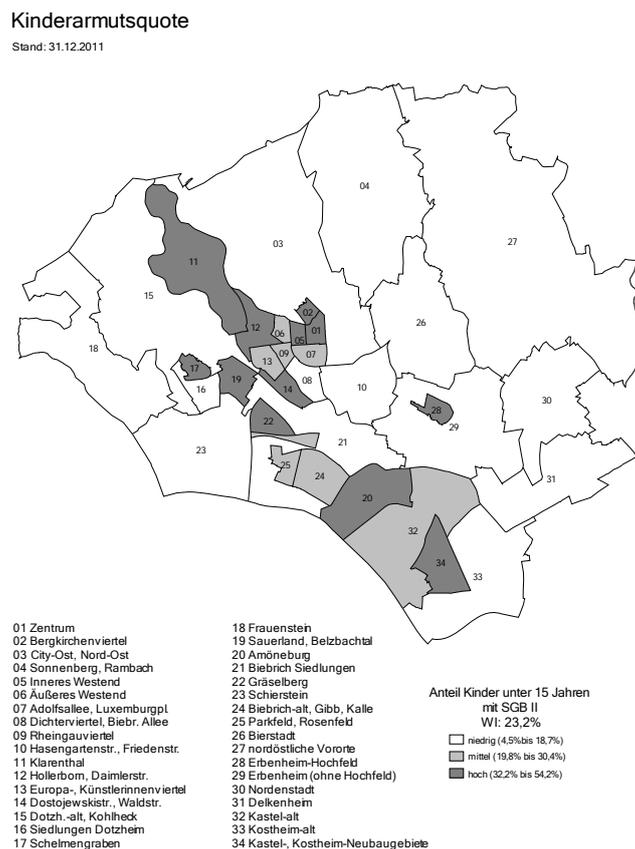
Arme Kinder haben überdurchschnittlich häufig Eltern, die nur über einen niedrigen oder keinen Schulabschluss verfügen und somit die schulische Entwicklung und Förderung ihrer Kinder häufig nur eingeschränkt begleiten können.

Auch bei gleichen - guten - Noten ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein armes Kind nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechselt deutlich geringer als bei einem nicht-armen Kind<sup>20</sup>.

Weiterhin bestehen deutliche Unterschiede bezogen auf die außerschulische soziale und kulturelle Teilhabe, so sind arme Kinder unterdurchschnittlich in (Sport-) Vereinen organisiert<sup>21</sup>.

Dieser Indikator ist somit der wesentliche Indikator um die Chancen bzw. Risiken eines guten Aufwachsens von Kindern in einem Stadtteil zu bestimmen. Aktuelle Studien haben gezeigt, dass Kinder, deren Familien SGB II-Leistungen erhalten, eine geringere Chance haben „im Wohlergehen“ aufzuwachsen als Kinder anderer Familien unter der Armutsgrenze, die keine Existenzsicherungsleistungen erhalten<sup>22</sup>.

**Abbildung 15: Karte Anteil Kinder unter 15 Jahren mit SGB II**



<sup>20</sup> Schulze, A./Unger, R./Hradil, S. (2008): Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I. Download unter [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de) Stichwort Jugendhilfeplanung

<sup>21</sup> Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden, Beiträge zur Sozialplanung Nr. 31 / 2010

<sup>22</sup> Laubstein, C./Holz, G./Dittmann, J./Sthamer, E. 2012: Von alleine wächst sich nichts aus ... Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Frankfurt/Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) und Berlin: Arbeiterwohlfahrt

Eine hohe Kinderarmutsquote (SGB II) identifiziert somit Stadtteile in denen die kommunale Sozialpolitik besonders gefordert ist, durch vielfältige passgenaue Angebote, Maßnahmen Einrichtungen und Dienste zur Verbesserung der sozialen, kulturellen und Bildungsteilhabechancen der herkunftsbenachteiligten Kinder beizutragen, will sie eine Verfestigung der individuellen und sozialräumlichen Armutssituation verhindern.

### **Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

Der Indikator unterschätzt die Zahl der Kinder aus Familien mit SGB II-Leistungen kaum, da lediglich die Kinder nicht gezählt werden, deren Eltern zwar SGB II-Leistungen für sich erhalten aber nicht für ihre Kinder, wenn diese aus Unterhaltszahlungen Dritter über eine eigene Existenzsicherung verfügen.

## **Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache**

### **Beschreibung**

Anteil der Kinder, deren Erziehungsberechtigte eine andere Sprache als „Deutsch“ als **einzigste** Familiensprache in der Schuleingangsuntersuchung angeben, an allen untersuchten Kindern.

### **Bedeutung für den Sozialraum**

Die Fähigkeit von Kindern sich angemessen in Deutsch auszudrücken bzw. die Sprache zu verstehen, ist wesentliche Voraussetzung zur Teilnahme am sozialen Leben, dem Meistern sozialer Alltagssituationen, aber auch eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Bildungsbiographie.

Kinder, die in ihrer Herkunftsfamilie nicht die deutsche Sprache erlernen und deren Gebrauch üben, sind von daher aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt. Sie benötigen außerfamiliäre Räume und Instanzen, in denen sie die deutsche Sprache erlernen und einüben können. Für diese Kinder ist der möglichst frühzeitige Besuch einer Kindertagesstätte eine gute Kompensationsmöglichkeit.

In Stadtteilen mit einem hohen Wert in diesem Indikator stehen soziale Regeleinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen vor besonderen Herausforderungen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfolgreich umzusetzen. Sie sind besonders gefordert eine verstärkte Aufmerksamkeit auf Sprachförderung zu legen.

### **Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

In der Schuleingangsuntersuchung werden die die Kinder begleitenden Erziehungsberechtigten nach der „Familiensprache“ gefragt.

Drei Antwortkategorien stehen zur Auswahl:

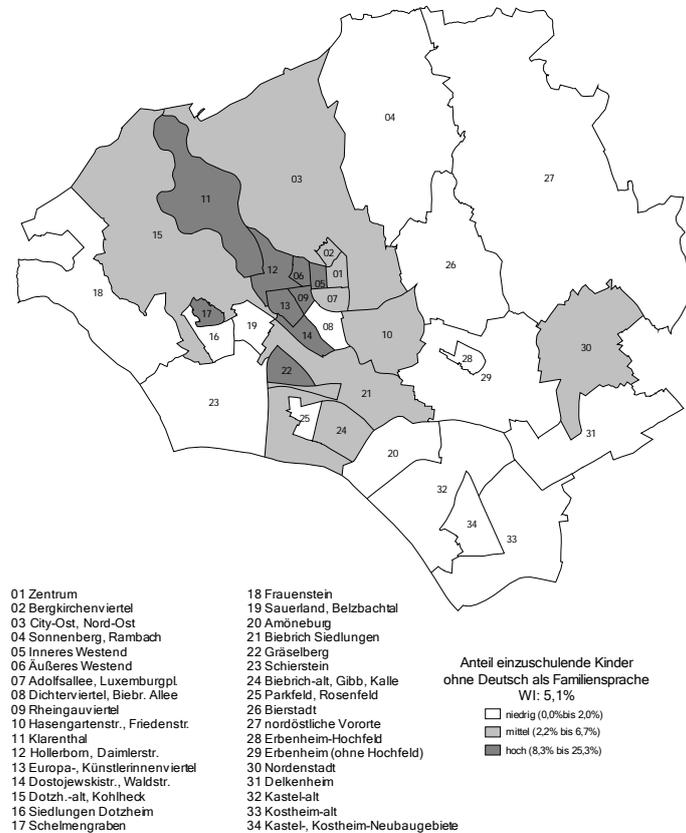
- Deutsch
- Deutsch und andere Sprache
- nur andere Sprache

Es ist nicht auszuschließen, dass Erziehungsberechtigte ihre Angabe nach der vermeintlichen sozialen Erwünschtheit machen. Von daher dürfte die tatsächliche Zahl der Kinder, die in Haushalten aufwachsen in denen (fast) ausschließlich „nicht-deutsch“ gesprochen wird, höher sein.

Die absoluten Fallzahlen sind relativ klein, sodass es zu Verzerrungen - insbesondere in der Zeitreihe - bei der prozentualen Darstellung kommen kann.

**Abbildung 16: Karte Anteil der einzuschulenden Kinder mit anderer Familiensprache als „Deutsch“**

Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache  
Stand: Schuleingangsuntersuchung 2011/12



## 2.2.6. Haushaltsformen mit Risiken

Bestimmte Haushaltsformen tragen statistisch ein höheres Risiko in ihrer selbständigen Lebensführung beeinträchtigt zu sein. Auch lassen sich bestimmte Haushalts- und Lebensformen identifizieren, die bezogen auf Lebens- und Alltagsbewältigung besondere Risiken tragen.

In diesem Indikatorenset sind Haushaltstypen erfasst, die statistisch gesehen zu den beschriebenen „riskanten Haushaltsformen“ gehören.

Selbstverständlich bedeutet eine Zugehörigkeit zu einer der Gruppen der „riskanten Haushaltsformen“ keineswegs, dass für jeden dieser Haushalte besondere Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Lebens- und Alltags Herausforderungen bestehen.

## Alleinerziehendenquote

### Beschreibung

Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten mit Kindern

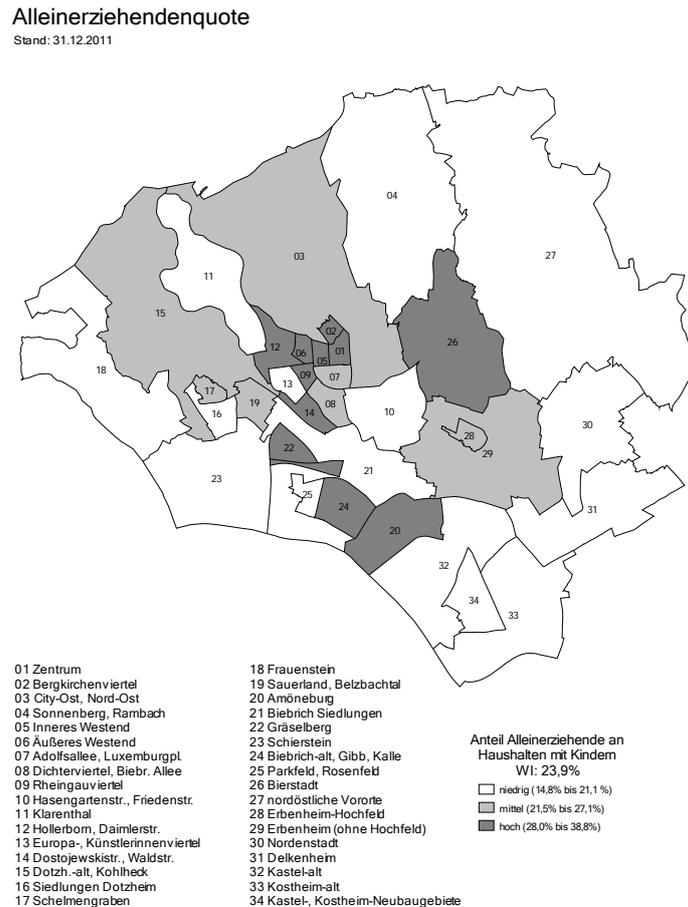
### Bedeutung für den Sozialraum

Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder stellt für Alleinerziehende eine größere Herausforderung als für Paarhaushalte dar. Der Familienalltag ist häufig schwieriger, als in einem Paarhaushalt, zu bewältigen. Kin-

der und Erwachsene in diesen Haushalten haben nicht selten mit Trennungserfahrungen und komplizierten sozialen Beziehungsarrangements zu tun. Soziale Kontakte sind häufig eingeschränkt; viele Alleinerziehende wünschen sich mehr Gelegenheiten des Austauschs und Treffens mit anderen.

Eine hohe Quote Alleinerziehender in einem Stadtteil weist darauf hin, dass dort besondere Bedarfe bezogen auf die infrastrukturelle Ausstattung mit Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien hinsichtlich Tagesbetreuung, Erziehung und Bildung bestehen.

**Abbildung 17: Karte Anteil der Alleinerziehendenhaushalte**



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Da die Alleinerziehendenhaushalte mit einem statistischen Verfahren (Haushaltsgenerierungsverfahren des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik) aus den Einwohnerdatensätzen identifiziert werden, kann es hierbei zu Unschärfen kommen. Tendenziell ist von einer leichten Überschätzung der Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte auszugehen.

### Quote „große Familien“

#### Beschreibung

Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern

### Bedeutung für den Sozialraum

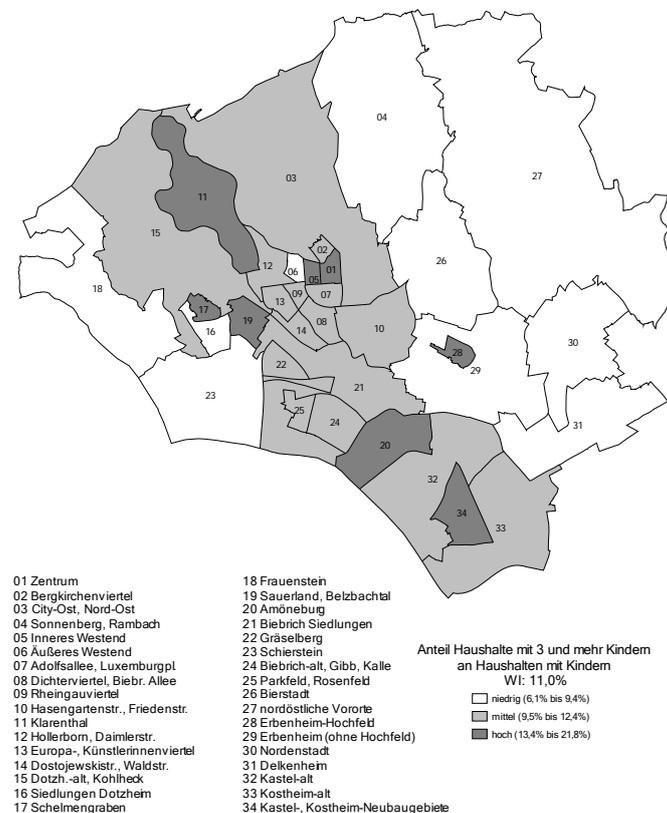
Ebenso wie Alleinerziehendenhaushalte sind Haushalte mit drei und mehr Kindern vor besondere Herausforderungen bezogen auf Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder gestellt. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für beide Partner stellt eine größere Schwierigkeit als in kleineren Familien dar. Die gelingende Bewältigung des Familienalltags erfordert eine höhere Organisationsleistung als in kleineren Familien, weiterhin wird ein höheres Familieneinkommen zur Sicherung eines ausreichenden Familieneinkommens benötigt.

Eine hohe Quote großer Familien in einem Stadtteil weist darauf hin, dass besondere Bedarfe der infrastrukturellen Ausstattung mit Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien zur Tagesbetreuung, Erziehung und Bildung bestehen.

**Abbildung 18: Karte Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern**

#### Anteil "große Familien"

Stand: 31.12.2011



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Bei der Zahl der Kinder ist zu beachten, dass nur Personen unter 18 Jahren zu den Kindern gerechnet werden. Familien in denen - was nicht selten ist - weitere volljährige Kinder leben, werden nicht den „großen Familien“ zugerechnet. Der Anteil „großer Familien“ wird damit leicht unterschätzt.

### Anteil allein lebender älterer Menschen

#### Beschreibung

Der Anteil der Personen ab 75 Jahren in einem Ein-Personen-Haushalt an allen Haushalten mit Personen ab 75 Jahren.

### Bedeutung für den Sozialraum

Obwohl das Lebensalter allein noch keine Aussage über den individuellen Gesundheitszustand oder den Unterstützungsbedarf zulässt, steigt mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit einer Pflege- oder Hilfsbedürftigkeit.

Alleinlebende ältere Menschen sind im Falle einer Pflege- oder Hilfsbedürftigkeit zur Alltagsbewältigung besonders auf die Unterstützung durch soziale Einrichtungen und Dienste angewiesen.

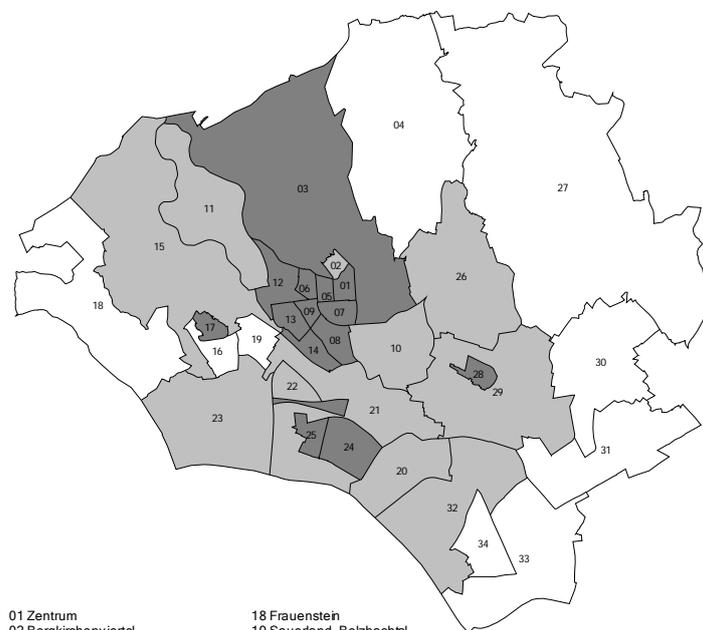
Aufgrund altersbedingter Einschränkungen des Bewegungsradius besteht in dieser Haushaltsform ein erhöhtes Risiko der sozialen Isolation.

Ein hoher Wert bezogen auf diesen Indikator, identifiziert Stadtteile mit erhöhtem Bedarf an altengerechter Infrastruktur und seniorenspezifischer Begegnungs- und Unterstützungsangebote.

**Abbildung 19: Karte Anteil der über 75-Jährigen in Ein-Personen-Haushalten**

Anteil allein lebender älterer Menschen

Stand: 31.12.2011



- |                                  |                                    |
|----------------------------------|------------------------------------|
| 01 Zentrum                       | 18 Frauenstein                     |
| 02 Bergkirchenviertel            | 19 Sauerland, Belzbachtal          |
| 03 City-Ost, Nord-Ost            | 20 Amöneburg                       |
| 04 Sonnenberg, Rambach           | 21 Biebrich Siedlungen             |
| 05 Inneres Westend               | 22 Gräselberg                      |
| 06 Äußeres Westend               | 23 Schierstein                     |
| 07 Adolfsallee, Luxemburgpl.     | 24 Biebrich-alt, Gibb, Kalle       |
| 08 Dichterviertel, Biebr. Allee  | 25 Parkfeld, Rosenfeld             |
| 09 Rheingauviertel               | 26 Bierstadt                       |
| 10 Hasengartenstr., Friedenstr.  | 27 nordöstliche Vororte            |
| 11 Klarenthal                    | 28 Erbenheim-Hochfeld              |
| 12 Hollerbom, Daimlerstr.        | 29 Erbenheim (ohne Hochfeld)       |
| 13 Europa-, Künstlerinnenviertel | 30 Nordenstadt                     |
| 14 Dostojewskistr., Waldstr.     | 31 Delkenheim                      |
| 15 Dotzli-alt, Kohlhöck          | 32 Kastel-alt                      |
| 16 Siedlungen Dotzheim           | 33 Kostheim-alt                    |
| 17 Schelmengraben                | 34 Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete |

Anteil Einpersonenhaushalte  
an Haushalten mit über 75-Jährigen  
WI: 46,7%

- niedrig (26,4% bis 41,0%)
- mittel (41,8% bis 51,4%)
- hoch (52,2% bis 61,7%)

### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

In einigen Stadtteilen stehen die überdurchschnittlichen Werte in diesem Indikator in Zusammenhang mit dem Vorhandensein von Altenwohnanlagen. Hierbei handelt es sich um Anlagen mit altengerechten Wohnungen, die durch das Amt für Soziale Arbeit, an Menschen ab 60 Jahren unter Einhaltung bestimmter Einkommensgrenzen, vermietet werden. Viele Altenwohnanlagen bieten bestimmte seniorenspezifische Angebote.

Die beschriebenen Lebenslagenrisiken sind bei Menschen in den Altenwohnanlagen durch die entsprechende soziale Infrastruktur minimiert.

## 2.2.7 Risiken sozialer Einbindung

Die Indikatoren dieses Sets beschreiben besondere Risiken der sozialen Einbindung zum einen in die unmittelbare Wohnumgebung, zum anderen Risiken der gesellschaftlichen Einbindung im Allgemeinen.

### Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“

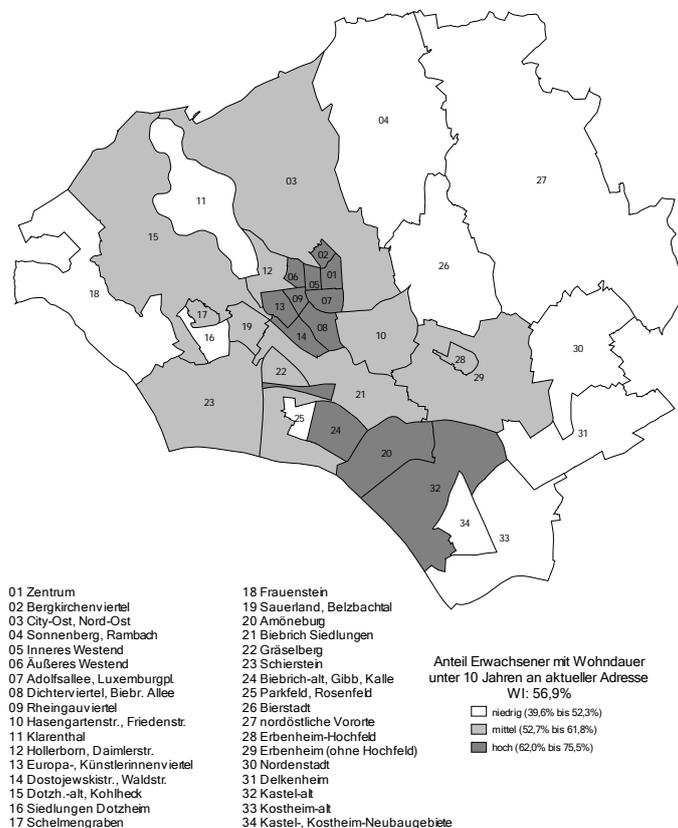
#### Beschreibung

Anteil der Personen über 18 Jahren, die weniger als 10 Jahre an der aktuellen Adresse wohnen, an allen Erwachsenen

**Abbildung 20: Karte Anteil der Erwachsenen mit Wohndauer unter 10 Jahren an der aktuellen Adresse**

Wohndauer unter 10 Jahren

Stand: 31.12.2011



#### Bedeutung für den Sozialraum

Die Wohndauer an einer Adresse gibt einen Hinweis auf die Verbundenheit und Identifikation der Menschen mit ihrem unmittelbaren Wohnumfeld und dem Stadtteil.

Eine lange Wohndauer an einem Ort ermöglicht den Aufbau nachbarschaftlicher und sozial-räumlicher Bezugs-, Unterstützungs- und Selbstorganisationssysteme.

Der Gruppe der „Alteingesessenen“ in einem Stadtteil kommt eine besondere Rolle bezüglich der Integration von neu in den Stadtteil gezogenen Menschen zu und gibt somit einen Hinweis auf Integrationspotentiale in einem Stadtteil.

Ein hoher Wert in diesem Indikator, also ein hoher Anteil der erwachsenen Bevölkerung mit kürzerer Wohndauer, muss unterschiedlich interpretiert werden. Es finden sich zum einen

Stadtteile mit einem hohen Anteil an neu erbauten Wohnungen, aber auch Stadtteile, die eine hohe Mobilitätsrate aufweisen. Bei Letzteren handelt es sich vor allem um innerstädtische bzw. innenstadtnahe Wohngebiete, so genannte „transitorische Gebiete“, die neu Zugewanderte und Menschen deren Lebensumstände sich gravierend verändert haben (z. B. Haushaltsgründung, nach Trennung, Menschen vor der Familienphase) beherbergen.

Unterdurchschnittliche Werte, also Stadtteile mit einem hohen Anteil an Menschen mit langer Wohndauer, können auf eine hohe Wohnzufriedenheit und Identifikation mit dem Umfeld hinweisen und somit eine positive Dimension aufweisen.

Aber auch Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen weisen leicht unterdurchschnittliche Werte bezogen auf diesen Indikator auf. Dies kann ein Hinweis auf die genannten positiven Dimensionen sein, aber auch ein Anzeichen für einen sozialen Abschluss und mangelnde Möglichkeiten eines individuell gewünschten Wegzugs.

### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Eine Interpretation der Aussage dieses Indikators kann nur in Zusammenhang mit einem umfassenden Blick auf die spezielle sozialräumliche Situation, der gesamtstädtischen Funktion und den sozialen Bedarfslagen in einem Stadtteil erfolgen.

Gleichwohl liefert er eine Aussage über eine instabile Bevölkerungsstruktur in einem Sozialraum.

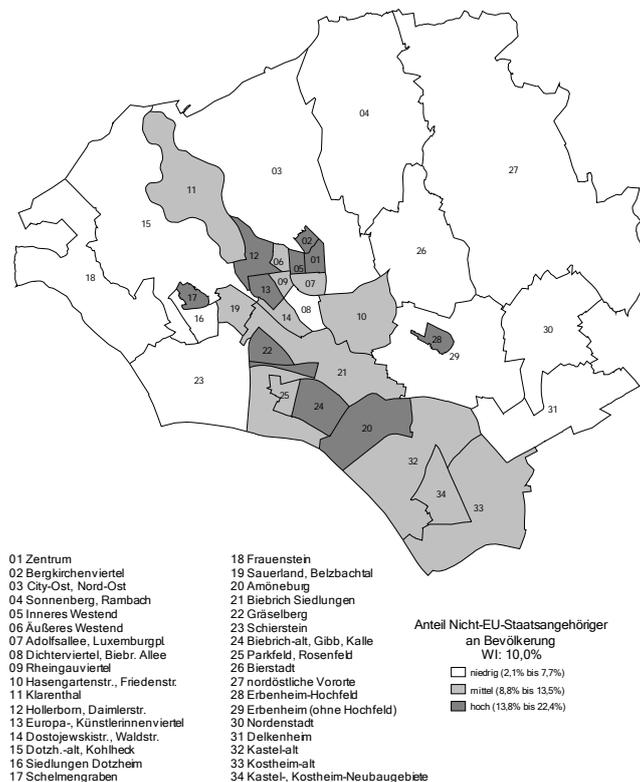
## Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige

### Beschreibung

Anteil der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung

Abbildung 21: Karte Anteil Personen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit

Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige  
Stand: 31.12.2011



### **Bedeutung für den Sozialraum**

Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist keineswegs homogen; sie weist mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten auf. Nur bei einem Teil der Migranten und Migrantinnen kann von besonderen migrationsspezifischen Risiken gesprochen werden. Insbesondere die Gruppe derer mit einem mehr oder weniger ungesicherten Aufenthaltsstatus sowie derjenigen, die aus völlig anderen Kulturen und Sozialstrukturen kommen, vor allem wenn sie noch nicht lange in Deutschland leben, tragen Integrationsrisiken und bedeuten für die aufnehmende Stadt(teil)gesellschaft erhöhte Integrationsbedarfe. Nicht-EU-Bürger/-innen haben häufiger einen begrenzten Aufenthaltsstatus, eine begrenzte Arbeitserlaubnis und nicht selten stellt ihre unterschiedliche kulturelle Herkunft größere Herausforderungen für ihre Integration an sie selbst und an die Aufnahmegesellschaft. Aus diesem Grund wird der - zugegebenermaßen relativ grobe - Indikator "Anteil der Nicht-EU-Ausländer/innen an der Bevölkerung" herangezogen, um migrationsspezifische Risikopotenziale der sozialen Integration der Stadtteile abzuschätzen. Stadtteile mit überdurchschnittlichem Bevölkerungsanteil von Menschen mit einer Herkunft außerhalb der EU verweisen auf statistisch größere Risiken der sozialen Integration, des gemeinschaftlichen Miteinanders und der Einkommens-, Bildungs- und Erwerbsbeteiligung ihrer Bevölkerung.

### **2.2.8. Gesundheitsrisiken**

Die gesundheitliche Situation ist eine wesentliche Determinante für individuelles Wohlergehen. Sie hat einerseits Auswirkungen auf Lebensführung, Alltagsgestaltung und soziale Teilhabe, andererseits beeinflussen diese Faktoren wiederum die individuelle gesundheitliche Situation. Zwischen gesundheitlicher Lage und ökonomischer und sozialer Situation bestehen<sup>23</sup>, durch zahlreiche Studien belegte, enge Zusammenhänge.

Die Indikatoren beschreiben die sozialräumlich unterschiedliche Verteilung der gesundheitlichen Risiken.

Da leider nur sehr wenige Gesundheitsdaten kleinräumig vorliegen, geben die gewählten Indikatoren nur relativ grobe Hinweise auf die gesundheitliche Situation der Menschen in den Stadtteilen.

### **Rate „vorzeitige Sterblichkeit“**

#### **Beschreibung:**

Sterbefälle im Alter von 0 bis 64 Jahren auf je 1.000 Einwohner der Altersgruppe im Zeitraum von 2007 bis 2011

#### **Bedeutung für den Sozialraum**

Zwischen Lebenserwartung und ökonomischen Status existieren, belegt durch verschiedene Studien, deutliche Zusammenhänge. Ein höherer Sozialstatus geht mit einer statistisch höheren Lebenserwartung einher.

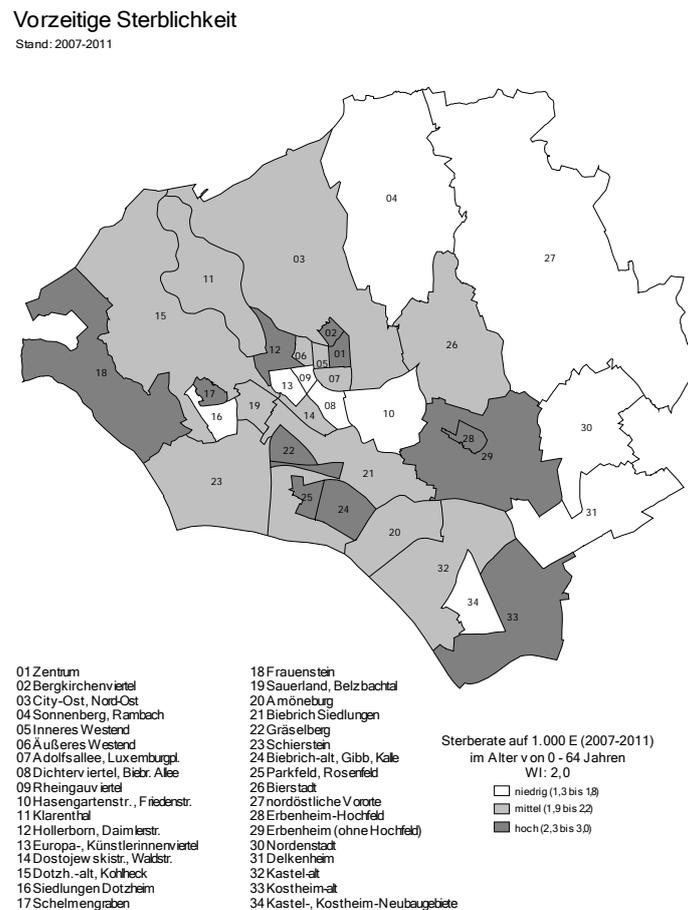
Der Indikator „vorzeitige Sterblichkeit“, also Todesfälle vor dem 65. Lebensjahr, steht im Zusammenhang mit der Sozialstruktur und dem Gesundheitsverhalten der Bevölkerung. Schätzungen gehen davon aus, dass nahezu jeder zweite vorzeitige Todesfall auf vermeidbares gesundheitsschädliches Verhalten wie z. B. Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum, mangelnde Wahrnehmung ärztlicher Vorsorgeuntersuchungen, ungesunde Ernährungsgewohnheiten, zurückzuführen ist<sup>24</sup>. Diese gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen werden durch sozioökonomische Faktoren mit beeinflusst.

Der Indikator gibt einen - wenn auch groben - Anhaltspunkt auf Stadtteile mit besonderem Bedarf an gesundheitsfördernden Maßnahmen.

<sup>23</sup> Vgl. Weltgesundheitsorganisation, 1986: Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung: [http://www.euro.who.int/\\_\\_data/assets/pdf\\_file/0006/129534/Ottawa\\_Charter\\_G.pdf](http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf)

<sup>24</sup> Senatsverwaltung f. Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin, Sozialstrukturatlas Berlin 2008, S. 208

Abbildung 22: Karte Rate vorzeitige Todesfälle (2007 bis 2011)



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Aufgrund, erfreulicherweise, relativ niedriger Fallzahlen liegen die Werte der einzelnen Stadtteile recht dicht beieinander. Von daher lassen sich - mit diesem Indikator allein - nur bedingt Aussagen über die gesundheitliche Lage der Bevölkerung treffen. Gleichwohl weisen die Werte in den Stadtteilen plausible Übereinstimmung zu den Ergebnissen anderer Indikatoren auf.

### Anteil „übergewichtige Kinder“

#### Beschreibung

Anteil der Kinder mit dem in der Schuleingangsuntersuchung festgestellten Status „übergewichtig“ oder „adipös“ an allen untersuchten Kindern.

#### Bedeutung für den Sozialraum

Übergewicht und insbesondere Adipositas im Kindesalter setzt sich in der Regel bis ins Erwachsenenalter fort, ist wesentliche Ursache für Folgeerkrankungen und beeinflusst somit die gesamte Gesundheitsbiografie eines Menschen.

Übergewicht und Adipositas haben aber auch erheblichen Einfluss auf die individuellen Verwirklichungschancen der Menschen.

Kinder, deren Eltern einen niedrigen Sozialstatus aufweisen sind häufiger übergewichtig als Kinder aus Haushalten mit einem hohen sozialen Status. Auch Kinder aus Migrantenfamilien weisen eine höhere Übergewichtsquote auf als Kinder ohne Migrationshintergrund. Welche Faktoren in welchem Ausmaß zu Übergewicht führen und wie diese interagieren ist noch nicht zufriedenstellend untersucht.

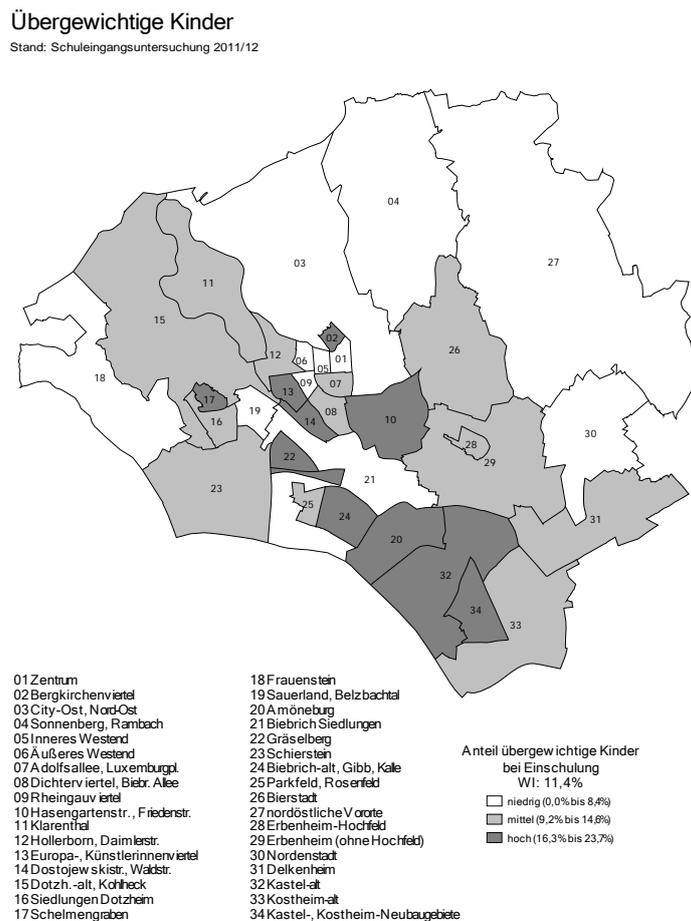
Viele übergewichtige Kinder zeigen auch mangelnde Bewegung, erhöhten Fernsehkonsum und ernähren sich ungesund.

In Stadtteilen mit hohen Werten in diesem Indikator, aber auch präventiv in Stadtteilen mit einer hohen Kinderarmutsquote, sind Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Schulen besonders gefordert, der Gesundheitserziehung der Kinder einen hohen Stellenwert zuzuschreiben.

Aber auch die KinderElternZentren (KiEZ) sowie andere Einrichtungen, die mit Eltern arbeiten, sollten mit verschiedenen Angeboten gesundheitsförderndes Verhalten von Eltern ermöglichen.

Wesentliche Themen sind hierbei Bewegungsförderung, durch Sport und Spiel, aber auch Alltagsbewegung und Informationen, sowie praktische Wissens- und Kenntnisvermittlung über gesunde Ernährung, auch mit geringen finanziellen Ressourcen.

**Abbildung 23: Karte Anteil der einzuschulenden Kinder mit Übergewicht**



### **Methodische und inhaltliche Anmerkungen**

Basis dieses Indikators sind die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Diese findet jedoch in einem Alter statt, in dem die Problematik „Übergewicht / Adipositas“ bei Kindern noch nicht so stark ausgeprägt ist im Gegensatz zum späten Grundschulalter bzw. der Pubertät. Beobachtungen zeigen, dass sich im zunehmenden Kindesalter mangelnde Bewegung, Fehlernährung und andere Ursachen für Übergewicht deutlich stärker ausprägen. Leider liegen für diese Altersgruppen keine kleinräumig verfügbaren Werte vor.

Die absoluten Fallzahlen sind relativ klein, sodass es zu Verzerrungen - insbesondere in der Zeitreihe - bei der prozentualen Darstellung kommen kann.

Gleichwohl ergeben sich hohe Übereinstimmungen mit den Ergebnissen der anderen Indikatoren.

### **2.2.9. Politische Teilhabe**

Politische Teilhabe manifestiert sich in unserer parlamentarischen Demokratie insbesondere in den Wahlen zu den verschiedenen Volksvertretungsorganen, also den Parlamenten, auf unterschiedlicher räumlicher Ebene.

Die Teilnahme an den demokratischen Wahlen ist das wesentliche, und für das Individuum am einfachsten zu realisierende, Instrument Einfluss auf politische Entwicklungen zu nehmen, den eigenen politischen Willen auszudrücken.

In diesem Indikatorenset werden zum einen die sozialräumlich unterschiedliche Verteilung der Möglichkeit der politischen Teilhabe und zum anderen die unterschiedliche Wahrnehmung dieser Möglichkeit, bezogen auf die Bundestagswahl, aufgezeigt.

Die Bundestagswahl ist, die Wahl, die in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit als am bedeutendsten angesehen wird, im Vergleich zu Wahlen wie Kommunal-, Landtags- und Europawahlen. Bei der Wahl zum Bundestag werden die höchsten Wahlbeteiligungen erzielt. Die Wahl ist bereits viele Monate vor dem Wahltermin wichtiges Thema in allen Medien, der Wahlkampf der Parteien ist über einen längeren Zeitraum durch Plakatierung nicht zu übersehen und bestimmt das Stadtbild.

### **Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009**

#### **Beschreibung**

Anteil der Nichtwähler an den Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009

#### **Bedeutung für den Sozialraum**

Der Anteil der Nichtwähler in einem Stadtteil liefert wichtige Hinweise auf den Grad der politischen Beteiligung der Bevölkerung.

Er lässt Aussagen über das Ausmaß der Politikverdrossenheit zu. In den allermeisten Fällen ist die individuelle Entscheidung sich nicht an der Wahl zu beteiligen - bei Vorliegen der Wahlberechtigung -, keine bewusste politische Entscheidung, sondern folgt aus einer gewissen Resignation, der Überzeugung mit Wahlen keine Veränderung der eigenen bzw. gesellschaftlichen Situation befördern zu können.

Dieser Indikator ist aber auch ein Beleg für Wissen um demokratische Strukturen, politisches Interesse und Bereitschaft bzw. Vermögen sich mit unterschiedlichen politischen Anschauungen auseinanderzusetzen, sich zu informieren und eine eigene Position zu beziehen und diese durch eine Wahlentscheidung auszudrücken.

Dieser Indikator weist sehr deutliche Übereinstimmungen mit der sozialen Bedarfslage in einem Stadtteil auf. Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage zeigen hohe Nichtwähleranteile,

während Stadtteile mit niedriger sozialer Bedarfslage nur geringe Nichtwähleranteile aufweisen.

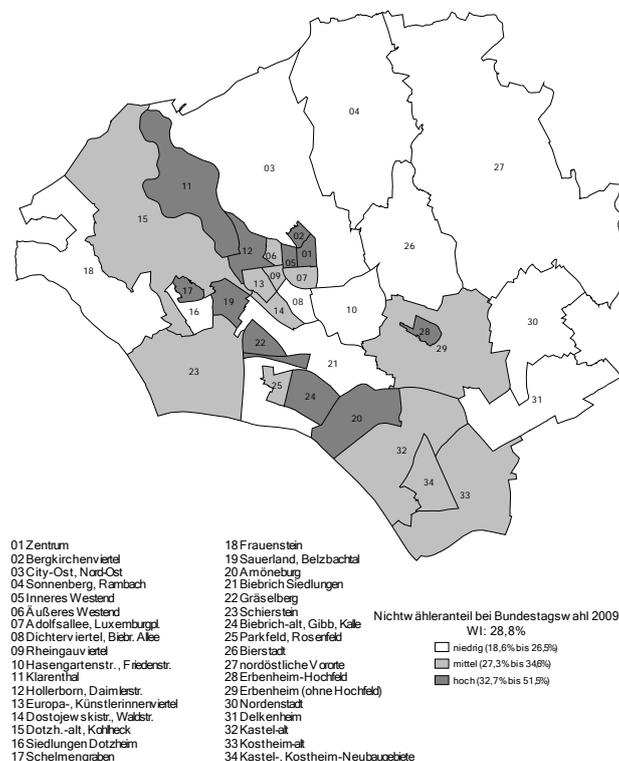
Die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen, also die Nutzung eines wesentlichen demokratischen Beteiligungsrechtes, ist somit maßgeblich durch die soziale Lage bestimmt.

Politische Bildung sollte in den Bildungs-, Kinder- und Jugendeinrichtungen, insbesondere in Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage, ein Themenfeld sein.

Für die soziale Arbeit im Stadtteil sollte, in der Tradition der Gemeinwesenarbeit, die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in relevanten Handlungsfeldern ein wesentliches Arbeitsprinzip sein.

**Abbildung 24: Karte Anteil Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009**

Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009



### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Die Zuschnitte der Wahlbezirke entsprechen nicht immer exakt den Zuschnitten der sozial-räumlichen Stadtteile. Aufgrund dieser Tatsache kann es zu kleineren Unschärfen bei der Zuordnung der Wahlbeteiligungswerte der Stimmbezirke zu den Stadtteilen kommen.

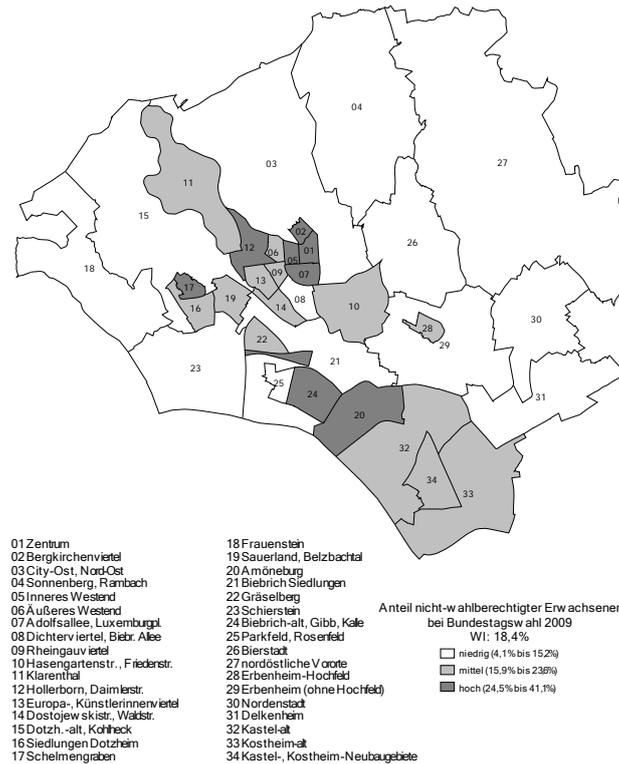
## Anteil der Nicht-Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 2009

### Beschreibung

Anteil der Wahlberechtigten zur Bundestagswahl 2009 an der erwachsenen Gesamtbevölkerung

Abbildung 25: Karte Anteil der Nicht-Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009

Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2009



### Bedeutung für den Sozialraum

Der Anteil der Nicht-Wahlberechtigten in einem Stadtteil zeigt wie hoch der Anteil der erwachsenen Bevölkerung ist, die kein Recht hat, die politische Vertretung zu wählen und sich somit an den parlamentarischen demokratischen Strukturen zu beteiligen.

Eine Berechtigung zur Teilnahme an der Bundestagswahl besteht nur für deutsche Staatsangehörige über 18 Jahren.

Der Indikator identifiziert somit deutliche Unterschiede in den **Möglichkeiten**, durch die Teilnahme an Wahlen, Einfluss auf politische Entwicklungen zu nehmen.

### Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Die Zuschnitte der Wahlbezirke entsprechen nicht immer exakt den Zuschnitten der sozialräumlichen Stadtteile. Aufgrund dieser Tatsache kann es zu kleineren Unschärfen bei der Zuordnung der Wahlberechtigungswerte der Stimmbezirke zu den Stadtteilen kommen.

### 3. Soziale Bedarfslagen in den Stadtteilen

#### 3.1 Methodische Erläuterungen zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage

Die sozialen Bedarfslagen in den Stadtteilen werden wie in den früheren Sozialraumanalysen des Amtes für Soziale Arbeit durch das Kreuzen der Indikatorengruppe der „administrativen Intervention“ mit der Indikatorengruppe der „Lebenslagen-Risiken“ ermittelt.

Zur Messung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen werden Indikatoren aus den Bereichen „administrative Intervention“ (s. Abbildung 1, S. 11) und „Lebenslagenrisiken“ (s. Abbildung 6, S. 17) ausgewählt.

Um die Werte (v. H.- Anteile) der einzelnen Indikatoren und Stadtteile direkt miteinander vergleichen zu können, wird das Verfahren der z-Transformation verwendet. Hierbei werden die Werte der Einzelindikatoren in den 34 Stadtteilen so transformiert, dass für den jeweiligen Indikator der Mittelwert (für die Stadt insgesamt) bei 0 liegt und die Standardabweichung<sup>25</sup> bei 1<sup>26</sup>.

Zur Darstellung der sozialen Bedarfslage bezogen auf die Einzelindikatoren und die genannten Indikatorengruppen werden drei Klassen („hoch“ - „mittel“ - „niedrig“) gebildet. Die Zuordnung erfolgt anhand der ermittelten z-Werte.

Eine Zuordnung zur Kategorie „hoch“ erfolgt bei z-Werten die über +0,5 liegen, d. h. mehr als eine halbe Standardabweichung oberhalb des Mittelwertes angesiedelt sind.

Der Kategorie „mittel“ werden z-Werte zwischen -0,5 und +0,5 zugeordnet, d. h. Werte innerhalb einer halben Standardabweichung vom Mittelwert.

Die Zuordnung zur Kategorie „niedrig“ erfolgte bei z-Werten die unter -0,5 betragen, d. h. die mehr als eine halbe Standardabweichung unterhalb des Mittelwertes liegen.

Bezogen auf die Einzelindikatoren bzw. Indikatorengruppen liegt somit bei der Kategorie „hoch“ eine hohe soziale Bedarfslage, der Kategorie „mittel“ eine mittlere bzw. durchschnittliche soziale Bedarfslage und bei der Kategorie „niedrig“ eine niedrige soziale Bedarfslage vor.

Die Gesamtbewertung der sozialen Bedarfslage in einem Stadtteil erfolgte gemäß der Ausprägung entlang der beiden Dimensionen „Ausmaß der administrativen Intervention“ und „Ausmaß riskanter Lebenslagen“. Die Einordnung der Stadtteile in ein Neun-Felder-Diagramm (s. Abbildung 26) vermittelt einen Überblick über die Ausprägungen der beiden Dimensionen.

Eine „hohe soziale Bedarfslage“ ist gegeben, wenn in beiden oder einer Dimension („Ausmaß administrative Intervention“, „Ausmaß riskanter Lebenslagen“) eine Zuordnung in die Kategorie „hoch“ erfolgte.

Die Zuordnung zur Kategorie der „mittleren sozialen Bedarfslage“ erfolgt bei der Ausprägung „mittel“ in beiden oder der Ausprägung „mittel“ in einer Dimension und „niedrig“ in der anderen.

Eine „niedrige soziale Bedarfslage“ liegt vor, wenn beide Dimensionen der Kategorie „niedrig“ zugeordnet werden.

<sup>25</sup> Die Standardabweichung ist ein Maß dafür, wie stark die Werte eines Merkmals (z. B. Existenzsicherungsquote) in der Grundgesamtheit (hier: 34 Stadtteile) streut.

<sup>26</sup>  $z = (x - MW(x)) / s$  wobei

$z$  = standardisierter Wert

$x$  = Wert im Stadtteil (z. B. Existenzsicherungsquote)

$MW(x)$  = Mittelwert aller 34 Stadtteile

$s$  = Standardabweichung:  $s = \sqrt{[\sum(x - MW(x))^2 / n]}$ , wobei  $n$  = Anzahl der einbezogenen Fälle (hier: 34 Stadtteile) ist.

### 3.2 Soziale Bedarfslagen der Stadtteile im Vergleich

Abbildung 26: Soziale Bedarfslagen 2011

Ausmaß administrativer Interventionen	hoch		Zentrum Klarenthal Parkfeld, Rosenfeld Kastel-, Kostheim- Neubaugebiete	Bergkirchenviertel Inneres Westend Schelmengraben Sauerland, Belzbachtal Amöneburg Erbenheim-Hochfeld Gräselberg
	mittel	Bierstadt	Äußeres Westend Adolfsallee, Luxemburgplatz Rheingauviertel Europa-, Künstlerinnenviertel Erbenheim (ohne Hochfeld) Kastel-alt Kostheim-alt	Hollerborn, Daimlerstraße Biebrich-alt, Gibb, Kalle Dostojewski-, Waldstraße
	niedrig	City Ost, Nord-Ost Sonnenberg, Rambach Dichterviertel, Biebricher Allee Siedlungen Dotzheim Frauenstein Biebrich Siedlungen Nordöstliche Vororte Nordenstadt Delkenheim	Hasengarten, Friedenstraße Dotzheim-alt, Kohlheck Schierstein	
		niedrig	mittel	hoch
<b>Ausmaß riskanter Lebenslagen</b>				

Im Folgenden sollen Informationen zu verschiedenen Fragestellungen gegeben werden: Wie verteilen sich die Wiesbadener Stadtteile auf die drei Kategorien der sozialen Bedarfslagen? Gibt es in Wiesbaden Zusammenhänge zwischen Stadtteiltyp und sozialer Bedarfslage? Wie stellt sich die Polarisierung der Stadtteile nach sozialen Bedarfslagen in Wiesbaden dar? Wie verteilt sich die Bevölkerung in Wiesbaden auf die Kategorien der sozialen Bedarfslage?

### Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage

In den meisten deutschen Großstädten, so auch in Wiesbaden, lassen sich im Wesentlichen zwei Gebietstypen als Orte mit hohen sozialen Bedarfslagen identifizieren.

Zum einen sind dies **innerstädtische oder innenstadtnahe Wohngebiete** mit einfachem Wohnungsbestand, hoher städtebaulicher Dichte, hoher Mobilität und niedrigem bis mittlerem Mietpreisniveau.

Zu diesen Stadtteilen zählen:

- Zentrum
- Bergkirchenviertel
- Inneres Westend
- Hollerborn, Daimlerstraße
- Dostojewski-, Waldstraße

Eine ähnliche Struktur zeigen die Vorortkerne

- Biebrich-alt, Gibb, Kalle
- Amöneburg,

die jedoch als zusätzliches Merkmal eine Prägung durch die Nähe zu Industriebetrieben aufweisen und früher als Wohnort für die Arbeiterinnen und Arbeiter dieser Betriebe dienten.

Der zweite prägende Typus sind die **Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus der 1960er bis 1980er Jahre**, die als wohnungspolitische Maßnahme in Stadtrandlagen errichtet wurden. Ziel des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus war und ist es, einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, die ihren Wohnbedarf nicht auf dem freien Wohnungsmarkt realisieren können, adäquaten preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Durch diese Begrenzung auf Haushalte mit niedrigem Einkommen, weisen die Wohngebiete überdurchschnittliche soziale Bedarfslagen und Risiken auf.

Zu diesem Gebietstypus zählen die Stadtteile

- Klarenthal
- Schelmengraben
- Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete
- Gräselberg
- Parkfeld, Rosenfeld
- Sauerland
- Erbenheim-Hochfeld

### Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage

Zu diesen Stadtteilen zählen traditionelle bürgerliche **innenstadtnahe Wohnquartiere mit Altbaubestand** und gemischter Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur, wie

- Äußeres Westend
- Adolfsallee, Luxemburgplatz
- Rheingauviertel

Ebenso zählen innenstadtnahe Wohnquartiere mit Neubebauung, die im Zuge städtebaulicher Erweiterungsmaßnahmen einen erheblichen Zuwachs an Wohnraum mit überwiegend Eigentumswohnformen bzw. mittel bis hochpreisigen Mietwohnungen erfahren haben, zu dieser Kategorie.

In Wiesbaden sind dies die Stadtteile

- Hasengarten, Friedenstraße
- Künstlerinnen-, Europaviertel

Schließlich zählen zu dieser Kategorie noch die **alten Vorortkerne** mit Siedlungserweiterungen, die eine sehr stabile, überwiegend zur Mittelschicht zählende - Bevölkerungsstruktur aufweisen.

Hierunter fallen die Stadtteile:

- Dotzheim-alt, Kohlheck
- Bierstadt
- Schierstein
- Erbenheim (ohne Hochfeld)
- Kastel-alt
- Kostheim-alt

#### **Stadtteile mit niedriger sozialer Bedarfslage**

Zu dieser Kategorie zählen die **innenstadtnahen gehobenen Wohngebiete** mit großem neuen und alten Villenbestand

- Dichterviertel, Biebricher Allee
- City Ost, Nord Ost

sowie die **gutsituierten Vororte und Wohnsiedlungen**

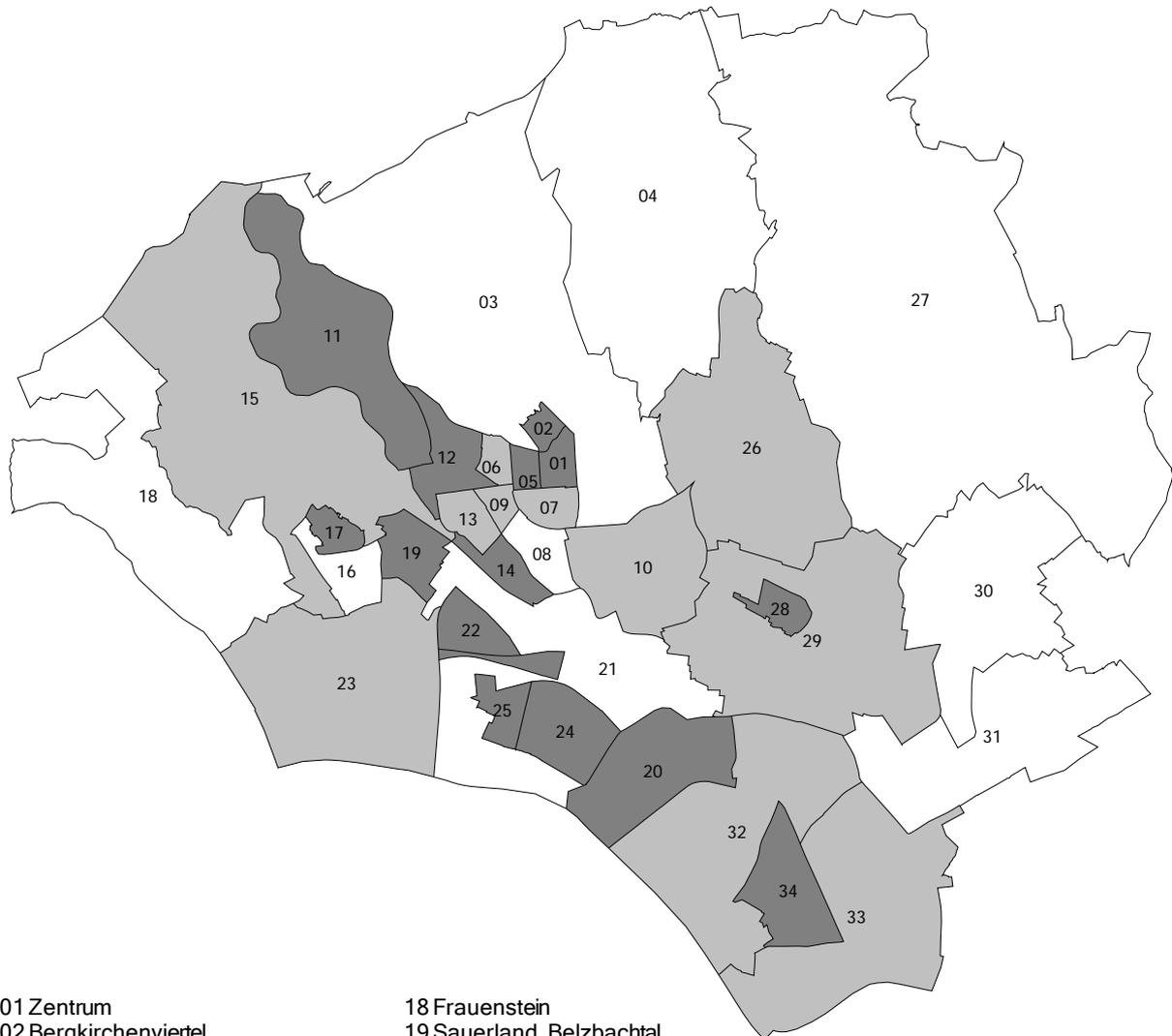
- Sonnenberg, Rambach
- Siedlungen Dotzheim
- Frauenstein
- Biebrich Siedlungen
- Nordenstadt
- Delkenheim
- Nordöstliche Vororte<sup>27</sup> (Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim, Hessloch, Igstadt, Kloppenheim)

---

<sup>27</sup> Die eingemeindeten Ortsbezirke wurden zusammengefasst, da für sie einzeln betrachtet die Fallzahlen insbesondere der administrativen Intervention für eine statistische Analyse zu gering sind.

Abbildung 27: Karte Soziale Bedarfslage 2011

## Soziale Bedarfslagen



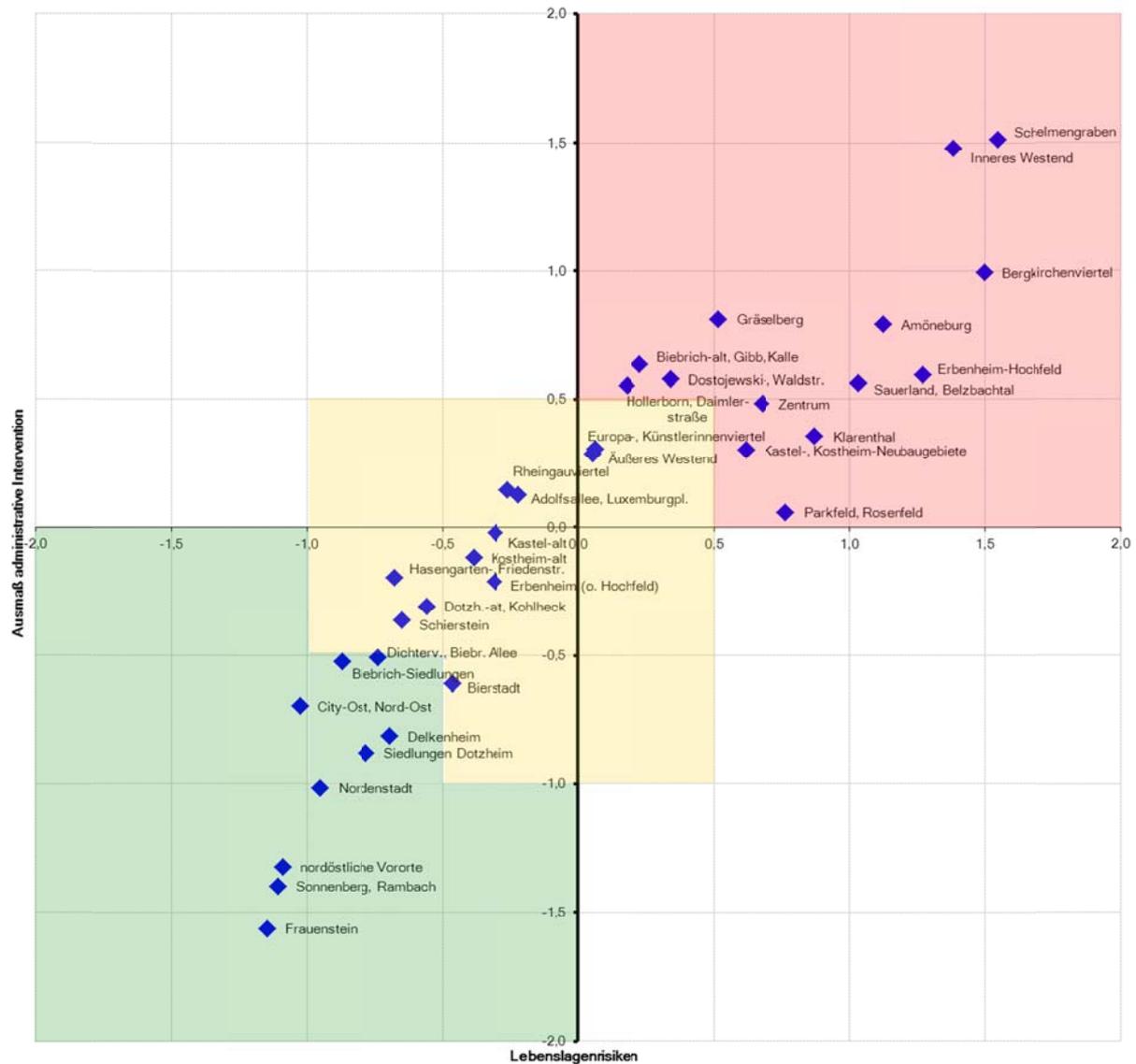
- 01 Zentrum
- 02 Bergkirchenviertel
- 03 City-Ost, Nord-Ost
- 04 Sonnenberg, Rambach
- 05 Inneres Westend
- 06 Äußeres Westend
- 07 Adolfsallee, Luxemburgpl.
- 08 Dichterviertel, Biebr. Allee
- 09 Rheingauviertel
- 10 Hasengartenstr., Friedenstr.
- 11 Klarenthal
- 12 Hollerborn, Daimlerstr.
- 13 Europa-, Künstlerinnenviertel
- 14 Dostojewskistr., Waldstr.
- 15 Dotzh.-alt, Kohlheck
- 16 Siedlungen Dotzheim
- 17 Schelmengraben

- 18 Frauenstein
- 19 Sauerland, Belzbachtal
- 20 Amöneburg
- 21 Biebrich Siedlungen
- 22 Gräselberg
- 23 Schierstein
- 24 Biebrich-alt, Gibb, Kalle
- 25 Parkfeld, Rosenfeld
- 26 Bierstadt
- 27 nordöstliche Vororte
- 28 Erbenheim-Hochfeld
- 29 Erbenheim (ohne Hochfeld)
- 30 Nordenstadt
- 31 Delkenheim
- 32 Kastel-alt
- 33 Kostheim-alt
- 34 Kastel-, Kostheim-Neubauegebiete

### Soziale Bedarfslagen

- niedrig
- mittel
- hoch

Abbildung 28: Polarisierung der Stadtteile nach sozialen Bedarfslagen (alle Indikatoren) 2011



**Die Verteilung der Bevölkerung auf soziale Bedarfslagen**

2011 gibt es in Wiesbaden 14 Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen, 11 Stadtteile weisen mittlere und somit durchschnittliche Bedarfslagen auf und 9 Stadtteile zählen zur Kategorie der Stadtteile mit niedrigen sozialen Bedarfslagen.

Zahlenmäßig verteilt sich die Wiesbadener Bevölkerung relativ gleichmäßig auf die drei Kategorien der sozialen Bedarfslage; jeweils rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung lebt in Stadtteilen mit hohen, mittleren bzw. niedrigen sozialen Bedarfslagen.

Abbildung 29: Verteilung der Bevölkerung auf Kategorien der sozialen Bedarfslage 2011

Bevölkerung	Kategorie Bedarfslage			gesamt
	hoch	mittel	niedrig	
Anzahl	89.209	96.186	91.204	276.599
Anteil an Stadtbevölkerung	32,2%	34,8%	33,0%	100%

Auf eine Darstellung der Bevölkerungsverteilung auf die Bedarfslagenkategorien im Zeitverlauf wird bewusst verzichtet, da diese nur bedingt aussagkräftig wäre. Ein Großteil der Stadtteile weist im Zeitverlauf stabile soziale Bedarfslagen auf, jedoch können Veränderungen in der Zuordnung eines Stadtteils durch unterschiedliche Faktoren bedingt sein. Eine tatsächliche Veränderung der Sozialstruktur eines Stadtteils ist nur eine von mehreren möglichen Erklärungen<sup>28</sup>.

---

<sup>28</sup> vgl. Erläuterungen unter 3.3 Sozialraumtypisierung in Wiesbaden zwischen 1976 und 2011

### 3.3 Sozialraumtypisierung in Wiesbaden zwischen 1976 und 2011

Seit dem „Wiesbadener Jugendbericht 1976“<sup>29</sup> arbeitet die Wiesbadener Jugendhilfe- und Sozialplanung mit differenzierten sozialräumlichen Analysen der Lebenslagen der Bevölkerung und der Strukturen der Wiesbadener Stadtgesellschaft.

**Abbildung 30: Sozialraumtypisierung im Jugendbericht 1976**

Stadtteil	Indikatorenbereich
Zentrum/Bergkirche *	Indikatorenbereich I  niedrige soziale Position hohe administrative Intervention segregiert
Rheinstraße /Bleichstraße**	
Adolfsallee, Luxemburgplatz	
Rheingauviertel	
Westend***	
Klarenthal	Indikatorenbereich II  hohe administrative Intervention mittlere und niedrige soziale Position nicht segregiert
Hollerborn, Güterbahnhof****	
Schelmengraben	
Sauerland, Belzbachtal*****	
Gräselberg	
Erbenheim-Hochfeld	Indikatorenbereich III  mittlere und niedrige administrative Intervention niedrige und mittlere soziale Position segregiert
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	
Amöneburg	
Waldstraße, Dostojewskistraße	
Dotzheim-alt, Kohlheck	
Dotzheim-Siedlungen	
Schierstein	
Kostheim-alt	
Kastel-alt	
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	
Hasengarten, Friedenstraße	Indikatorenbereich IV  niedrige administrative Intervention; mittlere und gehobene soziale Position, nicht segregiert
Dichterviertel, Biebricher Allee	
City-Ost, Nord-Ost	
Sonnenberg, Rambach	
Biebrich-Siedlungen	
Parkfeld, Rosenfeld	
Frauenstein	
Bierstadt	
Nordöstliche Vororte*****	
Erbenheim (ohne Hochfeld)	
Nordenstadt	
Delkenheim	

\* Der Stadtteil „Zentrum/Bergkirche“ wird seit 2007 in die Stadtteile „Zentrum“ und „Bergkirchenviertel“ getrennt.

\*\* Der Stadtteil „Rheinstraße/Bleichstraße“ wurde 2011 in die gebräuchlichere Bezeichnung „Inneres Westend“ umbenannt.

\*\*\* Der Stadtteil Westend wurde 2011 in die gebräuchlichere Bezeichnung „Äußeres Westend“ umbenannt.

\*\*\*\* Der Stadtteil „Hollerborn/Güterbahnhof“ wird seit 2007 in die zwei Stadtteile „Hollerborn/Daimlerstraße/Wellritzal“ und „Europaviertel/Künstlerinnenviertel“ (in 2007 noch „Europaviertel/Güterbahnhof“) getrennt. Das Wohngebiet Europaviertel entwickelte sich ab 1993 auf dem ehemaligen Kasernengelände. Seit 2006 entwickelt sich das Wohngebiet Künstlerinnenviertel auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs West.

\*\*\*\*\* Zunächst existierten in diesem Stadtteil nur das gering besiedelte Belzbachtal und kleinere Siedlungen (z. B. Talheim, Wachsacker). Das Wohngebiet Sauerland wurde erst ab 1994 besiedelt.

\*\*\*\*\* Dazu gehören die Ortsbezirke Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim, Igstadt, Kloppenheim und Heßloch

<sup>29</sup> Bourgett/Preußner/Völkel 1976: Jugendbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden. Beiträge zur Sozialplanung Nr. 5

Abbildung 31: Synopse der Sozialraumtypisierung 1995 - 2012

Stadtteil	Sozialatlas 1995	Sozialatlas 2001	Sozialatlas 2005	Sozialatlas 2007	Sozialraum-analyse
	Datenbasis: 31.12.1994	Datenbasis: 31.12.2000	Datenbasis: 31.12.2003	Datenbasis: 31.12.2005	Datenbasis: 31.12.2011
	Soziale Belas- tung	Soziale Be- darfslage	Soziale Be- darfslage	Soziale Be- darfslage	Soziale Be- darfslage
<b>Nördliche Innenstadt und Vororte</b>					
Zentrum *	sehr hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
Bergkirche *	sehr hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
City-Ost, Nord-Ost	gering	geringe	geringe	geringe	niedrige
Sonnenberg, Rambach	gering	geringe	geringe	geringe	niedrige
<b>Westend und Bleichstraße</b>					
Inneres Westend**	sehr hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
Äußeres Westend***	hoch	besondere	besondere	besondere	mittlere
<b>Südliche Innenstadt</b>					
Adolfsallee, Luxemburgplatz	hoch	besondere	besondere	besondere	mittlere
Dichterviertel, Biebricher Allee	mittel	geringe	geringe	geringe	niedrige
Rheingauviertel	hoch	mittlere	mittlere	mittlere	mittlere
Hasengarten, Friedenstr.	mittel	mittlere	mittlere	mittlere	mittlere
<b>Westliche Siedlungen</b>					
Klarenthal	hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritz- tal ****	hoch	besondere	besondere	mittlere	hohe
Europaviertel, Künstlerinnenviertel ****	hoch	besondere	besondere	mittlere	mittlere
Dostojewski-, Waldstr.	mittel	besondere	besondere	besondere	hohe
<b>Dotzheim und Frauenstein</b>					
Dotzheim-alt, Kohlheck	gering	mittlere	mittlere	geringe	mittlere
Siedlungen Dotzheim	gering	geringe	geringe	geringe	niedrige
Schelmengraben	hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
Frauenstein	gering	geringe	geringe	geringe	niedrige
Sauerland, Belzbachtal *****	hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
<b>Amöneburg, Biebrich, Schierstein</b>					
Amöneburg	mittel	mittlere	besondere	besondere	hohe
Biebrich-Siedlungen	gering	geringe	geringe	geringe	niedrige
Gräselberg	hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
Schierstein	gering	mittlere	mittlere	geringe	mittlere
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
Parkfeld, Rosenfeld	gering	mittlere	mittlere	mittlere	hohe
<b>Östliche Vororte</b>					
Bierstadt	gering	geringe	geringe	geringe	mittlere
Nordöstliche Vororte *****	gering	geringe	geringe	geringe	niedrige
Erbenheim-Hochfeld	hoch	besondere	besondere	besondere	hohe
Erbenheim (ohne Hochfeld)	mittel	mittlere	mittlere	mittlere	mittlere
Nordenstadt	gering	geringe	geringe	geringe	niedrige
Delkenheim	gering	mittlere	mittlere	geringe	niedrige
<b>Kastel und Kostheim</b>					
Kastel-alt	mittel	besondere	mittlere	mittlere	mittlere
Kostheim-alt	gering	mittlere	mittlere	mittlere	mittlere
Kastel-, Kostheim-Neubauegebiete	mittel	mittlere	mittlere	besondere	hohe

\* - \*\*\*\*\* s. Erläuterung zur Abbildung 30

Die Synopse der Sozialraumtypisierung in Wiesbaden von 1976 bis 2012 zeigt eine relativ stabile Struktur der sozialen Bedarfslagen der Stadtteile, d. h. die sozialen Bedarfslagen und damit die soziale und sozio-ökonomische Position der Stadtteile ist über den langen Zeitraum von 35 Jahren keinen gravierenden Umwälzungen unterworfen. Dies kann auch kaum verwundern wenn man bedenkt, dass die zentralen Faktoren der sozio-ökonomischen Position von Wohngebieten wie Gebäudestrukturen und deren Ausstattung, Besitzverhältnisse, verkehrliche und industrielle Emissionsbelastungen oder symbolische Imagebewertungen kaum grundlegende Veränderungen erfahren. In der Regel zeigt sich die sozio-ökonomische Posi-

tion eines Stadtteils und die seiner Bevölkerung in Relation zur stadtweiten Strukturierung sehr stabil.

Die in den Abbildungen 30 und 31 dokumentierten Veränderungen der Zuordnung eines Stadtteils in den Kategorien sozialer Bedarfslagen im Zeitverlauf können durch unterschiedliche Faktoren bedingt sein:

- Die konkrete Ausformung der Indikatoren und die empirische Bestimmung der Bedarfslagen unterscheiden sich im Detail in nahezu jedem Beobachtungsjahr. Zusätzliche Indikatoren wurden verwendet, Daten für einige Indikatoren waren nicht (mehr) verfügbar, bedingt durch Gesetzesänderungen ergaben sich Veränderungen der einzelnen Indikatoren bzw. deren Bemessung.
- Die räumlichen Zuschnitte einiger Stadtteile veränderten sich (s. Erläuterung zu Abbildung 30). Dies geschah vor allem aufgrund des Entstehens neuer Wohngebiete.
- Einige Stadtteile sind „Grenzgänger“, d. h. sie liegen mit ihren Kennzahlen jeweils knapp ober- bzw. unterhalb der Grenzwerte der Kategorisierung mit Ausschlägen in die jeweils eine oder andere Richtung. Die realen soziostrukturellen Veränderungen waren bzw. sind jedoch eher gering.
- Nur in wenigen Fällen sind tatsächliche strukturelle Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung Grundlage für einen signifikanten Auf- bzw. Abstieg des Stadtteils in eine andere Kategorie der sozialen Bedarfslage.

Wie wir zeigen konnten ist über die Veränderungen der sozialen Bedarfslagen der Stadtteile allein keine empirische Erfassung und Charakterisierung der sozialräumlichen und sozialstrukturellen Veränderungsprozesse der Stadtgesellschaft möglich. Im Folgenden werden wir deshalb die Veränderungen der sozialräumlichen Strukturen der Stadt und ihrer Stadtteile mittels so genannter Dynamikindikatoren untersuchen.

## 4. Sozialräumliche Entwicklungen in den Stadtteilen 2005 und 2011

Die sozialräumlichen Dynamiken im Zeitverlauf sind neben den oben bearbeiteten sozialräumlichen Strukturen eine zweite wesentliche Dimension der sozialen Stadtentwicklung und der besonderen sozialen Herausforderungen von Stadt(teil)gesellschaft und einer kommunalen Sozialpolitik.

### 4.1 Indikatoren zur Bestimmung der Veränderungen in den Stadtteilen

Zur Darstellung und Beurteilung von Entwicklungen der einzelnen Stadtteile und der Gesamtstadt im Zeitverlauf werden aus dem gesamten Indikatorenset sieben zentrale Indikatoren ausgewählt.

Die Indikatoren beschreiben zum einen eine Entwicklung der sozialen Belastungs- und Problemlagen im Stadtteil im Vergleich der Jahre 2005 und 2011. Diese Entwicklung ist Ausdruck der sozialräumlichen Ausprägung gesellschaftlicher Prozesse des sozialen Wandels und der sozio-ökonomischen Ressourcenverteilung. Zum anderen leiten sich aus den sozialräumlichen Entwicklungen Handlungsbedarfe der Sozialverwaltung und der sozialen Kommunalpolitik ab.

Der Auswahl der Indikatoren werden folgende Kriterien zugrunde gelegt

- Gleichgewichtige Darstellung der beiden Dimensionen „Ausmaß administrativer Intervention“ und „Ausmaß riskanter Lebenslagen“
- Indikatoren für Merkmale, die - theoretisch abgeleitet und empirisch belegt - in besonderer Weise Verwirklichungschancen beeinflussen und Auswirkungen auf weitere Risikolagen haben. So hat beispielsweise die Abhängigkeit eines Kindes von SGB II-Leistungen (Indikator „Kinderarmutsquote“) statistisch relevante Auswirkungen auf Chancen der Bildungsteilhabe, Gesundheit und soziale Teilhabemöglichkeiten.
- Die Daten liegen stadtteilbezogen mindestens seit 2005 vor und werden auch in Zukunft erhoben, sodass eine zuverlässige Zeitreihe erstellt werden kann.

### Methode zur Bewertung der Entwicklungstendenzen

Um nun die Entwicklungstendenzen der Stadtteile hinsichtlich der drei Kategorien „abnehmender Handlungsbedarf“, „stabiler Handlungsbedarf“ oder „zunehmender Handlungsbedarf“ anhand der Dynamikindikatoren zu beschreiben und zu kategorisieren, wird je Indikator und Stadtteil die Veränderung in Prozentpunkten zwischen dem Jahr 2005 und 2011 ermittelt. Es wird nun die Abweichung der Veränderung im Stadtteil zur Veränderung im Stadtdurchschnitt erfasst. Dabei wird die Veränderung im Stadtdurchschnitt als „0“ definiert, die Standardabweichung liegt bei „+/-1“. Eine über diese Standardabweichung hinaus gehende Veränderung stellt eine erhebliche Abweichung von der Entwicklung der Gesamtstadt dar. Hierbei zeigen Werte „< -1“ eine günstigere Entwicklung als im gesamtstädtischen Durchschnitt an und Werte „> 1“ stellen eine negative Entwicklung dar, liegt der Wert dazwischen entspricht die Veränderung einer durchschnittlichen Entwicklung.<sup>30</sup>

Im nächsten Schritt werden die Veränderungen der einzelnen Indikatoren entlang der Dimensionen „Ausmaß administrativer Intervention“ und „Lebenslagenrisiken“ betrachtet und bewertet. Je Indikator wird einer Abweichung „< -1“ der Wert „+1“, einer Abweichung „> 1“ der Wert „-1“ und einer Abweichung zwischen -1 und 1 der Wert „0“ zugeordnet. Nun wird in beiden Indikatorenbereichen die Summe der Einzelindikatoren ermittelt.

<sup>30</sup> Beispiel: Im Stadtdurchschnitt ist die Existenzsicherungsquote zwischen 2005 und 2011 von 12,8 % auf 12,4 % (also - 0,4) gesunken. Im Inneren Westend hingegen stieg sie von 25,3 % auf 29 % (also +3,7). Ein Anstieg um mehr als 1,5 Prozentpunkte (Standardabweichung +1) stellt eine erhebliche Abweichung - in diesem Fall eine Verschlechterung - dar.

Liegt diese Summe bei einem Wert  $\geq 2$ , entspricht dies in dieser Indikatorengruppe einem „abnehmenden Handlungsbedarf“. Liegt die Summe bei einem Wert  $\leq -2$ , wird dies der Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“ zugeordnet. Liegen die Werte bei -1, 0 oder 1 entspricht dies einer durchschnittlichen Entwicklung und wird der Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ zugeordnet. Abbildung 40 im Anhang zeigt die Bewertungen und Kategorisierungen der Stadtteile bezogen auf die Einzelindikatoren.

Nun erfolgt die Gesamtbewertung der Entwicklungstendenz des Stadtteils nach „abnehmendem“, „stabilem“ oder „zunehmendem“ Handlungsbedarf.

Ein - in der Gesamtbeurteilung - „abnehmender“ oder „zunehmender“ Handlungsbedarf ist gegeben, wenn in beiden oder mindestens einer Dimension („Ausmaß administrativer Intervention“, „Ausmaß riskanter Lebenslagen“) eine Zuordnung in die Kategorie „abnehmender“ bzw. „zunehmender“ Handlungsbedarf erfolgt.

Die Zuordnung zur Gesamt-Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ erfolgt bei der Zuordnung des Stadtteils in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ in beiden Dimensionen.

**Abbildung 32: Übersicht Dynamikindikatoren** (Datenquellen s. Abbildung 44 im Anhang)

	Indikator	Kurzbeschreibung	Beobachtungszeitraum
Administrative Intervention	Existenzsicherungsquote	Veränderung des Anteils der Personen im Leistungsbezug SGB II und XII an der Gesamtbevölkerung	2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000
	Kinderarmutsquote (SGB II) <sup>31</sup>	Veränderung des Anteils der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug an allen unter 15-Jährigen	2005 und 2011
	Arbeitslosigkeitsquote	Veränderung des Anteils der Arbeitslosen im SGB II- und SGB III-Leistungsbezug im Alter von 18 bis 64 Jahren an allen Personen dieser Altersgruppe	2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000
Riskante Lebenslagen	Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	Veränderung des Anteils der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung	2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000
	Alleinerziehendenquote	Veränderung des Anteils der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern	2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000
	Quote große Familien	Veränderung des Anteils der Haushalte mit 3 und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern	2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000
	Wohnraumversorgung der Haushalte im Stadtteil (Wohnfläche SOLL - IST)	Veränderung der Abweichung der im Stadtteil tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus	2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000

<sup>31</sup> Für die dynamische Betrachtung der Wiesbadener Stadtteile wird der Indikator „Kinderarmutsquote (SGB II)“ dem Indikatorenbereich „administrative Intervention“ zugeordnet und nicht wie oben in der Querschnittsbetrachtung den „Lebenslagerisiken“, da der Indikatorenbereich administrative Intervention dann nur über zwei Indikatoren repräsentiert wäre, während die Risiken der Lebenslagen mit fünf Indikatoren Übergewichtig vertreten sind. Aufgrund der oben geschilderten ambivalenten Konstruktion dieses Indikators ist dieser „Seitenwechsel“ durchaus legitim.

Abbildung 33: Veränderung der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „administrative Intervention“ 2011 zu 2005

	Existenzsicherungsquote			Arbeitslosigkeitsquote			Kinderarmutsquote		
	Anteile		Veränderung %-Punkte	Anteile		Veränderung %-Punkte	Anteile		Veränderung %-Punkte
	2005	2011		2005	2011		2005	2011	
Zentrum	18,2%	18,7%	0,5	11,4%	7,9%	-3,5	38,7%	42,7%	4,0
Bergkirchenviertel	25,2%	26,1%	0,9	14,8%	9,8%	-5,0	41,3%	41,4%	0,1
City-Ost, Nord-Ost	5,6%	5,9%	0,3	4,7%	3,2%	-1,5	10,9%	9,8%	-1,2
Sonnenberg, Rambach	3,3%	3,4%	0,1	3,5%	2,7%	-0,8	4,9%	4,6%	-0,3
Inneres Westend	25,3%	29,0%	3,7	14,5%	11,6%	-2,9	41,7%	54,2%	12,6
Äußeres Westend	16,1%	15,6%	-0,5	9,4%	6,2%	-3,2	29,4%	30,4%	1,0
Adolfsallee, Luxemburgpl.	15,2%	12,7%	-2,5	7,7%	5,0%	-2,7	29,1%	25,0%	-4,0
Dichterviertel, Biebr. Allee	7,4%	7,3%	-0,1	5,7%	3,7%	-2,0	14,0%	12,4%	-1,6
Rheingauviertel	14,2%	14,0%	-0,2	8,4%	5,2%	-3,2	27,9%	28,1%	0,3
Hasengarten-, Friedenstr.	9,7%	8,6%	-1,1	6,2%	4,3%	-1,9	18,9%	18,4%	-0,5
Klaienthal	16,6%	19,7%	3,1	8,8%	7,7%	-1,1	32,7%	34,9%	2,2
Hollerborn, Daimlerstraße	17,2%	19,0%	1,8	9,1%	7,3%	-1,8	27,7%	34,4%	6,8
Europa-, Künstlerinnenviertel	18,6%	15,2%	-3,4	8,5%	6,0%	-2,5	28,3%	22,3%	-6,1
Dostojewski-, Waldstr.	18,6%	20,4%	1,8	10,7%	9,6%	-1,1	34,3%	35,8%	1,5
Dotzh. alt, Kohlheck	7,8%	9,4%	1,6	6,4%	4,1%	-2,3	13,0%	15,6%	2,6
Siedlungen Dotzheim	3,4%	4,4%	1,0	3,2%	2,7%	-0,5	7,3%	9,7%	2,4
Schelmengraben	30,8%	32,5%	1,7	14,4%	11,1%	-3,3	47,7%	47,0%	-0,7
Frauenstein	3,1%	2,4%	-0,7	2,9%	1,9%	-1,0	7,0%	7,1%	0,1
Sauerland, Belzbachtal	24,6%	24,8%	0,2	12,1%	8,3%	-3,8	35,6%	37,4%	1,8
Amöneburg	16,1%	19,2%	3,0	9,1%	7,4%	-1,7	30,8%	32,2%	1,5
Biebrich-Siedlungen	6,5%	6,0%	-0,5	4,8%	3,4%	-1,4	9,9%	10,7%	0,8
Gräselberg	16,3%	21,1%	4,8	11,3%	8,9%	-2,4	30,2%	40,7%	10,5
Schierstein	7,2%	7,2%	0,0	5,8%	4,1%	-1,7	13,7%	13,3%	-0,4
Biebrich, Gibb, Kalle	13,8%	16,0%	2,2	9,2%	7,1%	-2,1	25,8%	30,3%	4,6
Parkfeld, Rosenfeld	11,2%	12,8%	1,6	7,4%	5,9%	-1,5	24,8%	25,7%	0,9
Bierstadt	7,5%	8,8%	1,3	5,6%	3,8%	-1,8	15,7%	16,6%	0,9
nordöstliche Vororte	3,9%	3,4%	-0,5	3,1%	2,4%	-0,7	7,7%	6,5%	-1,2
Erbenheim-Hochfeld	20,2%	23,8%	3,6	10,6%	9,1%	-1,5	34,8%	40,1%	5,3
Erbenheim (ohne Hochfeld)	11,8%	10,2%	-1,6	6,7%	3,9%	-2,8	18,1%	17,8%	-0,3
Nordenstadt	5,8%	5,6%	-0,2	4,1%	2,9%	-1,2	10,8%	9,9%	-0,9
Delkenheim	6,9%	7,3%	0,4	5,3%	3,0%	-2,3	13,9%	15,4%	1,5
Kastel-alt	12,6%	11,2%	-1,4	6,9%	5,0%	-1,9	23,4%	19,8%	-3,6
Kostheim-alt	10,4%	9,5%	-0,9	7,0%	5,1%	-1,9	20,7%	18,7%	-2,0
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	13,1%	18,1%	5,0	8,6%	6,5%	-2,1	25,1%	36,3%	11,2
<b>Stadtdurchschnitt</b>	<b>12,8%</b>	<b>12,4%</b>	<b>-0,4</b>	<b>7,4%</b>	<b>5,4%</b>	<b>-2,0</b>	<b>21,8%</b>	<b>23,2%</b>	<b>1,4</b>
Standardabweichung			1,9049			0,9605			3,9797
Verschlechterung +1 Standardabw.			1,5			-1,0			5,4
Verbesserung -1 Standardabw.			-2,3			-3,0			-2,6

Abbildung 34: Veränderungen der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „riskante Lebenslagen“ 2011 zu 2005

	Nicht-EU Ausländer			Alleinerziehendenquote			Quote "Große Familien"			Wohnfläche SOLL-IST		
	Anteile		Veränderung %-Punkte	Anteile		Veränderung %-Punkte	Anteile		Veränderung %-Punkte	Versorgungsquote		Veränderung Quote
	2005	2011		2005	2011		2005	2011		2005	2011	
Zentrum	20,3%	16,7%	-3,6	32,4%	34,7%	2,3	13,7%	10,7%	-3,0	1,1951	1,2279	0,0328
Bergkirchenviertel	25,5%	20,7%	-4,8	35,4%	36,6%	1,2	13,5%	11,2%	-2,3	0,9395	0,9626	0,0231
City-Ost, Nord-Ost	7,3%	6,2%	-1,1	22,5%	21,5%	-1,0	9,0%	9,6%	0,6	1,4839	1,5337	0,0497
Sonnenberg, Rambach	3,7%	3,1%	-0,6	17,3%	18,0%	0,7	9,0%	8,2%	-0,8	1,6466	1,6773	0,0307
Inneres Westend	27,5%	22,4%	-5,1	26,4%	32,7%	6,3	17,6%	15,5%	-2,1	1,0321	0,9846	-0,0475
Äußeres Westend	14,4%	10,9%	-3,5	30,5%	31,4%	0,9	9,9%	8,2%	-1,7	1,1372	1,1023	-0,0350
Adolfsallee, Luxemburgpl.	15,4%	12,7%	-2,7	29,5%	27,1%	-2,4	10,1%	9,9%	-0,2	1,2530	1,2149	-0,0381
Dichterviertel, Biebr. Allee	7,7%	7,7%	0,0	25,4%	22,6%	-2,8	8,5%	10,3%	1,8	1,3514	1,3742	0,0227
Rheingauviertel	15,0%	12,5%	-2,5	27,0%	28,0%	1,0	8,2%	9,8%	1,6	1,2352	1,2283	-0,0069
Hasengarten-, Friedenstr.	11,9%	9,1%	-2,8	20,4%	21,1%	0,7	10,3%	10,1%	-0,2	1,1265	1,3377	0,2113
Klarenthal	11,7%	11,9%	0,2	20,4%	20,8%	0,4	14,5%	18,2%	3,7	1,1340	1,0937	-0,0403
Hollerborn, Daimlerstraße	16,7%	16,2%	-0,5	25,7%	30,0%	4,3	9,6%	11,4%	1,8	1,0731	1,0651	-0,0080
Europa-, Künstlerinnenviertel	19,4%	14,1%	-5,3	23,7%	20,4%	-3,3	10,0%	9,6%	-0,4	1,0944	1,1020	0,0076
Dostojewski-, Waldstr.	14,1%	12,1%	-2,0	32,4%	38,8%	6,4	6,9%	9,7%	2,8	1,0799	1,0614	-0,0185
Dotzh. alt, Kohlheck	6,8%	7,4%	0,6	20,9%	22,8%	1,9	8,6%	9,5%	0,9	1,2516	1,2776	0,0260
Siedlungen Dotzheim	5,7%	5,2%	-0,5	14,0%	16,6%	2,6	11,5%	8,4%	-3,1	1,4372	1,4365	-0,0007
Schelmengraben	18,0%	18,6%	0,6	19,9%	25,1%	5,2	19,9%	21,8%	1,9	0,9906	0,9953	0,0047
Frauenstein	2,3%	2,1%	-0,2	14,8%	14,8%	0,0	6,6%	6,1%	-0,5	1,5603	1,5783	0,0180
Sauerland, Belzbachtal	17,0%	13,5%	-3,5	21,3%	25,6%	4,3	18,6%	16,6%	-2,0	0,9693	0,9940	0,0248
Amöneburg	17,3%	15,9%	-1,4	25,9%	29,4%	3,5	15,9%	13,4%	-2,5	0,9968	1,0127	0,0159
Biebrich-Siedlungen	7,9%	8,8%	0,9	19,7%	20,2%	0,5	10,9%	11,9%	1,0	1,3899	1,3870	-0,0029
Gräselberg	17,3%	17,6%	0,3	24,5%	27,2%	2,7	12,4%	11,1%	-1,3	1,1197	1,1021	-0,0176
Schierstein	7,6%	7,3%	-0,3	21,0%	18,9%	-2,1	8,3%	8,2%	-0,1	1,2181	1,2447	0,0266
Biebrich, Gibb, Kalle	16,0%	13,8%	-2,2	27,1%	28,6%	1,5	12,0%	11,9%	-0,1	1,1000	1,1219	0,0219
Parkfeld, Rosenfeld	9,3%	9,8%	0,5	20,5%	18,0%	-2,5	15,1%	12,4%	-2,7	1,2039	1,2163	0,0124
Bierstadt	7,2%	5,8%	-1,4	26,1%	28,8%	2,7	8,7%	9,1%	0,4	1,2883	1,3492	0,0609
nordöstliche Vororte	2,8%	2,3%	-0,5	17,4%	18,8%	1,4	7,7%	7,3%	-0,4	1,5484	1,6031	0,0547
Erbenheim-Hochfeld	18,0%	18,4%	0,4	23,3%	25,0%	1,7	14,9%	16,5%	1,6	1,1043	1,1165	0,0123
Erbenheim (ohne Hochfeld)	9,8%	7,4%	-2,4	21,9%	22,9%	1,0	9,3%	8,4%	-0,9	1,1932	1,1981	0,0048
Nordenstadt	7,0%	5,8%	-1,2	17,0%	17,0%	0,0	9,4%	9,4%	0,0	1,4431	1,4710	0,0280
Delkenheim	6,9%	5,9%	-1,0	18,1%	19,4%	1,3	10,7%	8,3%	-2,4	1,4199	1,4537	0,0338
Kastel-alt	13,0%	9,1%	-3,9	23,1%	20,9%	-2,2	10,9%	9,5%	-1,4	1,1401	1,1535	0,0134
Kostheim-alt	10,0%	9,3%	-0,7	17,4%	19,9%	2,5	10,9%	10,8%	-0,1	1,1385	1,1808	0,0423
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	13,9%	13,4%	-0,5	17,2%	19,3%	2,1	16,3%	17,5%	1,2	1,1195	1,1304	0,0109
Veränderung Stadtdurchschnitt	11,3%	10,0%	-1,3	22,9%	23,9%	1,0	11,0%	11,0%	0,0	1,2561	1,2754	0,0193
Standardabweichung			1,7275			2,4195			1,6992			0,0427
Verschlechterung +1 Standardabw.			0,4			3,4			1,7		-1 Stabwn	-0,0234
Verbesserung -1 Standardabw.			-3,0			-1,4			-1,7		+1 Stabwn	0,0620

## 4.2 Entwicklungstendenzen der Stadtteile anhand der Veränderung der Dynamikindikatoren 2011 zu 2005

Mit Hilfe des oben beschriebenen Verfahrens werden die Entwicklungstendenzen der Stadtteile in drei Kategorien klassifiziert:

- abnehmender Handlungsbedarf
- stabiler Handlungsbedarf
- zunehmender Handlungsbedarf

In der Einzelbetrachtung der Stadtteile (siehe Kapitel 7) werden die erfolgten Entwicklungen und mögliche Ursachen detailliert beschrieben.

Die Zuordnung der Stadtteile zu den genannten Kategorien ist nachfolgender Abbildung zu entnehmen.

Abbildung 35: Entwicklung der Veränderungen in den Stadtteilen 2011 zu 2005 nach Bedarfslage und Entwicklungskategorie

Bedarfs- lage 2011	abnehmender Handlungsbedarf	stabiler Handlungsbedarf	zunehmender Handlungsbedarf
hoch	Bergkirchenviertel	Zentrum <sup>32</sup> Sauerland, Belzbachtal Amöneburg Biebrich-alt, Gibb, Kalle Parkfeld, Rosenfeld Erbenheim-Hochfeld	Inneres Westend Hollerborn, Daimlerstraße Dostojewski-, Waldstraße Klarenthal Schelmengraben Gräselberg Kastel-, Kostheim- Neubaugebiete
mittel	Adolfsallee, Luxemburg- platz Europa-, Künstlerinnen- viertel Kastel-alt	Äußeres Westend Rheingauviertel Hasengarten, Frieden- straße Dotzheim-alt, Kohlheck Schierstein Bierstadt Erbenheim (ohne Hochfeld) Kostheim-alt	
niedrig		Sonnenberg, Rambach Dichterviertel, Biebricher Allee Siedlungen Dotzheim Frauenstein Biebrich Siedlungen Nordöstliche Vororte Nordenstadt Delkenheim City Ost, Nordost	

<sup>32</sup> Nach dem unter 4.1 beschriebenen Verfahren wäre das Zentrum in die Kategorie „Aufstieg“ einzuordnen. Aufgrund selektiver Veränderungen mit geringen Fallzahlen führt dieses Verfahren zu Verzerrungen, sodass in diesem Fall davon abgewichen wird und das Zentrum in die Kategorie „Persistenz“ eingeordnet wird. Vgl. Stadtteilbeschreibung „Zentrum“ unter 7

## Stadtteile mit abnehmendem Handlungsbedarf

Stadtteile dieser Kategorie gehören überwiegend zur Gruppe der Stadtteile mit mittleren sozialen Bedarfslagen; lediglich das Bergkirchenviertel zählt zu den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage.

Die Stadtteile mit abnehmendem Handlungsbedarf lassen sich in folgende Kategorien einteilen:

### - Innenstadtnahe Stadtteile mit Neubebauung

Hier handelt es sich um Stadtteile, die durch städtebauliche Erweiterungsmaßnahmen einen erheblichen Zuwachs an Wohnraum erfahren. Dieser wird zum größten Teil mit Eigentumswohnformen oder im gehobenen Preissegment liegenden Mietwohnungen realisiert.

Hierzu zählt der Stadtteil

- Europaviertel, Künstlerinnenviertel

Der Zuzug wohlhabenderer Bevölkerungsgruppen führt zu einem Sinken der Anteile von Bevölkerungsgruppen mit Existenz sichernden Leistungen und riskanten Lebenslagen.

### - Innenstadtnahe Wohnviertel mit gehobenem (saniertem) Altbaubestand

Hierzu zählt der Stadtteil

- Adolfsallee, Luxemburgplatz

Dieser Stadtteil wies bereits in den vergangenen Jahrzehnten eine heterogene Bevölkerungsstruktur auf. Er ist Wohnort für wohlhabende bzw. mit durchschnittlichen Einkommen wirtschaftende Bevölkerungsgruppen, die unkonventionelle und urbane Lebensformen bevorzugen, aber auch für Studierende. Diese finden hier Wohnungen für Wohngemeinschaften.

Der Stadtteil bot und bietet - mit abnehmender Tendenz - aber auch, in den Hinterhäusern oder nicht sanierten Altbauwohnungen bzw. einigen stark verkehrlich belasteten Straßenabschnitten, preisgünstigen Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen.

Die im Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ zu beobachtende Änderung der Bevölkerungsstruktur - deutliche Abnahme Existenzsicherungs- und Kinderarmutsquote -, verbunden mit einer höheren Mobilitätsrate, deutet auf Aufstiegsprozesse hin, die in der Stadtsoziologie „Gentrifizierung“ genannt werden. Gentrifizierung bezeichnet den Austausch von statusniedrigen Bevölkerungsgruppen durch status-höhere Schichten.

Die oben genannten Stadtteilstrukturen befriedigen den Wohnbedarf mittlerer und gehobener Bevölkerungsschichten, die urban leben und wohnen möchten, dabei aber auf Wohneigentum bzw. qualitativ hochwertige Mietwohnungen und den damit verbundenen Komfort nicht verzichten wollen.

In den 1960er bis 1990er Jahre zogen diese Bevölkerungsgruppen, insbesondere junge Familien, an den Stadtrand, in die Vororte oder das Umland, um ihren Kindern ein Aufwachsen im Grünen, in der Natur und vermeintlich stabilen sozialen Strukturen zu ermöglichen.

Mittlerweile ist eine Veränderung dieser Tendenz zu beobachten. Zahlreiche junge Familien bevorzugen ein urbanes Leben mit der Nähe und Vielfalt der Innenstädte. Sie schätzen neben guten Einkaufsmöglichkeiten, einer guten und vielfältigen sozialen und medizinischen Versorgung auch die zahlreichen kulturellen Angebote und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung die städtisches Leben bietet.

### - Vorortkerne mit Erweiterungen

Die positiven Entwicklungstendenzen des Stadtteils „Kastel-alt“, verbunden mit einer höheren Mobilitätsrate deuten auf einen Wegzug ärmerer Bevölkerungsgruppen und einen Zuzug wohlhabenderer Gruppen.

Dies wird bestätigt durch den Umstand, dass zwischen 2010 und 2012 überdurchschnittliche viele SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Saldo aus dem Stadtteil weggezogen sind. So ist insbesondere die Zahl der Kinder mit SGB II-Leistungen deutlich gesunken.

### - Innerstädtisches Wohngebiet mit überwiegend einfachem bzw. Sozialwohnungsbestand

Zu dieser Kategorie zählt der Stadtteil „Bergkirchenviertel“, der jedoch nach wie vor zur Gruppe der höchstbelasteten Stadtteile gehört (dritthöchste Belastung stadtweit). Es ist jedoch eine deutliche Entspannung der Problemlagen gegenüber dem Jahr 2005 festzustellen. Dies liegt überwiegend im Rückgang der Haushalte mit Kindern begründet. Ebenso sind Anteil und Zahl der Kinder im SGB II und der großen Familien gesunken.

Ob tatsächlich ein Wegzug dieser Bevölkerungsgruppen erfolgte oder ob sich eine durch das Erwachsenwerden der Kinder bedingte Veränderung der Bevölkerungsstruktur ergab, kann mit den uns vorliegenden Daten nicht beurteilt werden. Es spricht einiges für die zuletzt genannte mögliche Ursache, da durch den Prozess der Stadtsanierung, der in den 1980er Jahren begann und in dem zahlreiche Sozialbauwohnungen im Bergkirchenviertel errichtet wurden, diese zu erheblichem Teil mit jungen Familien belegt wurden, deren Kinder mittlerweile im Erwachsenenalter sein dürften.

## Stadtteile mit zunehmendem Handlungsbedarf

Diese Stadtteile gehören seit Beginn der Sozialraumbesichtigung in Wiesbaden überwiegend zur Gruppe der Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage.

Sie finden sich in drei städtischen Gebietstypen:

### - Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus der ersten bis dritten Generation

Diese Großsiedlungen wurden in den frühen 1960er Jahren, den 1970er und den 1990er Jahren zur Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen mit preisgünstigem Wohnraum errichtet.

Die Stadtteile

- Gräselberg (1. Generation)
- Schelmengraben (2. Generation)
- Klarenthal (2. Generation)
- Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete (2. und 3. Generation)

zählen dazu.

### - Innenstadtnahe Wohngebiete mit überwiegend einfachem Wohnungsbestand

Diese Wohngebiete wurden zum großen Teil in der Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit errichtet. Im Zuge der Stadterweiterung wurde mit dem Bau bzw. Erweiterung bestehender Wohngebiete Wohnraum für ärmere bzw. weniger begüterte Bevölkerungsschichten geschaffen. Einige der in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Siedlungen zählen zu den ersten im sozialen Wohnungsbau.

In diese Kategorie fallen die Stadtteile „Hollerborn, Daimlerstraße“ und „Dostojewski-, Waldstraße“.

### - Innerstädtische einfache Wohngebiete mit transitorischem Charakter

Hierzu zählt der Stadtteil „Inneres Westend“.

In allen Stadtteilen der Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“ ist eine nochmalige Verschärfung der ohnehin schon hohen Problem- und Belastungslagen festzustellen. Diese Stadtteile haben sich zwischen 2005 und 2011 noch weiter vom gesamtstädtischen Durchschnitt entfernt und drohen von der gesamtstädtischen Entwicklung entkoppelt zu werden.

Worin liegt jedoch die Zunahme der Problemlagen begründet? In welchen Indikatoren zeigen sich die Abstiegstendenzen besonders stark?<sup>33</sup>

In allen Stadtteilen dieser Kategorie ist ein Anstieg der Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen festzustellen; dies betrifft sowohl die Existenzsicherungs- als auch die Kinderarmutsquote.

In den Stadtteilen „Klarenthal“ und „Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete“ erfolgte ein nicht unerheblicher Zuzug ärmerer Bevölkerungsgruppen, der den Anstieg der Existenzsicherungs- bzw. Kinderarmutsquote zum Teil erklärt. Da jedoch die Zahl der Menschen im Leistungsbezug stärker gestiegen ist als Zuzüge erfolgten, ist davon auszugehen, dass überdies die bereits ansässige Bevölkerung in stärkerem Maße auf staatliche Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen ist.

Im Klarenthal ist überdies ein erheblicher Anstieg des Indikators „große Familien“<sup>34</sup> und als logische gegenläufige Entwicklung ein Rückgang in der „Wohnraumversorgung im Stadtteil (Soll-Ist)“ festzustellen. Diese stehen in Wechselbeziehung zueinander. Eine Zunahme an großen Familien kann dazu führen, dass bestehender Wohnraum stärker belegt wird und somit nicht mehr ausreichend Wohnraum pro Kopf zur Verfügung steht. Weiterhin sind große Familien statistisch häufiger auf Existenz sichernde Leistungen angewiesen, da zur Sicherung des Familienunterhalts ein höheres Einkommen erzielt werden muss als in kleineren Haushalten.

Eine ähnliche Entwicklung ist im Stadtteil „Dostojewski-, Waldstraße“ zu beobachten. Hier stieg die Bevölkerungszahl in nicht unerheblichem Maße an wobei der Zuzug ärmerer Bevölkerungsgruppen nur leicht überdurchschnittlich ist. Da die Zahl der Transferleistungsbeziehenden stärker gestiegen ist als Zuzüge erfolgten, ist auch in diesem Stadtteil davon auszugehen, dass ein größerer Teil der bereits im Stadtteil ansässigen Bevölkerung Transferleistungen in Anspruch nehmen muss.

Überdies ist ein starker Anstieg der Alleinerziehenden und der Familien mit mehr als drei Kindern zu verzeichnen. Beide Gruppen sind statistisch häufiger auf Existenz sichernde Leistungen angewiesen als Paarfamilien oder kleinere Familien.

In den Stadtteilen „Schelmengraben“, „Hollerborn, Daimlerstraße“ und „Gräselberg“ sind keine stärkeren Zuzüge zu verzeichnen, auch die Mobilitätsziffern liegen eher im unteren bzw. mittleren Bereich, sodass wir davon ausgehen können, dass kein erheblicher Bevölkerungsaustausch erfolgte. Es kann somit von einer Verschärfung der Einkommensarmut der Bestandsbevölkerung im Stadtteil gesprochen werden. Besonders deutlich bilden sich diese Entwicklungen in den Stadtteilen „Hollerborn, Daimlerstraße“ und „Gräselberg“ ab. Hier sind die Existenzsicherungsquoten besonders stark angestiegen; 2005 lagen sie noch relativ nah am städtischen Durchschnitt, 2011 haben sie sich erheblich vom Durchschnitt entfernt.

Die Abhängigkeit von Transferleistungen im Stadtteil „Schelmengraben“ lag bereits 2005 auf sehr hohem Niveau, sodass hier ein gewisser „Sättigungs- bzw. Plafond-Effekt“<sup>35</sup> eingetreten

<sup>33</sup> Vgl. hierzu auch Punkt 7 - Einzeldarstellung der Stadtteile

<sup>34</sup> Klarenthal weist bezogen auf diesen Indikator als einziger Stadtteil eine erhebliche Abweichung vom Stadtdurchschnitt auf, alle anderen Stadtteile zeigen positive Abweichungen oder liegen im durchschnittlichen Bereich.

<sup>35</sup> Dohnke, J., Seidel-Schulze, A., Häußermann, H. (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung - sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten, Difu-Impulse, Bd. 4/2012, S.15

ist, der sich in einer geringeren Steigerung (Existenzsicherungsquote) und einem leichten Rückgang der Kinderarmutsquote zeigt.

Jedoch trat eine erhebliche Zunahme der riskanten Lebenslagen „Alleinerziehende“ und „Menschen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit“ auf.

Im „Inneren Westend“ ist eine deutliche Verschärfung in nahezu allen Indikatoren festzustellen. Insbesondere die Kinderarmutsquote und Existenzsicherungsquote sind deutlich angestiegen, auch erfolgte ein weiterer Anstieg der Alleinerziehendenquote und eine Verschlechterung der Wohnraumversorgung der Haushalte im Stadtteil.

Dies erklärt sich überwiegend durch eine Steigerung der Bevölkerungszahl - bei gleichbleibendem Wohnraum -, einer hohen Mobilitätsziffer und dem transitorischen Charakter des Gebietes. Das „Innere Westend“ ist für Migranten - die bedingt durch die EU-Osterweiterung eine EU-Staatsangehörigkeit aufweisen können - oder andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen häufig die erste Station in Wiesbaden, die viele wieder verlassen sobald sie die Möglichkeit haben in andere Stadtviertel mit günstigen Mietwohnungen des freien Wohnungsmarktes bzw. sozialen Wohnungsbaus umzuziehen.

### **Stadtteile mit stabilem Handlungsbedarf**

In dieser Kategorie findet sich - wie zu erwarten, da sich soziale Bedarfslagen sehr stabil zeigen - der größte Teil der Wiesbadener Stadtteile. Diese weisen keine erheblichen Abweichungen von der gesamtstädtischen Entwicklung auf. In einzelnen Indikatoren können sich gleichwohl positive oder negative Entwicklungstendenzen zeigen, die jedoch noch keine so scharfe Ausprägung haben als dass eine eindeutige Tendenz zu konstatieren wäre.

Alle **Stadtteile mit stabil niedrigen sozialen Bedarfslagen** zählen zu dieser Kategorie. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch, dass sich keine positiven Veränderungen in diesen Stadtteilen ergeben haben.

Da unsere verwendeten Indikatoren Risiken der Lebenslagen und Verwirklichungschancen anzeigen und somit Defizite beschreiben, können sie auch nur Hinweise auf eine positive oder negative Veränderung einer **existierenden** Problemlage geben. In gut situierten Stadtteilen mit stabilen Bevölkerungsstrukturen, die nur ein geringes Ausmaß an sozialen Belastungen aufweisen, können mit diesen Belastungs-Indikatoren keine Veränderungen abgebildet werden. Eine evtl. Zunahme des Wohlstands in einem Stadtteil - also eine weitere Entfernung des Stadtteils vom Stadtdurchschnitt - stellt sich nicht in einer Abnahme der gering vorhandenen Abhängigkeit von Transferleistungen oder einem Rückgang der ohnehin niedrigen Arbeitslosenquote dar.

Kleinräumig liegen leider keine Daten über die Höhe der erzielten Einkommen, des Vermögens oder Bildungsabschlüsse der erwachsenen Bevölkerung vor, die Hinweise auf eine Zunahme des Wohlstands bzw. der Ressourcen der Bevölkerung geben könnten. Somit können eventuelle weitere sozio-ökonomische Verbesserungen dieser Stadtteile auch nicht erfasst werden.

Die **Stadtteile mit mittleren Bedarfslagen**, die keine deutliche Veränderungstendenzen aufweisen, zeichnen sich durch eine stabile Sozial- und Bevölkerungsstruktur aus und liegen, mit Ausnahme des „Äußeren Westends“, seit Beginn der Sozialraumbearbeitung stabil im Bereich der mittleren sozialen Bedarfslagen.

Durch eine weitere Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur konnte der Stadtteil „Äußeres Westend“ seine seit 2005 bestehende Zuordnung zur Kategorie der mittleren sozialen Bedarfslagen festigen.

Interessant ist die Frage, was die **Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen**, die keine negativen Entwicklungstendenzen, von denjenigen mit zunehmender Problem- und Belastungslage unterscheidet.

Eine einheitliche Erklärung für diesen Umstand gibt es nicht.

Bei genauerer Betrachtung lassen sich jedoch gewisse Gemeinsamkeiten der Stadtteile oder eines Teils der Stadtteile feststellen.

Die Stadtteile „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ und „Parkfeld, Rosenfeld“ weisen aufgrund ihrer Größe („Biebrich-alt, Gibb, Kalle“) bzw. ihrer städtebaulich heterogenen Siedlungsstruktur („Parkfeld, Rosenfeld“) eine heterogene Bevölkerungsstruktur auf. Diese Stadtteile entsprechen dem klassischen Bild eines durchmischten Stadtteils. Neben armen Bevölkerungsgruppen, leben hier ebenso Gruppen mit durchschnittlichen Einkommen und wohlhabendere Gruppen.

Beiden Stadtteilen gemeinsam ist, dass sich die Belastungen im Bereich der Indikatoren der „administrativen Intervention“ etwas negativer als im Stadtdurchschnitt entwickelt haben. Es ist zu vermuten, dass dieser Anstieg insbesondere in den benachteiligte Bevölkerungsgruppen - wie auch in den anderen Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen - erfolgte, aber aufgrund der Durchmischung der Bevölkerung sich dieser nicht so stark in den Werten des Gesamtstadtteils abbildet.

Die Entwicklungen im Indikatorenset bezogen auf die „riskanten Lebenslagen“ folgten dem städtischen Durchschnitt oder verliefen sogar leicht günstiger.

Eine ähnliche Tendenz wie die Stadtteile „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ und „Parkfeld, Rosenfeld“ bezogen auf die Entwicklung im Indikatorenbereich der „administrativen Intervention“ weist der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ auf, der jedoch eine relativ homogene Bevölkerungsstruktur hat. Hier ist eine Verschärfung der Problemlagen aufgetreten. Auch im Bereich der riskanten Lebenslagen ist eine negativere Entwicklung als in der Gesamtstadt zu beobachten.

Die beschriebenen Entwicklungen liegen aber gerade noch im durchschnittlichen Bereich, nah an der Grenze zur Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“, sodass er (noch) in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ fällt.

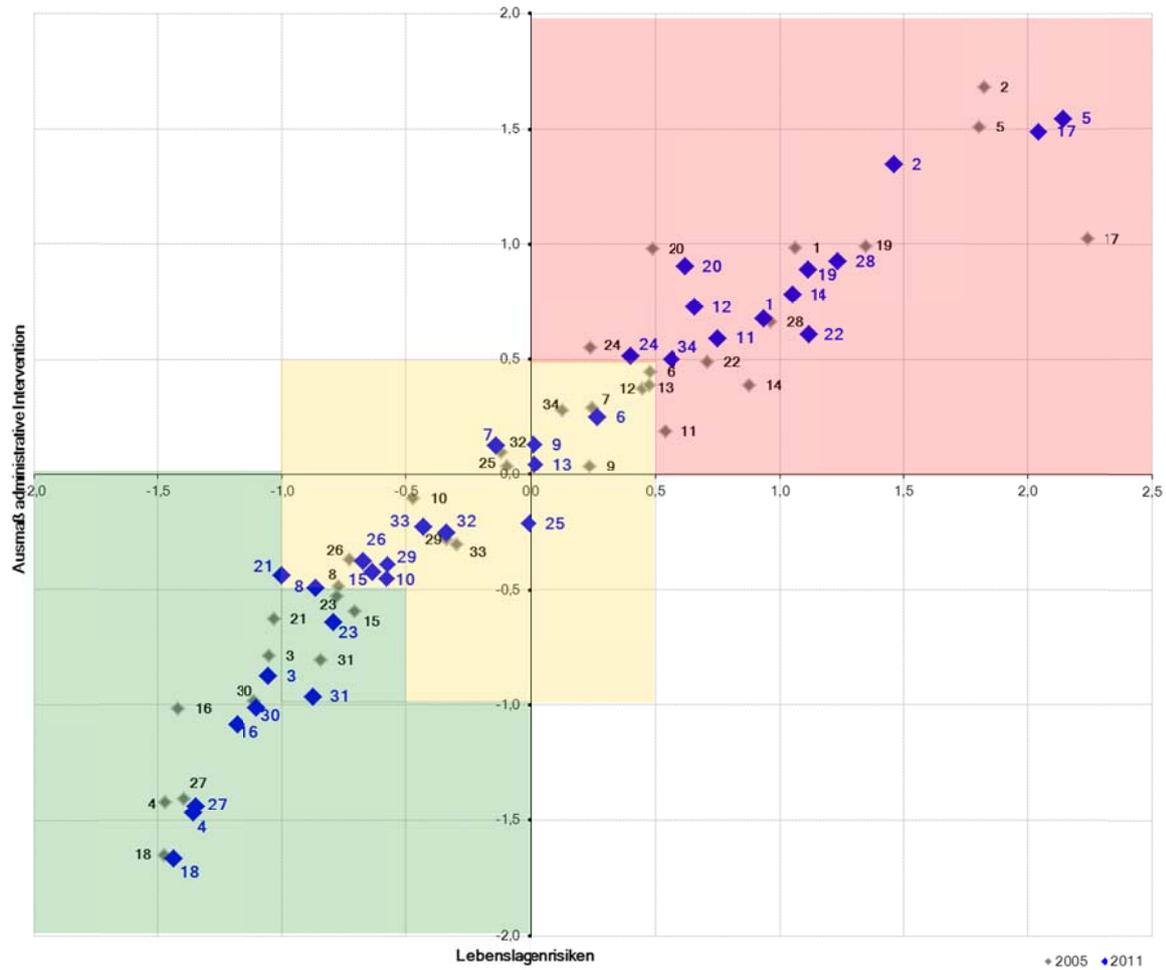
Aufgrund geringer Fallzahlen wurde der Stadtteil „Zentrum“ nicht der Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“ zugeordnet. Ein leichter Aufwertungstrend dieses Citygebiets ist jedoch festzustellen.

Auch der Stadtteil „Amöneburg“ weist aufgrund seiner geringen Größe nur geringe Fallzahlen auf, sodass keine fundierte Aussage zu den Ursachen der Stabilität der Bedarfslagen getroffen werden kann.

Der Stadtteil „Sauerland, Belzbachtal“ - zum größten Teil eine Großsiedlung im sozialen Wohnungsbau der dritten Generation und eingestreuten Eigentumswohnformen - weist aufgrund dieser Gegebenheiten eine gemischte Bevölkerungsstruktur auf. In den Jahren zwischen 2005 und 2011 hat sich in nahezu allen Indikatoren eine positive bzw. dem Stadtdurchschnitt entsprechende Entwicklung ergeben. Anders als in anderen Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus erfolgte keine tendenzielle Abkopplung von der Entwicklung der Gesamtstadt. Mit den uns vorliegenden Daten lassen sich jedoch keine genauen Ursachen benennen; allerdings gibt die Besiedlung von fast 100 neuen Wohnungen - alle als Eigentumswohnungen/Ein- und Zwei-Familienhäuser oder als Wohnungen für Studierende - einen Hinweis auf eine „verbesserte“ soziale Mischung der Bevölkerung durch neu Zuziehende.

In Abbildung 36 ist die Polarisierung der Stadtteile im Vergleich der Jahre 2005 und 2011 bezogen auf die Dynamikindikatoren dargestellt. Sie zeigt das Ausmaß der Veränderungen der Stadtteile in den beiden Indikatorenbereichen „Ausmaß administrativer Intervention“ und „Ausmaß riskanter Lebenslagen“ (Achsen Koordinatensystem) im Vergleich zum Mittelwert aller Stadtteile, aber verdeutlicht zum anderen auch die Polarisierung der Stadt. Als Maßeinheit wurden die gemittelten z-Werte der Stadtteile in den Indikatorenbereichen „administrative Intervention“ und „Risiken der Lebenslagen“ gewählt.

Abbildung 36: Polarisierung der Stadtteile anhand der Entwicklung der Dynamikindikatoren 2005 und 2011



- |                                |                                  |                              |                                     |
|--------------------------------|----------------------------------|------------------------------|-------------------------------------|
| 1 Zentrum                      | 10 Hasengarten, Friedenstraße    | 19 Sauerland, Belzbachtal    | 28 Erbenheim-Hochfeld               |
| 2 Bergkirchenviertel           | 11 Klarenthal                    | 20 Amöneburg                 | 29 Erbenheim (o. Hochfeld)          |
| 3 City-Ost, Nord-Ost           | 12 Hollerborn, Daimlerstraße     | 21 Biebrich-Siedlungen       | 30 Nordenstadt                      |
| 4 Sonnenberg, Rambach          | 13 Europa-, Künstlerinnenviertel | 22 Gräselberg                | 31 Delkenheim                       |
| 5 Inneres Westend              | 14 Dostojewski-, Waldstraße      | 23 Schierstein               | 32 Kastel-alt                       |
| 6 Äußeres Westend              | 15 Dotzheim-alt                  | 24 Biebrich-alt, Gibb, Kalle | 33 Kostheim-alt                     |
| 7 Adolfsallee, Luxemburgplatz  | 16 Siedlungen-Dotzheim           | 25 Parkfeld, Rosenfeld       | 34 Kastel-, Kostheim-Neubau gebiete |
| 8 Dichterviertel, Biebr. Allee | 17 Schelmengraben                | 26 Bierstadt                 |                                     |
| 9 Rheingauviertel              | 18 Frauenstein                   | 27 nordöstliche Vororte      |                                     |

Achseneinteilung: z-Werte<sup>36</sup>

	hohe Bedarfslage
	mittlere Bedarfslage
	niedrige Bedarfslage

Lesebeispiel:

Der Stadtteil „Bergkirchenviertel“ (Nr. 2) hatte im Jahr 2005 bezogen auf das „Ausmaß der administrativen Intervention“ einen z-Wert von 1,83 und bezogen auf das „Ausmaß riskanter Lebenslagen“ einen z-Wert von 1,68; dies wird durch die graue Raute dargestellt. 2011 lag der z-Wert in der administrativen Intervention bei 1,46 und den riskanten Lebenslagen bei 1,35 (blaue Raute). In beiden Indikatorenbereichen haben sich positive Entwicklungen in Richtung Mittelwert aller Stadtteile ergeben.

<sup>36</sup> s. Erläuterung unter 3.1

## 5. Stadtteilbezogene Arbeit, Projekte und Angebote der kommunalen Sozialpolitik

Kommunale Sozialpolitik, die sich in den vielfältigen Leistungen des Amtes für Soziale Arbeit und der freien Träger der Jugendhilfe darstellt, hat die Aufgabe und das Ziel das Recht aller Bürgerinnen und Bürger auf eine soziale Stadt zu gewährleisten. Die gesetzlichen Grundlagen hierzu liegen insbesondere im SGB II, VIII und XII. Das Aufgabenspektrum des Amtes für Soziale Arbeit umfasst somit vielfältige Leistungen zur Gewährung einer menschenwürdigen Existenzsicherung, zur Förderung selbständiger Lebensführung in eigener Verantwortung und zur Eröffnung von Chancen zur Gestaltung von persönlichen und gemeinschaftlichen Lebensverhältnissen<sup>37</sup>.

Ausgehend von der Tatsache, dass die Ressourcen und Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung und Interessenwahrnehmung in der Bevölkerung ungleich verteilt sind, sich diese Unterschiede sozialräumlich abbilden, ist die kommunale Wiesbadener Sozial- und Jugendhilfe seit Mitte der 1970er Jahren sozialräumlich ausgerichtet.

Stadtteile mit hohen oder mittleren sozialen Bedarfslagen werden systematisch mit besonderen infrastrukturellen Angeboten zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen und Erhöhung der Teilhabemöglichkeiten versorgt.

In nachfolgenden Übersichten werden bezogen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen die sozial-infrastrukturellen Ausstattungen der Stadtteile dargestellt.

**Abbildung 37: Sozial-infrastrukturelle Ausstattung der Stadtteile für die Zielgruppe „Kinder, Jugend, Familie“ (Stand: 31.12.2012)**

Stadtteil*	Versorgungsquote Tagesbetreuung			Schulsozialarbeit	Angebote für Eltern		Offene Kinder- und Jugendarbeit
	Krippe	Elementarbereich	Schulkindbetreuung	an Grundschulen (BGS), an Sekundarschulen (SSA)	KiEZ	Zielgruppenorientierte Elternbildung	
Zentrum	😊	😊	😐	BGS	X	X	
Bergkirchenviertel	😐	😊	😐	BGS/SSA	X	X	Mädchentreff Offener Jugendtreff Schulberg Schöne Ferien vor Ort Kunstwerker (2013)
City-Ost, Nord-Ost	😊	😊	😊				
Sonnenberg, Rambach	😞	😞	😞				
Inneres Westend	😞	😞	😞	BGS	X	X	Kinderzentrum Wellritzhof
Äußeres Westend	😞	😞	😐			X	STZ Georg Buch Haus Schöne Ferien vor Ort Kunstkoffer
Adolfsallee, Luxemburgplatz	😐	😞	😞	BGS			CVJM-Jugendzentrum Oranienstraße
Dichterviertel, Biebri-cher Allee	😐	😞	😊				
Rheingauviertel	😐	😞	😐	BGS			Mobile Jugendarbeit Wallufer Platz
Hasengarten, Friedenstraße	😊	😊	😐	BGS		X	
Klarenthal	😞	😞	😞	BGS/SSA		X	STZ Klarenthal Moja - Mobile Jugendarbeit Kunstwerker
Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritzal	😊	😊	😐	BGS/SSA		X	Kinderhaus Elsässer Platz Jugendarbeit casa e. V. Schöne Ferien vor Ort

<sup>37</sup> Siehe hierzu das Leitbild des Amtes für Soziale Arbeit im Sozialdezernat

Stadtteil*	Versorgungsquote Tagesbetreuung			Schulsozialarbeit	Angebote für Eltern		Offene Kinder- und Jugendarbeit
	Krippe	Elementarbereich	Schulkindbetreuung	an Grundschulen (BGS), an Sekundarschulen (SSA)	KIEZ	Zielgruppenorientierte Elternbildung	
Europaviertel, Künstlerinnenviertel				BGS		X	
Dostojewski-, Waldstraße							
Dotzheim-alt, Kohlheck							Teenietreff Dotzheim
Siedlungen Dotzheim							
Schelmengraben				BGS/SSA	X	X	STZ Schelmengraben Schöne Ferien vor Ort Kunstkoffer Kunstwerker
Frauenstein							
Sauerland, Belzbachtal				BGS	X	X	Jugendzentrum Trafohaus Schöne Ferien vor Ort Kunstwerker
Amöneburg				entfällt			Kunstwerker
Biebrich-Siedlungen							
Gräselberg				BGS		X	STZ Gräselberg Kunstwerker
Schierstein				SSA			
Biebrich-alt, Gibb, Kalle				BGS/SSA	X	X	Kinder- und Jugendzentrum Galatea BauHof
Parkfeld, Rosenfeld							Der Laden im Parkfeld Kunstwerker (2013)
Bierstadt						X	Mobile Jugendarbeit
Nordöstliche Vororte							Mobile Jugendarbeit
Erbenheim-Hochfeld				BGS/SSA	X	X	Offener Jugendtreff Maria Aufnahme & Mobile Jugendarbeit Schöne Ferien vor Ort Kunstwerker
Erbenheim (ohne Hochfeld)				BGS/SSA	X	X	Offener Jugendtreff Maria Aufnahme
Nordenstadt							Mobile Jugendarbeit
Delkenheim							Mobile Jugendarbeit
Kastel-alt				BGS/SSA		X	Kinder- und Jugendzentrum Reduit
Kostheim-alt				BGS/SSA		X	Kindertreff Kostheim Kinder- und Jugendzentrum Reduit
Kastel-/Kostheim-Neubaugebiete				BGS/SSA	X	X	Jugendpavillon Krautgärten Kinder- und Jugendzentrum Reduit

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsberichte und eigene Übersichten

\* hohe soziale Bedarfslage

mittlere soziale Bedarfslage

niedrige soziale Bedarfslage

Im Folgenden werden die in der Tabelle aufgeführten sozial-infrastrukturellen Leistungen erläutert.

### Erläuterung zur Versorgungsquote Kindertagesbetreuung

Die Versorgungsquote bezieht sich auf die in Einrichtungen<sup>38</sup> im Stadtteil zur Verfügung stehenden Plätze in der jeweiligen Kategorie der Tagesbetreuung für Kinder. Hierbei richtet sich die Zuordnung der Einrichtung zum Stadtteil nach der Postanschrift der jeweiligen Einrichtung. Das Einzugsgebiet der Einrichtungen, insbesondere an den Schulen, geht über die Stadtteilgrenzen hinaus, d. h. eine Einrichtung versorgt Kinder aus mehreren Stadtteilen.

<sup>38</sup> Je nach Kategorie sind Plätze in Kindertagesstätten und Betreuenden Grundschulen sowie weitere Betreuungsangebote freier Träger und Elternvereine nach § 15 Hess. Schulgesetz an den Grundschulen erfasst.

Eine Unterversorgung mit Betreuungsplätzen in einem Stadtteil kann durch einen Überhang in benachbarten Stadtteilen ausgeglichen werden.

Für die Tagesbetreuung existieren sozialplanerisch begründete und politisch festgelegte Versorgungsziele; die Bewertung der Versorgungsquoten orientiert sich an dem Grad der Zielerreichung.

**Abbildung 38: Definition Versorgungsziele und Grad der Zielerreichung in der Kindertagesbetreuung**

	Versorgungsziel	Versorgungsquote			z. Vgl. Versorgungsquote Gesamtstadt
					
<b>Krippe</b>	48% 3 Jahrgänge (soll erreicht sein bis 2017)	> 35%	20% bis 35%	< 20%	22,4%
<b>Elementarbereich</b>	85% 3 <sup>11/12</sup> Jahrgänge	> 85%	80% bis 85%	< 80%	84,8%
<b>Schulkinderbetreuung</b>	60% 4 Jahrgänge (+ Kinder in Eingangsstufe der Grundschule)	> 60%	40% bis 60%	< 40%	47,7%

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2012/2013, eigene Festlegung

### Schulsozialarbeit

Hier werden Betreuende Grundschulen aufgeführt soweit deren Grundschulbezirke einen wesentlichen Teil des Stadtteils versorgen. Das Vorhandensein der Schulsozialarbeit an Hauptschulen und integrierten Schulformen wird nach der Lage der Schulen im oder nahe des Stadtteils markiert. Da alle Förderschulen L mit Schulsozialarbeit ausgestattet sind, wird deren Angebot nicht aufgeführt.

### Offene Kinder- und Jugendarbeit

Hier werden Kinder- und Jugendzentren, sowie Angebote der mobilen Jugendarbeit in freier und kommunaler Trägerschaft aufgeführt. Diese Einrichtungen bzw. Angebote der mobilen Jugendarbeit bieten ein breites Spektrum von Aktivitäten für Kinder und Jugendliche aus den Bereichen Bildung, Freizeit, Kreativität und Sport. Das konkrete Angebot differiert nach Standort, Größe der Einrichtung und Zielgruppe.

Die „Kunstwerker e. V.“ bieten in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen einmal wöchentlich an einem zentralen Platz - umsonst und draußen - ein offenes künstlerisch-kreatives Angebot für Kinder und Jugendliche. Finanziert werden diese Angebote durch Zuschüsse des Sozialdezernates, Mittel von Ortsbeiräten, sowie Spenden o. ä.

„Schöne Ferien vor Ort“ ist ein einwöchiges kostenloses stadtteilbezogenes Ferienprogramm des Amtes für Soziale Arbeit in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. Es findet an einem zentralen (Spiel-)Platz im Stadtteil statt und richtet sich primär an Kinder im Grundschulalter.

### Zielgruppenorientierte Elternbildung

Niedrigschwellige Elternbildungsangebote, die durch die Fachstelle Elternbildung im Amt für Soziale Arbeit konzeptionell für die Zielgruppe „bildungsferne“ Eltern entwickelt wurden. Diese Angebote werden von der Fachstelle Elternbildung bezuschusst und von freien Trägern bzw. kommunalen Einrichtungen in den Stadtteilen umgesetzt. Die Angebotspalette umfasst Elterncafés, Spielkreise und Kurse wie z. B. niederschwelliges PEKiP, Zusammenspiel, FuN, Eltern und Kinder - fit für die Schule.

## **KinderElternZentrum (KiEZ)**

KinderElternZentren werden seit 2009 in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen als niedrigschwelliges stadtteilorientiertes Angebot für Familien eingerichtet.

Ein KiEZ ist eine Anlaufstelle vor Ort für Eltern aus dem Stadtteil zum Thema Kindererziehung. Ziel eines KiEZ ist es, die Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern auch dadurch zu fördern, dass Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Das KiEZ ist für alle Familien in allen Lebenslagen offen. Es bietet ein Elterncafé als niedrigschwellige Anlaufstelle und Gelegenheit zum Treffen und Austauschen untereinander.

Eltern finden im KiEZ Angebote verschiedener Institutionen - teilweise an unterschiedlichen Orten im Stadtteil - zur Betreuung, Beratung, Bildung und Erziehung, ... .

Die Angebote des KiEZ richten sich primär an Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren, sozial benachteiligte Eltern und Eltern mit besonderem Unterstützungsbedarf.

**Abbildung 39: Sozial-Infrastrukturelle Angebote für ältere Menschen und der Stadtteilarbeit, institutionalisierte soziale Vernetzung der Sozialen Arbeit, sowie besondere städtebauliche Programme (Stand 31.12.2012)**

\* hohe soziale Bedarfslage

mittlere soziale Bedarfslage

niedrige soziale Bedarfslage

Stadtteil*	Einrichtungen Gemeinwesen-/ Stadtteil- arbeit	Angebote für ältere Menschen		Vernetzungen auf Stadt- teilebene		Städtebauliche Programme
		Mittags- tisch	Treffpunkte	Stadtteil- konferenz	Stadtteil- Arbeits- kreis Alten- arbeit	
Zentrum			Netzwerk55+	X	X	
Bergkirche	Xenia	X	Treffpunkt aktiv Adlerstraße Netzwerk55+	X	X	Stadtsanierung Bergkirchenviertel (beendet, Abwick- lung letzter Ein- zelmaßnahmen)
City-Ost, Nord-Ost			Netzwerk55+			
Sonnenberg, Rambach			DRK Rambach			
Inneres Westend	kubis, Georg- Buch-Haus		Wiesbadener inter- nationales Frauen- begegnungs- zentrum	X		„Soziale Stadt“ Nachhaltigkeits- phase
Äußeres Westend		X	Seniorentreff Blücherstraße	X		
Adolfsallee, Luxem- burgplatz			LAB Gemeinschaft	X	X	
Dichterviertel, Biebri- cher Allee		X	Seniorentreff Zim- mermannstift Ev. Lutherkirchen- gemeinde			
Rheingauviertel			Ev. Ringkirchen- gemeinde			
Hasengarten, Frieden- straße			Ev. Johanneskir- chengemeinde	X		
Klarenthal	Stadtteilzent- rum, vbw	X	Stadtteilcafé/Salon Liesel - vbw Klarent- hal	X		
Hollerborn, Daimler- straße, Wellritzal	casa		Ev. Stephanuskir- chengemeinde	X	X (im Aufbau)	
Europaviertel, Künstler- innenviertel				X	X (im Aufbau)	
Dostojewski-, Waldstr.					Forum Waldstraße	
Dotzheim-alt, Kohlheck		X	Ev. Kirchengemein- de			
Siedlungen Dotzheim						
Schelmengraben	Stadtteilzent- rum, ags	X	Ev. Kirchengemein- de	X		„Soziale Stadt- plus“
Frauenstein						
Sauerland, Belzbachtal	kbs				X	
Amöneburg			Seniorentreff Karl Knecht		Runder Tisch Amö- neburg	X
Biebrich-Siedlungen			Ev. Heilig-Geist- Kirchengemeinde			
Gräselberg	Stadtteil zentrum			X		
Schierstein						
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	Bauhof, NBH	X	Treffpunkt aktiv Martin-Hörner- Zentrum Nachbarschaftshaus	X		„Soziale Stadt“ Nachhaltigkeits- phase
Parkfeld, Rosenfeld	Der Laden	X	Seniorentreff Sem- melweisstraße Ev. Albert- Schweitzer- Kirchengemeinde	X		

Stadtteil*	Einrichtungen Gemeinwesen-/ Stadtteil- arbeit	Angebote für ältere Menschen		Vernetzungen auf Stadt- teilebene		Städtebauliche Programme
		Mittags- tisch	Treffpunkte	Stadtteil- konferenz	Stadtteil- Arbeits- kreis Alten- arbeit	
Bierstadt		X	DRK - Venatorstraße Ev. Versöhnungs- gemeinde Ev. Kirchengemein- de Anton Jäger- Straße Netzwerk55+		X	
Nordöstliche Vororte			Seniorenkreis Au- ringen		X	
Erbenheim-Hochfeld				X	X	
Erbenheim (ohne Hoch- feld)		X	Ev. Paulusgemeinde - Pluspunkt	X	X	
Nordenstadt					X	
Delkenheim			Seniorentreff Bür- gerhaus Delkenheim		X	
Kastel-alt			Treffpunkt aktiv im Bürgerhaus Kastel DRK Schwanengas- se Netzwerk 55+	X	X	Stadtteil- entwicklungs- projekt „Stadttei- lumbau Kastel / Kostheim“
Kostheim-alt			Treffpunkt aktiv Dr. Ingrid Jäger Netzwerk 55+	X	X	
Kastel-/Kostheim- Neubaugebiete			Netzwerk 55+	X	X	

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsberichte und eigene Übersichten

Im Folgenden werden die in der Tabelle aufgeführten sozial-infrastrukturellen Leistungen erläutert.

### Treffpunkte für ältere Menschen

In dieser Kategorie werden ausschließlich Einrichtungen (Seniorentreffs) erfasst, die eine wöchentliche Öffnungszeit von mindestens 5 Stunden vorhalten.

Das „Netzwerk 55plus“ unterstützt und organisiert den Aufbau eines Bekannten-, Freundes- und Nachbarschaftskreises als soziale Vorsorge für das Älterwerden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer organisieren gemeinsame (Freizeit-)Aktivitäten, ausgerichtet an ihren Interessen. Dies erfolgt sowohl stadtteilbezogen als auch stadtteilübergreifend.

### Stadtteilkonferenzen

Seit Anfang der 1980er Jahre wurden auf Initiative des Sozialdezernates in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen Stadtteilkonferenzen gegründet. Die ersten waren die Stadtteilkonferenzen in den Stadtteilen Schelmengraben und Klarenthal, die bislang letzte wurde im Stadtteil Erbenheim im Sommer 2008 ins Leben gerufen.

Stadtteilkonferenzen sind Arbeitsgremien der sozialen Fachkräfte und anderer wesentlicher sozialer Akteure - wie Schulen, Kirchen, Wohnungsgesellschaften etc. - im Stadtteil.

Die Stadtteilkonferenzen haben folgende Funktionen:

- Austausch, Wissens- und Informationstransfer der Fachkräfte untereinander
- Abstimmung der Angebote, Schwerpunkt der Arbeit und/oder Zielgruppen
- Förderung der Vernetzung der unterschiedlichen Einrichtungen und Träger (träger- und spartenübergreifend)
- Analyse der (sozialen) Problemlagen und Bedarfe im Stadtteil
- daraus resultierende Entwicklung und Verständigung auf gemeinsame Entwicklungsziele
- und darauf basierende Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte

Stadtteilkonferenzen dienen der bestmöglichen Vernetzung und (Weiter-) Entwicklung der Angebote sozialer Arbeit im Stadtteil.

Sie können ihre Arbeit in unterschiedlichen Kooperationsstufen gestalten - dabei entscheidet das jeweilige Netzwerk und jeder einzelne Netzwerkpartner über das Ausmaß der Kooperation.

### **Stadtteilarbeitskreise Altenarbeit**

Diese sind ein Zusammenschluss sozialer Fachkräfte der Einrichtungen und Dienste für ältere Menschen im Stadtteil. Sie dienen dem fach- und zielgruppenspezifischen Austausch der Fachkräfte untereinander.

### **Einrichtungen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit**

Diese Einrichtungen in freier oder kommunaler Trägerschaft arbeiten - je nach Einrichtung in unterschiedlicher Ausprägung - nach den Prinzipien der Stadtteil- bzw. Gemeinwesenarbeit. Sie bieten eine Vielzahl von Beratungs-, Treff-, Kultur- und sonstigen Angeboten für Menschen aller Altersgruppen aus dem jeweiligen Stadtteil.

### **Städtebauliche Programme**

Diese durch Bund, Land und Kommunen finanzierten Programme verfolgen eine städtebauliche Aufwertung der Programmgebiete. Das Programm „Soziale Stadt“ und insbesondere „Soziale Stadt<sup>plus</sup> - Schelmengraben“ legt besondere Handlungsschwerpunkte auf so genannte „nicht-investive“ Ziele in den Bereichen Steigerung der Erwerbs- und Bildungsbeteiligung und der Verbesserung des Images der Stadtteile.

## 6. Folgerungen für die sozialräumliche Stadtentwicklung, kommunale Sozialpolitik und Praxis der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit

Die vorliegende Sozialraumanalyse beschreibt die Entwicklung und den Status Quo der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung und der sozialräumlichen Verteilung unterschiedlicher Lebensbedingungen und Bevölkerungsstrukturen im Stadtgebiet.

Sozialberichterstattung hat nach Bartelheimer<sup>39</sup> zwei wesentliche Aufgaben: zum einen „soll sie über die Entwicklung gesellschaftlicher Teilhabechancen und sozialer Qualitäten des Lebens in der Kommune informieren - sie hat also eine gesellschaftlichen Aufklärungsauftrag.“ Zum anderen hat sie eine sozialplanerische Funktion nämlich: „Daten für Aushandlungsprozesse in den Politiknetzwerken des lokalen ‚Wohlfahrtspluralismus‘ und für die Planung eines bedarfsgerechten Angebots sozialer Dienste“ zu liefern und ist somit „eng in die fachlichen Probleme und Widersprüche der sozialen Leistungssysteme vor Ort eingebunden“.

Im Folgenden sollen nun kurz die - aus sozialplanerischer Sicht - wesentlichen Folgerungen und Konsequenzen der aktuellen Sozialraumanalyse für die Ausgestaltung der sozialen Kommunalpolitik in Wiesbaden angerissen werden:

- Um negative Entwicklungstendenzen - weitere Polarisierungen der Stadtteile und Segregationstendenzen einzelner Stadtteile - frühzeitig erkennen zu können und geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln und zu etablieren, ist es weiterhin unerlässlich, mit den existierenden kleinräumigen Monitoringsystemen die Entwicklungen zu beobachten und an Fachkräfte und Politik zu berichten.
- In regelmäßigen Abständen von 3 bis 5 Jahren soll ein umfassender Bericht, wie der vorliegende, der kommunalen Politik, sozialen Fachkräften und der Stadtgesellschaft vorgelegt werden.
- Zur Vermeidung sich verstärkender Segregation muss angesichts des Bevölkerungswachstums ein offensiver Wohnungsneubau und die Entwicklung neuer Wohngebiete vorangetrieben werden. Bei den Neubauvorhaben ist - wie die Stadtverordneten bereits beschlossen haben - zur Sicherung einer angemessenen sozialen Durchmischung eine Quote von mindestens 15 % der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau vorzusehen. Ebenso sind Mischungen der Siedlungsformen (Einfamilienhäuser und Geschosswohnungen) und der Eigentumsverhältnisse (Mietwohnungen und Wohneigentum) anzustreben.
- Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage benötigen mehr als andere, zielorientierte Unterstützungsangebote durch systematisch vernetzte soziale Dienste und Einrichtungen; insbesondere Stadtteile mit sich verschärfenden Problemlagen oder einer Stabilität der Armutslage, benötigen zusätzliche Ressourcen für eine effektive und zielorientierte Entwicklung und Umsetzung von sozialräumlichen Fördermaßnahmen wie z. B. das in 2012 etablierte Programm „Soziale Stadt*plus*“ im Schelmengraben.
- Zur Prävention von Armut und sozialer Ausgrenzung der Familien und insbesondere der jungen Menschen gilt es das Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter Benachteiligung „Alle Chancen für ...!“ in den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen konsequent umzusetzen.

<sup>39</sup> Bartelheimer, P.: Der Sozialraum in sozialer Arbeit und kommunaler Sozialberichterstattung; in: Territorialisierung des Sozialen. Hrsg. Kessl, E., Otto, H.-U., Opladen 2007

Die vier im Handlungsprogramm identifizierten Bausteine guter Armuts- und Benachteiligungsprävention<sup>40</sup>

- Existenz sichernde Erwerbsarbeit der Eltern ermöglichen;
- Eltern unterstützen, elterliche Erziehungskompetenz fördern;
- Hilfe im Einzelfall: Probleme klären, Hilfe planen, Koproduktion sicherstellen;
- Junge Menschen fördern, Bildungsteilhabe und Bildungsergebnisse verbessern

kennzeichnen den notwendigen Handlungsraum der sozialen Kommunalpolitik.

Diese ist allerdings ohne eine angemessene finanzielle Ausstattung nicht möglich.

- Kindertagesstätten, soziale Dienste, Jugendeinrichtungen und Schulen benötigen für die Bewältigung der besonderen Herausforderungen in diesen Stadtteilen mehr finanzielle und/oder personelle Ressourcen, ein zielgerichtetes Arbeitskonzept - beispielhaft „zielgruppenorientierte Elternbildung“ - und ein angemessenes Berichtswesen, welches ein angemessenes Erreichen der Zielgruppen bzw. des Zielraumes ebenso wie die erzielten Leistungen, Ergebnisse und Wirkungen kontinuierlich berichtet. Gut operationalisierte Indikatorkonstruktionen werden benötigt, die Pauschale für sogenannte Schwerpunkt Kitas (§ 32 Abs. 4 HKJGB) oder der sogenannte Sozialindex bei der Lehrkräftezuweisung in Hessen sind hier erste noch unzureichend ausgestattete Ansätze.
- Die komplexen Lebenslagen und eingeschränkten Verwirklichungschancen vieler Menschen in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen machen eine verstärkte interdisziplinäre angebots- und trägerübergreifende Koordination und Kooperation der Hilfen und Leistungen erforderlich um die notwendige Wirksamkeit zu erzielen. Ein systematischer Aufbau von sogenannten Produktionsnetzwerken und Präventionsketten<sup>41</sup> wie es bereits in der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zwischen Jobcenter, Schulen und Schulsozialarbeit oder in der zielgruppenorientierten Elternbildung in Wiesbaden gelungen ist, muss auch in anderen Bereichen etabliert werden.
- Last but not least wird nicht nur eine Politik der Armutsprävention mit dem Schwerpunkt auf junge Menschen und Menschen im Erwerbsalter benötigt. Angesichts der Tatsache, dass in Stadtteilen mit hohen Bedarfslagen bis zu einem Drittel der Menschen Existenzsicherungsleistungen des SGB II oder XII benötigen, bedarf es auch der Entwicklung und Förderung von Ressourcen und Orten zur Selbstorganisation, zur gegenseitigen Hilfe und zum Aufbau gebrauchswertorientierter Ökonomien und Selbstversorgung. Projekte wie Tauschringe, Schreber- und Mietergärten, Repair Cafés oder Wohngemeinschaften preiswerten Wohnens sind hier auch für die Zielgruppe „60 plus“ sehr interessant, deren Existenzsicherungsquote in einigen Stadtteilen bereits ein Viertel der Altersgruppe übersteigt.

<sup>40</sup> Amt für Soziale Arbeit 2012: Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden. Teil II: Schlussfolgerungen - Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung und Amt für Sozial Arbeit 2013: „Alle Chancen für ...!“ - Wiesbadener Programm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung. Sachstandsbericht. Download unter [www.wiesbaden.de/sozialplanung](http://www.wiesbaden.de/sozialplanung)

<sup>41</sup> Vgl. zum Konzept der Produktionsnetzwerke Reis, C.; Geideck, S./Hobusch, T./Kolbe, C. 2011 Produktionsnetzwerke und Dienstleistungsketten. Ansätze zur Integration von Unterstützungsangeboten für Alleinerziehende. Herausgegeben vom BMFSFJ. Berlin

## 7. Darstellung der sozialräumlichen Struktur und Entwicklung der 34 Stadtteile

Im folgenden Abschnitt erfolgt eine ausführliche Darstellung der 34 Wiesbadener Stadtteile, des Status und der Entwicklung der sozialen Bedarfslage.

Die Darstellung für die einzelnen Stadtteile gliedert sich wie folgt:

- kurze städtebauliche Beschreibung
- Schaubild und Beschreibung der Entwicklung der sozialen Bedarfslage - auf Basis aller Indikatoren - im Zeitverlauf von 2000 bis 2011 entlang der Kategorien „hohe“, „mittlere“ und „niedrige“ soziale Bedarfslage
- Tabelle Entwicklung der Eckwerte im Zeitvergleich 2005 und 2011
- Tabelle und Beschreibung der Veränderung der Dynamikindikatoren 2011 zu 2005
- Schaubild Zeitreihe Entwicklung Dynamikindikatoren 2000 bis 2011
- Übersicht der stadtteilbezogenen Werte in allen Einzelindikatoren

Die Datenquellen der Tabellen und Übersichten in den Darstellungen der einzelnen Stadtteile sind im Anhang in Abbildung 45 aufgeführt.

### Hinweise zu den Tabellen Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005:

In der Spalte „Veränderungen in Prozent“ erscheinen in einigen Fällen die Werte falsch berechnet. Dies sind rundungsbedingte Differenzen und erklären sich durch das Berechnungsverfahren: Es wurden die prozentualen Veränderungswerte durch Excel mit allen Nachkommastellen ermittelt und danach die Werte auf 1 bzw. 2 Nachkommastellen gerundet.

Die prozentuale Veränderung der Versorgung mit Wohnfläche bezieht sich nicht auf die Veränderung der qm Zahl, sondern auf die Veränderungen des Versorgungsmaßes (Verhältnis IST und SOLL). Eine Veränderung im „Plus“-Bereich bedeutet somit eine Verbesserung der Wohnraumversorgung, während die Veränderung im „Minus“-Bereich eine Verschlechterung beschreibt.

Bei allen anderen Indikatoren stellt eine Veränderung im „+“ eine Zunahme und eine Veränderung im „-“ eine Abnahme der sozialen Problemlage dar.

## Zentrum



## Zentrum

Der Stadtteil „Zentrum“, Teil des historischen Fünfecks und des alten Stadtkerns, ist ein innerstädtisches Geschäfts- und Wohngebiet mit hohem Altbaubestand. Hier befinden sich die Fußgängerzone, Rathaus, Stadtschloss mit Hessischem Landtag, Staatskanzlei und das alte Bädergebiet.

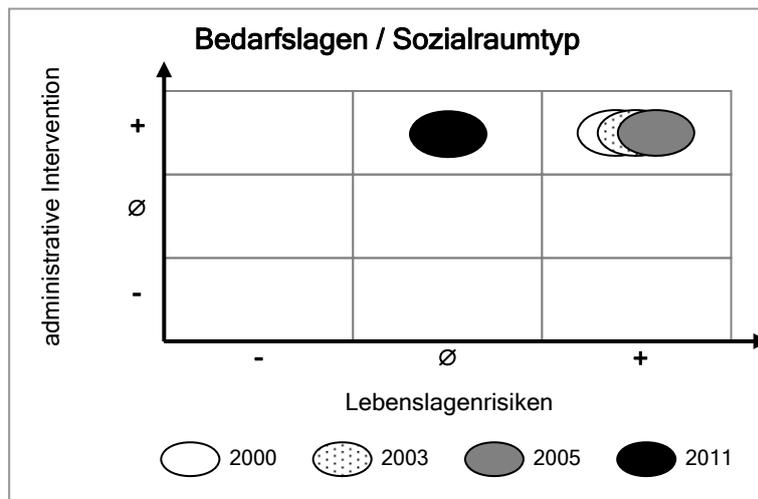
Es ist ein Wohngebiet mit eher niedrigen und mittleren Mieten und einer hohen Mobilitätsrate. Die Bevölkerungsstruktur weist einen unterdurchschnittlichen Anteil an Familien, Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen auf. Auch die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt unter dem städtischen Durchschnitt.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das Zentrum ist ein Stadtteil mit hohen sozialen Bedarfslagen.

Seit 2000 ist das Ausmaß der administrativen Intervention hoch. In den Jahren 2000, 2003 und 2005 war der Anteil der riskanten Lebenslagen ebenfalls hoch; 2011 lag das Lebenslagenrisiko - wenn auch sehr knapp - im mittleren Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt das Zentrum auf Rang 9 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	3.655	3.521	-134	-3,7%
Haushalte	2.287	2.257	+30	+1,3%
Wohnungen	2.296	2.303	+7	+0,3%
Mobilitätsziffer	37,7%	46,6%	-	+23,6%

Die relativ hohe Abnahme der Einwohnerzahl hängt vermutlich auch mit einer im Jahr 2010 vorgenommenen Melderegisterbereinigung zusammen.

Auffallend ist die deutliche Zunahme der Mobilitätsziffer, die auch schon 2005 erheblich über dem städtischen Durchschnitt lag.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	18,2%	18,7%	+2,8	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	38,7%	42,7%	+10,3	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	11,4%	7,9%	-30,7	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	20,3%	16,7%	-17,6	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	32,3%	34,7%	+7,2	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	13,7%	10,7%	-22,1	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+11,1qm	+12,9qm	+2,8	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gestiegen und liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Die Anzahl der Menschen mit Existenz sichernden Leistungen ist jedoch geringfügig gesunken.

Auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug hat sich stärker als im städtischen Durchschnitt erhöht. Er liegt erheblich über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Jedoch ist die Anzahl der betroffenen Kinder gleich geblieben.

Die Arbeitslosigkeitsquote ist stärker als in der Gesamtstadt gesunken, liegt aber weiterhin im Bereich der hohen Bedarfslagen.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Nicht-EU-Ausländer und der Anteil Alleinerziehender verbleiben im hohen Bereich und liegen nach wie vor erheblich über dem Stadtdurchschnitt.

Der Anteil der großen Familien ist deutlich gesunken und liegt 2011 sogar unter dem Stadtdurchschnitt; hierbei muss jedoch die geringe Fallzahl berücksichtigt werden (von 39 auf 29 Familien).

Bezüglich der Versorgung mit ausreichendem Wohnraum haben sich keine Veränderungen ergeben; die Werte verbleiben im mittleren Bereich.

### Gesamtbewertung

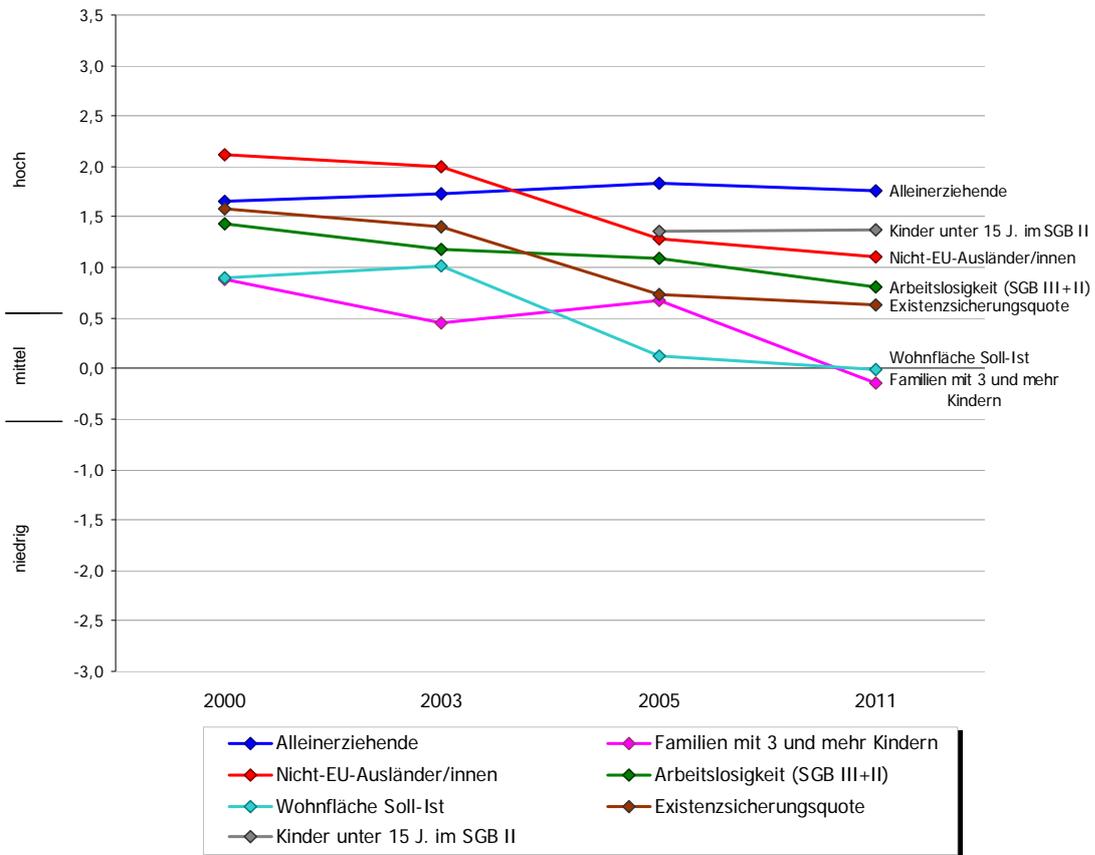
Das Zentrum ist ein Stadtteil mit hohen sozialen Bedarfslagen. Auch wenn sich seit 2000 Tendenzen der Entspannung der Problemlagen erkennen lassen, sind diese jedoch noch nicht in einem Maße erfolgt, dass eine Änderung in der Bedarfslage festzustellen ist.

Aufgrund des rechnerischen Verfahrens zur Ermittlung der Entwicklungskategorie der Stadtteile wäre der Stadtteil „Zentrum“ der Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“ zuzuordnen. Aufgrund des gewählten Berechnungsverfahrens würde - im speziellen Fall des Stadtteils „Zentrum“ - der Indikator Anteil „großer Familien“ den Ausschlag für die Einordnung in diese Kategorie geben. Dieser Indikator weist die deutlichsten Verbesserungstendenzen auf, aber es liegen jedoch geringe Fallzahlen zugrunde, sodass das Ausmaß der Verbesserung relativiert werden muss.

In den restlichen Indikatoren fallen die Verbesserungen nicht so deutlich aus.

Um ein realistisches Bild der Entwicklung des Stadtteils zu zeichnen, weichen wir in diesem Fall von der Zuordnung nach dem rechnerischen Verfahren ab und ordnen den Stadtteil „Zentrum“ in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ ein.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Zentrum

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,68</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	18,7%	0,63	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	7,9%	0,81	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	4,5%	1,55	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	5,8%	-0,28	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,48</b>	
<b>Prekäre Erwerbchancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	55,7%	0,21	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	2,3%	0,40	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	34,7%	2,57	15,3%
Wohngeldquote	0,5%	-1,08	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+12,9qm	0,04	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	11,1%	-0,79	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	0,0%	-1,16	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	30,9%	1,58	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	42,7%	0,63	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	5,0%	0,00	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	34,7%	1,76	23,9%
Quote „große Familien“	13,7%	-0,14	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	59,0%	1,23	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	71,0%	1,47	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	16,7%	1,10	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,8	1,68	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	0,0%	-2,12	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	32,7%	0,23	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	35,5%	1,93	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Bergkirchenviertel



## Bergkirchenviertel

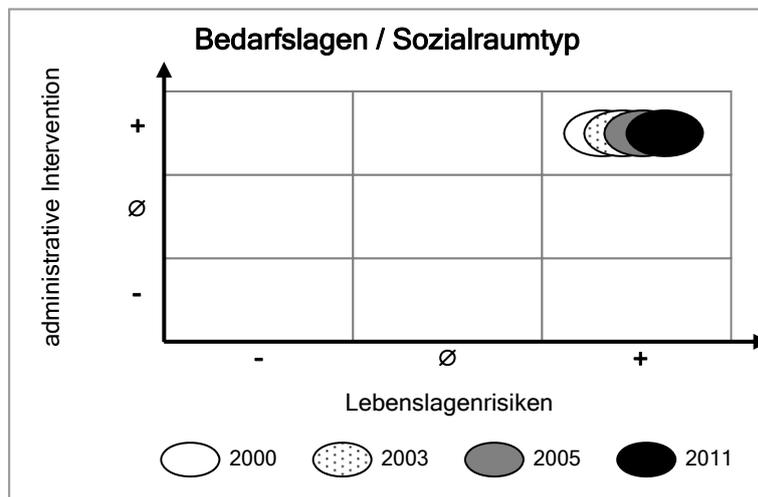
Das Bergkirchenviertel ist ein innerstädtisches Wohngebiet im alten Stadtkern und ein historisch gewachsenes Wohngebiet für „kleine Leute“. Neben dem Altbaubestand finden sich in diesem Stadtteil zahlreiche Neubauten mit Sozialwohnungen, die im Prozess der umfassenden Stadtsanierung dieses Viertels entstanden sind.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das Bergkirchenviertel zählt dauerhaft zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen.

Sowohl das Ausmaß der administrativen Intervention als auch das Lebenslagenrisiko liegen kontinuierlich im hohen Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt das Bergkirchenviertel auf Rang 3 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	6.939	6.670	-269	-3,9%
Haushalte	3.768	3.757	-11	-0,3%
Wohnungen	3.376	3.379	+3	+0,1%
Mobilitätsziffer	33,5%	27,8%	-	-17,0%

Die relativ hohe Abnahme der Einwohnerzahl hängt vermutlich auch mit einer erfolgten Melderegisterbereinigung im Jahr 2010 zusammen.

Die Mobilitätsziffer ist zwischen 2005 und 2011 deutlich gesunken.

**Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005**

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	25,2%	26,1%	+3,4	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	41,3%	41,4%	+0,1	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	14,8%	9,8%	-33,8	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	25,5%	20,7%	-18,9	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	35,4%	36,6%	+3,4	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	13,5%	11,2%	-16,8	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	-3,6qm	-2,2qm	+2,5	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“**

In dieser Indikatorengruppe bleiben die Werte im sehr hohen Bereich. Sie liegen nach wie vor erheblich über dem städtischen Durchschnitt. Die Existenzsicherungsquote ist - entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung - angestiegen, wobei sich jedoch die Anzahl der Menschen mit Existenz sichernden Leistungen geringfügig verringert hat.

Die Quote der Kinder, die Leistungen gemäß SGB II beziehen verbleibt auf sehr hohem Niveau. Die absolute Zahl der armen Kinder ist jedoch deutlich gesunken.

Die Quote der Arbeitslosen im Bezug von Leistungen gemäß SGB II und III ist deutlich stärker als in der gesamtstädtischen Entwicklung gesunken, wenngleich sie nach wie vor deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegt.

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“**

Auch in dieser Kategorie liegen alle Werte der Indikatoren im Bereich der hohen Bedarfslage.

Bezüglich des Anteils der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit hat sich - trotz deutlichem Rückgang des Anteils an der Bevölkerung - keine Veränderung der hohen Bedarfslage ergeben; der Wert ist doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern ist zwar leicht gestiegen, jedoch hat sich die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte leicht verringert.

Insgesamt ist der Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten zwischen 2005 und 2011 im Bergkirchenviertel gesunken. Auch die Zahl der Kinder ist deutlich gesunken. Vermutlich haben überproportional viele Mehrpersonenhaushalte mit Kindern den Stadtteil verlassen.

Der Rückgang der Haushalte mit Kindern spiegelt sich auch in der Entwicklung des Indikators „große Familien“. Der Anteil - und auch die Anzahl - der Familien mit drei und mehr Kindern haben sich deutlich verringert. Der Anteil liegt nun im städtischen Durchschnitt.

Die Versorgung mit ausreichender Wohnfläche hat sich zwar verbessert, ist aber nach wie vor deutlich schlechter als im städtischen Durchschnitt.

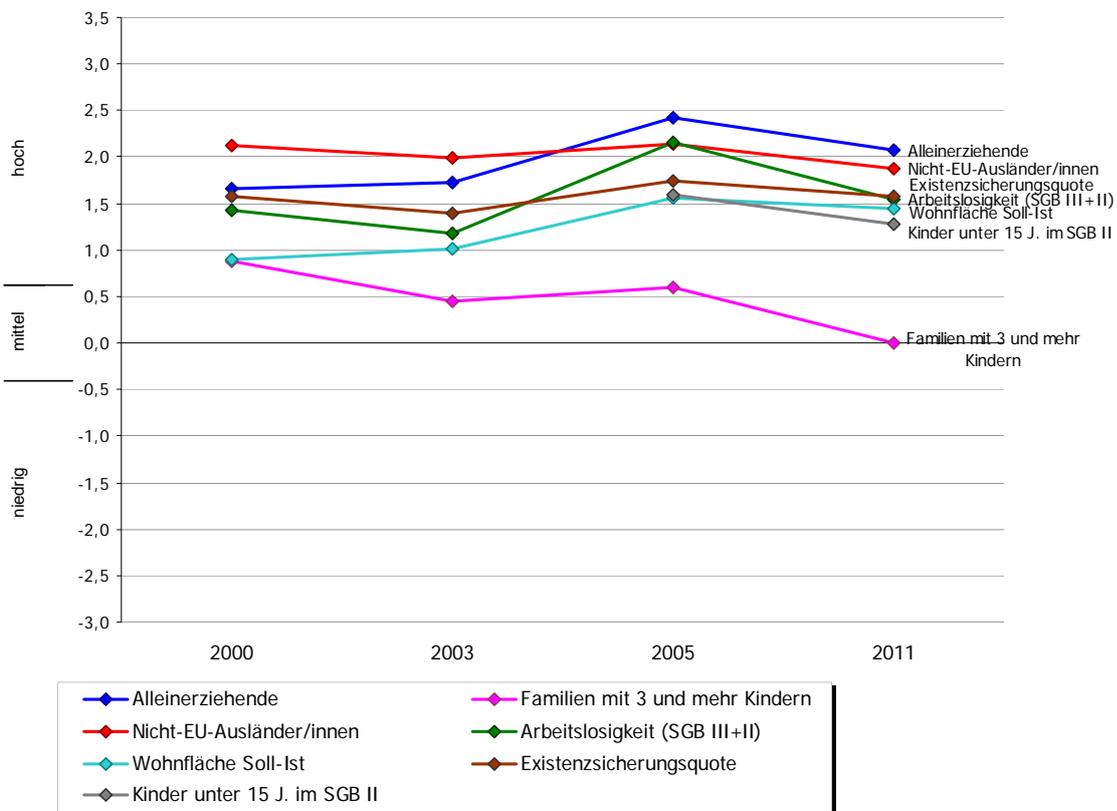
**Gesamtbewertung**

Das „Bergkirchenviertel“ ist ein Stadtteil mit konstant hohen Bedarfslagen in allen Bereichen. Im Zeitverlauf ist zu beobachten, dass sich im Zeitraum 2003 bis 2005 eine deutliche Verschärfung der Problemlagen ergab. Diese Tendenz hat sich im Zeitraum bis 2011 nicht weiter fortgesetzt, sondern sogar wieder in die gegenläufige Richtung entwickelt.

Trotz durchgängiger Verbesserung der Werte der Indikatoren im Vergleich zum Mittelwert der Stadtteile, liegen diese - mit Ausnahme des Indikators „große Familien“ - nach wie vor erheb-

lich über dem städtischen Durchschnitt und im Bereich der hohen Bedarfslage. Gleichwohl sind Entspannungstendenzen der Problemlagen deutlich zu erkennen, dies führt dazu, dass der Stadtteil in die Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“ eingeordnet wird. Da aber - wie bereits beschrieben - eine hohe soziale Bedarfslage vorliegt, bedeutet eine Einordnung in diese Entwicklungskategorie nicht, dass Leistungen und Angebote der sozialen Dienste und Einrichtungen reduziert werden. Die Entwicklung im „Bergkirchenviertel“ wird weiterhin aufmerksam zu beobachten und die Entlastungstendenzen mit den Möglichkeiten der sozialen Kommunalpolitik und der Sozialverwaltung zu stabilisieren sein.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Bergkirchenviertel

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. WI
<b>Administrative Intervention</b>		<b>1,50</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	26,1%	1,58	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	9,8%	1,54	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	3,3%	0,59	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	35,2%	2,30	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,99</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	58,4%	0,44	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	3,2%	1,13	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	28,2%	1,68	15,3%
Wohngeldquote	2,6%	1,12	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	-2,2qm	1,43	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	25,0%	0,72	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	5,0%	0,17	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	27,1%	1,05	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	41,4%	1,27	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	3,8%	-0,21	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	36,6%	2,08	23,9%
Quote „große Familien“	11,2%	0,00	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	48,1%	0,14	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	63,5%	0,68	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	20,7%	1,87	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,3	0,55	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	17,5%	1,02	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	39,0%	1,06	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	33,2%	1,65	18,4%

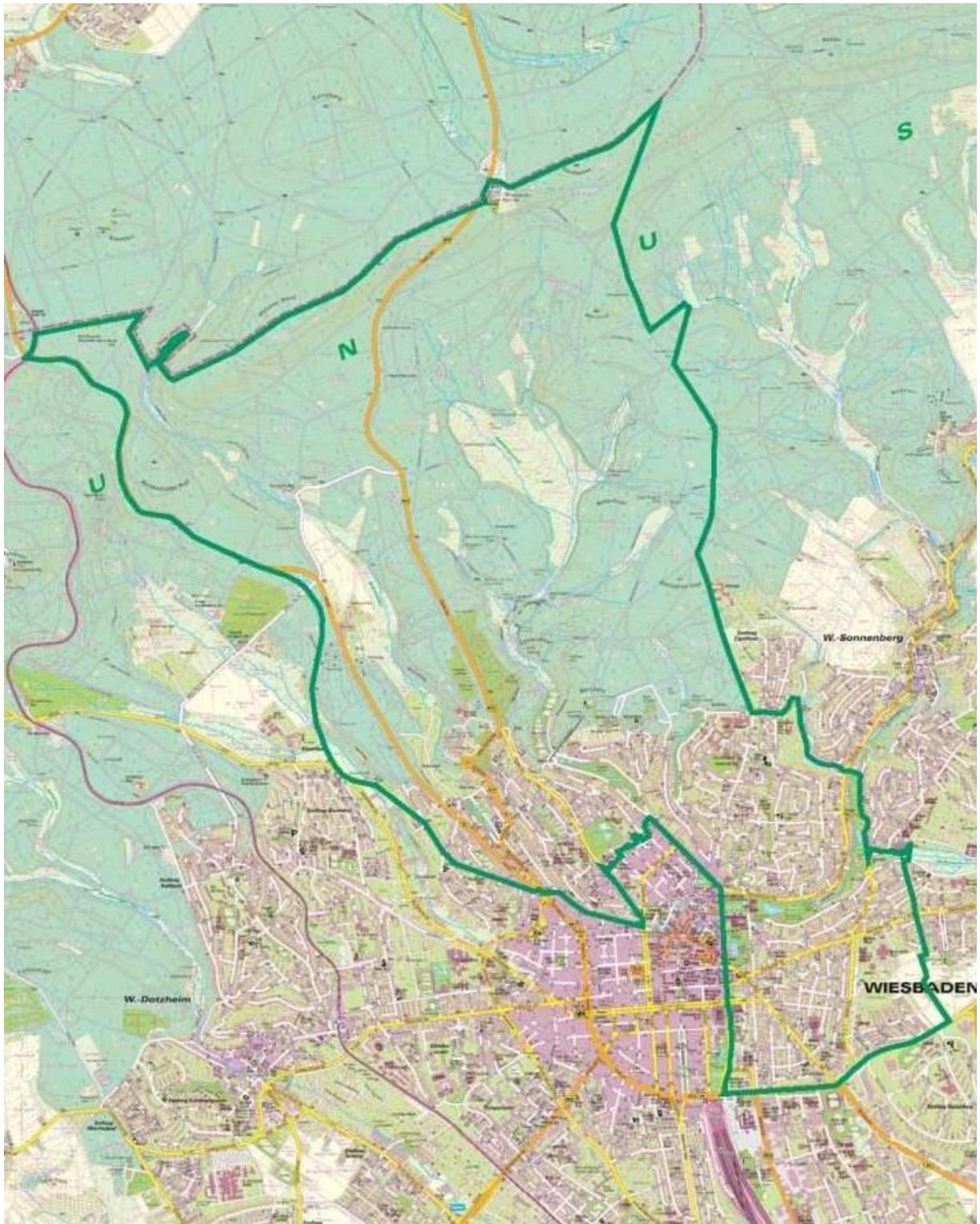
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## City Ost, Nord-Ost



## City Ost, Nord-Ost

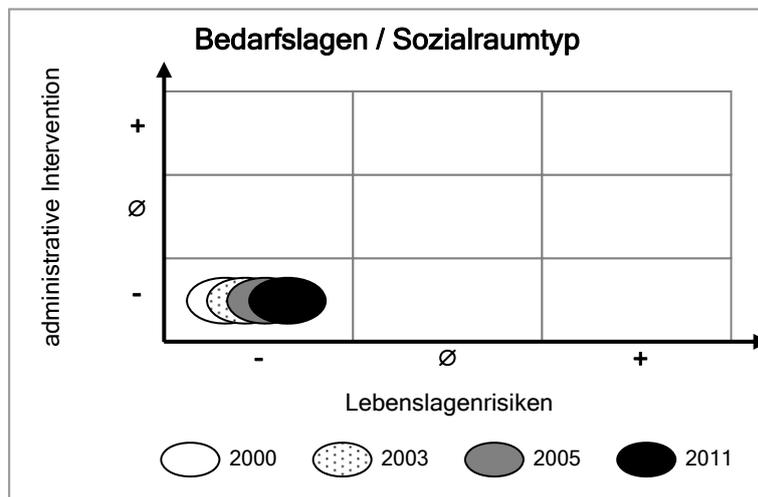
Im flächenmäßig großen und bevölkerungsreichen Stadtteil „City Ost, Nord-Ost“ sind die innenstadtnahen, bürgerlichen bzw. großbürgerlichen Wohngebiete zusammengefasst. Dieses Gebiet umfasst den alten Villengürtel, der sich nördlich und östlich des Stadtkerns erstreckt, die dort erfolgten Nachverdichtungen sowie neuere innenstadtnahe Villengebiete.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „City-Ost, Nord-Ost“ ist ein Stadtteil mit konstant niedrigen sozialen Bedarfslagen.

Sowohl das Ausmaß der administrativen Intervention, als auch das Ausmaß riskanter Lebenslagen liegen kontinuierlich im niedrigen Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „City Ost, Nord-Ost“ auf Rang 30 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	27.265	27.338	+73	+0,3%
Haushalte	15.047	14.831	-216	-1,4%
Wohnungen	15.581	15.796	+215	+1,4%
Mobilitätsziffer	22,0%	21,4%	-	-2,7%

Während die Zahl der Haushalte leicht gesunken ist, ist die Anzahl der Wohnungen gleichermaßen gestiegen.

**Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005**

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	5,6%	5,9%	+4,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	10,9%	9,8%	-10,6	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	4,7%	3,2%	-31,9	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	7,3%	6,2%	-14,9	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	22,5%	21,5%	-4,3	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	9%	9,6%	+6,5	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+28,6qm	+31,7qm	+3,4	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“**

Die Werte in allen drei Indikatoren lagen 2005 wie auch 2011 im deutlich niedrigen Bereich und waren somit erheblich besser als der Stadtdurchschnitt. Die Veränderungen fallen bezogen auf die Anteile der betroffenen Bevölkerung und auch im Vergleich zum Mittelwert der Stadt und der Stadtteile untereinander, sehr gering aus.

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“**

Die Versorgung mit Wohnfläche ist nach wie vor sehr gut und hat sich gegenüber 2005 nochmals erhöht.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit hat sich, wie auch in der gesamtstädtischen Entwicklung, leicht verringert und liegt deutlich unter dem städtischen Durchschnitt.

Bezogen auf den Anteil der Familien mit 3 und mehr Kindern ist ein Anstieg zu verzeichnen (207 auf 233 Familien); der Wert nähert sich zwar dem Stadtdurchschnitt an, liegt jedoch noch immer darunter.

Der Anteil an Alleinerziehendenhaushalten ist - im Gegensatz zur gesamtstädtischen Entwicklung - gesunken, liegt aber nach wie vor im mittleren Bereich; wobei aber die Anzahl der Alleinerziehenden marginal gestiegen ist. Dies erklärt sich durch eine leichte Steigerung des Anteils von Haushalten mit Kindern an allen Haushalten.

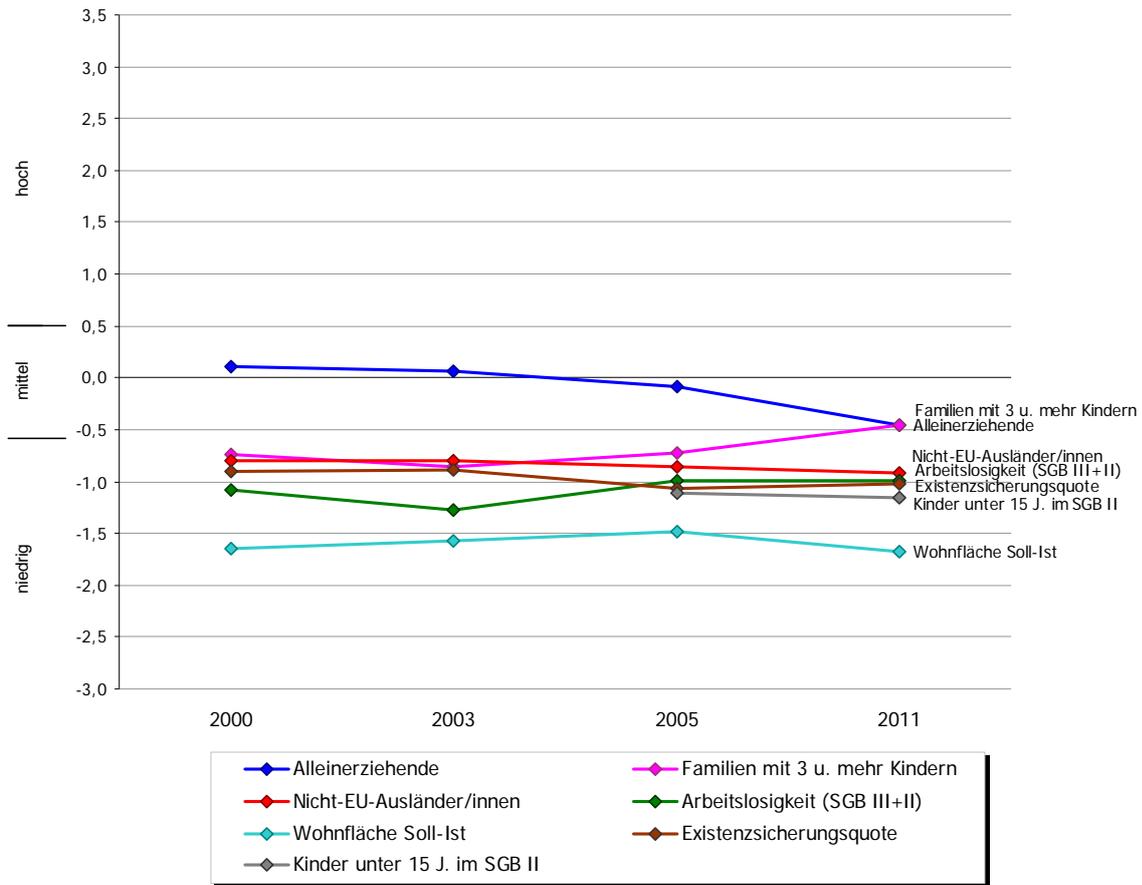
**Gesamtbewertung**

Trotz der leichten Angleichungen der Familienkonstellationen an den städtischen Durchschnitt ist der Stadtteil durchweg als Stadtteil mit niedrigen sozialen Bedarfslagen zu bezeichnen.

Im Beobachtungszeitraum zeigten sich erneut stabil niedrige Bedarfslagen ohne nennenswerte Veränderungen.

Der Stadtteil wird der Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ zugeordnet.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## City Ost, Nord-Ost

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. WI
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-1,02</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	5,9%	-1,02	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	3,2%	-0,99	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	0,1%	-1,35	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,1%	-0,73	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,70</b>	
<b>Prekäre Erwerbchancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	44,7%	-0,72	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,1%	-0,94	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	10,8%	-0,69	15,3%
Wohngeldquote	1,1%	-0,45	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+31,7qm	-1,57	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	6,0%	-1,34	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	2,1%	-0,60	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	17,1%	-0,33	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	9,8%	-1,16	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	2,2%	-0,48	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	21,5%	-0,45	23,9%
Quote „große Familien“	9,6%	-0,46	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	54,0%	0,73	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	60,3%	0,34	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	6,2%	-0,92	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,9	-0,36	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	8,4%	-0,62	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	22,4%	-1,12	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	14,3%	-0,65	18,4%

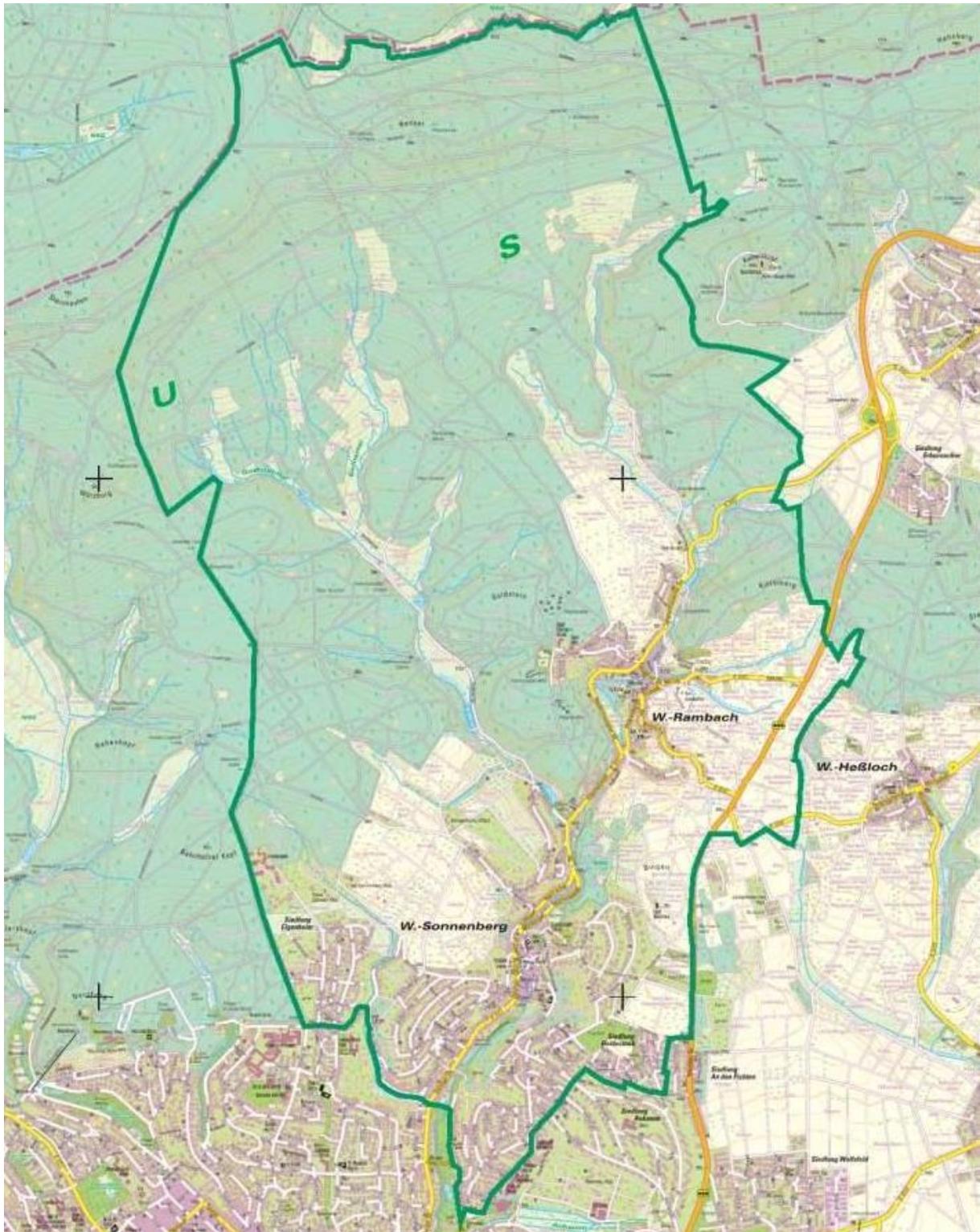
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Sonnenberg, Rambach



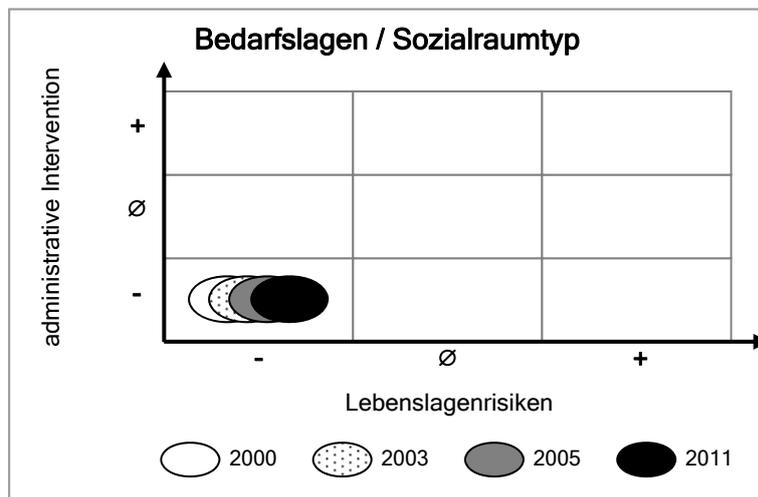
## Sonnenberg, Rambach

Der Stadtteil „Sonnenberg, Rambach“ umfasst die Ortsteile Sonnenberg und Rambach, die in den 1920er Jahren nach Wiesbaden eingemeindet wurden. Neben den alten (Vor-) Ortskernen mit stabiler alteingesessener Mittelstandsstruktur ist der Stadtteil geprägt durch die alten Villengebiete entlang der Sonnenberger Straße und des Kurparks sowie neueren Villengebieten für wohlhabende Bevölkerungsgruppen.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Sonnenberg, Rambach“ weist konstant sehr niedrige soziale Bedarfslagen, sowohl im Bereich administrative Intervention, als auch in der Kategorie „riskante Lebenslagen“ auf.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Sonnenberg, Rambach“ auf Rang 33 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	10.189	10.216	+27	+0,3%
Haushalte	4.844	4.880	+36	+0,7%
Wohnungen	5.362	5.417	+55	+1,0%
Mobilitätsziffer	17,5%	16,1%	-	-8,0%

Die Daten zeigen sich sehr stabil; auch das nochmalige Sinken der ohnehin schon niedrigen Mobilitätsziffer weist den Stadtteil als sehr stabil hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur aus.

**Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005**

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	3,3%	3,4%	+2,8	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	4,9%	4,6%	-6,3	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	3,5%	2,7%	-22,9	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	3,7%	3,1%	-16,2	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	17,3%	18,0%	+4,2	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	9%	8,2%	-8,5	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+40,8qm	+42,6qm	+1,9	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“**

Die Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen sowohl in der Altersgruppe der unter 15-Jährigen als auch in der Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosigkeitsquote liegen konstant erheblich unter dem städtischen Durchschnitt. Hier sind keine nennenswerten Veränderungen festzustellen.

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“**

Auch bezogen auf diese Indikatoren sind die Werte konstant deutlich besser als im Stadtdurchschnitt. Im Indikator „Wohnfläche Soll - Ist“ wird in diesem Stadtteil der höchste Wert - und somit die beste Ausstattung mit Wohnfläche - stadtwweit erreicht.

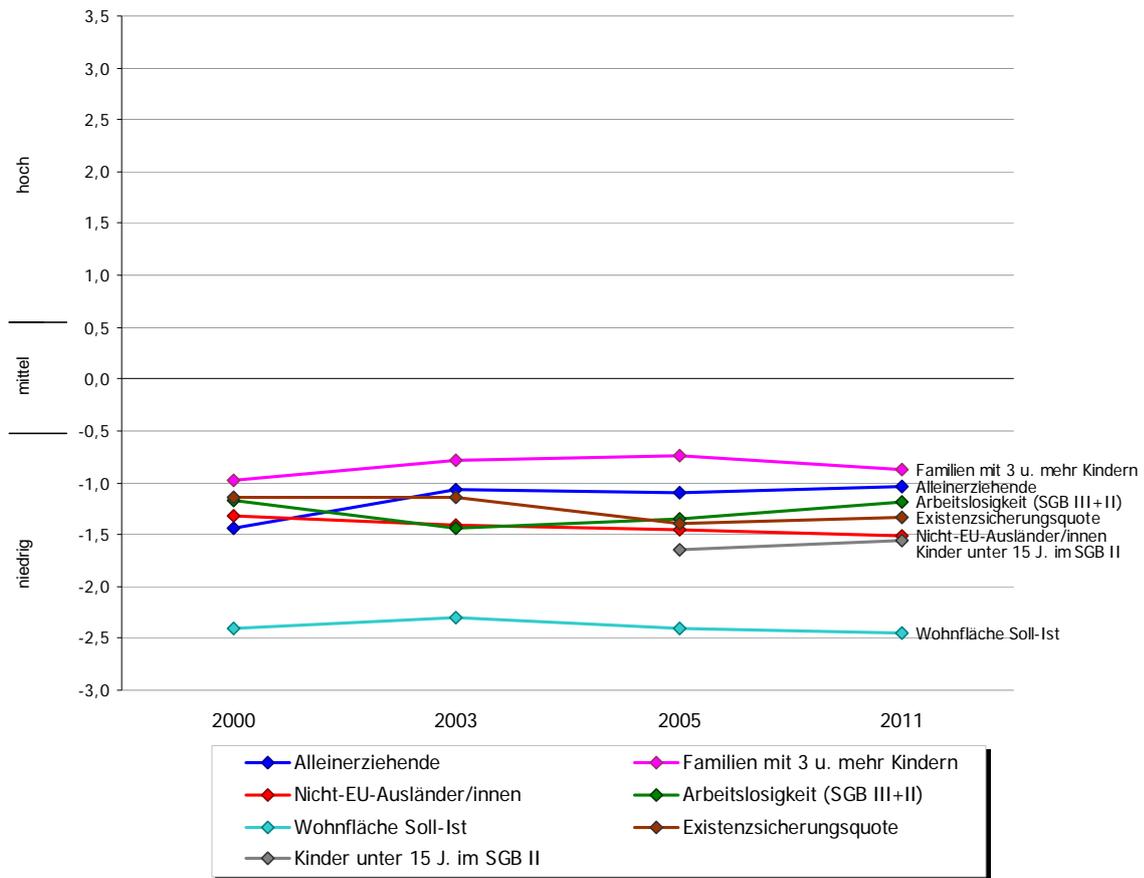
Zwischen 2005 und 2011 erfolgte auch in dieser Indikatorengruppe keine nennenswerten Veränderungen.

**Gesamtbewertung**

„Sonnenberg, Rambach“ ist ein Stadtteil mit konstant niedrigen sozialen Bedarfslagen.

Der Stadtteil wird in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ eingeordnet.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Sonnenberg, Rambach

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. WI
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-1,11</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	3,4%	-1,34	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	2,7%	-1,27	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,0%	-1,27	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	1,8%	-0,63	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-1,40</b>	
<b>Prekäre Erwerbchancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	35,1%	-1,53	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,4%	-1,30	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	8,2%	-1,05	15,3%
Wohngeldquote	0,3%	-1,29	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+42,6qm	-2,32	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	3,2%	-1,65	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	1,0%	-0,90	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	7,2%	-1,69	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	4,6%	-1,56	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	18%	-1,04	23,9%
Quote „große Familien“	8,2%	-0,87	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	36,9%	-0,96	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	46,9%	-1,07	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	3,1%	-1,52	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,4	-1,50	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	5,1%	-1,21	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	18,6%	-1,62	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	8,7%	-1,33	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Inneres Westend



## Inneres Westend (Wellritzstraße, Rheinstraße)<sup>42</sup>

Der Stadtteil „Inneres Westend“ gehört zu den älteren innerstädtischen Wohngebieten, in denen traditionell die einfache Bevölkerung wohnt. Er ist gekennzeichnet durch einen hoch verdichteten Altbaubestand mit überwiegend einfachen Wohnungen im niedrigen bis mittleren Mietpreis-Segment, kaum Freiflächen und hoher Verkehrsbelastung.

Er ist weiterhin geprägt durch zahlreiche kleine Gewerbebetriebe überwiegend aus dem Bereich Einzelhandel und Gastronomie; viele davon werden durch Migranten betrieben.

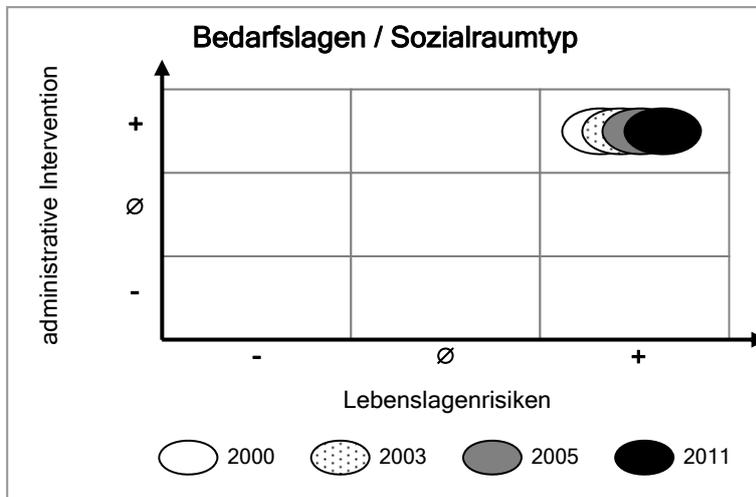
Der Stadtteil weist eine sehr hohe Mobilitätsrate auf und ist somit ein typisches transitorisches Gebiet wie es in allen Großstädten zu finden ist.

Seit Ende 2000 ist der Stadtteil Programmgebiet - des zu gleichen Teilen von Bund, Land und Kommune finanzierten - Programms „Soziale Stadt“ und mittlerweile in der Nachhaltigkeitsphase des Programms.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das „Innere Westend“ ist seit 2000 ein Stadtteil mit konstant hohen Bedarfslagen, sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch auf das Ausmaß der risikanten Lebenslagen.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Inneres Westend“ auf Rang 2 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	7.301	7.608	+307	+4,2%
Haushalte	4.047	4.361	+314	+7,8%
Wohnungen	3.780	3.841	+61	+1,6%
Mobilitätsziffer	44,2	45,5	-	+2,9%

<sup>42</sup> In den bisherigen Ausgaben des Sozialatlas wurde dieser Stadtteil „Bleichstraße, Rheinstraße“ bzw. „Wellritzstraße, Rheinstraße“ - nach den bestimmenden Straßen - bezeichnet. Wir verwenden nun die geläufigere Bezeichnung „Inneres Westend“.

Die Bevölkerungszahl und auch die Anzahl der Haushalte sind zwischen 2005 und 2011 in dem ohnehin schon dicht besiedelten Stadtteil nochmals angestiegen, sodass auch die Bevölkerungsdichte stieg.

### Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	25,3%	29,0%	+14,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	41,7%	54,2%	+30,1	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	14,5%	11,6%	-20,0	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	27,5%	22,4%	-18,6	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	26,4%	32,7%	+23,8	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	17,6%	15,5%	-12,0	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+1,9qm	-0,9qm	-4,6	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen liegt nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau und erheblich über dem Stadtdurchschnitt, sie ist sogar im Vergleich zu 2005 noch weiter angestiegen. Insbesondere der Anteil der unter 15-Jährigen, die von SGB II-Leistungen leben, ist sehr stark gestiegen. Hier wird 2011 die stadtweit höchste Kinderarmutsdichte erreicht.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug hat sich nicht so deutlich wie im Stadtdurchschnitt verringert und verbleibt auf einem sehr hohen Niveau; auch dies ist der höchste Wert in der Gesamtstadt.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Auch in diesem Indikatorenbereich verbleibt der Stadtteil konstant in der Kategorie der hohen Bedarfslage.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit hat sich zwar gegenüber 2005 verringert und ist überproportional gesunken, gleichwohl wird hier der höchste Wert in der Gesamtstadt erreicht.

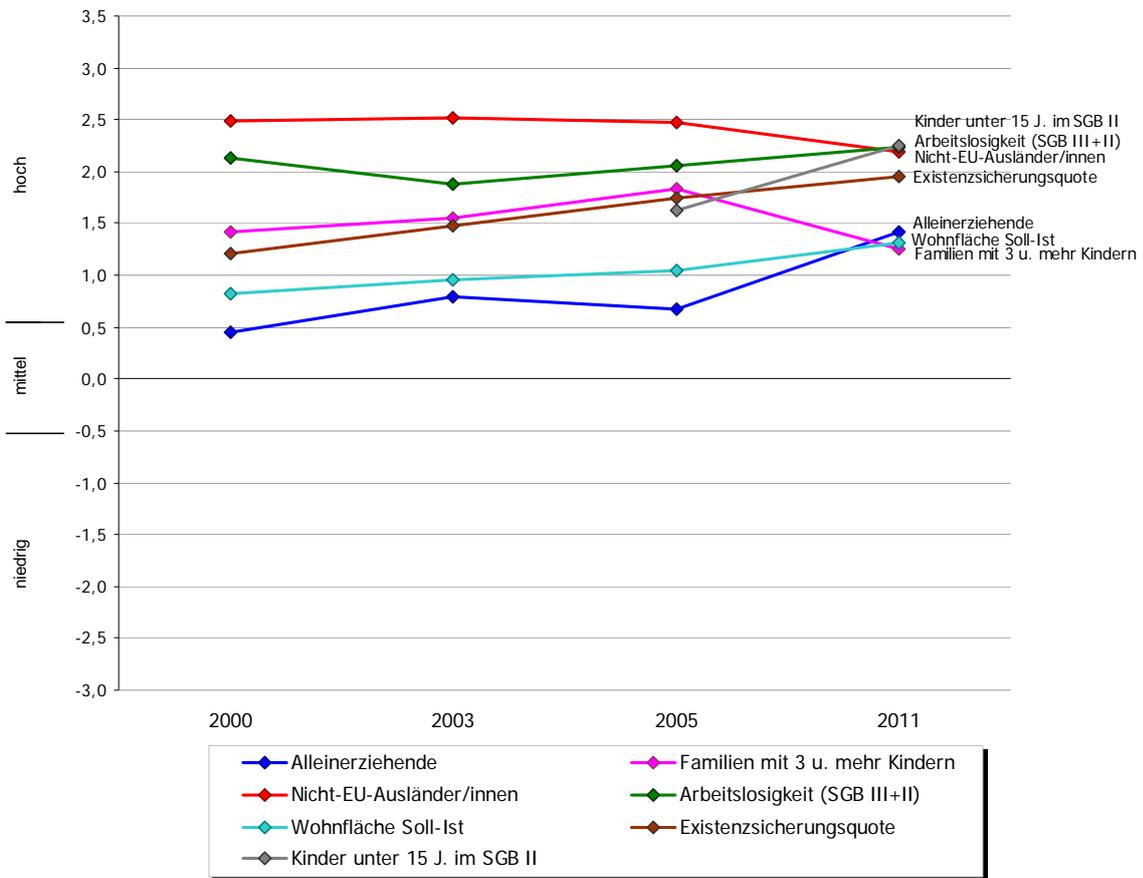
Sowohl der Anteil als auch die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte haben erheblich zugenommen, sodass eine deutliche Verschärfung dieses Lebenslagenrisikos festzustellen ist. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist etwas gesunken, verbleibt aber auf sehr hohem Niveau und liegt nach wie vor erheblich über dem städtischen Durchschnitt.

Bei der Versorgung der Haushalte mit ausreichendem Wohnraum ist eine, wenn auch leichte, Verschärfung der Problemlage festzustellen.

### Gesamtbewertung

Die sozialen Bedarfslagen im Stadtteil liegen konstant auf einem sehr hohen Niveau. Bestehende Problem- und Belastungslagen haben sich im Vergleich zu 2005 weiter verschärft. Diese Entwicklung muss - wie bisher schon geschehen - aufmerksam beobachtet und geeignete Maßnahmen der sozialen Kommunalpolitik und Sozialverwaltung platziert werden. Das „Innere Westend“ zählt aufgrund der beschriebenen Entwicklungen zu den Stadtteilen der Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Inneres Westend

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. WI
<b>Administrative Intervention</b>		<b>1,39</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	29,0%	1,95	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	11,6%	2,23	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	4,9%	1,87	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,2%	-0,51	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>1,48</b>	
<b>Prekäre Erwerbchancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	61,3%	0,68	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	3,1%	0,77	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	35,9%	2,73	15,3%
Wohngeldquote	1,5%	-0,03	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	-0,9qm	1,31	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	45,1%	2,89	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	14,4%	2,68	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	27,9%	1,16	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	54,2%	2,25	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	25,3%	3,44	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	32,7%	1,42	23,9%
Quote „große Familien“	15,5%	1,25	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	52,5%	0,58	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	75,5%	1,94	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	22,4%	2,19	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,1	0,09	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	8,4%	-0,62	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	40,4%	1,24	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	41,1%	2,61	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Äußeres Westend



## Äußeres Westend<sup>43</sup>

Der Stadtteil „Äußeres Westend“ ist ein innenstadtnahes Wohngebiet, das zwischen der Jahrhundertwende und der Zeit bis zum 1. Weltkrieg entstand. Die mehrgeschossigen Stadthäuser mit den dazugehörigen Hinterhäusern prägen das Erscheinungsbild. Mit den häufig gut sanierten attraktiven Altbauwohnungen ist das Äußere Westend ein begehrtes innenstadtnahes Wohngebiet, insbesondere für jüngere Menschen.

Im „Äußeren Westend“ finden sich einige Gewerbetriebe, insbesondere aus dem Gastronomie- und Einzelhandelsbereich, die jedoch das Straßenbild nicht dominieren.

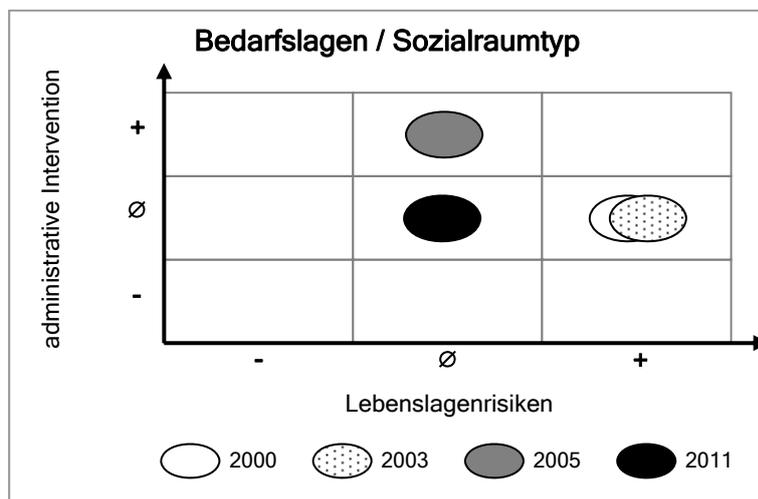
### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

In der Kategorie „administrative Intervention“ hat sich der Stadtteil „Äußeres Westend“, nach einem Ausreißer im Jahr 2005, wieder in dem Bereich der mittleren Bedarfslage stabilisiert. In 2005 zählte der Stadtteil - wenn auch knapp - noch zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen, wobei das Ausmaß der Problemlagen nur knapp über der Grenze zu den mittleren sozialen Bedarfslagen lag. Mittlerweile haben sich die administrativen Interventionen so weit verringert, dass eine mittlere soziale Bedarfslage vorliegt.

Das Lebenslagenrisiko verbleibt - wie bereits 2005 - im mittleren Bereich. Hier hat sich die Verbesserungstendenz gegenüber den Jahren 2000 und 2003 stabilisiert.

Insgesamt wird das „Äußere Westend“ nun zu den Stadtteilen mit mittleren sozialen Bedarfslagen gezählt.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Äußeres Westend“ auf Rang 16 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



<sup>43</sup> In den bisherigen Ausgaben des Sozialatlas wurde dieser Stadtteil als „Westend“ bezeichnet. Da diese Bezeichnung häufig zu Unklarheiten bezüglich der räumlichen Begrenzung und Verwechslungen mit dem Stadtteil „Inneres Westend“ (früher „Bleichstraße, Rheinstraße“) verwenden wir die - im Sprachgebrauch übliche - Bezeichnung der Gebiete als Inneres bzw. Äußeres Westend.

## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	9.834	10.015	+181	+1,8%
Haushalte	5.796	6.039	+243	+4,2%
Wohnungen	5.552	5.543	-9	-0,2%
Mobilitätsziffer	33,1%	33,9%	-	+2,4%

Die Zahl der Haushalte ist zwischen 2005 und 2011 deutlich gestiegen, während keine Zunahme der zur Verfügung stehenden Wohnungen festzustellen ist. Eine erhöhte Wohndichte (vgl. Entwicklung des Indikators „Wohnfläche Soll-Ist“) ist somit gegeben.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	16,1%	15,6%	-3,0	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	29,4%	30,4%	+3,4	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	9,4%	6,2%	-34,0	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	14,4%	10,9%	-24,1	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	30,6%	31,4%	+2,8	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	9,9%	8,2%	-17,2	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+8qm	+5,9qm	-3,1	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

In allen drei Indikatoren liegt das „Äußere Westend“ etwas über dem städtischen Durchschnitt, aber deutlich im Bereich der mittleren sozialen Bedarfslage.

Die Existenzsicherungsquote ist - analog zur gesamtstädtischen Entwicklung - gesunken. Der Anteil der Kinder die Leistungen nach dem SGB II beziehen, ist zwar leicht angestiegen, jedoch in geringerem Maße als in der Gesamtstadt. Die absolute Zahl der Kinder mit SGB II-Leistungen ist jedoch leicht gesunken.

Der Anteil der Arbeitslosen mit SGB II und III ist etwas stärker als im städtischen Durchschnitt gesunken und liegt nun nur noch gering über dem Durchschnitt.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Die Entwicklung in diesem Indikatorenbereich ist überwiegend positiv.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist deutlich stärker als im gesamtstädtischen Durchschnitt gesunken.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an den Haushalten mit Kindern liegt zwar immer noch deutlich über dem städtischen Durchschnitt; der Anstieg fiel aber nicht so stark aus wie in der Gesamtstadt. Die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte ist nur leicht gestiegen.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist von einem mittleren Niveau weiter gesunken und liegt nun deutlich unter dem städtischen Durchschnitt.

Bezogen auf die Versorgung mit Wohnraum hat sich die Situation verschlechtert und liegt nun im Bereich der hohen Bedarfslage.

## Gesamtbewertung

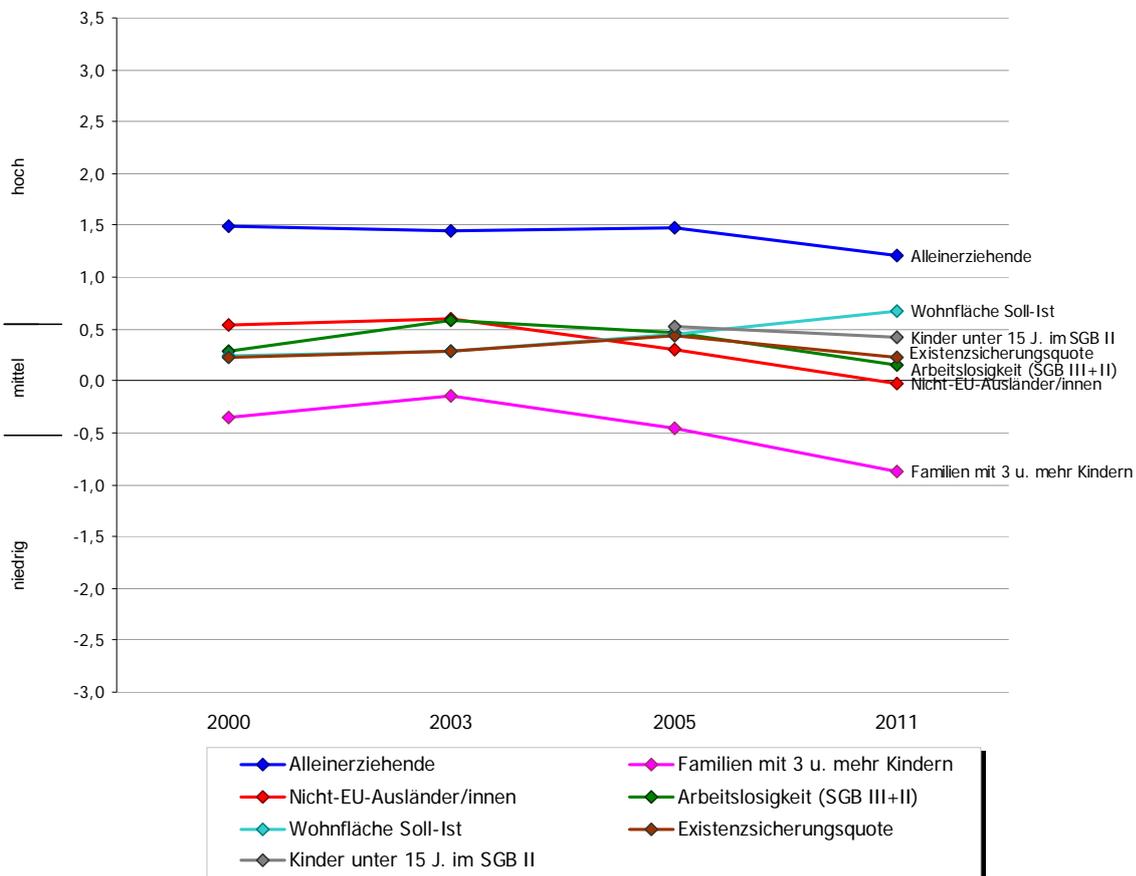
Bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention ist eine leichte Verbesserung und Annäherung an den städtischen Durchschnittswert festzustellen.

Deutlicher fielen die Verbesserungen bezogen auf die Entwicklung der ausgewählten Indikatoren der „riskanten Lebenslagen“, mit Ausnahme der Wohnraumversorgung, aus.

Die bereits 2005 festzustellende Annäherung an den städtischen Durchschnitt hat sich fortgesetzt; die Aufwärtsentwicklung hat sich weiter stabilisiert. Diese ist jedoch noch nicht so deutlich ausgefallen als dass von einer deutlichen Aufwertungstendenz des Stadtteils zu sprechen wäre. Die Entwicklung in den nächsten Jahren wird zeigen ob sich der begonnene Trend verstärkt.

Im Beobachtungszeitraum ist von daher eine stabile Entwicklung festzustellen. Von daher erfolgt eine Einordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Äußeres Westend

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,05</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	15,6%	0,23	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	6,2%	0,16	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	3,3%	0,59	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,4%	-0,76	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,29</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	46,8%	-0,54	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,7%	-0,22	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	20,3%	0,60	15,3%
Wohngeldquote	1,3%	-0,24	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+5,9qm	0,70	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	17,6%	-0,09	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	4,5%	0,04	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	21,8%	0,32	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	30,4%	0,42	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	13,3%	1,41	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	31,4%	1,21	23,9%
Quote „große Familien“	8,2%	-0,87	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	61,7%	1,50	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	70,1%	1,37	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	10,9%	-0,02	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,0	-0,13	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	7,9%	-0,70	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	30,3%	-0,08	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	23,6%	0,48	18,4%

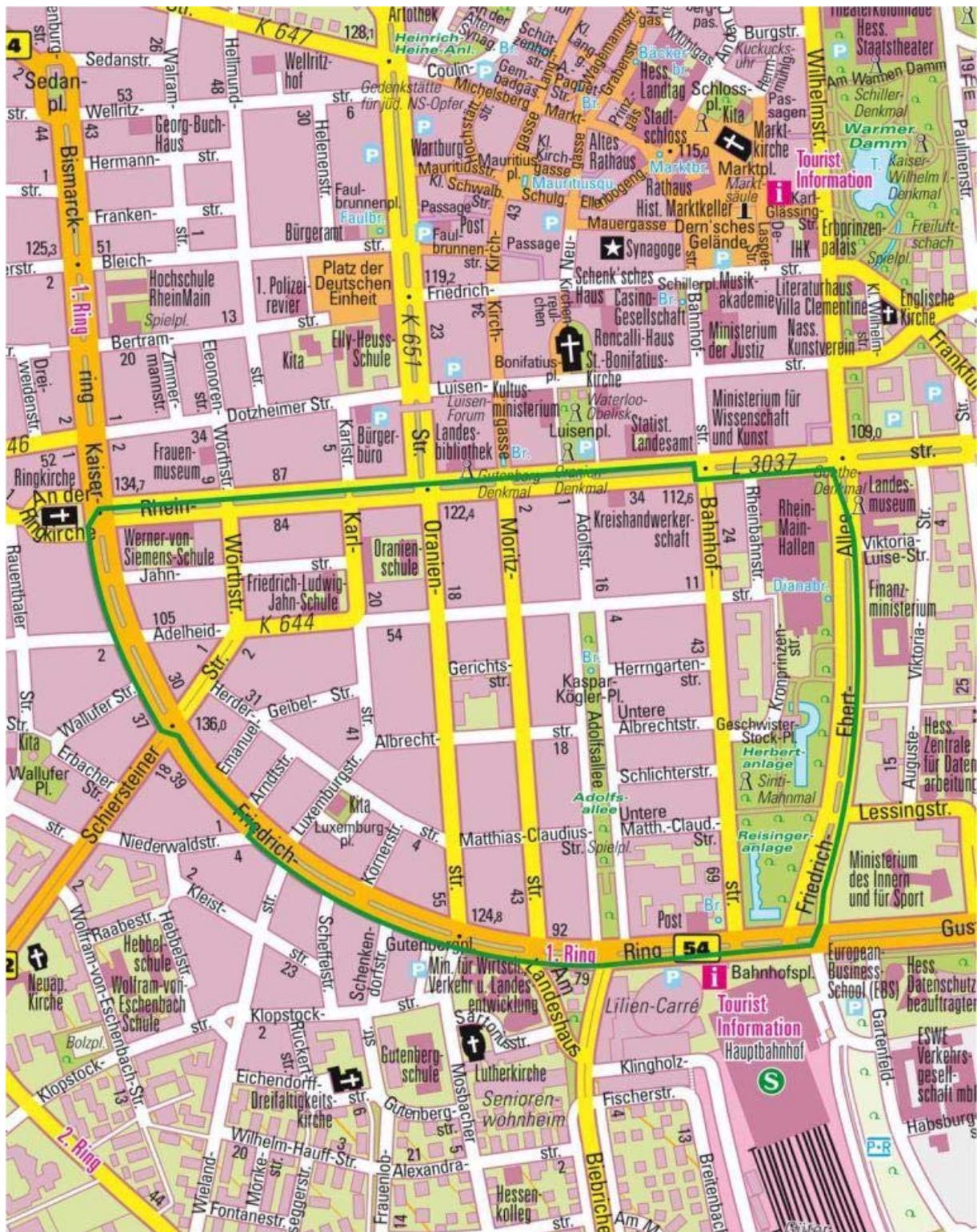
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Adolfsallee, Luxemburgplatz



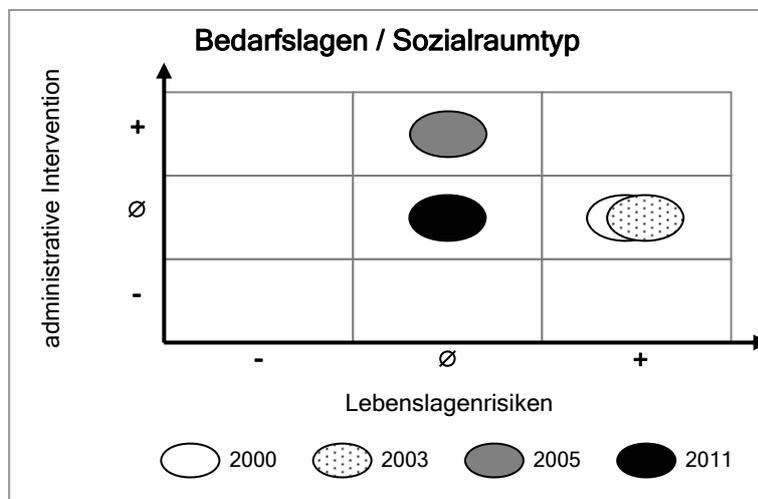
## Adolfsallee, Luxemburgplatz

Der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ zählt zu den älteren innenstädtischen Wohngebieten. Er entstand im Prozess der Stadterweiterung bis etwa 1890. Große Teile (rund um die Adolfsallee und den Luxemburgplatz) sind bestimmt durch villenartig anmutende Mehrfamilienhaus-Altbauten, mit mittlerweile sehr begehrten, attraktiven großzügigen und teilweise luxuriös sanierten Wohnungen. Diese werden zu Wohnzwecken, aber auch von Dienstleistungsgewerbe wie Rechtsanwaltskanzleien genutzt. In anderen Bereichen, insbesondere rund um die viel befahrenen Straßen wie Moritz-, Oranien und Karlstraße, dominieren einfachere, noch nicht umfassend sanierte Wohn- und Geschäftshäuser, auch mit Hinterhäusern in denen sich noch zahlreiche einfache Wohnungen befinden.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ hat im Zeitraum von 2005 bis 2011 eine deutliche Aufwärtsentwicklung gemacht. Er zählte seit 2000 zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. 2011 liegt das Ausmaß riskanter Lebenslagen wie auch schon 2005 im mittleren Bereich, das Ausmaß der administrativen Intervention ist erheblich gesunken und liegt nun im mittleren Bereich, mit starker Tendenz zu den Grenzwerten der Klassifikation „niedrige Bedarfslage“.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ auf Rang 17 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	9.704	10.084	+380	+3,9%
Haushalte	5.766	6.068	+302	+5,2%
Wohnungen	5.814	5.875	+61	+1,1%
Mobilitätsziffer	39,0%	37,9%	-	-2,8%

Die Bevölkerungszahl, wie auch die Zahl der Haushalte hat seit 2005 in größerem Maße zugenommen. Auch diese Entwicklung deutet auf eine stärkere Attraktivität des Stadtteils für neue Bevölkerungsgruppen hin.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	15,2%	12,7%	- 16,2	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	29,1%	25,0%	- 13,9	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	7,7%	5,0%	- 35,1	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	15,4%	12,7%	-17,6	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	29,5%	27,1%	-8,1	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	10,1%	9,9%	-1,8	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+14,7qm	+12,4qm	-3,0	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist deutlich, und auch erheblich stärker als in der gesamtstädtischen Entwicklung, gesunken und liegt nur noch leicht über dem städtischen Durchschnitt. Auch die Kinderarmutsquote ist - gegenläufig zur städtischen Entwicklung - erheblich gesunken und liegt ebenfalls nur noch geringfügig unter dem städtischen Durchschnittswert. Der Anteil der Arbeitslosen, die Leistungen nach dem SGB II und III beziehen, liegt bereits leicht unter dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Auch bezogen auf diesen Indikator ist eine deutlich günstigere Entwicklung als in der Gesamtstadt festzustellen.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Bevölkerungsanteil von Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist deutlicher als in der Gesamtstadt gesunken und liegt nach wie vor im mittleren Bereich. Der Anteil der Alleinerziehenden Haushalte an allen Haushalten mit Kindern ist, gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung, deutlich gesunken. 2005 erreichte der Stadtteil bei diesem Indikator noch weit überdurchschnittliche Werte und liegt 2011 nun im mittleren Bereich. Der Anteil an großen Familien blieb nahezu unverändert und liegt nach wie vor unter dem städtischen Durchschnitt. Die Versorgung mit Wohnraum war bereits 2005 gut gewährleistet, sie liegt aber- trotz geringer Verschlechterung der SOLL-IST-Relation - weiterhin stabil im durchschnittlichen, also mittleren Bereich.

### Gesamtbewertung

Betrachtet man alle der Kategorisierung der Stadtteile zugrunde liegenden Indikatoren, ist festzustellen, dass der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ in nahezu allen Bereichen mittlere oder sogar niedrige soziale Bedarfslagen vorzuweisen hat.

Die Mobilitätsziffer ist mit 37,9% sehr hoch. Die sehr deutliche positive Entwicklung der Sozialdaten des Stadtteils liegt hauptsächlich in einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch Weg- bzw. Zuzüge begründet. 79,8% der Erwachsenen leben kürzer als 10 Jahre an der aktuellen Adresse. In den beschriebenen Zusammenhängen belegt dieser Wert eine deutliche Veränderung der ansässigen Bevölkerung und damit einhergehend eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur.

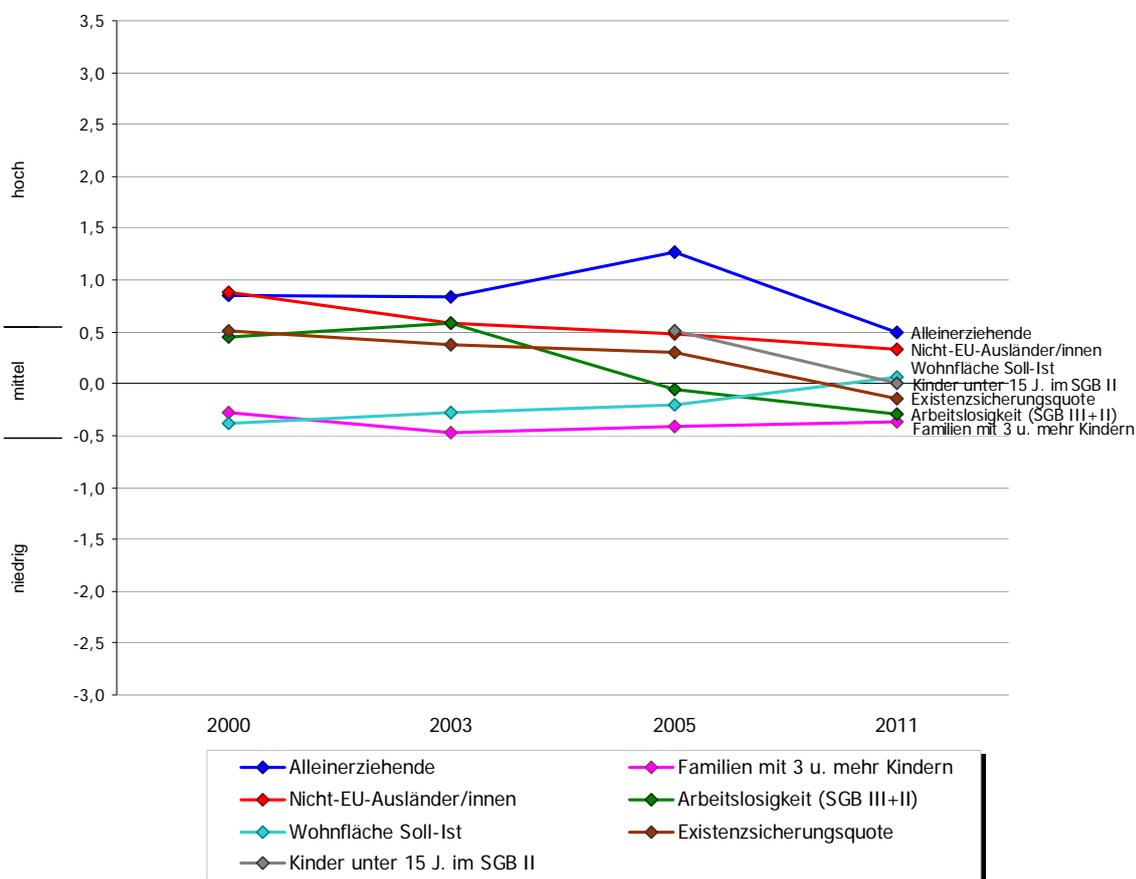
Der Trend, dass mittlere und gehobene Bevölkerungsgruppen in innerstädtische Wohngebiete drängen (Stichwort „Zurück in die Stadt“), scheint sich in der Entwicklung des Stadtteils „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ zu manifestieren. Die vorhandene Bebauungsstruktur, mit überwiegend Altbauten aus der Zeit Anfang des 20. Jahrhunderts, ist - im Falle hochwertiger Sanierungen der Wohnungen - gut geeignet die Wohnbedürfnisse dieser Gruppen zu befriedigen.

Es ist zu erwarten, dass dieser Gentrifizierungsprozess sich weiter fortsetzen wird, da die Nachfrage nach hochwertigen innerstädtischen Altbauwohnungen weiter besteht und vermutlich noch etliche Gebäude das entsprechende „Sanierungspotential“ bieten. Insbesondere das Gebiet rund um die Adolfsallee dürfte für diese Vorhaben besonders interessant sein.

In der - anhand der sozialen Bedarfslagen ermittelten - Rangfolge aller 34 Stadtteile, konnte der Stadtteil Adolfsallee/Luxemburgplatz von 2005 zu 2011 eine Rangsteigerung von 8 Plätzen erreichen. Dies ist der mit Abstand höchste Veränderungswert aller Stadtteile.

Der Stadtteil zeigt eine deutliche Aufwertungstendenz. Der Anteil der Bevölkerungsgruppen mit sozialen Problem- und Belastungslagen ist deutlich gesunken, es erfolgt somit eine Einordnung des Stadtteils in die Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Adolfsallee, Luxemburgplatz

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,22</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	12,7%	-0,14	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	5,0%	-0,30	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	3,0%	0,34	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,3%	-0,77	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,12</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	49,1%	-0,35	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,5%	-0,40	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	22,1%	0,85	15,3%
Wohngeldquote	0,9%	-0,66	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+12,4qm	0,11	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	15,6%	-0,30	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	3,0%	-0,36	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	21,9%	0,33	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	25,0%	0,01	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	3,0%	-0,34	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	27,1%	0,49	23,9%
Quote „große Familien“	9,9%	-0,37	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	55,9%	0,92	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	71,9%	1,56	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	12,7%	0,33	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,0	-0,13	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	13,6%	0,32	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	27,9%	-0,40	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	26,0%	0,78	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Dichterviertel, Biebricher Allee



## Dichterviertel, Biebricher Allee

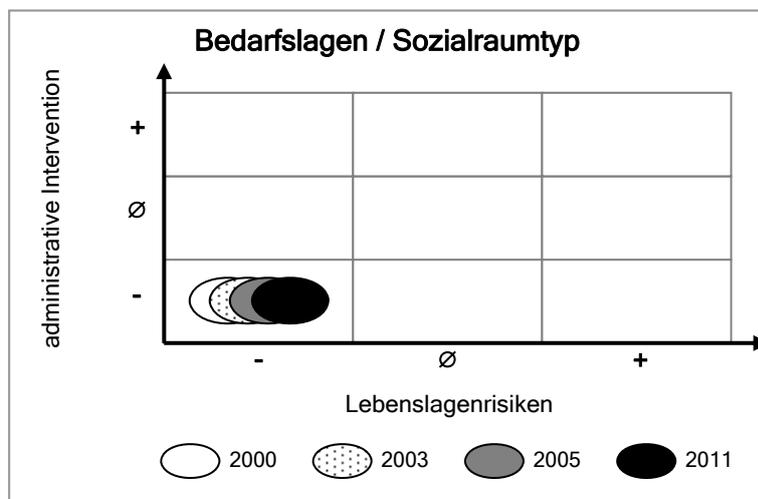
Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ umfasst überwiegend Wohngebiete, die im Rahmen der Stadterweiterung um die Jahrhundertwende bis 1914 zwischen dem Ersten und Zweiten Ring, entstanden sind, sowie die Villengebiete entlang der Biebricher Allee, die zum historischen Villengürtel Wiesbadens zählen.

Der Stadtteil ist hauptsächlich geprägt durch Villen und aus der Zeit des Historismus stammende Mehrfamilienhäuser mit großen und überwiegend gut sanierten Wohnungen. In einigen Straßenzügen finden sich jedoch auch Geschosswohnungsbauten aus der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ zählt zu den beliebtesten Wiesbadener Wohnlagen mit einem überwiegend gehobenem bis hohem (Miet-) Preisniveau. Auch der Anteil an selbst genutztem Wohneigentum (16,7% aller Wohnungen) ist für einen innenstadtnahen Stadtteil mit der beschriebenen Gebäudestruktur recht hoch.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ ist konstant ein Stadtteil mit niedrigen sozialen Bedarfslagen, sowohl bezogen auf das Lebenslagenrisiko als auch auf das Ausmaß administrativer Intervention.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ auf Rang 26 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	7.236	7.446	+210	+2,9%
Haushalte	4.172	4.079	-70	-1,7%
Wohnungen	4.178	4.189	+11	+0,3%
Mobilitätsziffer	25,2%	26,6%	-	+5,6%

Diese Werte sind über den Zeitverlauf sehr stabil.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	7,4%	7,3%	-1,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	14%	12,4%	-11,4	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	5,7%	3,7	-35,1	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	7,7%	7,7%	-0,5	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	25,4%	22,6%	-10,9	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	8,5%	10,3%	+21,7	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+20,7qm	+22,3qm	+1,7	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen ist konstant niedrig; ebenso der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug. Die Werte lagen sowohl 2005 als auch 2011 deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts. Die Kinderarmutsquote ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - gesunken; auch die Arbeitslosigkeitsquote ist überdurchschnittlich gesunken, sodass in dieser Indikatorengruppe eine überdurchschnittlich positive Entwicklung zu beobachten ist.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2005 und 2011 nahezu unverändert geblieben und liegt weiterhin deutlich unter dem städtischen Durchschnitt. Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - deutlich gesunken. 2005 lag der Anteil dieses Haushaltstyps noch über dem städtischen Durchschnitt, 2011 liegt er nun darunter. In absoluten Zahlen stellt sich diese Entwicklung nicht so drastisch dar; die Zahl der Alleinerziehendenhaushalte ist um 8 Haushalte auf 169 gesunken.

Die Zahl und der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern sind zwischen 2005 und 2011 deutlich gestiegen und liegen nun nahezu im städtischen Durchschnitt. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Zunahme der Bevölkerung bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl der Haushalte wider.

Die Versorgung mit Wohnfläche ist unverändert überdurchschnittlich gut.

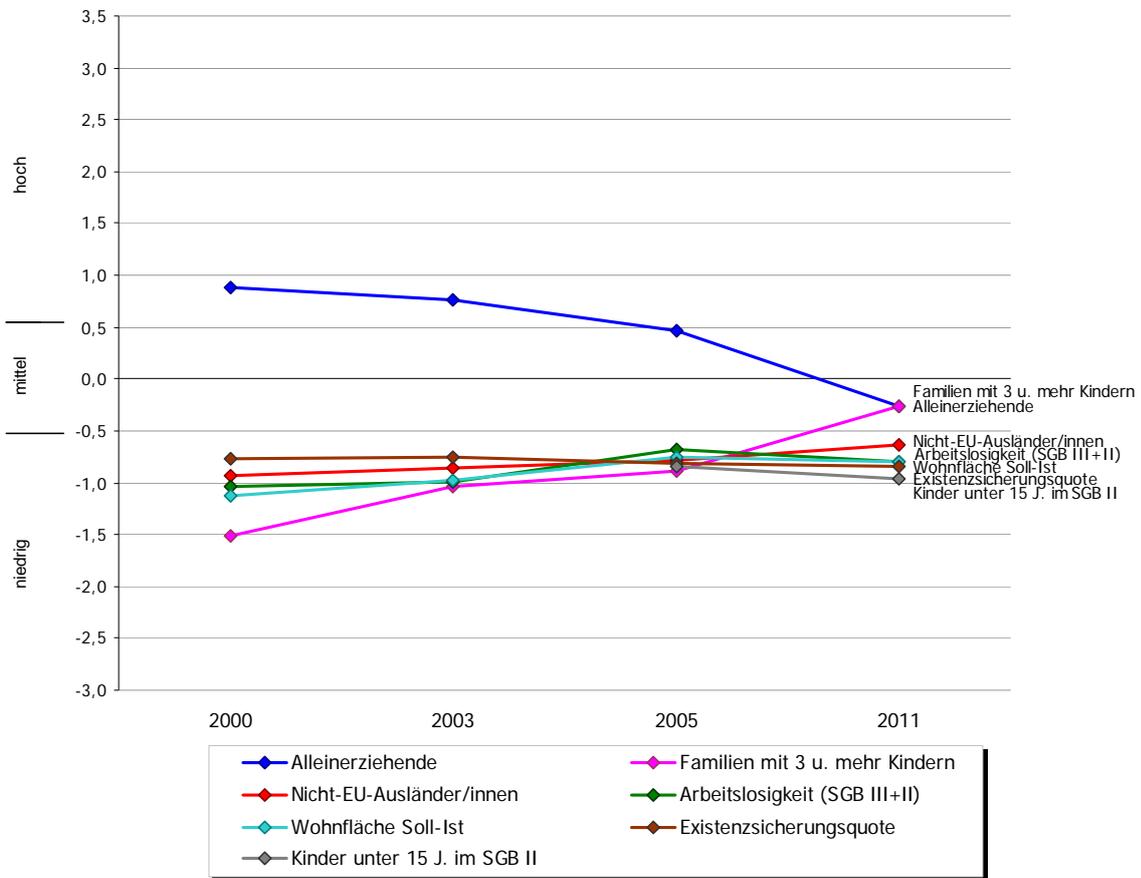
Auch wenn es in den Indikatoren für riskante Familienkonstellationen leichte Verschiebungen gab, weist der Stadtteil konstant ein leicht unterdurchschnittliches Ausmaß riskanter Lebenslagen auf.

### Gesamtbewertung

Der Stadtteil zeigt konstant eine niedrige soziale Bedarfslage bezogen auf beide Indikatorengruppen.

Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ wird somit der Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ zugeordnet.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Dichterviertel, Biebricher Allee

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,74</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	7,3%	-0,84	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	3,7%	-0,80	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,6%	-0,78	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,1%	-0,52	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,51</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	48,2%	-0,42	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,8%	-0,94	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	10,3%	-0,76	15,3%
Wohngeldquote	1,2%	-0,35	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+22,3qm	-0,73	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	13,3%	-0,55	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	1,3%	-0,82	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	16,2%	-0,45	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	12,4%	-0,96	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	1,3%	-0,63	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	22,6%	-0,27	23,9%
Quote „große Familien“	10,3%	-0,26	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	57,0%	1,03	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	62,0%	0,52	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	7,7%	-0,63	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,6	-1,04	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	10,5%	-0,24	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	24,7%	-0,82	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	15,2%	-0,54	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Rheingauviertel



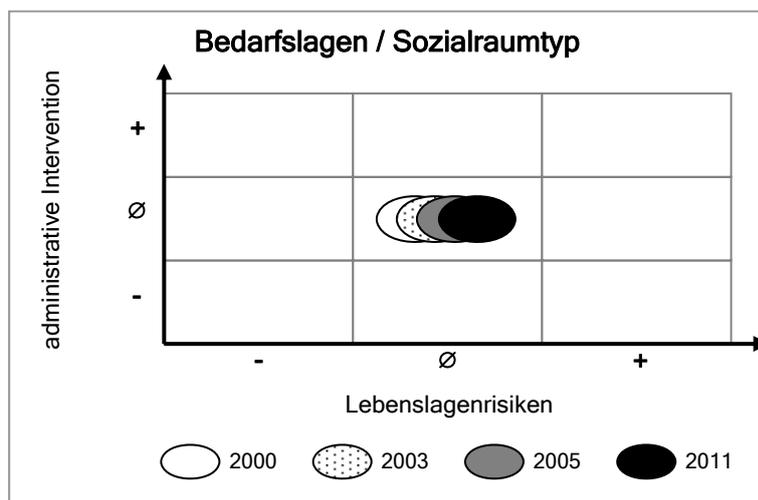
## Rheingauviertel

Der Stadtteil „Rheingauviertel“ ist im Rahmen der Stadterweiterung um 1900 bis 1914 zwischen dem Ersten und Zweiten Ring entstanden. Das Viertel ist ein beliebtes Wiesbadener Wohngebiet, geprägt durch eine geschlossene Bebauung mit 3- bis 5-geschossigen Mehrfamilienhäusern, die überwiegend aus der Zeit des Historismus, aber auch in Teilen aus den 1920er bzw. 1930er Jahren stammen. Die Mietpreise liegen im mittleren bis oberen Segment.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das „Rheingauviertel“ ist ein Stadtteil mit stabil durchschnittlichem Ausmaß der Lebenslagenrisiken und einem konstant durchschnittlichen Ausmaß an administrativer Intervention. Der Stadtteil zählt seit 2000 unverändert zur Kategorie der Stadtteile mit mittleren, also durchschnittlichen, sozialen Bedarfslagen.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Rheingauviertel“ auf Rang 18 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	7.512	7.513	+1	+/-0,0%
Haushalte	4.258	4.324	+66	+1,6%
Wohnungen	4.281	4.274	-7	-0,2%
Mobilitätsziffer	33%	31,9%	-	-3,3%

Die Werte weisen eine hohe Stabilität auf.

**Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005** - Tabellenwerte korrigiert am 10.07.2014

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	14,2%	14,0%	-1,3	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	27,9%	28,1%	+0,9	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	8,4%	5,2%	-38,1	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	15,0%	12,5%	-16,6	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	27,0%	28,0%	+3,6	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	8,2%	9,8%	+19,4	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+13,9qm	+13,4qm	-0,6	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“**

Die Existenzsicherungsquote und die Quote der Kinder unter 15 Jahren, die von Leistungen gemäß des SGB II leben, liegen etwas über dem städtischen Durchschnitt, aber konstant im Bereich der mittleren Bedarfslage. Im Vergleich der Stadtteile untereinander sind weder nennenswerte Verbesserungen noch Verschlechterungen festzustellen.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II und III an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat sich zwischen 2005 und 2011 deutlich stärker als in der gesamtstädtischen Entwicklung verringert, liegt aber nach wie vor im Bereich der mittleren Bedarfslage.

**Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“**

Der Anteil der Menschen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist etwas stärker als in der Gesamtstadt gesunken und liegt nach wie vor im mittleren Bereich.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern hat leicht zugenommen. Bezogen auf diesen Indikator ist - wie auch 2005 - eine hohe Bedarfslage gegeben. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hat gegenüber 2005 deutlich zugenommen, real hat sich die Zahl der großen Familien um 13 auf 77 Familien erhöht. Durch diese Veränderung nähert sich der Stadtteil dem gesamtstädtischen Durchschnittswert an und fällt nun - bezogen auf diesen Indikator - von der Kategorie niedrige Bedarfslage in die Kategorie der mittleren Bedarfslage.

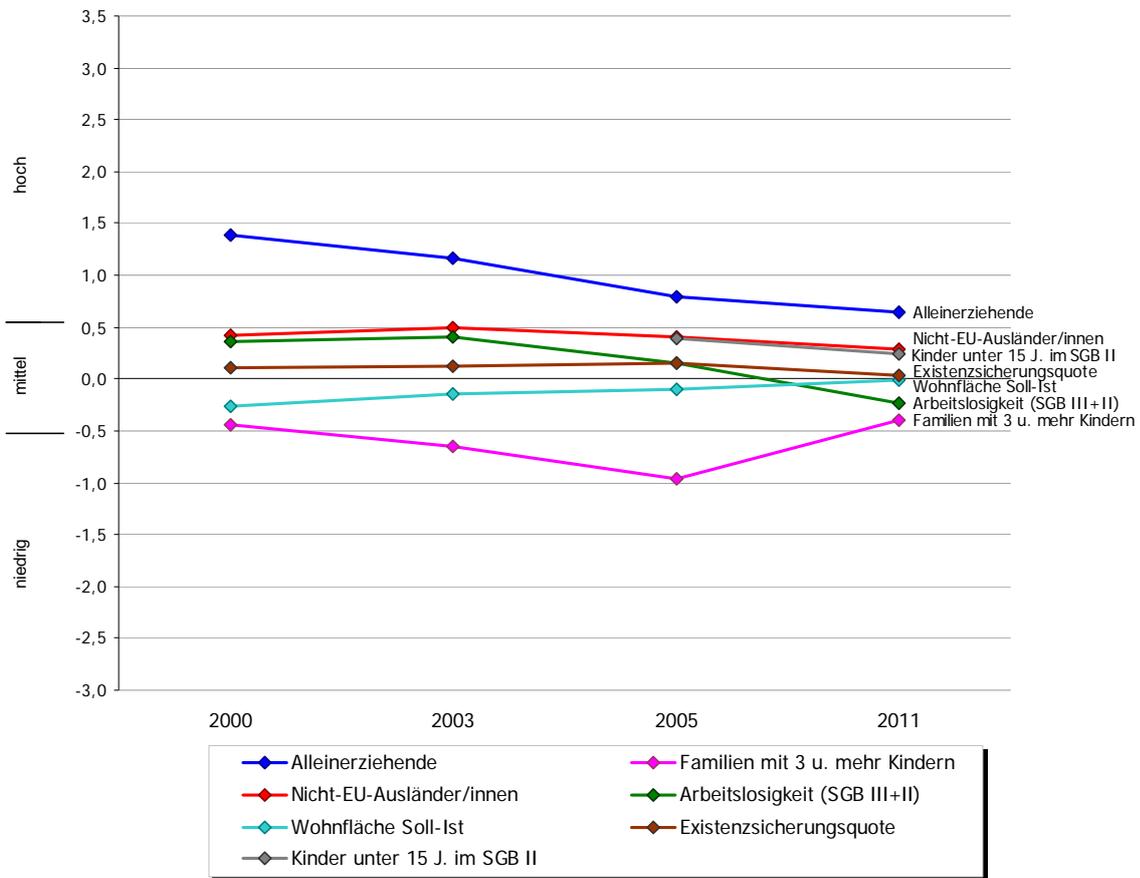
Die Versorgung mit Wohnfläche hat sich gegenüber 2005 leicht verschlechtert und liegt nun, bei konstant mittlerer Bedarfslage, etwas unter dem städtischen Durchschnitt.

**Gesamtbewertung**

Trotz leichter Verschiebungen innerhalb einiger Indikatoren, liegt das „Rheingauviertel“ stabil im Bereich der Kategorie der mittleren sozialen Bedarfslage.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Rheingauviertel

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,25</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	14,0%	0,03	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	5,2%	-0,23	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,5%	-0,06	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,4%	-0,76	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,15</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	54,1%	0,08	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	2,1%	-0,22	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	18,5%	0,36	15,3%
Wohngeldquote	1,2%	-0,35	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+13,4qm	0,04	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	23,3%	0,53	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	2,8%	-0,42	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	19,2%	-0,04	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	28,1%	0,25	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	9,7%	0,79	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	28,0%	0,64	23,9%
Quote „große Familien“	9,8%	-0,40	12,5%
Anteil allein lebender älterer Menschen	60,4%	1,37	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	68,2%	1,17	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	12,5%	0,29	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,8	-0,59	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	8,2%	-0,65	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	29,9%	-0,14	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	23,2%	0,44	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Hasengarten, Friedenstraße



## Hasengarten, Friedenstraße

Der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ umfasst sehr unterschiedliche Gebiete. Hierzu zählen die Bereiche der US-amerikanischen Housing Area „Hainerberg“, die durch Einfamilienhausbebauung geprägten Wohngebiete im Bereich des Südfriedhofs, Geschosswohnungsbauten entlang der Hasengartenstraße sowie die im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes „Mainzer Straße“ bisher entstandenen Büro- und Verwaltungsgebäude.

Der Stadtteil ist das einzige noch für eine Innenstadterweiterung zur Verfügung stehende Quartier und unterliegt einem erheblichen Umgestaltungsprozess, der sich in der Veränderung der Bevölkerungsstruktur spiegelt.

Im Bereich Weidenborn wurden zahlreiche - in den 1950er Jahren erbauten - Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 650 Wohnungen aufgrund baulicher Mängel abgerissen. Bei diesen Wohnungen handelte es sich um eher kleinere günstige Mietwohnungen. Die Mieter in diesen Häusern mussten umziehen. Teilweise zogen sie in die hochwertigeren und teureren neu erbauten Mietwohnungen in diesem Gebiet. Geplant und bereits teilweise fertig gestellt sind ca. 850 neue Wohnungen<sup>44</sup>. Die deutliche Abnahme der Einwohnerzahl lässt darauf schließen, dass ein großer Teil der Mieter jedoch in einen anderen Stadtteil gezogen ist.

Insgesamt ist der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ geprägt von einer regen Bautätigkeit. In der nächsten Zeit wird es zu einer erheblichen Nachverdichtung, einer Zunahme der Wohnungen und der Bevölkerung kommen. Zum jetzigen Zeitpunkt der Planungen ist kurz- und mittelfristig eine erhebliche Zunahme von Wohneinheiten zu erwarten. Diese werden voraussichtlich überwiegend relativ hochpreisige Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Reihenhäuser sein.

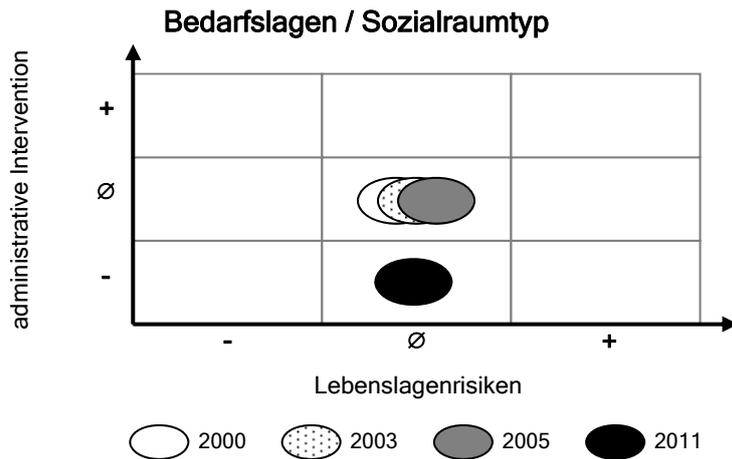
### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ zählt 2005 und auch 2011 zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage, wobei sich das Ausmaß der administrativen Intervention verringert hat, sodass hier bezogen auf alle verwendeten Indikatoren nur noch eine niedrige soziale Bedarfslage vorliegt. Das Lebenslagenrisiko lag 2005<sup>45</sup> und 2011 im mittleren Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ auf Rang 23 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

<sup>44</sup> Wiesbadener Kurier vom 17.09.2013; „Halbzeit beim Umbau des Weidenborn-Viertels“

<sup>45</sup> Wäre 2005 nach dem gleichen Verfahren - Mittelung der z-Werte der Indikatoren - gemessen worden, hätte auch damals schon eine niedrige Bedarfslage vorgelegen! Ebenso wurde die Alleinerziehendenquote zu hoch erfasst und damit erfolgte eine fälschlich hohe Bedarfslagenzuordnung.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	6.245	5.699	-546	-8,7%
Haushalte	3.223	2.951	-272	-8,4%
Wohnungen	2.962	3.187	+225	+7,6%
Mobilitätsziffer	30,4%	29,4%	-	-3,3%

Die deutliche Veränderung des Stadtteils spiegelt sich in der Entwicklung der Eckdaten. Perspektivisch ist - bedingt durch die Zunahme der Wohneinheiten - mit einem Anstieg der Einwohnerzahl zu rechnen.

### Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	9,7%	8,6%	-11,1	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	18,9%	18,4%	-2,5	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	6,2%	4,3%	-30,7	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	11,9%	9,1%	-23,5	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende*	20,4% (2006) <sub>46</sub>	21,1%	+3,4	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	10,3%	10,1%	-2,1	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+7,6qm	+20,4qm	+18,7	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

\*Angaben ohne Planungsraum 43 „Hainerberg“

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote, die 2005 knapp unterhalb der Grenze zur Kategorisierung in „niedrige soziale Bedarfslagen“ aber noch im mittleren Bereich lag, ist zwischenzeitlich erheblich gesunken und wird nun der Kategorie niedrige Bedarfslage zugeordnet. Die Kinderarmutsquote ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gesunken und liegt nun - wie auch schon 2005 - nur noch knapp in der Kategorie der mittleren Bedarfslage.

<sup>46</sup> 2005 inkl. Planungsraum 43: 30,4%

Diese Veränderungen vollzogen sich vor allem im Teilgebiet Hasengarten (Planungsraum 042).

Dieses Teilgebiet wies 2005 deutlich überdurchschnittliche Werte bezogen auf die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes auf. Dies hat sich 2011 deutlich verändert: die Existenzsicherungsquote und auch die Quote der Kinder unter 15 Jahren, die von SGB II-Leistungen leben ist nun besser als der städtische Durchschnitt.

Die Arbeitslosenquote ist 2011, wie auch 2005, niedriger als der städtische Durchschnitt und fällt in die Kategorie „niedrige Bedarfslage“. Auch der Wert dieses Indikators hat sich positiver als in der Gesamtstadt entwickelt.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2005 und 2011 überdurchschnittlich gesunken und liegt nun unterhalb des Stadtdurchschnitts.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern liegt konstant im durchschnittlichen Bereich; der Anteil ist etwas geringer als im Stadtdurchschnitt.

Der Anteil an Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist zwischen 2005 und 2011 erheblich gesunken. 2005 war dieser Wert noch überdurchschnittlich hoch und zählte zur Kategorie der hohen sozialen Bedarfslage; 2011 liegt er im mittleren Bereich. Die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte ist um 50 Haushalte auf 141 Haushalte gesunken. Die Veränderung findet fast ausschließlich im Planungsraum Hainerberg (- 39 Haushalte) statt und hat ihre Ursachen vor allem in der statistischen Erfassung US-amerikanischer Haushalte, die zu hohen Alleinerziehendenquoten führt<sup>47</sup>.

Aufgrund dieser Ungenauigkeiten wurde der Planungsraum Hainerberg bei der Betrachtung der Alleinerziehendenquote im Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ und der Gesamtstadt ausgenommen.

Die Alleinerziehendenquote lag - mit dieser Berechnungsgrundlage - **2006** mit 20,4 % günstiger als in der Gesamtstadt mit 23,3 %. Dies setzt sich 2011 mit einer Quote von 21,1 % im Stadtteil „Hasengarten/Friedenstraße“ gegenüber einer gesamtstädtischen Quote von 23,9 % fort. In beiden Jahren ist die Bedarfslage als gering zu bewerten.

Der Anteil der großen Familien hat sich zwischen 2005 und 2011 kaum verändert und liegt in beiden Vergleichsjahren im mittleren Bereich.

<sup>47</sup> Hintergrund: US-Bürger müssen nicht gemeldet sein, wenn sie in einer Housing Area wohnen; werden also nicht statistisch erfasst. Dies dürfte für den größten Teil der Angehörigen der US-Streitkräfte zutreffen.

Die Ehegatten, die nicht US-Staatsbürger sind, müssen jedoch an der Wohnadresse gemeldet sein. Dies führt dazu, dass in den betreffenden Planungsräumen lt. statistischer Auswertung überdurchschnittlich viele Frauen und Kinder wohnen. Die Ehepartner werden nicht erfasst. Dies führt zu hohen statistischen Anteilen von Alleinerziehendenhaushalten, die real nicht existieren.

Diese statistische Verzerrung wird durch folgende Regelung verstärkt: Auch US-amerikanische Ehepartner eines Armeeingehörigen, die außerhalb der US-Streitkräfte arbeiten möchten, benötigen hierzu eine Lohnsteuerkarte. Diese wiederum erhalten sie nur bei Anmeldung an der Wohnadresse. Auch in diesem Fall werden Haushalte als Alleinerziehendenhaushalte erfasst, die keine sind.

Die Zahl der als „alleinerziehend“ erfassten Haushalte im PLR Hainerberg ist seit 2006 kontinuierlich gesunken. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt. Die in 2010 erfolgte Registerbereinigung, die eine drastische Abnahme der Bevölkerungszahl im PLR zufolge hatte, erklärt den Sachverhalt nicht ausreichend.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum, hat sich deutlich verbessert. Somit erfolgte auch ein Wechsel in der Kategorie der Bedarfslagen von hoher nach mittlerer Bedarfslage. Die Ursachen hierfür liegen im Abriss einer Vielzahl, meist kleiner, Wohnungen im Quartier Weidenborn und dem damit verbundenen Wegzug der Mieter (vgl. auch erhebliche Abnahme der Einwohnerzahl und Zahl der Haushalte).

### **Gesamtbewertung**

In Bezug auf das Ausmaß der administrativen Intervention und auch dem Anteil an riskanten Lebenslagen sind erhebliche positive Entwicklungstendenzen festzustellen. Diese liegen begründet in einem größeren Umgestaltungsprozess des Stadtteils.

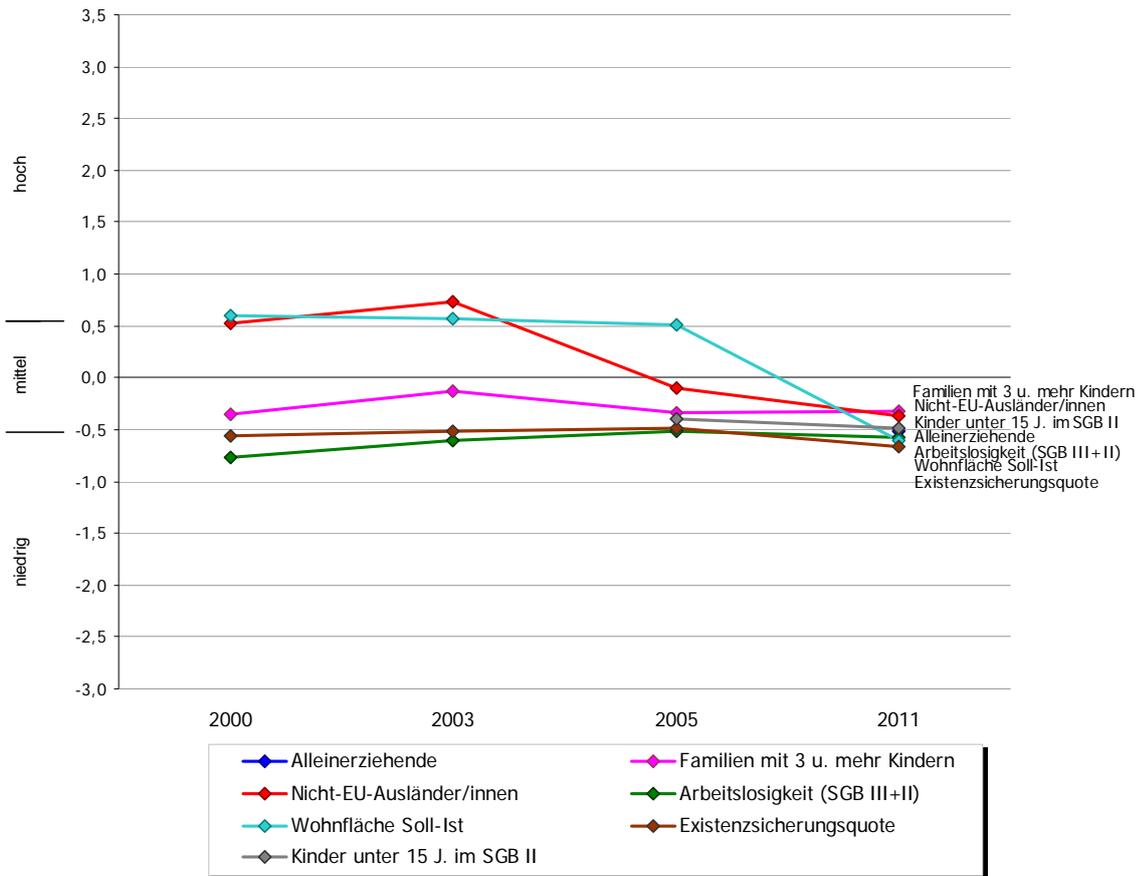
In allen Indikatoren fallen die Entwicklungen im Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ positiver als die gesamtstädtische Entwicklung aus.

Zur Zeit sind die beobachteten Positivtendenzen zwar deutlich sichtbar, aber noch nicht so stark ausgeprägt, dass sie sich in den verwendeten Indikatoren und unserem angewandten Kategorisierungsverfahren so deutlich niederschlagen, dass der Stadtteil in die Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“ fällt.

Es ist jedoch zu erwarten, dass sich durch den Umgestaltungsprozess des Stadtteils die Bevölkerungsstruktur weiter verändern wird und der Stadtteil eine erhebliche Aufwertung erfährt.

2011 gehört der Stadtteil somit noch zu den Stadtteilen der Entwicklungs-Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Hasengarten, Friedenstraße

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,68</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	8,6%	-0,67	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	4,3%	-0,57	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,7%	-0,70	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,4%	-0,76	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,20</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	52,3%	-0,08	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,2%	-0,67	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	14,4%	-0,20	15,3%
Wohngeldquote	0,6%	-0,98	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+20,4qm	-0,54	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	25,3%	0,75	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	3,1%	-0,34	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	26,0%	0,90	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	18,4%	-0,49	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	6,7%	0,29	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	21,1%	-0,52	23,9%
Quote „große Familien“	10,1%	-0,32	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	51,0%	0,43	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	61,5%	0,47	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,1%	-0,36	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,7	-0,81	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	17,2%	0,96	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	21,7%	-1,21	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	19,8%	0,02	18,4%

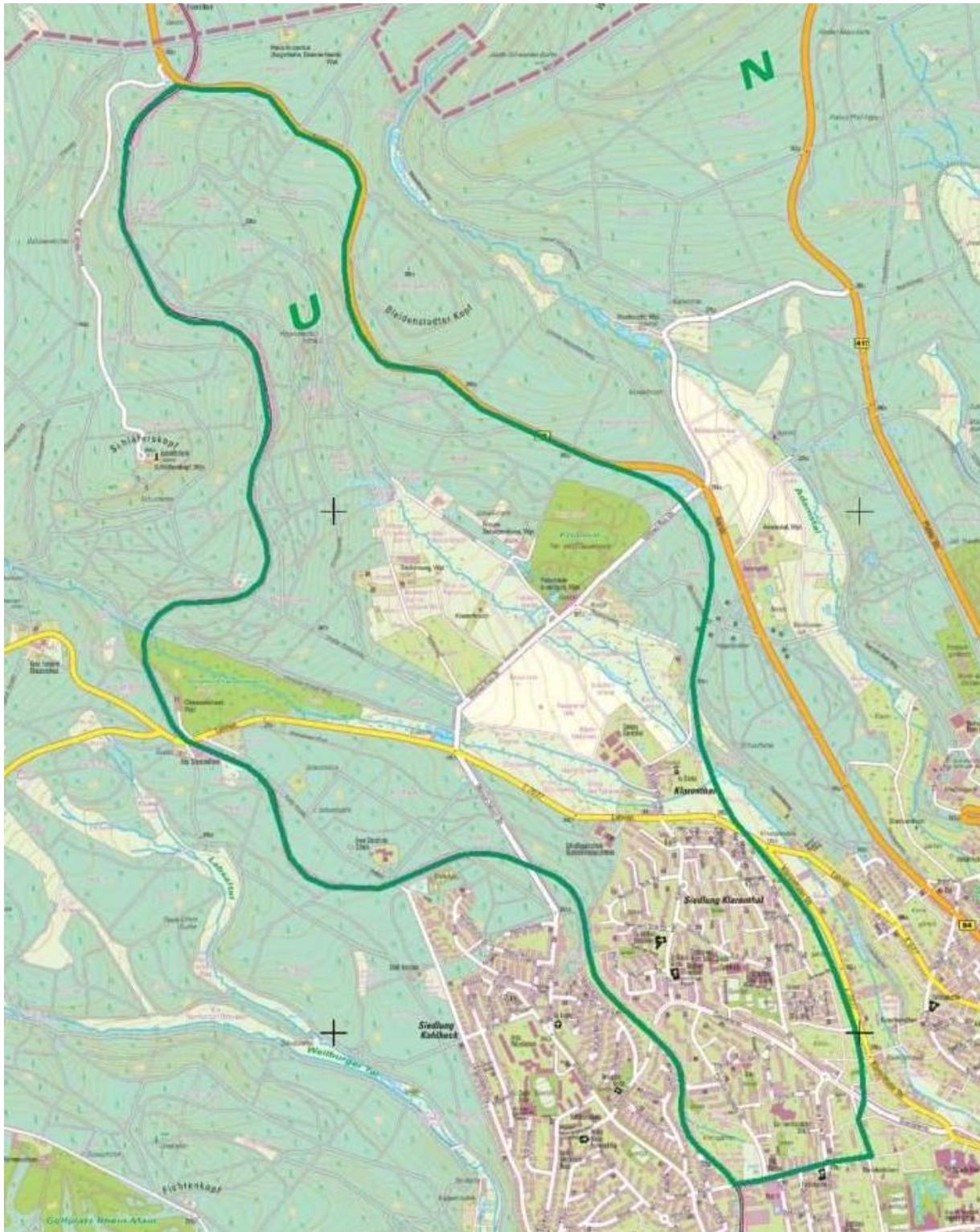
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Klarenthal



## Klarenthal

Der Stadtteil Klarenthal entstand in den 1960er und 1970er Jahren als Teil des Konzeptes von Ernst May für ein neues Wiesbaden. Die Großsiedlung „auf der grünen Wiese“ wurde als sozial und baulich gemischtes Gebiet - Geschoss - und Hochhausbauten des sozialen Wohnungsbaus (Klarenthal Nord), sowie Einfamilienhausbebauung und Geschossbauten mit frei finanzierten Mietwohnungen (Klarenthal Süd) - geplant und errichtet.

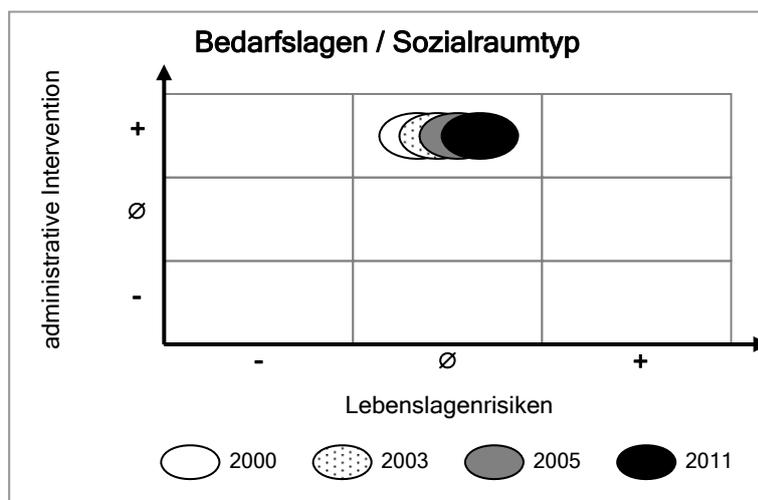
Der Stadtteil ist konzipiert als Wohnsiedlung mit einer guten Ausstattung an sozialer Infrastruktur und einigen Einkaufsmöglichkeiten.

Auch bedingt durch den eigenen Ortsbeirat zeichnet sich der Stadtteil, im Gegensatz zu anderen Großsiedlungen, durch eine eigene Stadtteilidentität aus.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Klarenthal zählt nach wie vor zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. Insbesondere das Ausmaß der administrativen Intervention ist und war hoch. Das Lebenslagenrisiko hat sich zwischen 2005 und 2011 verschärft, liegt aber noch im mittleren Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Klarenthal“ auf Rang 8 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	9.829	10.372	+543	+5,5%
Haushalte	4.700	4.887	+187	+4,0%
Wohnungen	4.509	4.533	+24	+0,5%
Mobilitätsziffer	17,1%	15,6%	-	-8,8%

Die Bevölkerung und die Zahl der Haushalte haben deutlich zugenommen. Die Zahl der Wohnungen blieb nahezu unverändert, sodass von einer erhöhten Wohndichte auszugehen ist.

Die Mobilitätsziffer ist unterdurchschnittlich.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	16,6%	19,7%	+18,5	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	32,7%	34,9%	+6,8	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	8,8%	7,7%	-12,5	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	11,7%	11,9%	+1,9	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	20,4%	20,8%	+2,0	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	14,5%	18,2%	+25,2	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+8,3qm	+5,9qm	-3,6	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist von dem hohen Ausgangswert 2005 - konträr zur gesamtstädtischen Entwicklung - nochmals erheblich angestiegen und liegt nach wie vor in der Kategorie der hohen Bedarfslagen. Die Kinderarmutsquote ist - analog der gesamtstädtischen Entwicklung - angestiegen und liegt nach wie vor im Bereich der hohen Bedarfslagen. Der Anteil der Arbeitslosen, die Leistungen gemäß SGB II und III beziehen ist deutlich schwächer als im städtischen Durchschnitt gesunken und wird nun den hohen Bedarfslagen zugeordnet, während sie 2005 noch im durchschnittlichen Bereich lag.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist, entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung, leicht gestiegen, liegt aber noch im mittleren Bereich.

Sehr stark angestiegen ist die Zahl (+ 50 Haushalte) und der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern und erreicht nun mit 18,2% den zweithöchsten Wert aller Stadtteile.

Der Anteil der Alleinerziehenden liegt auch 2011 unverändert im niedrigen Bereich und unterhalb des städtischen Durchschnitts.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum hat sich gegenüber 2005 deutlich verschlechtert. Hier erfolgte eine Veränderung in der Bedarfslagenkategorie. Der Stadtteil Klarenthal liegt nun im Bereich der hohen Bedarfslagen. 2005 erfolgte, bezogen auf diesen Indikator, die Zuordnung zu den mittleren Bedarfslagen, aber bereits im Grenzbereich zur hohen Bedarfslage.

### Gesamtbewertung

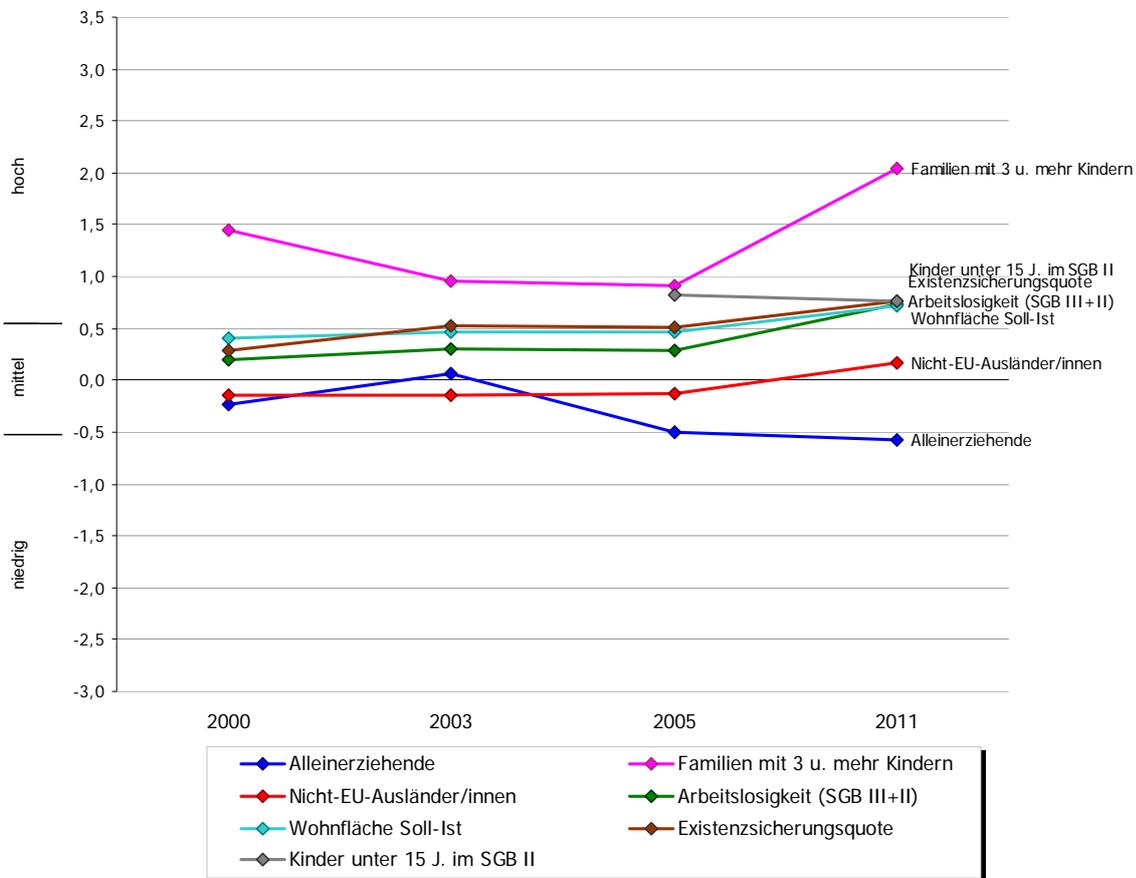
Insgesamt ist eine Verschärfung der ohnehin schon hohen Problemlagen festzustellen. Bei sechs der sieben Dynamikindikatoren ist eine erhebliche Verschlechterung der Werte zu beobachten.

Die Verschärfung der Problemlagen tritt insbesondere im Teilgebiet „Klarenthal-Süd“ zu Tage, das in der Vergangenheit deutlich geringere soziale Belastungen aufwies. Insbesondere die Kinderarmutsquote, die Existenzsicherungsquote und der Anteil an großen Familien sind dort zwischen 2005 und 2011 überproportional gestiegen.

Eine Erklärung für den Anstieg der Existenzsicherungs- und der Kinderarmutsquote ist ein erheblicher Zuzug<sup>48</sup> von SGB II Bedarfsgemeinschaften im Langzeitbezug.

Diese Entwicklungen müssen - wie bisher auch - aufmerksam beobachtet und geeignete Maßnahmen der sozialen Kommunalpolitik und Sozialverwaltung platziert werden. Aufgrund der beschriebenen Entwicklungen erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



<sup>48</sup> Zwischen 2010 und 2012 zogen 168 solcher Bedarfsgemeinschaften im SGB II Langzeitbezug nach Klarenthal, während 64 wegzogen.

## Klarenthal

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,88</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	19,7%	0,76	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	7,7%	0,73	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,3%	-0,22	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	34,4%	2,23	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,36</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	62,6%	0,79	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	3,0%	0,77	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	12,2%	-0,50	15,3%
Wohngeldquote	3,0%	1,54	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+5,9qm	0,74	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	18,5%	0,01	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	5,4%	0,28	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	21,3%	0,25	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	34,9%	0,77	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	8,3%	0,56	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	20,8%	-0,57	23,9%
Quote „große Familien“	18,2%	2,04	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	51,4%	0,47	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	52,3%	-0,50	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	11,9%	0,17	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,9	-0,36	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	9,2%	-0,47	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	38,1%	0,94	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	15,9%	-0,45	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

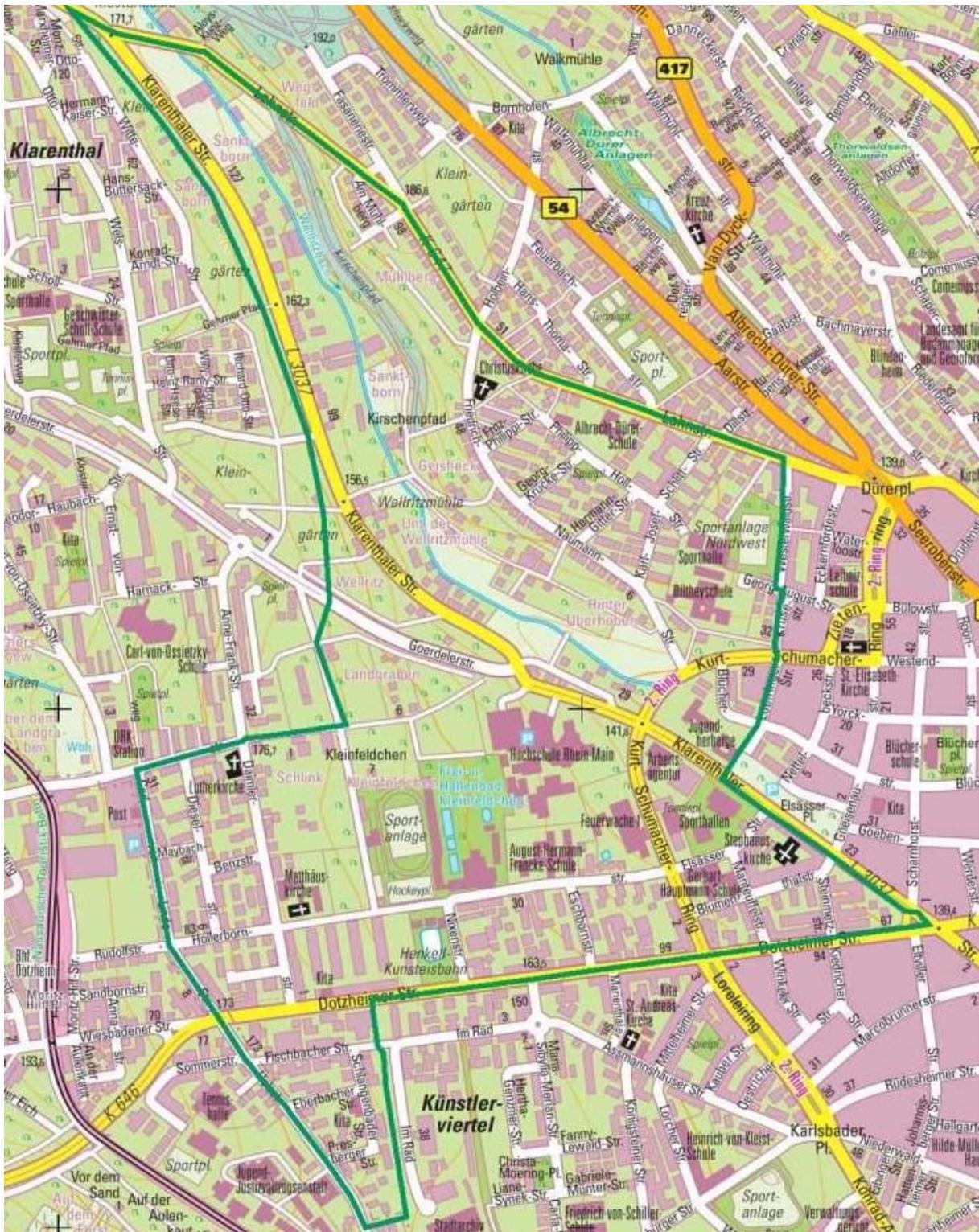
Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist<sup>49</sup>:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>49</sup> Bei Werten +/- 0,5 richtet sich die Zuordnung in die Bedarfslagenkategorie nach der dritten Nachkommastelle

## Hollerborn, Daimlerstraße



## Hollerborn, Daimlerstraße

Der Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße“ zählt zu den Stadterweiterungsgebieten der Zeit zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg bzw. den Baumaßnahmen in der Nachkriegszeit. Die Baumaßnahmen erfolgten, um Wohngebiete für weniger begüterte Bevölkerungsschichten, Ausgebombte und aus den ehemaligen Ostgebieten Zugewanderte zu errichten. Im Bereich Hollerborn entstanden die ersten Wohngebiete des sozialen Wohnungsbaus. Es dominieren Geschosswohnungsbauten mit überwiegend kleinen und mittelgroßen Wohnungen im moderaten Mietpreissegment.

Der Bereich „Wellritztal“, von der Bevölkerungszahl her deutlich kleiner, ist geprägt durch Einfamilienhausbebauung und unterscheidet sich damit deutlich von den anderen Teilen des Stadtteils.

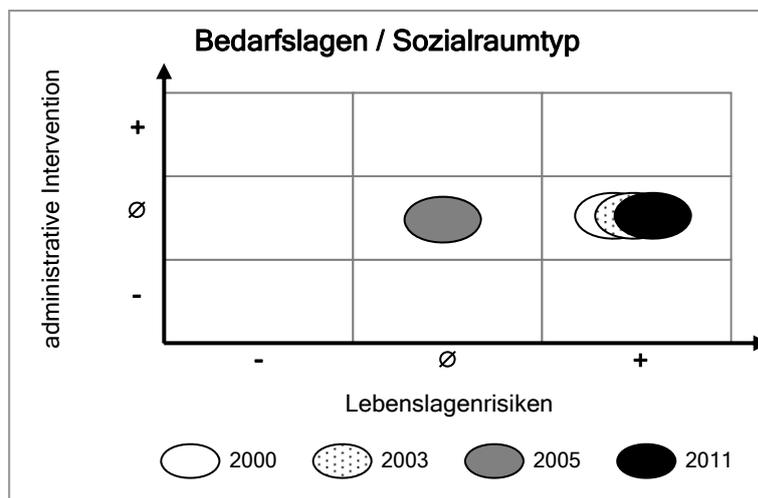
### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

2005 zählte der Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße“ zu den Stadtteilen mit mittleren Bedarfslagen, sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch auf das Ausmaß riskanter Lebenslagen.

2011 hat sich der Anteil an riskanten Lebenslagen deutlich gesteigert, sodass in diesem Bereich eine hohe Bedarfslage vorliegt, während das Ausmaß der administrativen Intervention im mittleren Bereich verbleibt.

Der Stadtteil wies bereits in den Jahren 2000 und 2003 hohe soziale Bedarfslagen auf, die 2005 zu beobachtende Verbesserung in die Kategorie der mittleren Bedarfslagen - bedingt durch die Verbesserung im Indikatorenbereich der riskanten Lebenslagen - konnte sich nicht stabilisieren.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritztal“ auf Rang 14 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	7.369	7.454	+85	+1,2%
Haushalte	3.961	4.041	+80	+2,0%
Wohnungen	3.906	3.925	+19	+0,5%
Mobilitätsziffer	28,3%	27,6%	-	-2,5%

Es sind keine gravierenden Veränderungen festzustellen.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	17,2%	19%	+10,7	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	27,7%	34,4%	+24,4	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	9,1%	7,3%	-19,8	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	16,7%	16,2%	-3,1	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	25,7%	30%	+16,9	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	9,6%	11,4%	+18,5	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+4,3qm	+3,9qm	-0,8	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

## Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Bezogen auf die drei verwendeten Indikatoren zur Messung der Entwicklung des Ausmaßes der administrativen Intervention ist eine hohe soziale Bedarfslage im Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße“ und eine deutliche Verschärfung der Problemlage festzustellen.

Die Existenzsicherungsquote und die Kinderarmutsquote sind deutlich weiter angestiegen und liegen erheblich über dem städtischen Durchschnitt. Die Entwicklung beider Quoten ist wesentlich negativer als in der Gesamtstadt.

Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeitsquote ist festzustellen, dass sich der Stadtteil im Vergleich der Stadtteile untereinander deutlich verschlechtert hat, wenngleich auch der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung gesunken ist. Die Bevölkerung in diesem Stadtteil konnte nur unterdurchschnittlich an der positiven Beschäftigungsentwicklung partizipieren.

## Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen an der Bevölkerung mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2005 und 2011 nur marginal gesunken. Im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtstadt und der anderen Stadtteile ist bezogen auf diesen Indikator von einer deutlichen Verschärfung der Problemlage zu sprechen. Der Stadtteil liegt 2005 und 2011 im hohen Bedarfslagenbereich.

Auch bezogen auf riskante Familienkonstellationen erfolgte eine Verschärfung der Problemlagen. Die Zahl und der Anteil der Alleinerziehenden an den Haushalten mit Kindern sind erheblich gestiegen und liegen im Bereich der hohen Bedarfslagen.

Ebenso ist der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern deutlich angestiegen, sodass sich der Stadtteil bezogen auf diesen Indikator von einer niedrigen zu einer mittleren Bedarfslage entwickelt hat.

Die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum stagniert auf einem unzureichenden Niveau, sodass auch hier eine hohe Bedarfslage festzustellen ist.

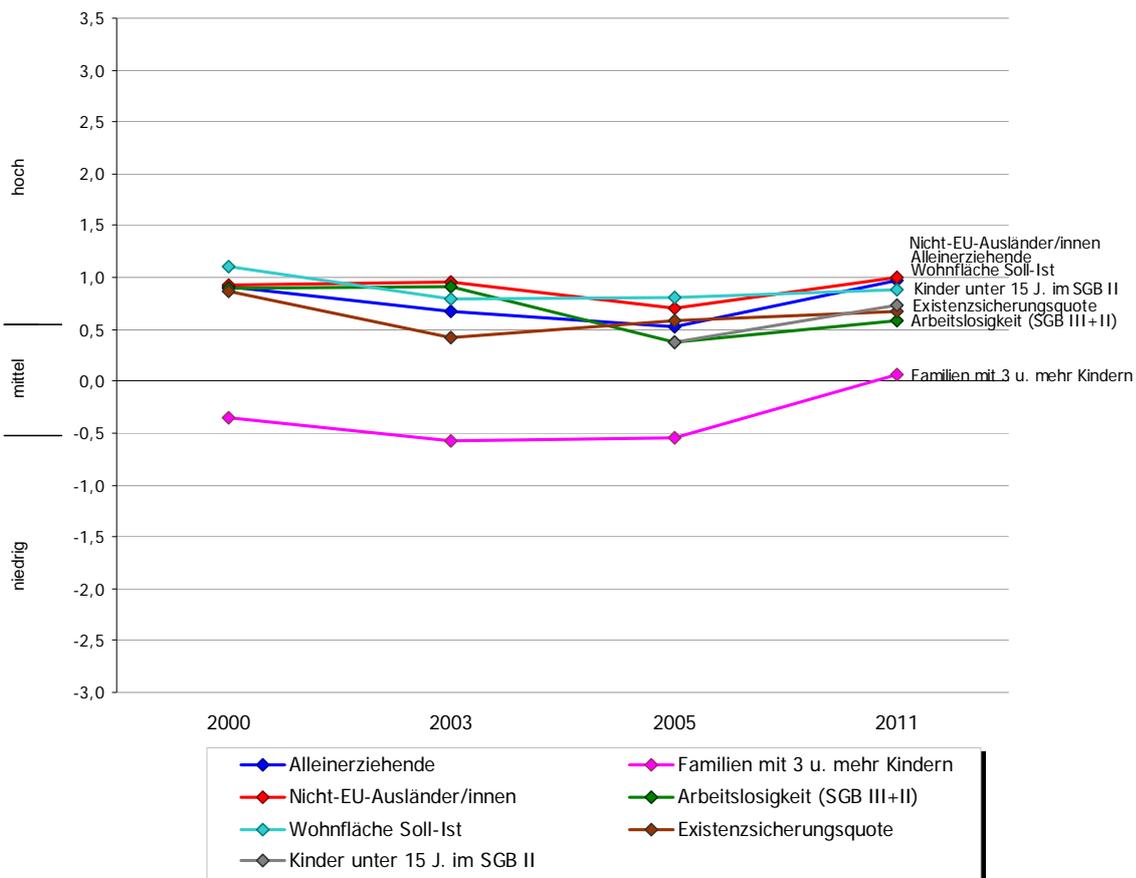
## Gesamtbewertung

In beiden Indikatorenbereichen ist eine Verschärfung der Problemlagen im Zeitraum zwischen 2005 und 2011 festzustellen. Alle Indikatoren weisen deutlich ungünstigere Entwicklungen als die Entwicklung in der Gesamtstadt auf.

Die positive Entwicklung zwischen 2000/2003 und 2005 konnte nicht fortgesetzt bzw. stabilisiert werden.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Hollerborn, Daimlerstraße

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,18</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	19,0%	0,67	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	7,3%	0,58	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,5%	-0,06	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,7%	-0,47	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,55</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	56,2%	0,25	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	3,0%	0,50	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	18,4%	0,34	15,3%
Wohngeldquote	1,9%	0,39	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+3,9qm	0,89	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	21,0%	0,28	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	1,2%	-0,84	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	20,0%	0,07	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	34,4%	0,73	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	11,7%	1,13	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	30,0%	0,97	23,9%
Quote „große Familien“	11,4%	0,06	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	53,6%	0,69	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	61,8%	0,50	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	16,2%	1,0	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,4	0,77	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	13,4%	0,28	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	37,2%	0,82	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	24,5%	0,59	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

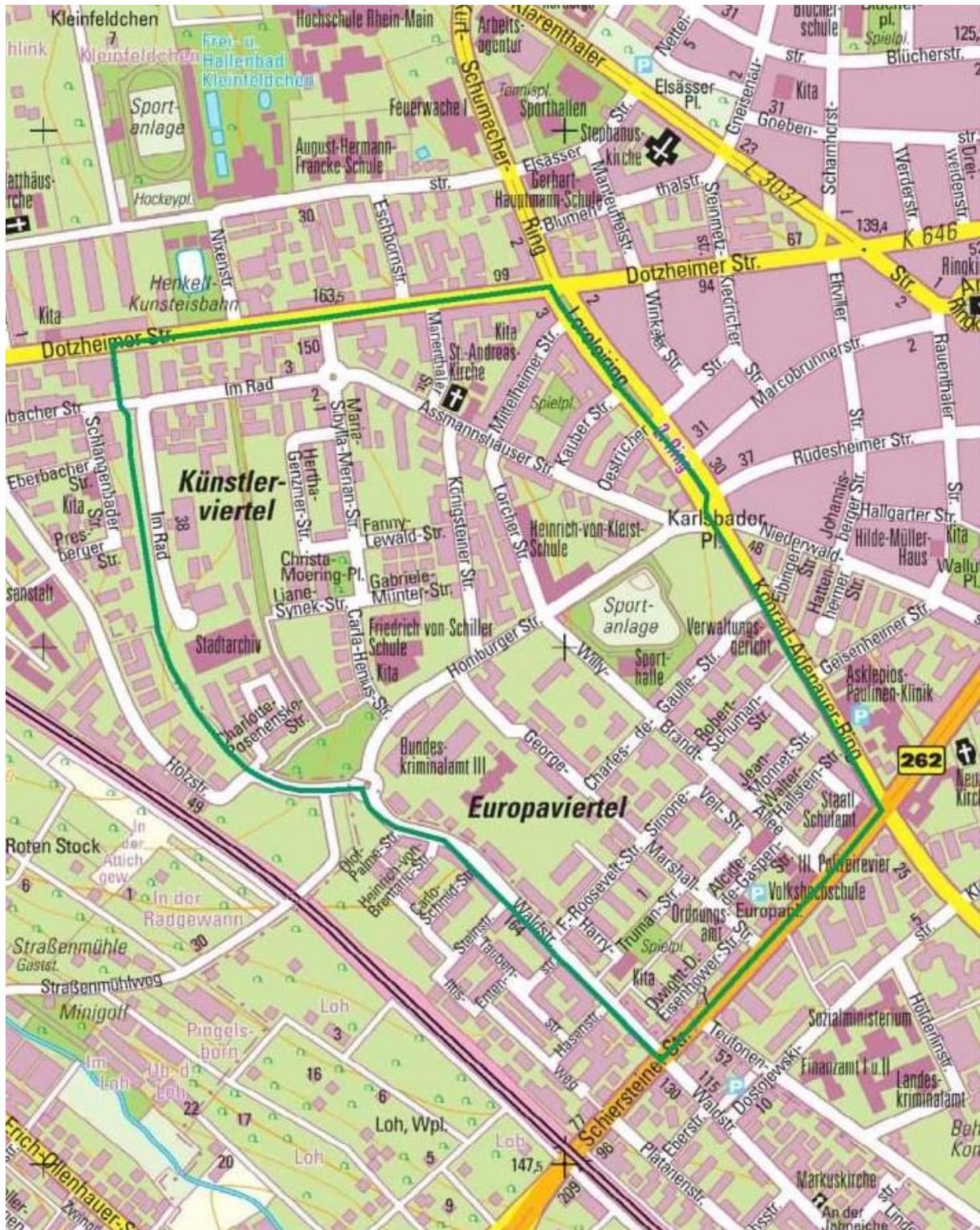
Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist<sup>50</sup>:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>50</sup> Bei Werten +/- 0,5 richtet sich die Zuordnung in die Bedarfslagenkategorien nach der dritten Nachkommastelle

## Europaviertel, Künstlerinnenviertel



## Europaviertel, Künstlerinnenviertel

Der Stadtteil „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ besteht aus unterschiedlichen Gebieten. Zum einen den Wohngebieten „Äußeres Rheingauviertel“ und den Wohngebieten im westlich anschließenden Teilstück an der Dotzheimer Straße mit einfachen Geschosswohnungsbauten aus den 1930er bis 1950er Jahren, mit moderatem Mietpreisniveau. Zum anderen gehört zu dem Stadtteil das Europaviertel, das als innerstädtisches Konversionsgebiet, auf der Fläche eines ehemaligen Kasernengeländes, Mitte der 1990er Jahre entstand. Weiterhin zählt zu diesem Stadtteil das - auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs West - entstandene bzw. noch entstehende Wohngebiet „Künstlerinnenviertel“.

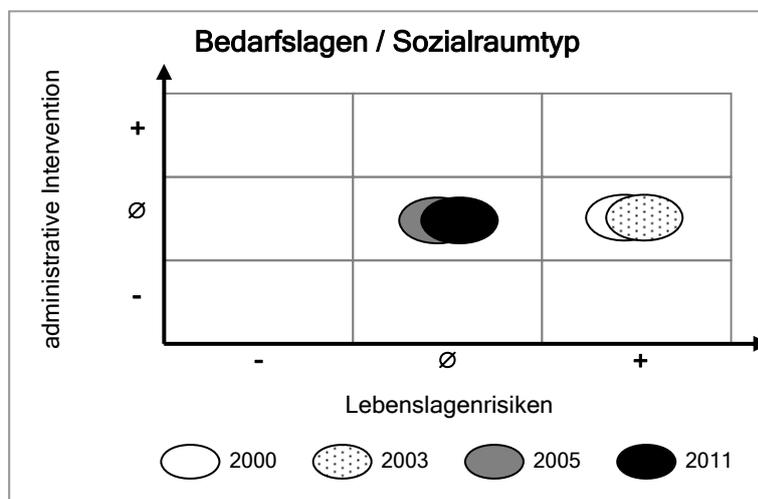
In den Bereichen Europaviertel und Künstlerinnenviertel wurden und werden überwiegend Eigentumswohnungen sowie Einfamilienhäuser errichtet.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ ist in 2005 und 2011 mit einem mittleren Ausmaß an administrativer Intervention und mittlerem Lebenslagenrisiko den Stadtteilen mit mittleren sozialen Bedarfslagen zuzuordnen.

In den Jahren 2000 und 2003 gehörte der damalige Stadtteil „Europaviertel, Güterbahnhof“ noch zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. Aufgrund des Bezugs der neuen Wohngebiete und den damit verbundenen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, hat sich die soziale Bedarfslage seit 2005 auf ein durchschnittliches Niveau verbessert.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ auf Rang 15 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Diff. abs.	Diff. %
Einwohner	4.458	5.214	+756	+17%
Haushalte	2.257	2.679	+422	+18,7%
Wohnungen	2.257	2.558	+301	+13,3%
Mobilitätsziffer	31,0%	28,6%	-	-7,7%

Der Stadtteil hat zwischen 2005 und 2011 einen erheblichen Bevölkerungszuwachs erfahren. Dies liegt an der Fertigstellung zahlreicher Wohnungen und Einfamilienhäuser im neuen Wohngebiet „Künstlerinnenviertel“. In den nächsten Jahren wird dieses Viertel noch weiter wachsen.

### Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	18,6%	15,2%	-18,5	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	28,3%	22,3%	-21,4	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	8,5%	6,0%	-29,4	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	19,4%	14,1%	-27,4	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	23,7%	20,4%	-14,0	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	10,0%	9,6%	-3,6	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+5,7qm	+6,2qm	+0,7	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Bei allen drei verwendeten Indikatoren ist eine deutlich positive Entwicklung abzulesen, sowohl bezogen auf die Anteile der Bevölkerung auf die das jeweilige Merkmal zutrifft, als auch bezogen auf die Entwicklung im Vergleich der Stadtteile untereinander und der Gesamtstadt. Die Existenzsicherungsquote ist so stark gesunken, dass sie nur noch leicht über dem städtischen Durchschnitt und somit im mittleren Bereich liegt. 2005 lag dieser Wert noch deutlich in der Kategorie der hohen Bedarfslage.

Besonders positiv hat sich die Kinderarmutsquote entwickelt, entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung, ist sie stark gesunken und liegt nun unterhalb des städtischen Durchschnitts, aber noch im mittleren Bedarfslagebereich.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Bevölkerung mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2005 und 2011 erheblich gesunken. Er liegt zwar immer noch im Vergleich der Stadtteile untereinander im hohen Bereich, bewegt sich aber deutlich auf den Durchschnitt zu.

Der Anteil an Alleinerziehendenhaushalten an allen Haushalten mit Kindern ist erheblich gesunken und liegt 2011 in der Kategorie der niedrigen Bedarfslage. Der Anteil der Familien mit 3 und mehr Kindern ist nahezu unverändert im mittleren Bedarfslagebereich anzusiedeln.

Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum ist zwischen 2005 und 2011 eine leichte Verbesserung, aber immer noch im hohen Bedarfslagebereich, festzustellen.

### Gesamtbewertung

Bedingt durch die oben beschriebenen Prozesse des Zuzugs neuer Bevölkerungsgruppen in den Stadtteil ergeben sich deutliche Änderungen der sozialen Bedarfslage. In den nächsten Jahren wird voraussichtlich der Anteil der wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen im Stadtteil weiter zunehmen. Voraussichtlich wird sich somit auch die soziale Bedarfslage weiterhin auf stabil durchschnittlichem Niveau bewegen oder sogar weiter verbessern.

Die Stabilisierung bzw. Verbesserung der Sozialdaten im Stadtteil darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Teilgebieten des Stadtteils (Äußeres Rheingauviertel und westlich anschließendem Teilstück der Dotzheimer Straße) - hier leben momentan knapp 50 % der

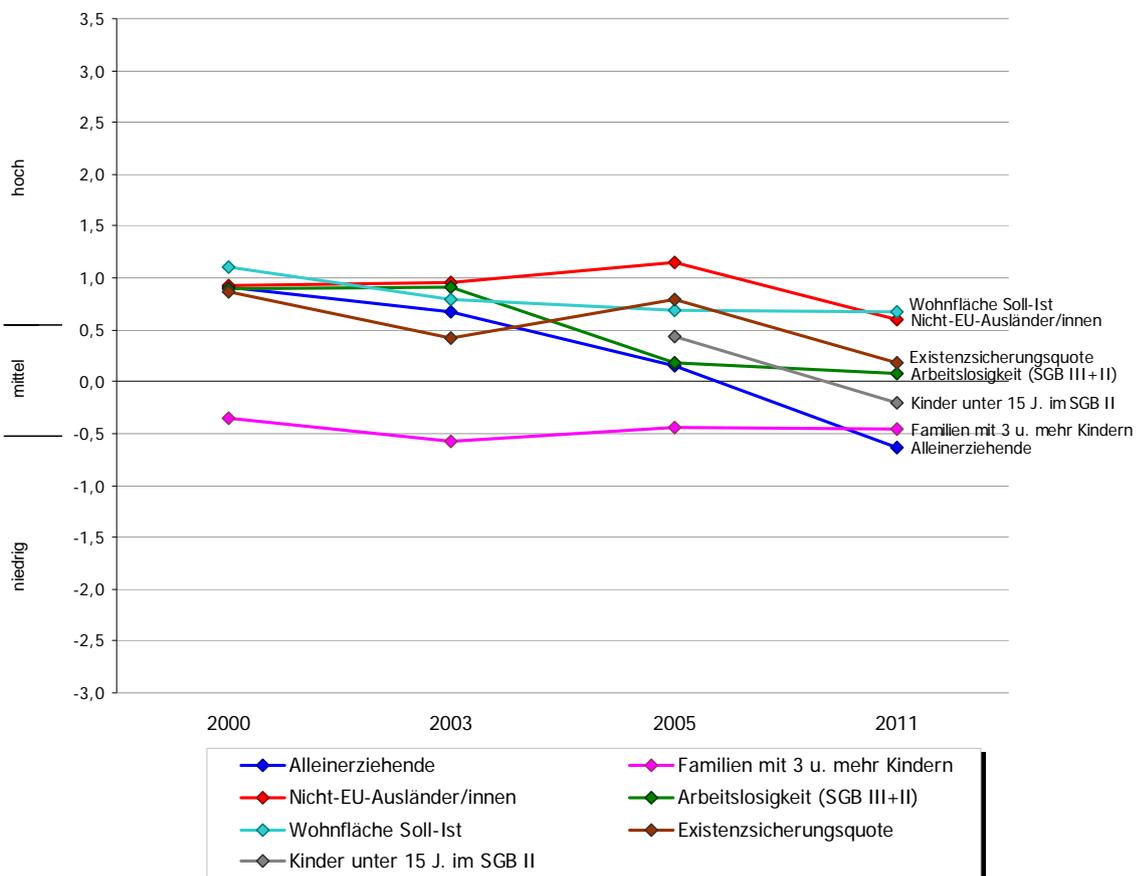
Bevölkerung des Stadtteils - in allen Indikatorenbereichen eine konstant hohe soziale Bedarfslage vorliegt.

Der Stadtteil differenziert sich somit in zwei nahezu gleich große Gebiete mit jeweils deutlich unterschiedlicher Bevölkerungsstruktur und sozialer Bedarfslage.

Insgesamt ist jedoch - vor allem bedingt durch den Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen - eine Aufwertungstendenz festzustellen. Alle Indikatoren weisen wesentlich günstigere Werte als die Entwicklung in der Gesamtstadt auf.

Somit erfolgt eine Zuordnung bezogen des Stadtteils „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ zur Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Europaviertel, Künstlerinnenviertel

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,06</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	15,2%	0,18	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	6,0%	0,08	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	3,1%	0,42	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	4,1%	-0,43	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,31</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	60,3%	0,60	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	2,2%	0,23	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	13,8%	-0,28	15,3%
Wohngeldquote	1,5%	-0,03	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+6,2qm	0,70	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	11,8%	-0,72	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	1,9%	-0,66	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	19,8%	0,05	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	22,3%	-0,20	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	18,8%	2,34	5,1%
<b>Risikante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	20,4%	-0,64	23,9%
Quote „große Familien“	9,6%	-0,46	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	55,8%	0,91	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	70,6%	1,42	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	14,1%	0,60	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,3	-1,72	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	18,5%	1,19	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	34,6%	0,48	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	23,6%	0,48	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Dostojewskistraße, Waldstraße



## Dostojewskistraße, Waldstraße

Der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ entstand zum großen Teil im Zuge der Stadterweiterung in den Zeiten zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, sowie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Er wird dominiert von Geschosswohnungsbau mit - je nach Entstehungszeit - unterschiedlichen Standards, Wohnungsgrößen und damit verbunden unterschiedlichen Mietpreisen. Die alten Wohngebiete in der nördlichen Waldstraße und westlich der Teutonenstraße liegen hierbei im niedrigeren Preissegment, während die neueren Wohngebiete („Brömersiedlung“, Gebiete südöstlich der Holsteinstraße) durch entweder Eigentumswohnformen oder eher hochpreisige Mietwohnungen geprägt sind.

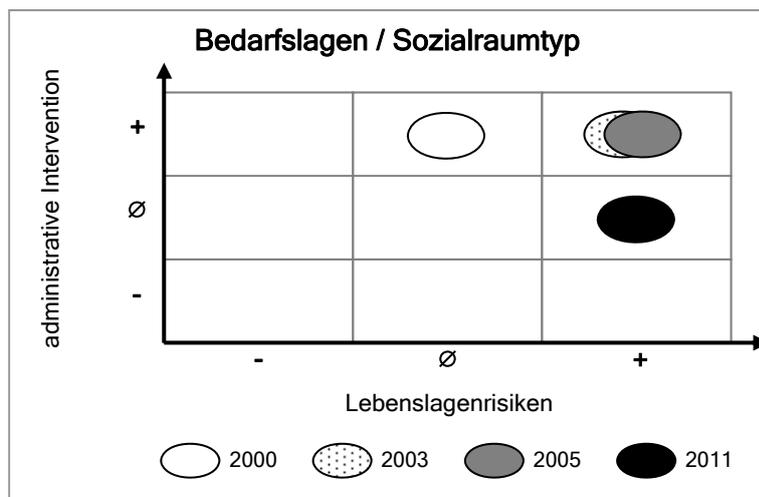
Entlang der unteren Waldstraße liegen zahlreiche kleinere Einzelhandels- bzw. Handwerksbetriebe. In dem Bereich rund um die Dostojewskistraße ist das so genannte Behördenzentrum angesiedelt.

Der Stadtteil verfügt über ein gut entwickeltes Vereinsleben und eine hohe Identifikation insbesondere der alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Wohngebiet („Waldsträßler“).

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ wies 2005 ein hohes Ausmaß an administrativer Intervention auf. Bedingt durch die Erweiterung des Indikatorensets - um den Indikator „Anteil an Sozialbauwohnungen“ - der in diesem Stadtteil bei 0% liegt - erfolgte 2011 eine Zuordnung zur Kategorie der mittleren sozialen Bedarfslagen bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention

Das Lebenslagenrisiko lag 2005 und auch 2011 jeweils im Bereich der hohen Bedarfslagen. Seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung schwanken die Werte in einzelnen Indikatorengruppen im Grenzbereich zwischen mittleren und hohen Bedarfslagen. Die Schwankungen in der Zuordnung des Stadtteils ergeben sich aus einer mal mehr, mal weniger stark ausgeprägten Problemlage - im Vergleich zur Gesamtstadt und im Vergleich der Stadtteile untereinander - erklären sich aber auch aus dem jeweils verwendeten Indikatorenset.



Insgesamt zählt der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ konstant zur Kategorie der Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ auf Rang 11 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	4.765	4.936	+171	+3,6%
Haushalte	2.728	2.831	+103	+3,8%
Wohnungen	2.711	2.730	+19	+0,7%
Mobilitätsziffer	26,5%	26,5%	-	+/-0%

Einwohnerzahl und Haushalte haben leicht zugenommen, während die Zahl der Wohnungen annähernd gleich blieb.

### Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	18,6%	20,4%	+9,7	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	34,3%	35,8%	+4,5	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	10,7%	9,6%	-10,3	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	14,2%	12,1%	-14,5	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	32,4%	38,8%	+19,7	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	7,0%	9,7%	+40,0	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+4,8qm	+3,6qm	-1,7	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen war sowohl 2005 als auch 2011 hoch und liegt deutlich über dem Wiesbadener Durchschnitt. Konträr zur gesamtstädtischen Entwicklung ist die Existenzsicherungsquote gestiegen. Die Kinderarmutsquote ist etwas geringer als in der Gesamtstadt gestiegen.

Bezogen auf die Entwicklung des Anteils der Arbeitslosen im SGB II und III an der erwerbsfähigen Bevölkerung, der deutlich schwächer als im städtischen Durchschnitt gesunken ist, hat sich im Vergleich der Stadtteile untereinander die Belastungslage deutlich verschärft. Sowohl 2005 als auch 2011 liegt in diesem Indikator eine hohe Bedarfslage vor.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist - wie auch in der gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gesunken und liegt nach wie vor im mittleren Bedarfslagebereich.

Bezogen auf die riskanten Familienformen haben sich zwischen 2005 und 2010 deutliche Veränderungen ergeben. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hat sich deutlich erhöht und dem städtischen Durchschnitt angenähert. Bezogen auf diesen Indikator ist somit eine Entwicklung von einer niedrigen Problembelastung zur durchschnittlichen Ausprägung festzustellen.

Der Anteil und die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte (+ 48 Familien!) sind stark angestiegen. Die auch in 2005 schon sehr hohe Bedarfslage hat sich weiter verschärft; es wird nun der höchste Wert stadtweit erreicht.

Die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum hat sich zwischen 2005 und 2011 weiter verschlechtert und verbleibt auf hohem Bedarfslageniveau.

### **Gesamtbewertung**

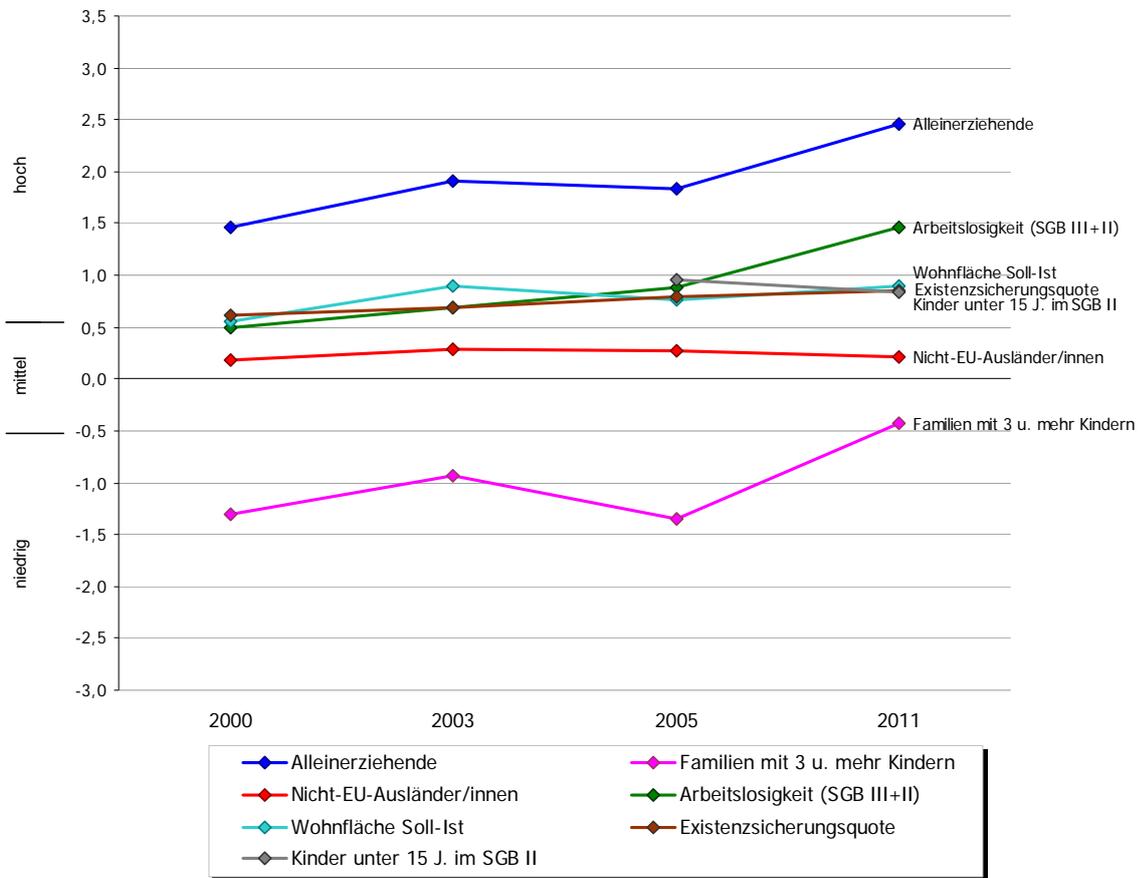
Insgesamt liegt der Stadtteil im Bereich der hohen sozialen Bedarfslage.

Die soziale Problem- und Belastungslage ist in den Wohngebieten der nördlichen Waldstraße und des Gebietes westlich der Teutonenstraße nochmals schärfer ausgeprägt als im Durchschnitt des Stadtteils.

Anhand der zur Messung der Belastungen im Zeitverlauf verwendeten Indikatoren, lässt sich zwischen 2005 und 2011 eine deutliche Verschärfung der Problemlagen feststellen.

Aufgrund dieser Entwicklungen erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Dostojewskistraße, Waldstraße

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,34</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	20,4%	0,85	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	9,6%	1,46	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,4%	-0,14	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,0%	-0,79	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,58</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	55,7%	0,21	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	2,6	0,32	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	21,4%	0,75	15,3%
Wohngeldquote	1,4%	-0,14	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+3,6qm	0,91	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	29,4%	1,19	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	7,4%	0,81	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	17,4%	-0,29	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	35,8%	0,84	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	10,0%	0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	38,8%	2,45	23,9%
Quote „große Familien“	9,7%	-0,43	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	55,9%	0,92	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	65,2%	0,86	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	12,1%	0,21	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,1	0,09	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	18,5%	1,19	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	33,2%	0,30	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	19,3%	-0,04	18,4%

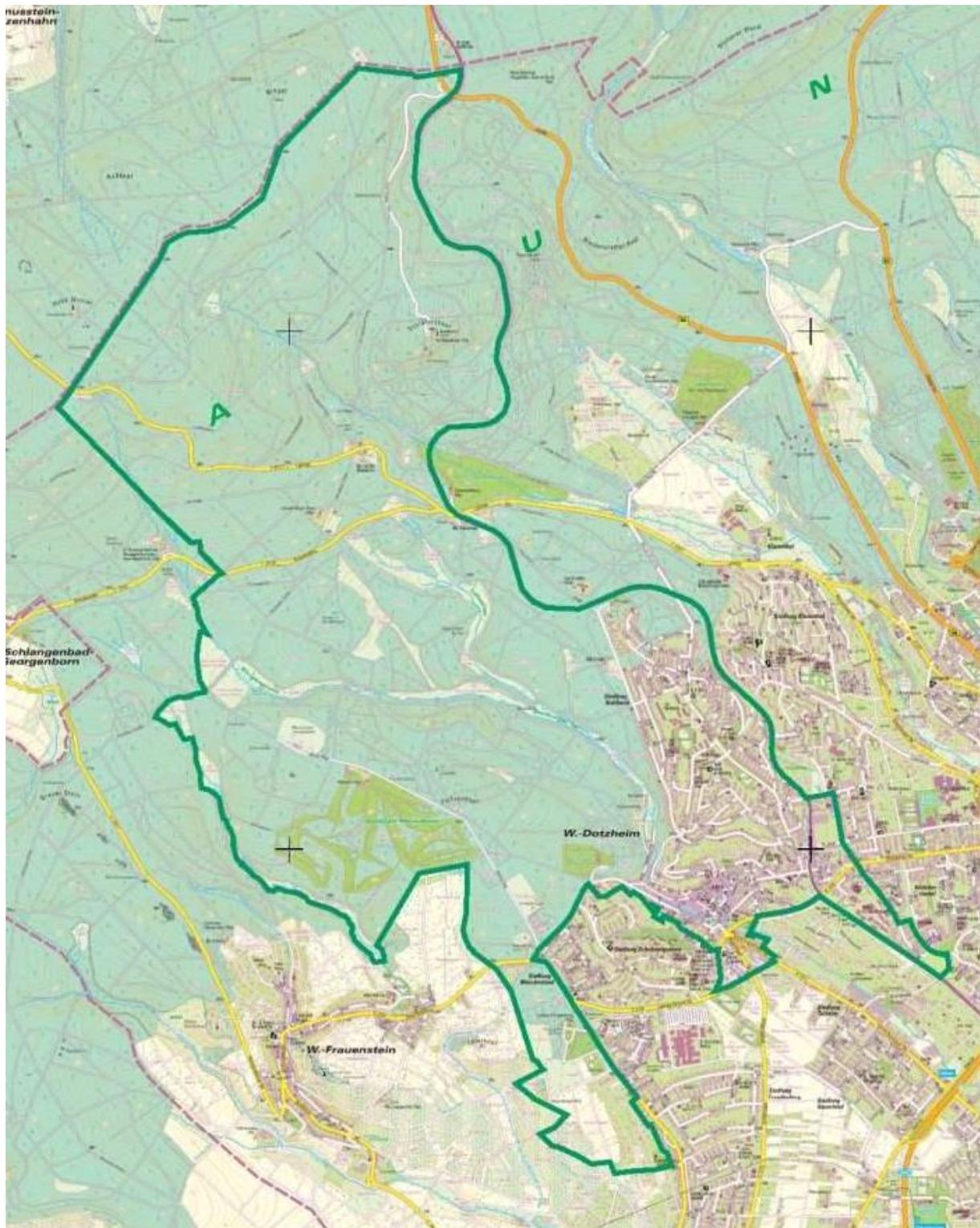
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Dotzheim-alt, Kohlheck



## Dotzheim-alt, Kohlheck<sup>51</sup>

Der Stadtteil „Dotzheim-alt, Kohlheck“ besteht aus dem alten Dorfkern Dotzheims, der bereits 1928 eingemeindet wurde sowie die den Ortskern umgebenden Nachverdichtungsgebiete. Im Ortskern dominiert teils noch dörflich geprägter Altbaubestand, teilweise im Besitz von alteingesessenen Familien. Einige neuere kleinere Wohngebiete mit überwiegend Eigentumswohnformen sind rund um den alten Kern entstanden.

Das Kohlheck entstand in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als Siedlungsgebiet mit überwiegend Einfamilienhäusern für Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten und Dotzheimer Familien. Es hat sich seitdem ständig vergrößert und zählt heute zu einer begehrten Wiesbadener Wohnlage.

Sowohl in Dotzheim als auch im Kohlheck finden sich kleinere Gewerbebetriebe aus dem handwerklichen Bereich und Einzelhandel zur Deckung des täglichen Bedarfs.

Die Gebiete um die Holzstraße sind geprägt durch kleinere und mittelständische Betriebe.

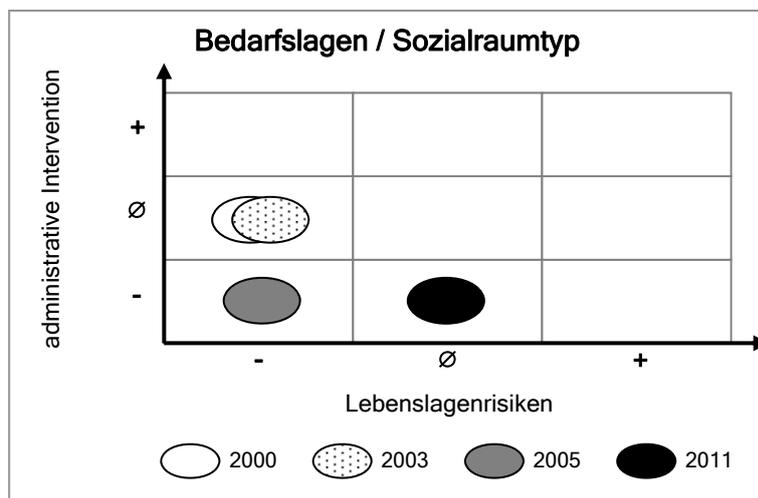
### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Im Jahr 2005 war sowohl der Anteil an riskanten Lebenslagen als auch das Ausmaß der administrativen Intervention unterdurchschnittlich und somit erfolgte die Klassifizierung als Stadtteil mit niedriger sozialer Bedarfslage.

2011 zählt „Dotzheim-alt, Kohlheck“ zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage. Das Ausmaß der riskanten Lebenslagen liegt im durchschnittlichen Bereich - wenn auch bei der überwiegenden Zahl der Indikatoren relativ knapp unter der Grenze zum Bereich der niedrigen Bedarfslage - sodass aber insgesamt ein mittleres Ausmaß an riskanten Lebenslagen festzustellen ist.

Das Ausmaß an administrativer Intervention ist nach wie vor niedrig.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Dotzheim-alt, Kohlheck“ auf Rang 22 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



<sup>51</sup> In der Vergangenheit hieß der Stadtteil „Dotzheim-alt, Kohlheck, Holzstraße“; da nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung im Bereich Holzstraße lebt, wurde aus Gründen der Sprachvereinfachung auf die Bezeichnung Holzstraße verzichtet.

## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	11.183	11.702	+519	+4,6%
Haushalte	5.506	5.739	+233	+4,2%
Wohnungen	5.470	5.711	+241	+4,4%
Mobilitätsziffer	19,1%	20,9%	-	+9,4%

Der Anstieg der Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungszahl ist auf den Bezug einiger kleinerer Nachverdichtungsgebiete (z. B. Sporkhorststraße, Sandbornstraße) zurückzuführen. Bei den dort realisierten Wohneinheiten handelt es sich vorwiegend um Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Weitere Nachverdichtungsmaßnahmen sind bereits projektiert, sodass die Bevölkerungszahl im Stadtteil weiter ansteigen wird.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	7,8%	9,4%	+20,4%	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	13,1%	15,6%	+19,8%	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	6,4%	4,1%	-35,9%	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	6,8%	7,4%	+8,3	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	20,9%	22,8%	+9,2	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	8,6%	9,5%	+10,8	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+15,5qm	+17,1qm	+2,1	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungs- und Kinderarmutsquote sind zwar beide zwischen 2005 und 2011 angestiegen, liegen aber immer noch deutlich unter dem städtischen Durchschnitt und sind als „niedrig“ zu klassifizieren. Die Kinderarmutsquote ist stärker als in der Gesamtstadt gestiegen; die Existenzsicherungsquote ist sogar konträr zur gesamtstädtischen Entwicklung gestiegen.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeitsquote zwischen 2005 und 2011 ist stärker als in der gesamtstädtischen Entwicklung gesunken und liegt 2011 ebenfalls im Bereich der niedrigen Bedarfslage, während sie 2005 noch zur Kategorie „mittel“ zählte.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gestiegen, liegt aber immer noch im deutlich unterdurchschnittlichen Bereich.

Die Zahl und der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte sind zwischen 2005 und 2011 gestiegen, entsprechen aber im Vergleich der Stadtteile untereinander und der Gesamtstadt durchschnittlichen Werten.

Ebenso sind Zahl und Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern gestiegen, haben sich dem städtischen Durchschnitt angenähert und liegen nun im mittleren Bereich.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum hat sich zwischen 2005 und 2011 leicht verbessert und ist im durchschnittlichen Maße gewährleistet.

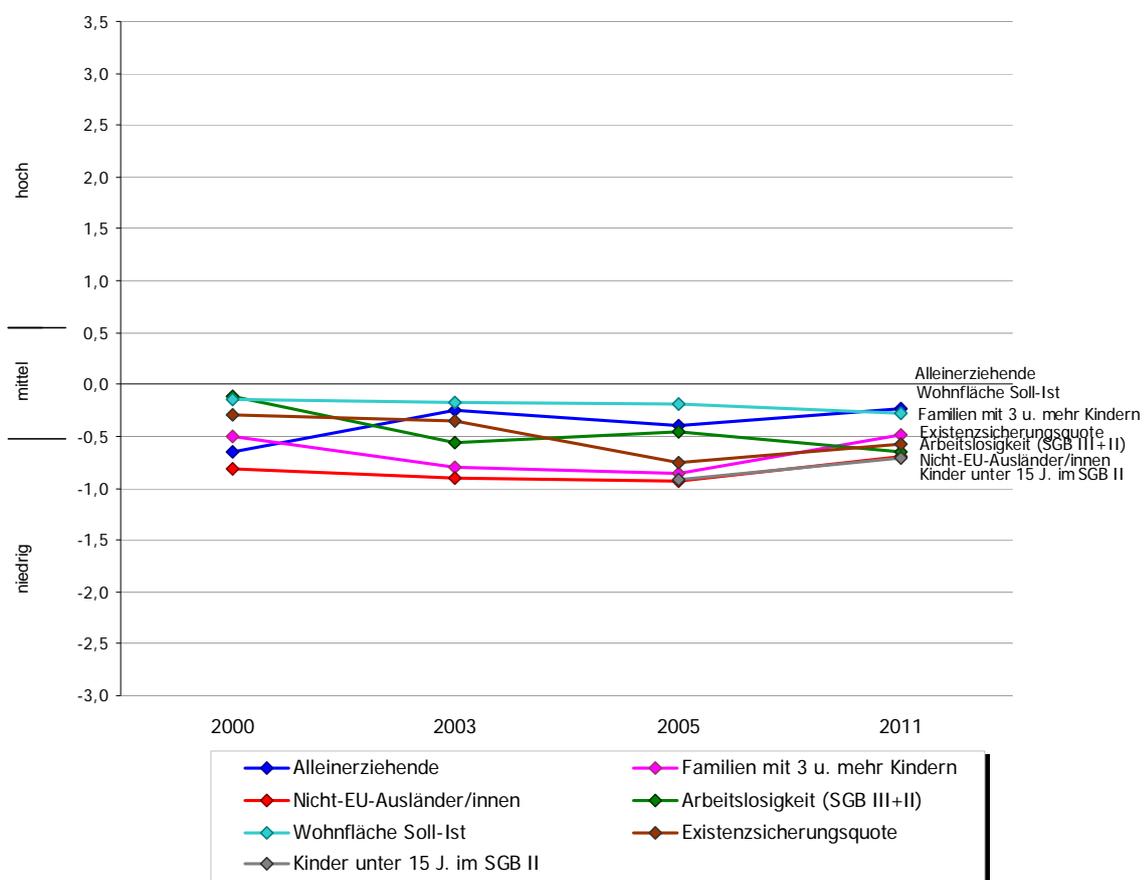
## Gesamtbewertung

Der Stadtteil „Dotzheim alt, Kohlheck“ schwankt seit Beginn der Wiesbadener Sozialraumbeobachtung und -typisierung zwischen der Zuordnung zur mittleren bzw. niedrigen Bedarfslagenkategorie.

Die Entwicklung der Bedarfslage wird sich voraussichtlich weiterhin im niedrigen bzw. mittleren Bereich bewegen.

Da sich im Beobachtungszeitraum keine erheblichen Veränderungen ergeben haben, erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Dotzheim-alt, Kohlheck

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,56</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	9,4%	-0,57	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	4,1%	-0,65	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,0%	-0,46	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	2,7%	-0,56	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,31</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	52,6%	-0,05	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,7%	-0,49	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	11,8%	-0,56	15,3%
Wohngeldquote	1,3%	-0,24	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+17,1qm	-0,22	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	13,8%	-0,50	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	7,8%	0,92	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	18,3%	-0,16	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	15,6%	-0,71	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	3,9%	-0,19	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	22,8%	-0,24	23,9%
Quote „große Familien“	9,5%	-0,49	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	44,9%	-0,18	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	56,2%	-0,09	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	7,4%	-0,69	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,0	-0,13	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	11,1%	-0,13	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	27,3%	-0,48	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	11,9%	-0,94	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

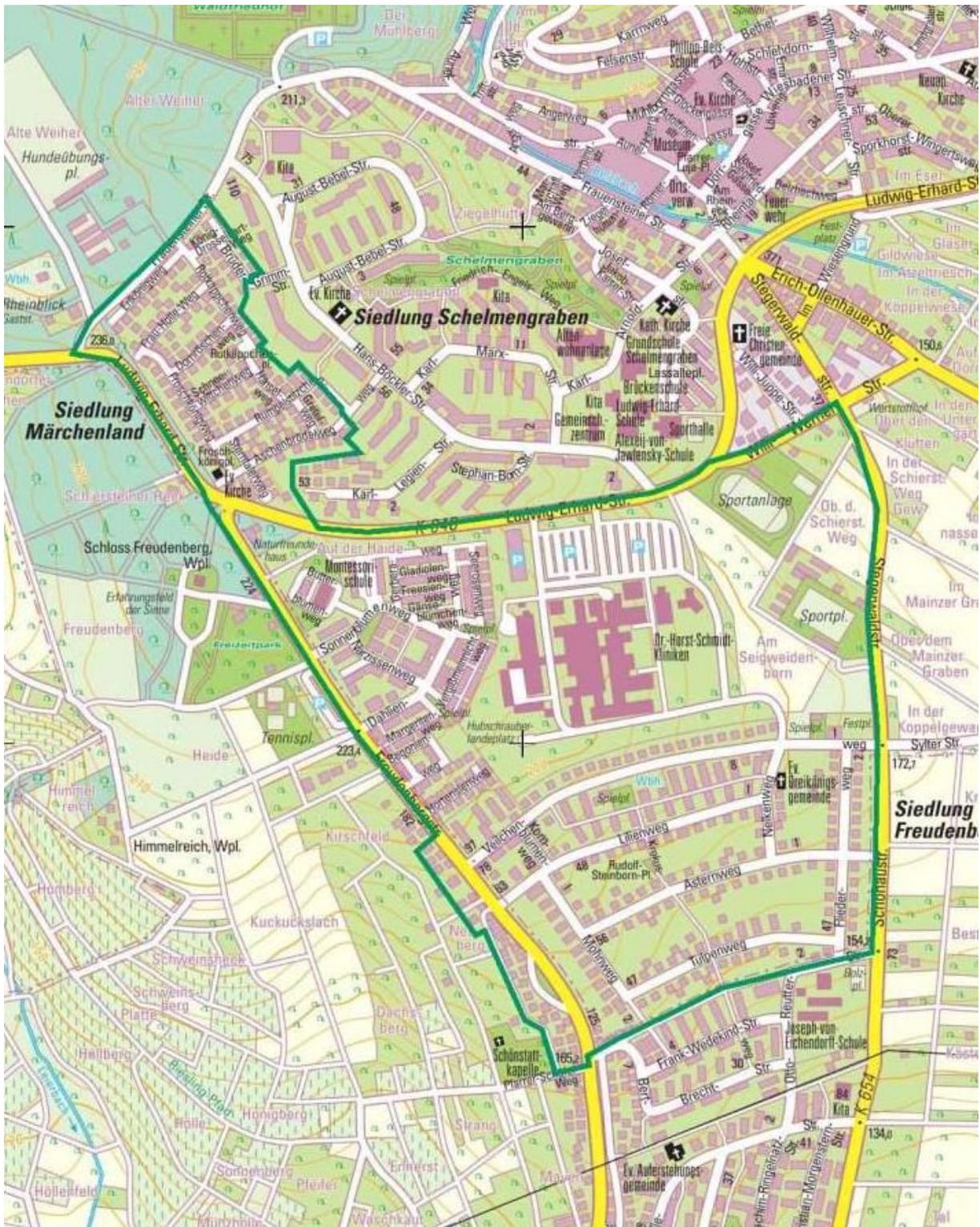
Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist<sup>52</sup>:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>52</sup> Bei Werten +/- 0,5 richtet sich die Zuordnung in die Bedarfslagenkategorien nach der dritten Nachkommastelle

# Siedlungen Dotzheim



## Siedlungen Dotzheim

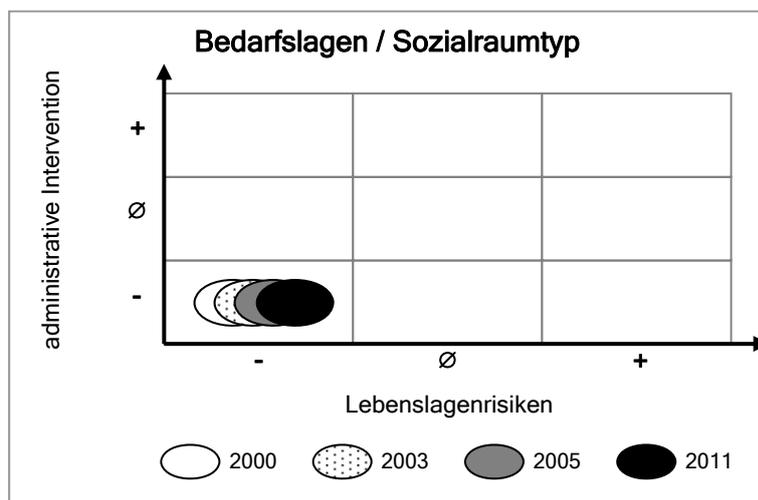
Der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ umfasst die in den 1930er Jahren entstandenen Siedlungen Märchenland und einen Teil der Siedlung Freudenberg. Diese Wohngebiete sind durch kleinere Einfamilienhäuser- die im Laufe der Jahre stetig erweitert wurden und auf Gartengrundstücken liegen - geprägt.

Auf dem Kasernengelände „Camp Pieri“ entstand Ende der 1990er / Anfang der 2000er Jahre das Wohngebiet „Auf der Heide“ mit überwiegend Eigentumswohnformen (Reihenhäuser, Eigentumswohnungen). Auch die Siedlungen Dotzheim zählen zu den von mittleren bis gehobenen Bevölkerungsgruppen bevorzugten Wohnlagen.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ zählt konstant zu den Stadtteilen mit einer niedrigen sozialen Bedarfslage. Sowohl das Ausmaß an administrativer Intervention als auch der Anteil an riskanten Lebenslagen sind konstant niedrig.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ auf Rang 29 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	3.900	4.045	+145	+3,7%
Haushalte	1.671	1.813	+142	+8,5%
Wohnungen	1.729	1.825	+96	+5,6%
Mobilitätsziffer	16,5%	20,1%	-	+21,8%

Es sind leichte Steigerungen der Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungszahl zu verzeichnen.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	3,4%	4,4%	+29,0	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	7,3%	9,7%	+32,9	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	3,2%	2,7%	-15,6	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	5,7%	5,2%	-8,7	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	14,0%	16,6%	+18,2	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	11,5%	8,4%	-26,9	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+28,9qm	+28,2qm	-0,05	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungs- und die Kinderarmutsquote sind zwischen 2005 und 2011 zwar gestiegen, liegen jedoch nach wie vor erheblich unter dem städtischen Durchschnitt. Der erhebliche prozentuale Anstieg erklärt sich durch eine geringe Steigerung der Anteile der betroffenen Bevölkerung ausgehend von extrem niedrigen Werten in 2005. Er kann nicht als Indiz für eine Verschlechterung der sozialen Bedarfslage gewertet werden.

Die Arbeitslosigkeitsquote ist leicht gesunken und liegt nach wie vor deutlich unter dem Wiesbadener Durchschnitt.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander zählt der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ zu den Stadtteilen mit den niedrigsten Belastungen stadtweit im Bereich der administrativen Intervention.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit lag sowohl 2005 als auch 2011 deutlich unter dem städtischen Durchschnitt und ist nahezu konstant geblieben.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern ist leicht gestiegen, der Wert liegt aber immer noch erheblich unter dem städtischen Durchschnitt und ist im Vergleich der Stadtteile untereinander als sehr niedrig einzustufen.

Zwischen 2005 und 2011 nahmen Anzahl (-17 Familien) und Anteil an Familien mit drei und mehr Kindern deutlich ab. 2005 lag der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ bezogen auf diesen Indikator noch im mittleren Bedarfslagebereich, 2011 liegt er im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

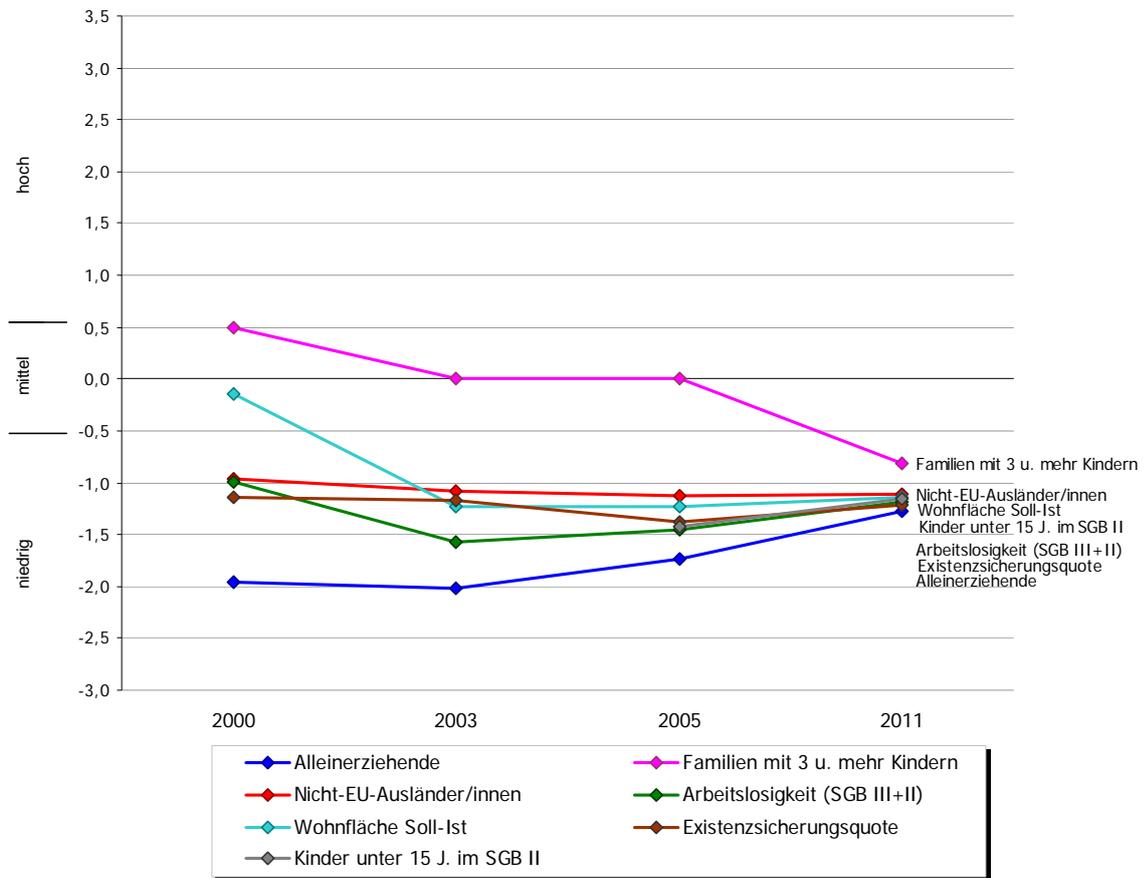
Die statistisch pro Haushalt zur Verfügung stehende Wohnfläche hat zwischen 2005 und 2011 zwar etwas abgenommen, liegt aber nach wie vor deutlich über dem Stadtdurchschnitt.

### Gesamtbewertung:

Der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ weist ein stabil niedriges Ausmaß an administrativer Intervention und riskanten Lebenslagen und somit geringe soziale Bedarfslagen auf.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Siedlungen Dotzheim

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,78</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	4,4%	-1,21	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	2,7%	-1,18	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,2%	-0,30	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	4,2%	-0,42	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,88</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	52,9%	-0,03	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,8%	-1,21	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	7,5%	1,14	15,3%
Wohngeldquote	0,6	-0,98	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+28,2qm	-1,06	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	11,8%	-0,72	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	0,0%	-1,16	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	21,5%	0,28	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	9,7%	-1,16	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	16,6%	-1,27	23,9%
Quote „große Familien“	8,4%	-0,81	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	27,7%	-1,89	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	50,5%	-0,69	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	5,2%	-1,11	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,3	-1,72	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	13,5%	0,30	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	23,9%	-0,92	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	16,0%	-0,44	18,4%

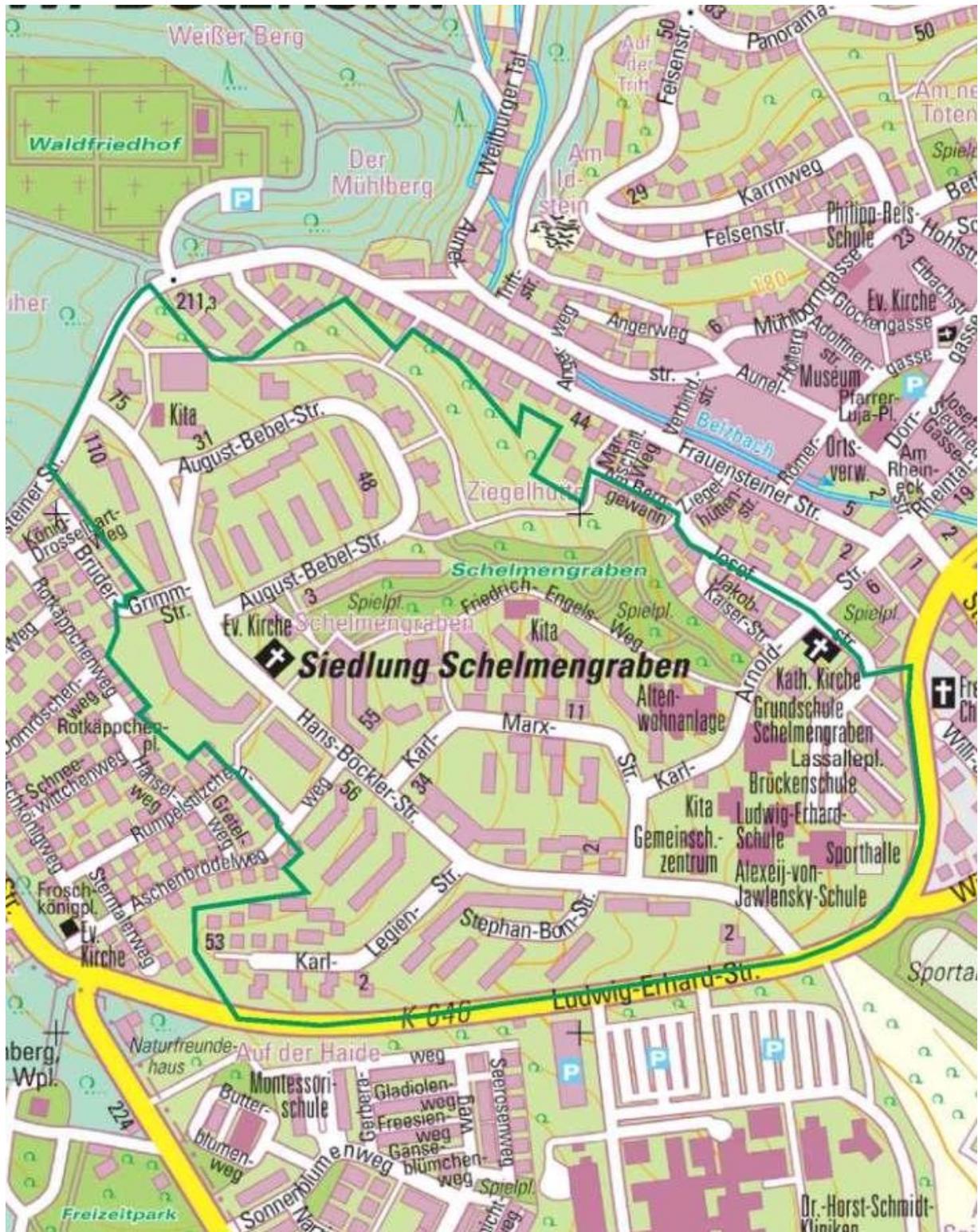
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Schelmengraben



## Schelmengraben

Der Stadtteil „Schelmengraben“ entstand in den 1960er und 1970er Jahren nach Plänen von Ernst May auf Grundlage seines Konzepts für ein Neues Wiesbaden.

Die Großsiedlung der zweiten Generation des sozialen Wohnungsbaus wurde angrenzend an den alten Ortskern von Dotzheim - aber mit unzureichenden Wegebeziehungen - auf „der grünen Wiese“ errichtet.

Die Baustruktur ist geprägt durch mehrgeschossige Riegelbebauungen sowie fünf Punkthochhäuser. In der Gestaltung wirkt die Bauweise sehr monoton und ähnelt dem Typus „Platte-West“.

Der bei weitem größte Teil der Wohnungen wurde als sozialer Wohnungsbau errichtet. Es existieren nur sehr wenige Eigentumswohnformen (einige Reihenhäuser und wenige Gebäude mit Eigentumswohnungen).

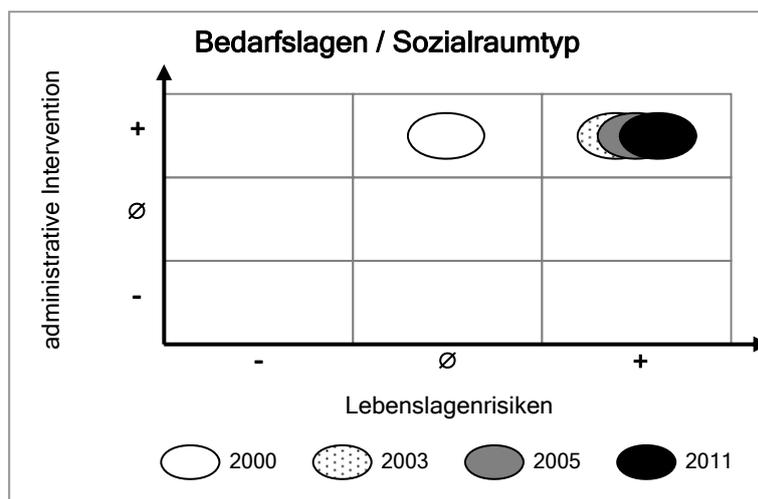
Im Einkaufszentrum - in der Mitte der Siedlung gelegen - sind einige Einzelhandelsgeschäfte vorhanden, jedoch können etliche Gewerberäume nicht kontinuierlich belegt werden.

Die Ausstattung mit sozialen Infrastruktureinrichtungen ist hingegen gut. Seit 2012 ist der Stadtteil Standort des Programms „Soziale Stadt*plus*-Schelmengraben“.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der „Schelmengraben“ ist ein Stadtteil mit konstant sehr hohen Anteilen an riskanten Lebenslagen und einem sehr hohen Ausmaß an administrativer Intervention. Sowohl 2005 als auch 2011 ist der Schelmengraben der Stadtteil mit der höchsten sozialen Bedarfslage in Wiesbaden.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Schelmengraben“ auf Rang 1 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	6.114	6.049	-65	-1,1%
Haushalte	2.732	2.743	+11	+0,4%
Wohnungen	2.583	2.586	+3	+0,1%
Mobilitätsziffer	21,7%	18,5%	-	-14,7%

Auffallend ist der nicht unerhebliche Rückgang der ohnehin schon geringen Mobilitätsziffer. Dies kann zum einen ein Hinweis auf eine hohe Zufriedenheit mit der Wohnsituation sein, zum anderen aber auch ein Hinweis auf mangelnde Möglichkeiten der Veränderung (Umzug in andere Wohngebiete).

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	30,9%	32,5%	+5,4	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	47,7%	47,0%	-1,4	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	14,4%	11,1%	-22,9	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	18,0%	18,6%	+3,1	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	19,9%	25,1%	+26,4	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	19,9%	21,8%	+9,6	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	-0,6qm	-0,3qm	+0,5	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist - entgegen der Entwicklung in der Gesamtstadt - von einem sehr hohen Wert im Jahr 2005 nochmals angestiegen und liegt nach wie vor erheblich über dem Stadtdurchschnitt. In diesem Indikator wird der höchste Wert stadtweit erreicht.

Die Kinderarmutsquote ist - gegenläufig zur Entwicklung in der Gesamtstadt - marginal gesunken. Sie liegt aber nach wie vor erheblich über dem städtischen Durchschnitt, nahezu jedes zweite Kind ist von Armut betroffen. Dies bedeutet aber nicht, dass nun weniger Kinder von Armut betroffen sind, denn die absolute Zahl der Kinder, die in SGB II-Haushalten leben ist seit 2005 angestiegen.

Wie auch in der Gesamtstadt ist die Arbeitslosigkeitsquote im Schelmengraben gesunken, gleichwohl verbleibt sie auf extrem hohem Niveau und liegt erheblich über dem städtischen Durchschnitt.

Alle drei Indikatoren weisen sowohl 2005 als auch 2011 deutlich überdurchschnittliche Werte auf und zeigen eine erhebliche Distanz zu den Werten der anderen Stadtteile. Der Schelmengraben zeigt, wie auch das Innere Westend, deutliche Tendenzen des „Abhängens“ von der gesamtstädtischen Entwicklung.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Schelmengraben ist ein Stadtteil mit einem sehr hohen Ausmaß an riskanten Lebenslagen. Zwischen 2005 und 2011 haben sich die bereits 2005 sehr hohen Problemlagen nochmals erheblich verschärft.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist - entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung - leicht angestiegen. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und

zur Entwicklung der Gesamtstadt hat sich der Schelmengraben noch weiter vom Durchschnitt entfernt.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern, der bereits 2005 der höchste Wert stadtweit war, ist weiter angestiegen. Der Abstand zum Durchschnitt der Gesamtstadt ist nochmals erheblich gestiegen.

Lag 2005 der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte noch unter dem städtischen Durchschnitt und im niedrigen Bedarfslagenbereich, hat sich die Zahl und der Anteil dieses Familientyps deutlich erhöht und liegt nun knapp über dem städtischen Durchschnitt im Bereich der mittleren Bedarfslage. Die Entwicklung dieses Indikators sollte in den nächsten Jahren aufmerksam verfolgt werden.

Hinsichtlich der ausreichenden Versorgung mit Wohnraum liegt der Stadtteil „Schelmengraben“ deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts. Gegenüber 2005 erfolgte eine leichte Verschlechterung der Wohnraumsituation.

### **Gesamtbewertung**

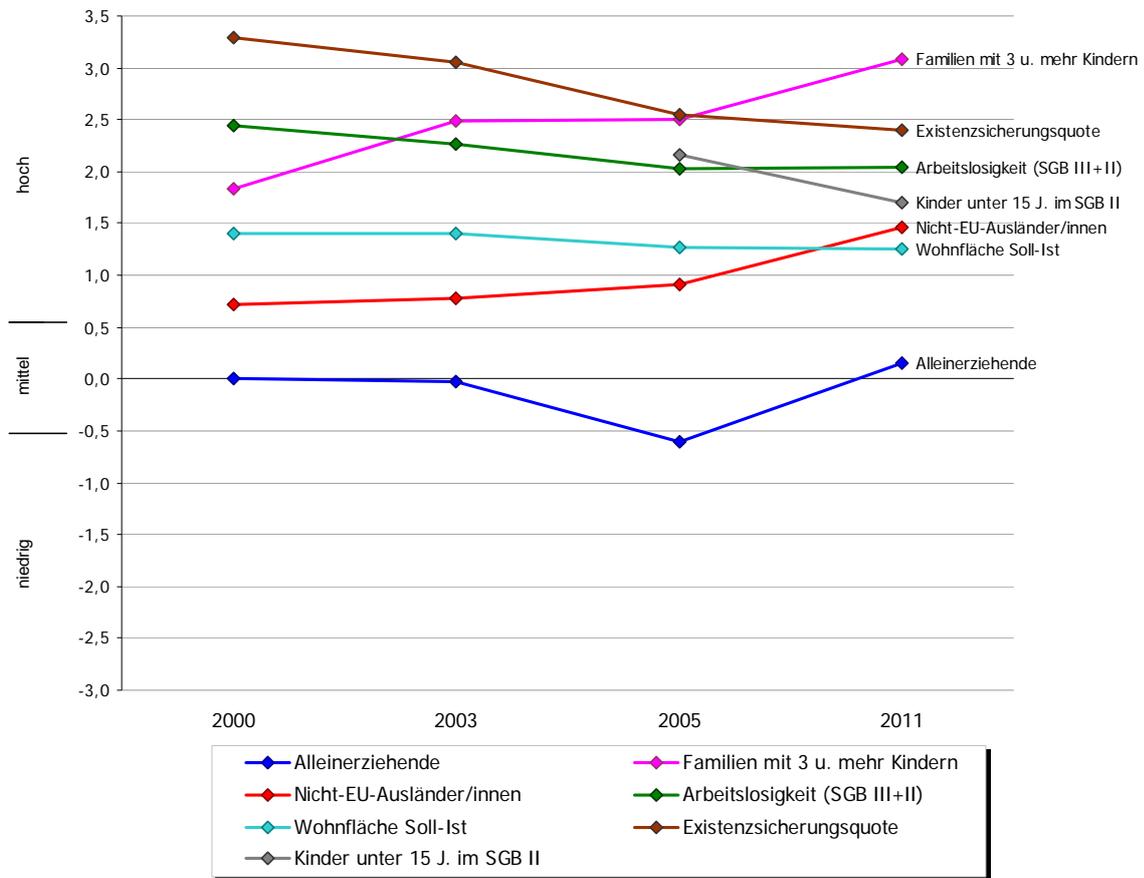
Der Schelmengraben ist konstant ein Stadtteil mit sehr hoher sozialer Bedarfslage. Bis auf wenige Ausnahmen weist er in allen zur Sozialraumtypisierung verwendeten Belastungsindikatoren hohe und sehr hohe Belastungswerte auf. Sehr häufig sind dies die höchsten Werte der Gesamtstadt.

Insgesamt ist der Schelmengraben der Stadtteil Wiesbadens mit der höchsten sozialen Bedarfslage.

Die Problemlagen, bereits 2005 auf sehr hohem Stand, haben sich insbesondere in der Kategorie der riskanten Lebenslagen im Zeitverlauf weiter verschärft. Der Schelmengraben hat sich weiter vom städtischen Durchschnitt entfernt. Der Segregationsprozess hat sich weiter fortgesetzt.

Diese Entwicklung muss - wie bisher schon geschehen - aufmerksam beobachtet und geeignete Maßnahmen der sozialen Kommunalpolitik und Sozialverwaltung platziert werden. Aufgrund dieser Entwicklungen erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Schelmengraben

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>1,55</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	32,5%	2,40	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	11,1%	2,04	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	3,1%	0,42	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	24,2%	1,33	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>1,51</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	69,9%	1,41	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	5,4%	3,03	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	18,7%	0,38	15,3%
Wohngeldquote	4,6%	3,22	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	-0,3qm	1,26	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	35,9%	1,9	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	15,7%	3,02	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	25,3%	0,80	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	47%	1,70	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	13,5%	1,44	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	25,1%	0,15	23,9%
Quote „große Familien“	21,8%	3,08	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	55,6%	0,89	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	56,1%	-0,10	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	18,6%	1,46	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,7	1,46	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	16,3%	0,80	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	51,5%	2,70	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	24,7%	0,62	18,4%

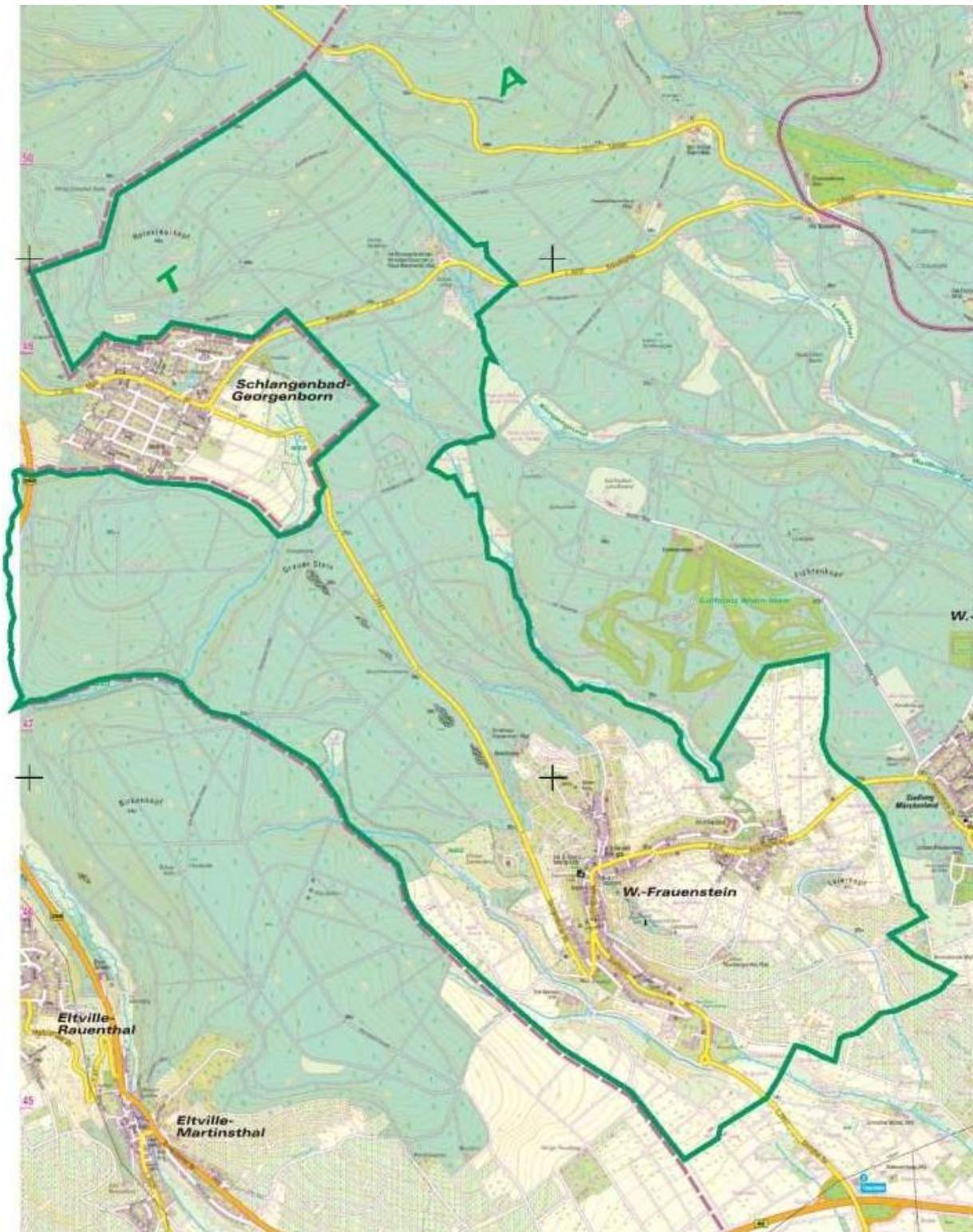
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Frauenstein



## Frauenstein

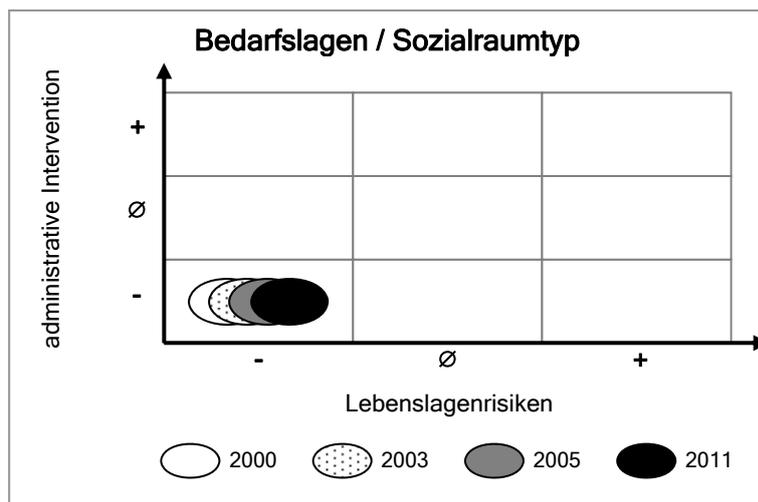
Der Stadtteil „Frauenstein“ wurde bereits 1928 nach Wiesbaden eingemeindet. Den Charakter eines wohlhabenden Dorfes konnte sich der Stadtteil, der bereits zum Weinbaugebiet Rheingau zählt, erhalten. Der Stadtteil ist geprägt durch Obst- und Weinbaubetriebe und touristische Infrastruktur.

Das Erscheinungsbild ist geprägt durch den ursprünglichen Dorfkern mit entsprechender Wohnbebauung, sowie den kleineren Dorferweiterungsgebieten mit überwiegend gehobener Einfamilienhausbebauung.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das Ausmaß der administrativen Intervention und auch der riskanten Lebenslagen war 2005 und auch 2011 sehr niedrig. Frauenstein wies und weist die niedrigsten Belastungswerte aller Stadtteile auf.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Frauenstein“ auf Rang 34 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	2.367	2.355	-12	-0,5%
Haushalte	1.040	1.077	+37	+3,5%
Wohnungen	1.199	1.223	+24	+2,0%
Mobilitätsziffer	13,5%	13,3%	-	-1,5%

Die Werte zeigen sich sehr stabil.

### Entwicklung der zentralen Indikatoren 2005 - 2011 (Dynamikindikatoren)

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	3,1%	2,4%	-22,2	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	7%	7,1%	+1,5	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	2,9%	1,9%	-34,5	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	2,3%	2,1%	-8,0	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	14,8%	14,8%	+0,2	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	6,6%	6,1%	-8,1	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+36,7qm	+37,3qm	+1,2	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

#### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Bezogen auf die zur Messung der administrativen Intervention verwendeten Indikatoren haben sich bezogen auf den Anteil der jeweils betroffenen Bevölkerung nur äußerst geringe Veränderungen zwischen 2005 und 2011 ergeben. Auffallend ist jedoch, dass die Entwicklungen in Frauenstein positiver als die gesamtstädtischen Entwicklungen ausfielen. Die Belastungswerte liegen konstant erheblich unter dem städtischen Durchschnitt und sind die stadtweit besten bzw. zweitbesten Werte.

#### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

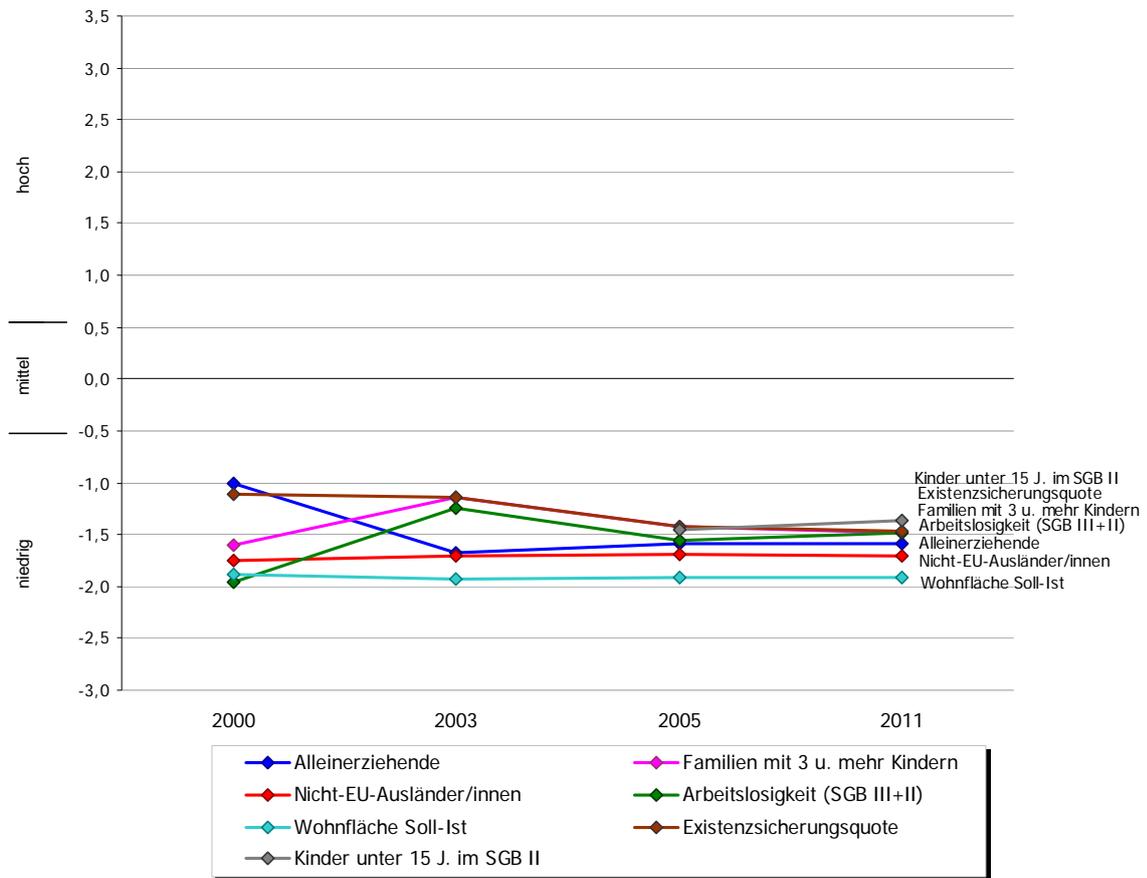
Das Ausmaß der riskanten Lebenslagen ist als sehr niedrig zu bezeichnen. Bei allen vier verwendeten Indikatoren haben sich die sehr niedrigen Werte von 2005 nahezu nicht verändert und sind auch 2011 ebenfalls als sehr niedrig einzustufen. Auch in dieser Indikatorengruppe zeigt sich die Entwicklung in Frauenstein durchweg positiver als in der Gesamtstadt.

#### Gesamtbewertung

Frauenstein ist ein Stadtteil mit stabil sehr niedriger sozialer Bedarfslage. Es besteht eine leichte Tendenz der Wohlstandssegregation, die sich in der folgenden Übersicht zur Entwicklung der Dynamikindikatoren in der Zeitreihe zeigt.

Es erfolgt eine Zuordnung zur Entwicklungs-Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Frauenstein

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-1,14</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	2,4%	-1,47	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	1,9%	-1,49	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,2%	-1,11	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,2%	-0,51	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-1,57</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	0,0%	-4,48	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,4%	-0,85	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	6,8%	-1,24	15,3%
Wohngeldquote	0,0%	-1,61	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+37,3qm	-1,80	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	0,0%	-1,99	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	0,0%	-1,16	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	15,0%	-0,60	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	7,1%	-1,36	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	14,8%	-1,58	23,9%
Quote „große Familien“	6,1%	-1,48	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	30,0%	-1,66	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	39,6%	-1,84	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	2,1%	-1,71	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,3	0,55	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	0,0%	-2,12	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	19,1%	-1,55	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	4,1%	-1,89	18,4%

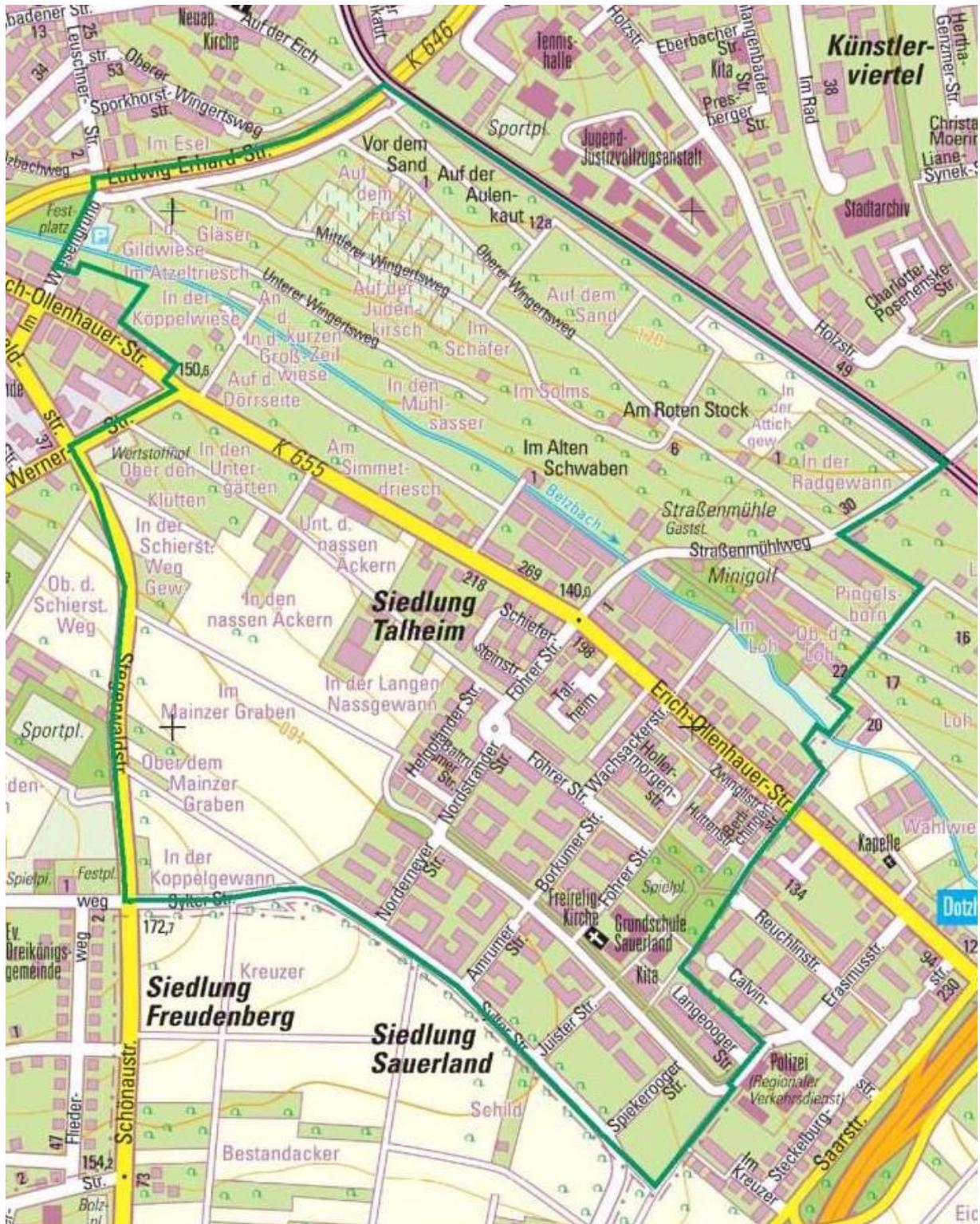
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Sauerland, Belzbachtal



## Sauerland, Belzbachtal

Der Stadtteil „Sauerland, Belzbachtal“ umfasst die in den 1990er Jahren entstandene Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus Sauerland sowie ältere Siedlungsgebiete entlang der Erich-Ollenhauer-Straße, die bereits in den 1920er und 1930er Jahren bzw. den 1960er Jahren entstanden sind.

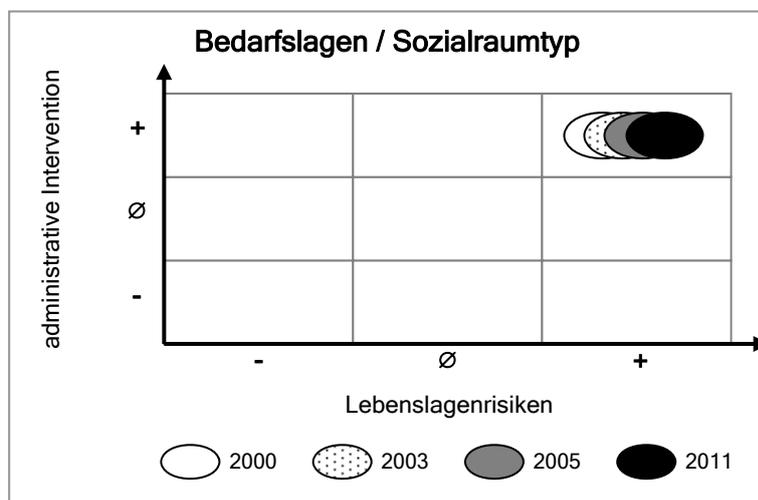
Das Sauerland ist eine Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus neueren Typs (3. Generation). Es wurde bei der Planung auf architektonisch abwechslungsreiche Gestaltung, eine ansprechende Grün- und Freiflächengestaltung mit Aufenthaltsqualitäten sowie eine soziale Durchmischung von sozialem Wohnungsbau und Eigentumswohnformen mit Reihenhäusern und Eigentumswohnungen geachtet. Bis zum heutigen Zeitpunkt entstehen neue Wohneinheiten, vor allem in Eigentumswohnformen oder Mietwohnungen im mittleren bzw. höheren Mietpreissegment.

Die älteren Teile des Stadtteils sind gekennzeichnet durch Geschosswohnungsbau mit einfachem Wohnungsbestand und kleineren Einfamilien-Siedlungshäusern.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Sauerland, Belzbachtal“ zählt 2005 und auch 2011 zu den Stadtteilen mit den höchsten sozialen Bedarfslagen. Sowohl das Ausmaß an administrativer Intervention als auch das Ausmaß der Lebenslagenrisiken sind 2005 und 2011 hoch.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Sauerland, Belzbachtal“ auf Rang 6 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	4.683	4.674	-9	-0,2%
Haushalte	1.802	1.899	+97	+5,4%
Wohnungen	1.696	1.774	+78	+4,6%
Mobilitätsziffer	17,5%	17,7%	-	-1,1%

Es ist eine leichte Zunahme der Zahl der Wohnungen und Haushalte zu verzeichnen; die Zahl der Einwohner nahm jedoch nicht zu. Somit verringert sich die Wohndichte geringfügig.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	24,6%	24,8%	+0,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	35,6%	37,4%	+5,0	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	12,1%	8,3%	-31,4	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	17%	13,5%	-20,8	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	21,3%	25,6%	+20,2	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	18,6%	16,6%	-10,9	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	-2,1qm	-0,4qm	+1,4	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote und auch die Kinderarmutsquote sind zwischen 2005 und 2011 - ausgehend von einem bereits hohen Wert - nochmals leicht angestiegen und liegen im Bereich der hohen Bedarfslage.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II und III an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist etwas stärker als in der Gesamtstadt gesunken, liegt aber nach wie vor auf hohem Niveau.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt hat sich der Stadtteil in dieser Indikatorengruppe insgesamt etwas verbessert und nicht weiter vom Durchschnitt entfernt.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Im Vergleich zu 2005 ist der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung überdurchschnittlich zurückgegangen und liegt nun im Bereich der mittleren Bedarfslage.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern ist deutlich gestiegen, liegt aber noch im Bereich der mittleren Bedarfslage. Es sollte genau beobachtet werden, ob sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzt.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist seit 2005 zwar gesunken, liegt aber nach wie vor deutlich über dem städtischen Durchschnitt.

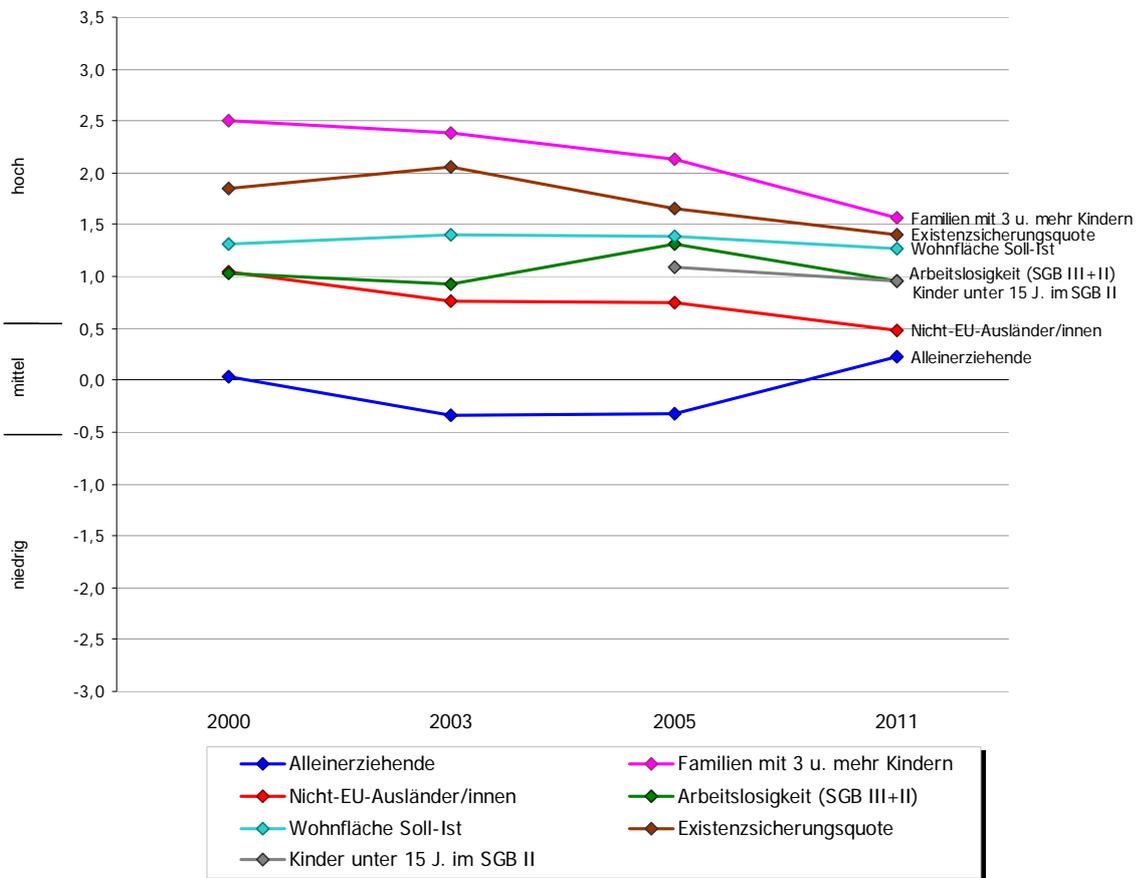
Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum gab es im Vergleich zu 2005 zwar eine leichte Verbesserung, jedoch ist auch bezogen auf diesen Indikator eine hohe Belastung festzustellen.

## Gesamtbewertung

Wenn auch bezogen auf einige Belastungsindikatoren leichte Verbesserungen - insbesondere im Ranking der Stadtteile untereinander - zu beobachten sind, liegen die Problembelastungen nach wie vor im hohen Bereich. Diese leicht positiven Entwicklungen sind jedoch noch nicht so deutlich, weiterhin nur in einigen Indikatorenbereichen festzustellen sowie insbesondere bezogen auf die Position im Ranking der Stadtteile untereinander ablesbar, so dass nicht von einer eindeutig positiven Entwicklungstendenz gesprochen werden kann.

Es erfolgt deshalb eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Sauerland, Belzbachtal

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>1,03</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	24,8%	1,41	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	8,3%	0,96	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,9%	0,26	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	26,0%	1,49	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,56</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	65,3%	1,02	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	3,6%	1,68	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	14,9%	-0,13	15,3%
Wohngeldquote	3,5%	2,07	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	-0,4qm	1,26	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	11,8%	-0,72	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	8,8%	1,18	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	22,0%	0,35	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	37,4%	0,96	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	1,5%	-0,60	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	25,6%	0,23	23,9%
Quote „große Familien“	16,6%	1,57	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	39,0%	-0,76	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	57,4%	0,03	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,5%	0,48	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,9	-0,36	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	7,5%	-0,78	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	44,3%	1,75	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	21,5%	0,23	18,4%

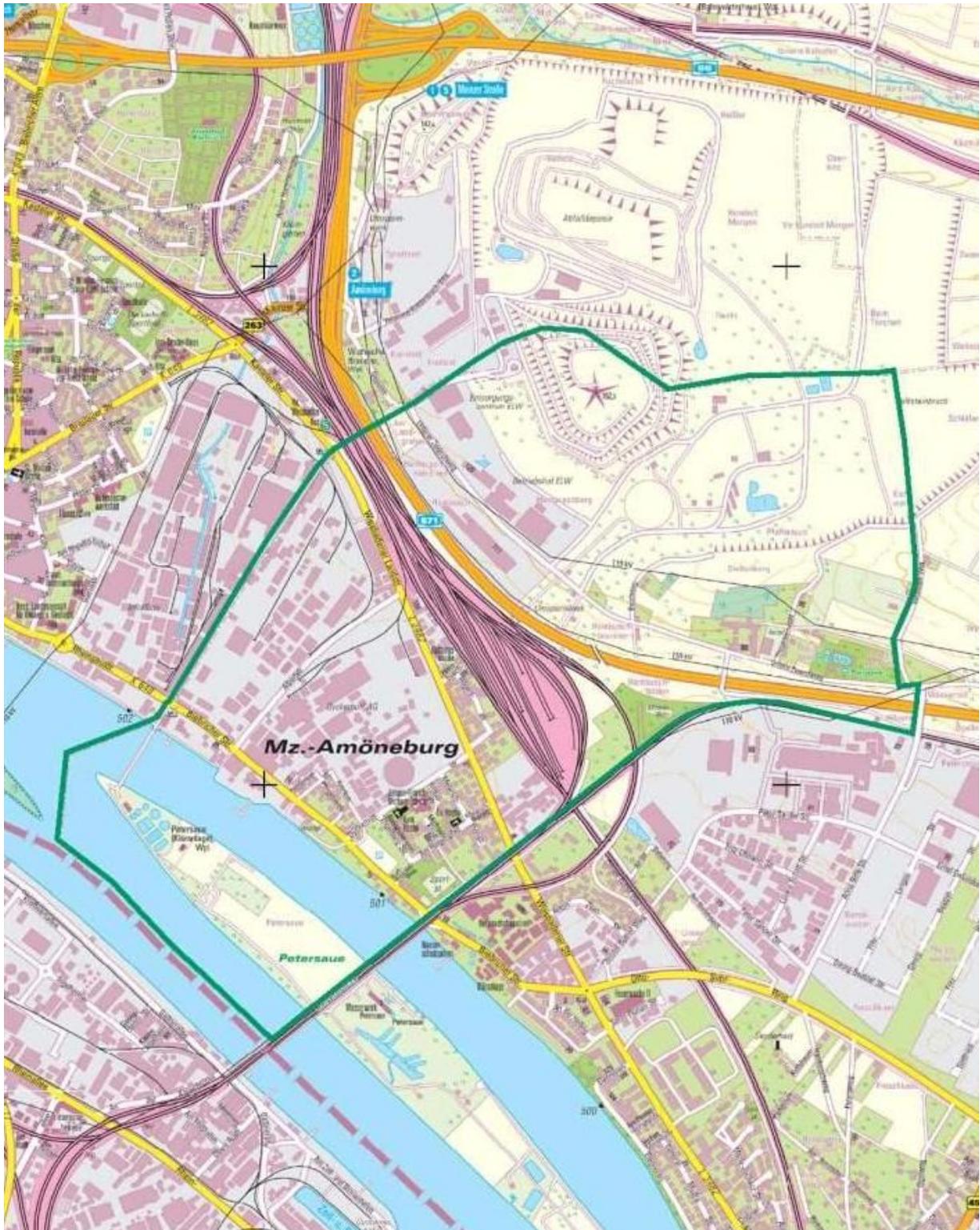
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Amöneburg



## Amöneburg

Der Stadtteil „Amöneburg“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg statt wie bisher der Stadt Mainz der Stadt Wiesbaden politisch zugeordnet. Historisch war Amöneburg bereits seit dem Mittelalter eine Grenzgemeinde zwischen den Städten Mainz und Wiesbaden und lag somit auch an den jeweiligen Landes- bzw. Gebietsgrenzen.

Amöneburg ist mit ca. 1.400 Einwohnern der kleinste der 34 sozialräumlichen Stadtteile.

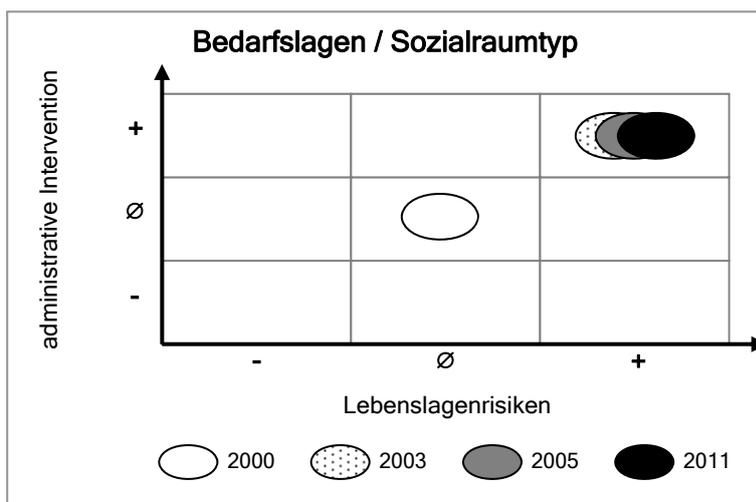
Das Erscheinungsbild ist geprägt durch Industriebebauung, insbesondere die Dyckerhoff Zementwerke.

Die Wohnbebauung besteht aus Geschosswohnungsbau und einigen neueren Wohngebieten mit Einfamilienhäusern.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil Amöneburg zählt 2005 und auch 2011 zu den Stadtteilen mit den höchsten sozialen Bedarfslagen. Sowohl das Ausmaß an administrativer Intervention als auch das Ausmaß der Lebenslagenrisiken sind 2005 und 2011 hoch.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Amöneburg“ auf Rang 4 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	1.403	1.478	+75	+5,3%
Haushalte	651	699	+48	+7,4%
Wohnungen	622	658	+36	+5,8%
Mobilitätsziffer	23,0%	24,1%	-	+4,8%

Es ist ein leichtes Anwachsen der Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungszahlen zu beobachten. Bedingt durch die kleinen Fallzahlen erscheinen in diesem Fall die prozentualen Zunahmen relativ deutlich.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	Differenz abs.	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	16,1%	19,2%	+18,9	+47	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	30,7%	32,2%	+4,7	-5	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	9,1%	7,4%	-18,7	-7	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	17,3%	15,9%	-8,2	-8	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	25,9%	29,4%	+13,7	+12	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	15,9%	13,4%	-15,8	-2	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	-0,2qm	+0,8qm	+1,6	-	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

\*Aufgrund der geringen Bevölkerungszahl, sind die Veränderungen ebenfalls in absoluten Zahlen ausgewiesen

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Um Veränderungen im Ausmaß der administrativen Intervention adäquat zu beurteilen muss im Stadtteil Amöneburg, der der kleinste der Wiesbadener Stadtteile ist, neben den prozentualen Veränderungen ebenso die Anzahl der Betroffenen berücksichtigt werden.

Aufgrund der geringen Einwohnerzahl des Stadtteils bilden sich auch nur geringe Veränderungen in der Zahl der Betroffenen überstark in der prozentualen Veränderung ab.

Auffällig ist der Anstieg der Existenzsicherungsquote, dieser Anstieg steht entgegengesetzt zur gesamtstädtischen Entwicklung. Die Problemlage hat sich in diesem Bereich verschärft.

Die Kinderarmutsquote ist leicht gestiegen, aber die absolute Zahl der von Armut betroffenen Kinder ist leicht gesunken.

Die Arbeitslosigkeitsquote ist - wie auch in der gesamtstädtischen Entwicklung - gesunken.

Das Ausmaß an administrativer Intervention lag 2005 und auch 2011 über dem städtischen Durchschnitt und ist in die Kategorie hohe Bedarfslagen einzuordnen.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Bezüglich der Beurteilung der Veränderungen im Bereich der riskanten Lebenslagen müssen ebenso die Veränderungen in den tatsächlichen Fallzahlen berücksichtigt werden und nur in geringerem Maße die prozentualen Veränderungen. Unter diesem Gesichtspunkt sind keine gravierenden Veränderungen festzustellen. Lediglich Anzahl und Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern sind in einem nennenswerten Maße gestiegen.

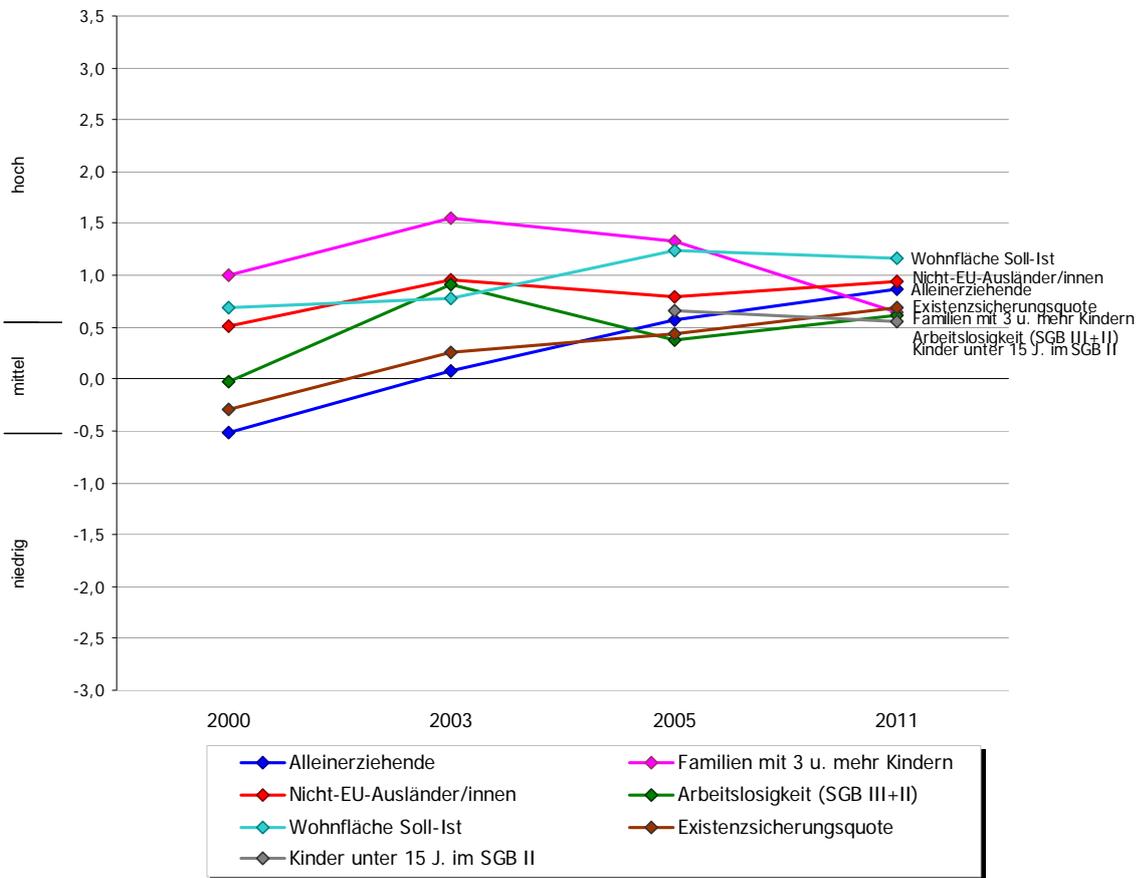
Die Versorgung mit ausreichender Wohnfläche hat sich zwar etwas verbessert, liegt jedoch immer noch erheblich unter dem Stadtdurchschnitt.

Insgesamt sind bei allen Indikatoren in 2011, wie auch bereits in 2005, hohe Bedarfslagen vorhanden.

### Gesamtbewertung

Im Stadtteil Amöneburg ergaben sich bezogen auf die sozialen Bedarfslagen, die als hoch zu kategorisieren sind, zwischen 2005 und 2011 nahezu keine Veränderungen. Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Amöneburg

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>1,13</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	19,2%	0,69	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	7,4%	0,62	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	6,4%	3,08	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	10,3%	0,11	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,79</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	61,5%	0,70	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	2,4%	0,23	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	26,6%	1,46	15,3%
Wohngeldquote	2,3%	0,81	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+0,8qm	1,17	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	25,0%	0,72	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	8,3%	1,05	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	35,4%	2,20	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	32,2%	0,56	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	29,4%	0,87	23,9%
Quote „große Familien“	13,4%	0,64	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	41,8%	-0,49	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	62,3%	0,55	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	15,9%	0,94	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,2	0,32	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	20,0%	1,46	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	38,9%	1,04	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	30,2%	1,29	18,4%

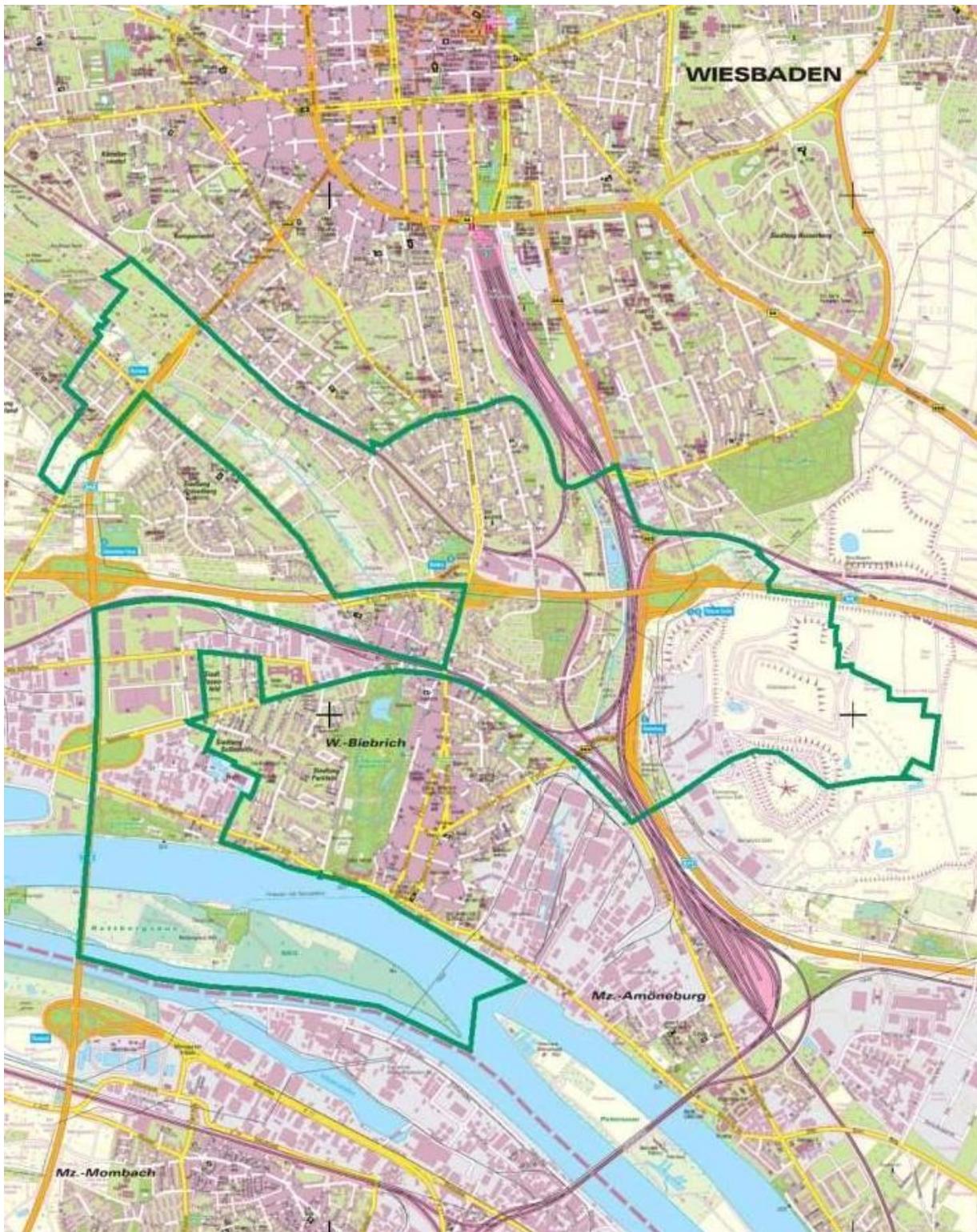
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Biebrich Siedlungen



## Biebrich Siedlungen

Im Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ sind unterschiedliche Siedlungs-/Wohngebiete zusammengefasst. Hierzu zählen Wohn-/Siedlungsgebiete die unterhalb der Waldstraße Richtung Lohmühltal, im Bereich des Biebricher Friedhofs, entlang der Erich-Ollenhauer-Straße im Bereich Sauerland/Belzbachtal, entlang des Biebricher Teils der Biebricher Allee, rund um die Hagenauer Straße und im Bereich des Dyckerhoff Bruchs liegen.

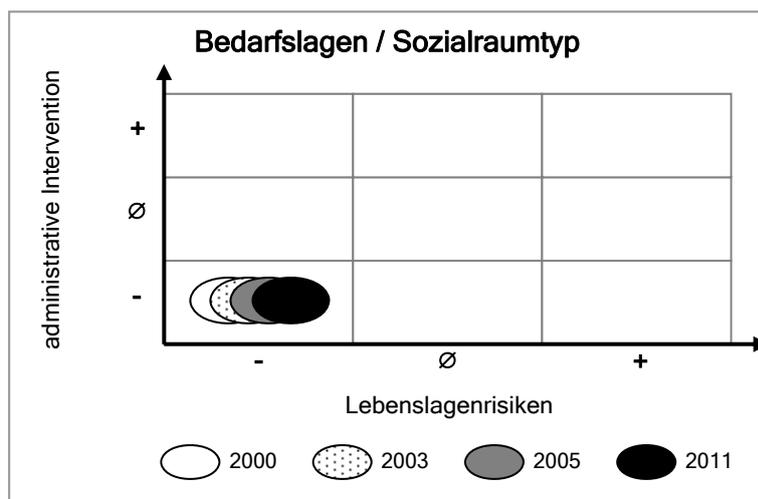
Die Siedlungsbereiche sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Verlaufe des letzten Jahrhunderts entstanden und zeigen eine unterschiedliche Bebauungsart. Es dominieren frei finanzierte Mietwohnungen und Einfamilienhäuser in unterschiedlicher Ausprägung.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ zählt zu den Stadtteilen mit konstant niedriger sozialer Bedarfslage.

Das Ausmaß an administrativer Intervention und auch das Lebenslagenrisiko sind niedrig.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ auf Rang 27 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	7.912	8.126	+214	+2,7%
Haushalte	3.988	4.076	+88	+2,2%
Wohnungen	4.045	4.103	+58	+1,4%
Mobilitätsziffer	24,8%	21,7%	-	-12,5%

Die Werte zeigen keine auffälligen Veränderungen.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	6,5%	6,0%	-7,1	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	9,9%	10,7%	+7,9	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	4,8%	3,4%	-29,2	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	7,9%	8,8%	+11,4	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	19,7%	20,2%	+2,6	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	10,9%	11,9%	+8,9	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+23,9qm	+23,8qm	-0,2	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren zeigen nur geringfügige Änderungen, die mit den Veränderungen in der Gesamtstadt einhergehen. Sowohl 2005 als auch 2011 liegen die Werte deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts und in der Kategorie der niedrigen Bedarfslage. Sie sind im Vergleich der Stadtteile untereinander als sehr niedrig einzustufen.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Das Lebenslagenrisiko im Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ ist überwiegend gering. Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2005 und 2011 zwar - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gestiegen, liegt aber immer noch unterhalb des Wertes in der Gesamtstadt. Im Vergleich der Stadtteile untereinander ist dieses Lebenslagenrisiko in den Bereich der mittleren Bedarfslage zu kategorisieren.

Bezogen auf riskante Familienkonstellationen hat sich der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern nahezu nicht verändert und liegt deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts und stellt somit eine niedrige Bedarfslage dar. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hingegen ist geringfügig gestiegen und liegt 2011 wie auch schon 2005 im mittleren Bereich.

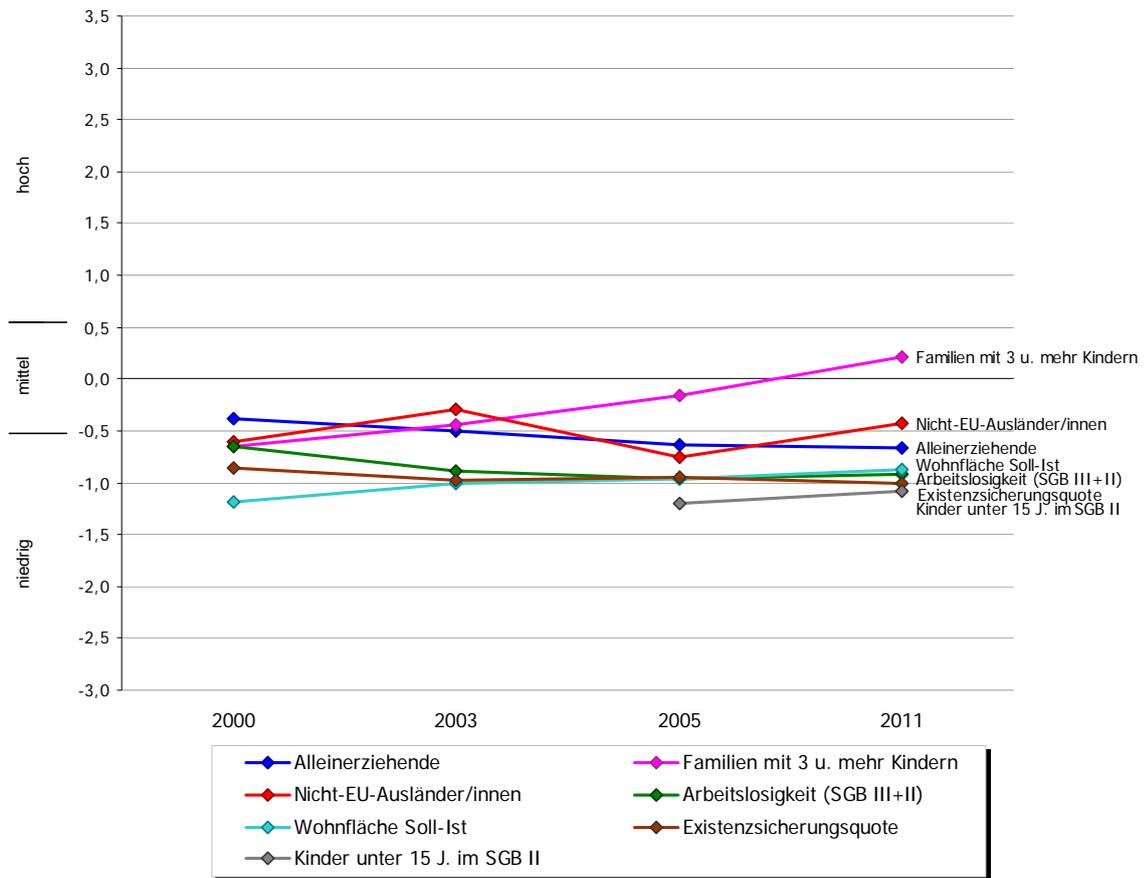
Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum lag 2005 wie auch 2011 deutlich über dem städtischen Durchschnitt.

### Gesamtbewertung

Weder in der Entwicklung der administrativen Intervention noch in der Entwicklung der Lebenslagenrisiken zwischen 2005 und 2011 sind nennenswerte Veränderungen festzustellen. Der Stadtteil zählt - wie seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung - zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage.

Es erfolgt somit eine Zuordnung zur Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Biebrich Siedlungen

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,87</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	6,0%	-1,00	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	3,4%	-0,92	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,5%	-0,86	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	1,1%	-0,70	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,53</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	54,0%	0,07	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,7%	-1,03	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	10,5%	-0,73	15,3%
Wohngeldquote	0,7%	-0,87	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+23,8qm	-0,80	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	15,4%	-0,33	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	7,3%	0,78	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	18,1%	-0,19	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	10,7%	-1,08	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	5,3%	0,05	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	20,2%	-0,67	23,9%
Quote „große Familien“	11,9%	0,21	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	44,1%	-0,26	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	52,8%	-0,45	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	8,8%	-0,42	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,9%	-0,36	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	6,1%	-1,03	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	23,0%	-1,04	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	14,2%	-0,66	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Gräselberg



## Gräselberg

Der Stadtteil Gräselberg ist in den 1960er Jahren als eine der ersten Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Wiesbaden entstanden, um den wachsendem Bedarf an Wohnraum zu decken. Geprägt ist er durch Geschosswohnungsbau mit recht großen Grünflächen zwischen den Wohngebäuden.

Heute ist nur noch ein geringer Teil der Wohnungen in der Sozialbindung, es dominieren kleinere Wohnungen im unteren bis mittleren Mietpreissegment.

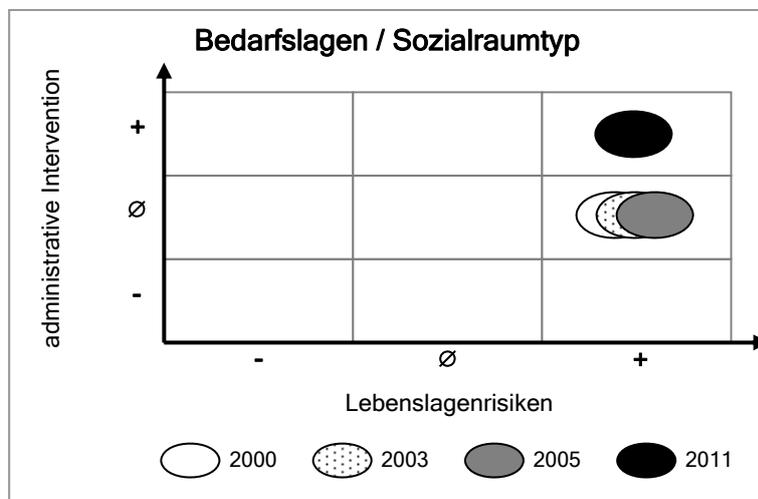
Zu dem Stadtteil zählen aber auch ältere Einfamilien-Siedlungshäuser sowie Eigentumswohnanlagen, die in den 1990er Jahren entstanden.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Gräselberg ist 2011, wie auch bereits 2005 und den vorherigen Jahren, ein Stadtteil mit hohen sozialen Bedarfslagen. Sowohl in 2005 als auch in 2011 war das Ausmaß der riskanten Lebenslagen hoch.

Bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention lag der Gräselberg 2005 noch in der Kategorie der mittleren Bedarfslage, während sich 2011 die Problemlage so verschärft hat, dass auch in dieser Indikatorenkategorie eine hohe soziale Bedarfslage vorliegt.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Gräselberg“ auf Rang 7 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	5.877	6.011	+134	+2,3%
Haushalte	2.905	2.972	+67	+2,3%
Wohnungen	2.963	2.968	+5	+0,2%
Mobilitätsziffer	18,7%	18,0%	-	-3,7%

Es sind keine auffälligen Veränderungen festzustellen.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	16,3%	21,1%	+29,2	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	30,2%	40,7%	+34,7	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	11,3%	8,9%	-21,2	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	17,3%	17,6%	+1,6	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	24,5%	27,2%	+10,8	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	12,4%	11,1%	-10,8	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+7,4qm	+6,3qm	-1,6	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Zwischen 2005 und 2011 ist die Existenzsicherungsquote - konträr zur gesamtstädtischen Entwicklung - sehr stark angestiegen und liegt nun deutlich im Bereich der hohen Bedarfslage, während sie 2005 noch zur mittleren Kategorie zählte.

Ebenso drastisch - und deutlich stärker als in der Gesamtstadt - ist der Anteil und auch die Anzahl (+101) der Kinder unter 15 Jahre die von SGB II Leistungen leben, angestiegen. Bezogen auf diesen Indikator ist im Gräselberg eine sehr hohe Bedarfslage festzustellen.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist etwas schwächer als im gesamtstädtischen Durchschnitt gesunken, liegt immer noch deutlich über diesem und damit im hohen Bereich.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist zwischen 2005 und 2011, entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung, leicht angestiegen. Der Gräselberg hat sich in diesem Bereich weiter vom städtischen Mittelwert entfernt und liegt wie auch bereits 2005 in der Kategorie der hohen Bedarfslage.

Ebenso haben sich Anteil und Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte erhöht und der Anteil liegt nun im Bereich der hohen Bedarfslage.

Im durchschnittlichen Bereich liegt der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern; er ist zwischen 2005 und 2001 leicht gesunken.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum pro Haushalt hat sich im Zeitverlauf verschlechtert und weiter vom städtischen Mittelwert entfernt. Hier liegt eine hohe Belastung vor.

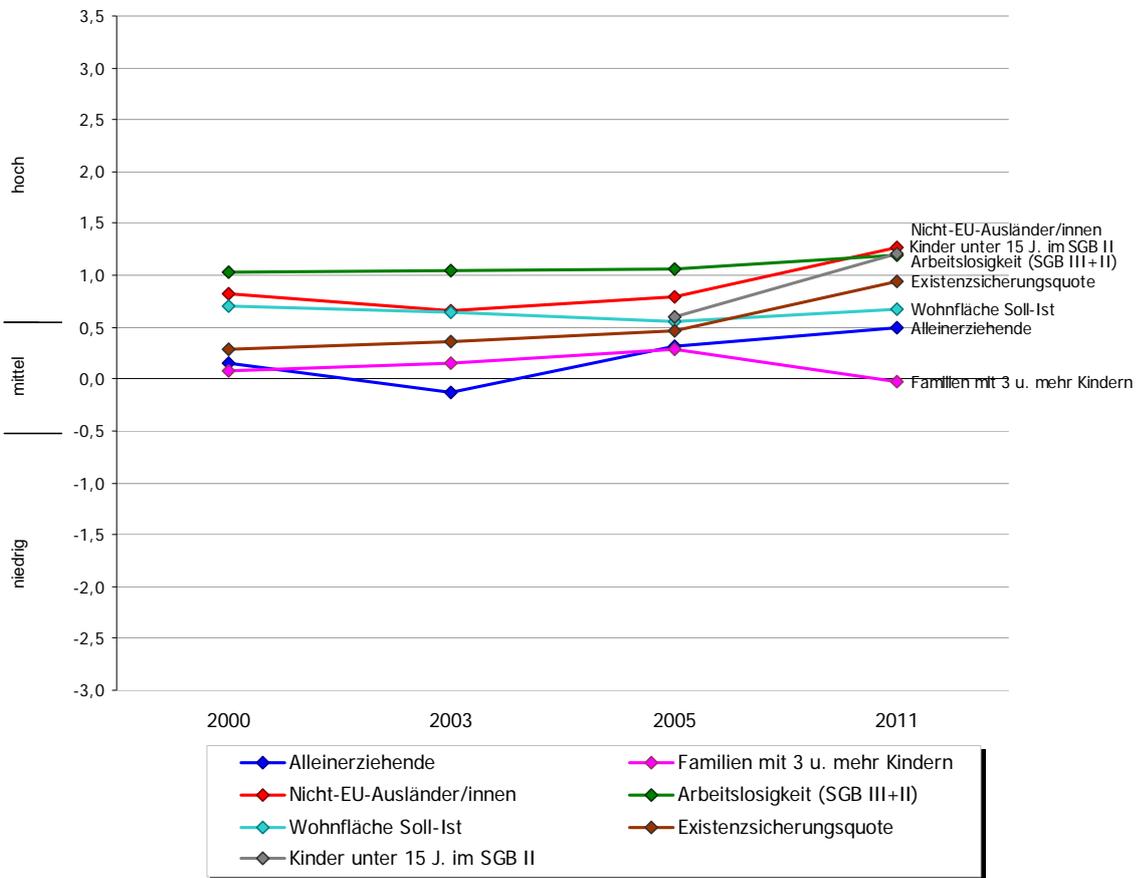
### Gesamtbewertung

Insbesondere das Ausmaß der administrativen Intervention ist im Zeitvergleich stark angestiegen. In dieser Indikatorengruppe haben sich die Problem- und Belastungslagen erheblich verschärft.

Das Lebenslagenrisiko hat sich zwischen 2005 und 2011 weiter, wenn auch nur leicht, verschärft und liegt nach wie vor in der Kategorie der hohen sozialen Bedarfslage.

Der Stadtteil ist somit in die Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“ einzuordnen.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Gräselberg

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,52</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	21,1%	0,94	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	8,9%	1,19	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,8%	0,18	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	6,2%	-0,25	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,81</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	61,2%	0,67	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	3,8%	1,50	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	16,4%	0,07	15,3%
Wohngeldquote	2,2%	0,70	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+6,3qm	0,70	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	26,7%	0,90	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	6,6%	0,60	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	25,4%	0,82	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	40,7%	1,21	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	9,1%	0,69	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	27,2%	0,50	23,9%
Quote „große Familien“	11,1%	-0,03	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	44,3%	-0,24	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	54,7%	-0,25	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	17,6%	1,27	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	3,0	2,14	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	23,7%	2,13	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	37,3%	0,83	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	23,6%	0,48	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist<sup>53</sup>:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>53</sup> Bei Werten +/- 0,5 richtet sich die Zuordnung in die Bedarfslagenkategorie nach der dritten Nachkommastelle

# Schierstein



## Schierstein

Der Stadtteil „Schierstein“, am Rhein gelegen, wurde 1926 nach Wiesbaden eingemeindet. Der alte Ortskern zeigt noch deutliche Spuren der (fischer-) dörflichen Struktur. Hier finden sich auch zahlreiche kleinere Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe. Rund um den Hafen, der ein beliebtes Naherholungsziel ist, haben sich gastronomische Betriebe angesiedelt.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden - zur Deckung des großen Wohnungsbedarfs - mehrere große Siedlungsgebiete. Hierzu zählen die Siedlung Zehntenhof und die Siedlungen beidseits der Freudenbergstraße. Bis heute werden immer wieder kleinere Wohngebiete errichtet.

Die Siedlungsstruktur reicht vom Altbaubestand im alten Ortskern über Geschosswohnungsbauten mit frei finanzierten Mietwohnungen in unterschiedlichen Preissegmenten, Eigentumswohnanlagen sowie verschiedenen Kategorien von Einfamilienhäusern.

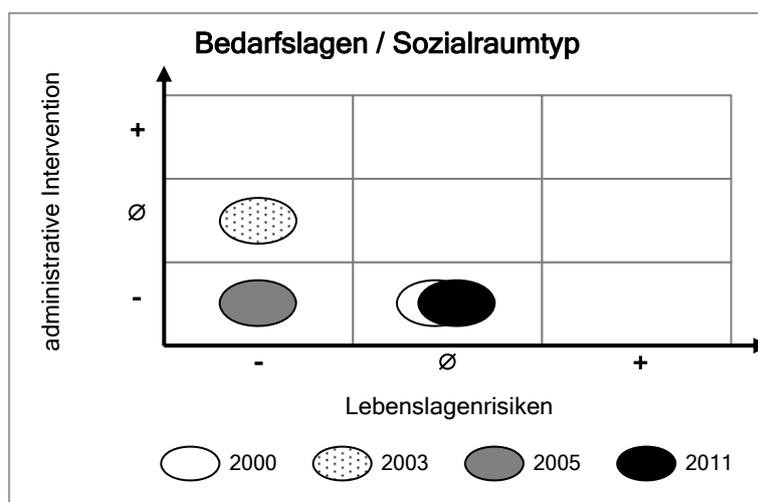
### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil Schierstein wurde 2005 der Gruppe der Stadtteile mit niedriger sozialer Bedarfslage zugeordnet. Sowohl das Ausmaß an administrativer Intervention als auch das Lebenslagenrisiko lagen unterhalb des Durchschnitts und waren somit als niedrig einzustufen.

2011 wird Schierstein der Gruppe der Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage zugeordnet. Das Ausmaß der administrativen Intervention ist nach wie vor niedrig, jedoch ist das Ausmaß der riskanten Lebenslagen - mit dem erweiterten Indikatorenset gemessen - etwas angestiegen und liegt nun, wenn auch nur knapp, im mittleren Belastungsbereich.

Seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung schwankt der Stadtteil zwischen niedrigen und durchschnittlichen Belastungen. Die Werte zur Messung der Belastungen liegen regelmäßig in den Grenzbereichen „niedrig / mittel“, sowohl in der Kategorie „administrative Intervention“ als auch „Lebenslagenrisiko“.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Schierstein“ auf Rang 24 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	9.969	10.212	+243	+2,4%
Haushalte	4.947	5.077	+130	+2,6%
Wohnungen	4.935	5.086	+151	+3,1%
Mobilitätsziffer	16,5%	15,4%	-	-6,7%

Es sind geringe Zuwächse der Bevölkerung, Haushalte und Wohnungen zu beobachten.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	7,2%	7,2%	+0,1	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	13,7%	13,3%	-3,0	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	5,8%	4,1%	-29,3	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	7,6%	7,3%	-3,9	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	21,0%	18,9%	-10,1	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	8,3%	8,2%	-1,4	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+13,5qm	+15,1qm	+2,9	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

In allen drei verwendeten Indikatoren erreicht Schierstein Werte, die deutlich positiver als der städtische Durchschnitt sind und alle deutlich in der Kategorie niedrige Bedarfslage liegen. Im Zeitvergleich haben sich die Werte nur marginal verändert.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist leicht gesunken und liegt 2011 wie auch bereits 2005 im niedrigen Bereich.

Die Anzahl und der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern sind zwischen 2005 und 2011 deutlich gesunken. Bezogen auf diesen Indikator hat sich die mittlere Belastung zur niedrigen Belastung verbessert.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist unverändert in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage einzuordnen.

Die ausreichende Versorgung eines Haushaltes mit Wohnraum ist in einem durchschnittlichen Maße gewährleistet. Im Zeitvergleich ist keine nennenswerte Veränderung festzustellen.

Bezogen auf diese vier Indikatoren sind die Entwicklungen in Schierstein überwiegend günstiger als die gesamtstädtische Entwicklung.

## Gesamtbewertung

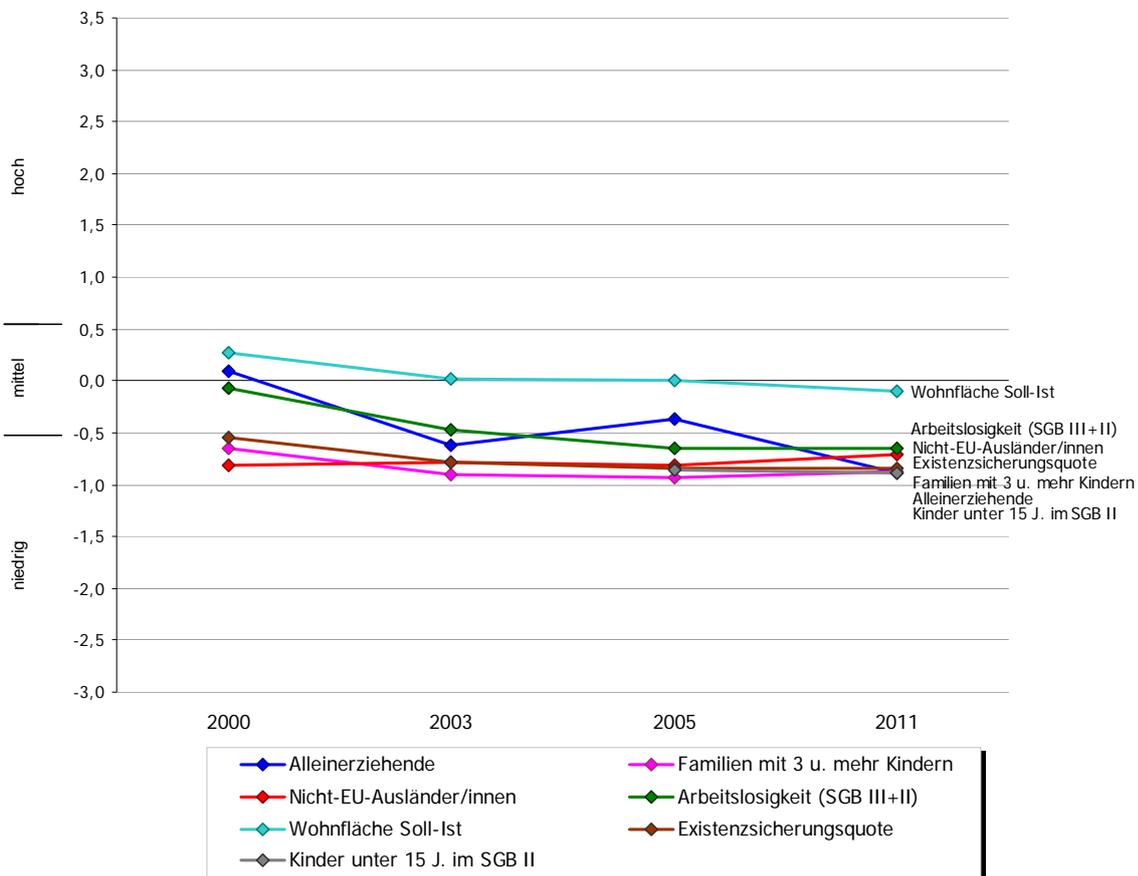
In Schierstein sind - bezogen auf die zur Messung der Veränderungen zwischen 2005 und 2011 - keine nennenswerten Änderungen festzustellen. In sechs der sieben verwendeten

Indikatoren sind die Belastungen in Schierstein geringer als im städtischen Durchschnitt und liegen im Bereich „niedrige Bedarfslage“.

Die Veränderung der Gesamt-Kategorisierung - von niedriger zu mittlerer sozialer Bedarfslage - erklärt sich durch die 2011 erfolgte Erweiterung des Indikatorensets zur Klassifizierung des Lebenslagenrisikos. In verschiedenen Indikatorenkategorien (prekäre Erwerbchancen, prekäre Einkommen, Wohnen, Bildungsteilhabe, Gesundheit und politische Teilhabe) liegt Schierstein im mittleren Belastungsbereich, wenn auch häufig knapp an der Grenze zur Kategorie „niedrige Belastung“.

Trotz Wechsel der Bedarfslagenkategorie liegen keine erheblichen Veränderungen in der Sozialstruktur und den sozialen Problemlagen vor. Negative Entwicklungstendenzen sind nicht zu erkennen. Der Stadtteil wird deshalb der Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ zugeordnet.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Schierstein

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,65</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	7,2%	-0,85	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	4,1%	-0,65	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,3%	-1,03	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	8,3%	-0,06	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,37</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	49,6%	-0,30	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,1%	-0,67	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	10,3%	-0,76	15,3%
Wohngeldquote	1,6%	0,07	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+15,1qm	-0,05	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	16,5%	-0,21	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	4,9%	0,14	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	16,4%	-0,42	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	13,3%	-0,89	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	3,2%	-0,31	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	18,9%	-0,89	23,9%
Quote „große Familien“	8,2%	-0,87	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	46,4%	-0,03	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	52,7%	-0,46	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	7,3%	-0,71	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,1	0,09	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	9,8%	-0,36	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	30,4%	-0,07	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	14,7%	-0,60	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Biebrich-alt, Gibb, Kalle



## Biebrich-alt, Gibb, Kalle<sup>54</sup>

Zum Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ zählen der alte Vorortkern des Stadtteils Biebrich mit dem städtebaulichen Erneuerungsgebiet „Biebrich SüdOst“ im Programm Soziale Stadt, das Wohngebiet Gibb und die Wohngebiete an der Grenze zum Industriepark Infraser.

Biebrich wurde 1926 nach Wiesbaden eingemeindet.

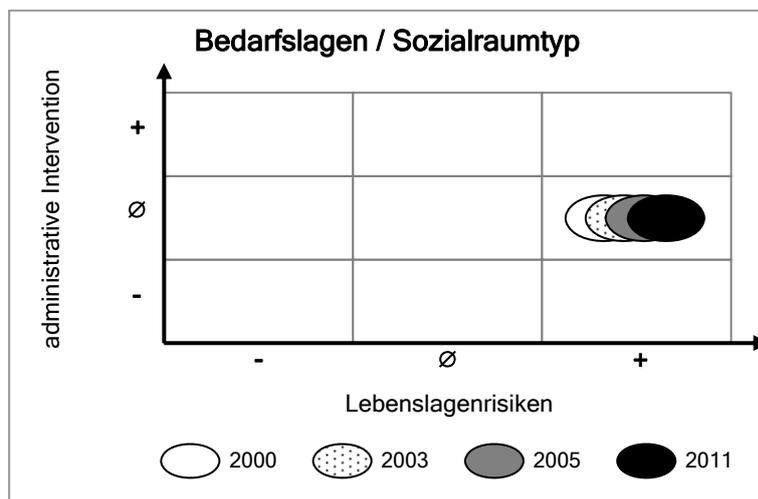
Die einzelnen Gebiete sind nach Entstehung und heutigem Charakter sehr heterogen. Zum einen die historischen Siedlungskerne der ehemaligen Dörfer Gibb und Mosbach, die Geschäftsstraßen mit Einzelhandels- und Handwerksbetrieben und städtisch anmutenden mehrstöckigen Wohnaltbauten, zum anderen die für die in der Industrie tätige Arbeiterschaft errichteten Geschosswohnungsbauten mit einfachem bis mittlerem Wohnungsbestand in unmittelbarer Nachbarschaft zur Industrie.

Biebrich-alt hat durch seine Größe und ausgeprägte Einzelhandels- und Gewerbestruktur einen kleinstädtischen Charakter.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ zählt 2011, wie auch bereits 2005, zu den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage. Unverändert sind die Lebenslagenrisiken als hoch zu bezeichnen, wohingegen - ebenso unverändert - das Ausmaß der administrativen Intervention im mittleren Bereich liegt.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ auf Rang 12 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht



<sup>54</sup> Die Bezeichnung des Stadtteils wurde um das Attribut „alt“, zur genaueren Bezeichnung des alten Ortskerns von Biebrich ergänzt. In den vorherigen Sozialatlasausgaben wurde die Bezeichnung „Biebrich, Gibb, Kalle“ gebraucht.

## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	14.025	13.956	-69	-0,5%
Haushalte	7.399	7.370	-29	-0,4%
Wohnungen	7.349	7.356	+7	+0,1%
Mobilitätsziffer	23,2%	23,2%		+/-0

Die Werte sind nahezu unverändert.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	13,9%	16,0%	+15,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	25,8%	30,3%	+17,7	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	9,2%	7,1%	-22,8	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	15,7%	13,8%	-13,5	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	27,1%	28,6%	+5,4	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	12,0%	11,9%	-0,5	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+6qm	+7,3qm	+2,0	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Der Anteil der Menschen an der Bevölkerung, die von Existenz sichernden Leistungen abhängig sind ist zwischen 2005 und 2011 - gegenläufig zur Entwicklung in der Gesamtstadt - angestiegen, liegt aber noch in der mittleren Belastungskategorie.

Ebenso ist ein deutlicher Anstieg - auch stärker als in der Gesamtstadt - der Kinderarmutsquote zu verzeichnen. Dieser Indikator liegt nur noch relativ knapp - an der Grenze zur Kategorie „hoch“ - im Bereich der mittleren Bedarfslage.

Wenn auch der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückgegangen ist, hat sich im Vergleich der Stadtteile untereinander und dem Mittelwert der Stadt die Problemlage im Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ verschärft und liegt 2011 in der Kategorie der hohen Bedarfslage.

Im Teilgebiet „Biebrich Südost“, dessen Werte immer über denen des Gesamtstadtteils liegen, lässt sich nahezu die gleiche Entwicklung beobachten. Die ohnehin schon hohen Belastungen haben sich weiter verschärft. So liegt z. B. die Existenzsicherungsquote 2011 bei 24,2%.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Bezogen auf die vier Indikatoren zur Messung der Veränderungen der Lebenslagenrisiken haben sich im Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ zwischen 2005 und 2011 keine gravierenden Veränderungen ergeben.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist parallel zur gesamtstädtischen Entwicklung leicht gesunken, liegt aber nach wie vor deutlich über dem städtischen Durchschnitt, in der Kategorie der hohen Bedarfslage.

Der hohe Anteil an Alleinerziehendenhaushalten ist, ebenso wie im Stadtdurchschnitt, nochmals leicht angestiegen. Auch hier liegt eine hohe Bedarfslage vor. Unverändert liegt der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern knapp über dem städtischen Durchschnitt und somit in der Kategorie der mittleren Bedarfslage.

Auch bezogen auf die ausreichende Versorgung der Haushalte mit Wohnraum hat sich an der Zuordnung zur hohen Bedarfslage keine Veränderung ergeben.

### Gesamtbewertung

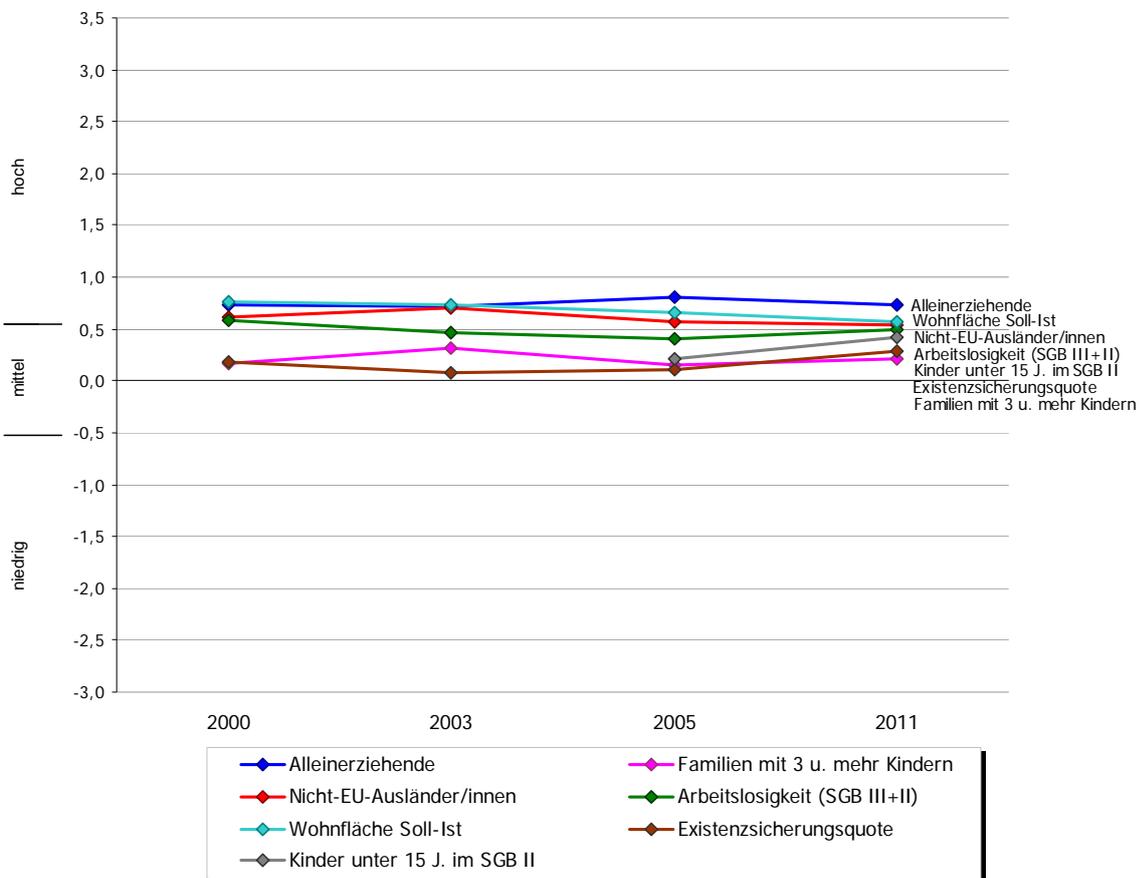
Das Lebenslagenrisiko verbleibt auf hohem Niveau. Im Zeitverlauf ergaben sich weder wesentlichen Verschärfungen noch eine Entspannung der existierenden Problem- und Belastungslagen.

Im Bereich der administrativen Intervention ist in zwei von drei beobachteten Indikatoren eine Verschärfung der Problemlage festzustellen. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Stadt hat sich der Stadtteil weiter von der Mitte entfernt.

Die beschriebenen Veränderungen sind jedoch noch nicht so stark ausgeprägt als dass eine deutlich ausgeprägte negative Entwicklungstendenz festzustellen ist. Hier wird die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren gegebenenfalls deutlichere Hinweise in die eine oder andere Richtung geben.

Es erfolgt momentan eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Biebrich-alt, Gibb, Kalle

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,23</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	16,0%	0,28	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	7,1%	0,50	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	3,4%	0,67	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,0%	-0,53	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,63</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	54,7%	0,13	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	2,2%	0,23	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	20,9%	0,68	15,3%
Wohngeldquote	2,1%	0,60	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+7,3qm	0,59	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	29,7%	1,23	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	2,1%	-0,60	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	32,0%	1,73	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	30,3%	0,42	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	3,5%	-0,26	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	28,6%	0,74	23,9%
Quote „große Familien“	11,9%	0,21	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	54,5%	0,78	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	63,9%	0,72	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,8%	0,54	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,8	1,68	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	16,7%	0,87	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	35,8%	0,64	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	29,9%	1,25	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist<sup>55</sup>:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>55</sup> Bei Werten +/- 0,5 richtet sich die Zuordnung in die Bedarfslagenkategorie nach der dritten Nachkommastelle

## Parkfeld, Rosenfeld



## Parkfeld, Rosenfeld

Der Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ umfasst das in den 1970er Jahren entstandene Wohngebiet Parkfeld und das in den 1930er Jahren entstandene kleinere Siedlungsgebiet Rosenfeld.

Das Parkfeld, direkt angrenzend an den Biebricher Schlosspark unterteilt sich in ein Gebiet des sozialen Wohnungsbaus mit mehrstöckigen Geschossbauten und einem Hochhaus. Bei der Planung des Wohngebietes wurde aber zugleich eine sozial und baustrukturell gemischte Bebauung bedacht, sodass das Parkfeld auch durch zahlreiche Einfamilienhäuser, überwiegend als Reihenhäuser, geprägt ist.

Das alte Siedlungsgebiet Rosenfeld - entstanden in den 1920er Jahren - besteht aus kleineren Einfamilienhäusern, die im Laufe der Jahre häufig zur Erweiterung der Wohnfläche mit An- und Umbauten versehen wurden.

Beide Gebiete liegen seitlich der Äppelallee, die als eine Hauptverkehrsader Wiesbadens die Wohngebiete deutlich voneinander trennt und zu einer Lärm- und Abgasbelastung der Gebiete führt.

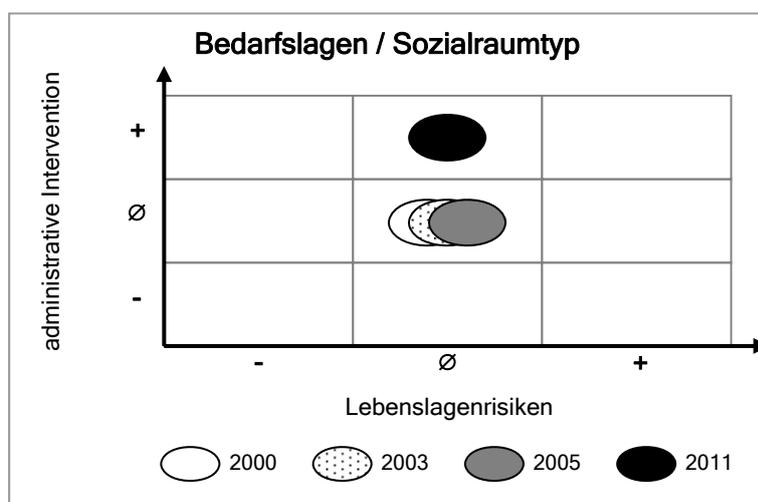
### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

2005 zählte der Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ mit durchschnittlichem Lebenslagenrisiko und durchschnittlichem Ausmaß an administrativer Intervention zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage.

2011 liegt der Anteil an riskanten Lebenslagen ebenfalls im durchschnittlichen Bereich.

Bedingt durch die Erweiterung des Indikatorensets 2011 - zusätzlich „Anteil des sozialen Wohnungsbaus an allen Wohnungen“; mit 39,2 % aller Wohnungen in der Sozialbindung wird im Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ der stadtweit höchste Wert erreicht - ist das Ausmaß der administrativen Intervention hoch. Der Stadtteil zählt aus diesem Grund 2011 zu den Stadtteilen mit einer hohen sozialen Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ auf Rang 13 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	4.614	4.561	-53	-1,1%
Haushalte	2.304	2.307	+3	+0,1%
Wohnungen	2.201	2.222	+21	+1,0%
Mobilitätsziffer	13,9%	12,6%	-	-9,4%

Die Werte weisen eine hohe Stabilität auf.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	11,2%	12,8%	+14,0	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	24,8%	25,6%	+3,7%	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	7,4%	5,9%	-20,3	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	9,3%	9,8%	+5,9	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	20,5%	18,0%	-12,3	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	15,1%	12,4%	-17,2	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+12,6qm	+13,3qm	+1,0	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen liegt im durchschnittlichen Bereich. Die Existenzsicherungsquote ist - konträr zur Entwicklung der Gesamtstadt - angestiegen. Die Kinderarmutsquote verzeichnet eine geringere Erhöhung als der gesamtstädtische Anstieg.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist nicht so stark wie in der gesamtstädtischen Entwicklung gesunken.

In allen drei Indikatoren liegen die Werte leicht über dem Durchschnitt der Gesamtstadt und fallen in die Kategorie der mittleren Bedarfslagen.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist leicht angestiegen, liegt aber immer noch unterhalb des Wertes für die Gesamtstadt und damit im mittleren Bereich.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern war bereits 2005 unterdurchschnittlich, ist in 2011 weiterhin gesunken und liegt deutlich unter dem städtischen Durchschnitt.

Ebenso ist der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern, der 2005 sehr hoch war, deutlich gesunken und liegt nun im mittleren Bereich.

Bezüglich der o. g. Veränderungen in den Prozentwerten muss berücksichtigt werden, dass aufgrund relativ kleiner Fallzahlen (Rückgang Alleinerziehende: um 14 Haushalte auf 74 Haushalte; große Familien: Rückgang um 14 Haushalte auf 51 Haushalte) prozentuale Veränderungen sich stärker abbilden.

Nahezu unverändert im durchschnittlichen Bereich bleibt die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum.

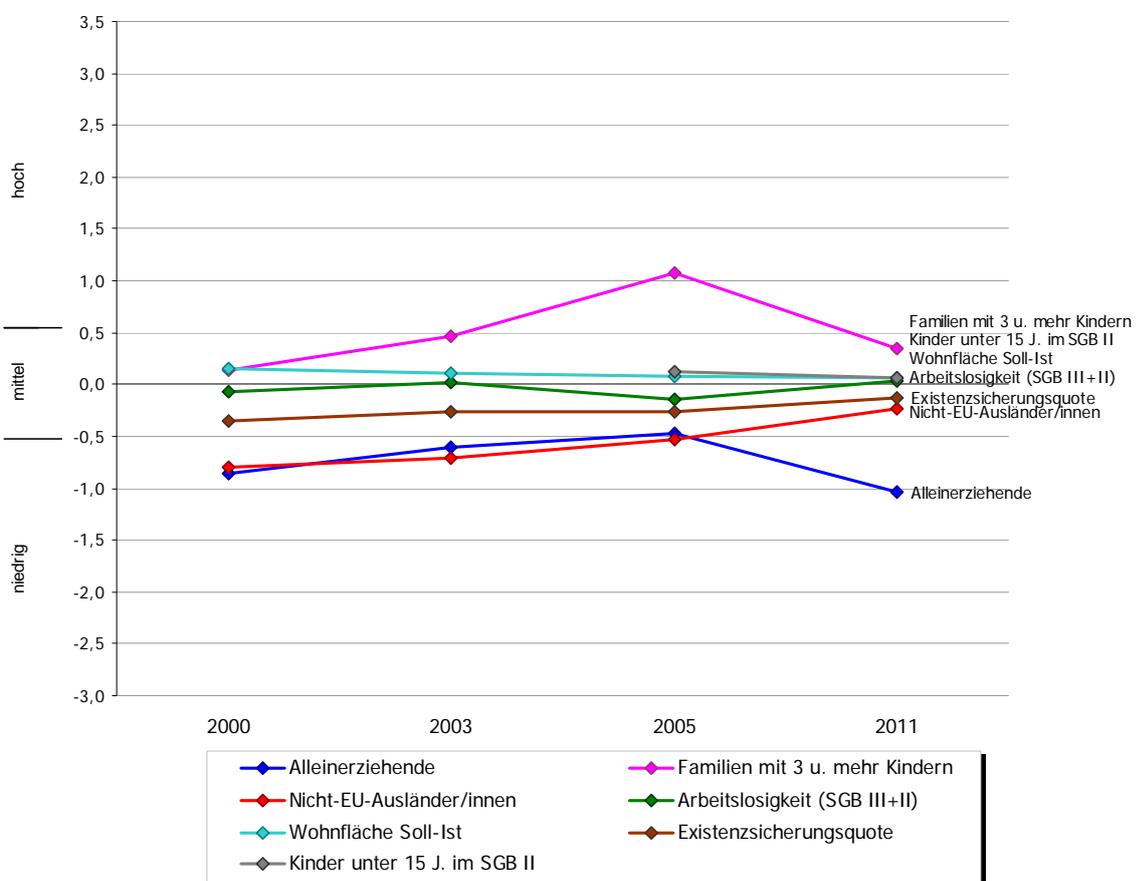
## Gesamtbewertung

Wenn sich auch in einigen Indikatoren geringfügige Veränderungen ergeben, zeigt sich die Problembelastung bezogen auf die verwendeten Indikatoren stabil im Bereich der mittleren sozialen Bedarfslage.

Die soziale Bedarfslage im Gebiet des sozialen Wohnungsbaus Parkfeld ist deutlich schärfer ausgeprägt. So liegt die Existenzsicherungsquote 2011 bei 23,4 %, der Anteil der Alleinerziehenden bei 22,1 %, der Anteil der unter 18-Jährigen im SGB II bei 36,4 %.

Bezüglich der Entwicklungstendenz des Stadtteils erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Parkfeld, Rosenfeld

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,77</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	12,8%	-0,13	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	5,9%	0,04	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	3,2%	0,50	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	39,2%	2,65	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,06</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	61,7%	0,72	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,9%	0,14	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	10,1%	-0,79	15,3%
Wohngeldquote	2,4%	0,91	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+13,3qm	0,10	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	25,6%	0,78	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	4,9%	0,14	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	18,2%	-0,18	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	25,7%	0,06	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	2,0%	-0,23	5,1%
<b>Risikante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	18,0%	-1,04	23,9%
Quote „große Familien“	12,4%	0,35	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	55,5%	0,88	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	45,1%	-1,26	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,8%	-0,23	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,8	1,68	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	14,6%	0,50	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	27,8%	-0,41	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	14,5%	-0,62	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist<sup>56</sup>:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>56</sup> Bei Werten +/- 0,5 richtet sich die Zuordnung in die Bedarfslagenkategorie nach der dritten Nachkommastelle

## Bierstadt



## Bierstadt

Der Stadtteil Bierstadt umfasst so heterogene Gebiete wie den alten Vorortkern, der in den 1920er Jahren eingemeindet wurde, die Wohngebiete im Aukammtal, die Siedlung Wolfsfeld sowie die von US-Amerikanern genutzten Wohnhäuser des Planetenviertels.

Der alte Ortskern Bierstadts zeigt eine typisch teilweise kleinstädtisch anmutende Vorortstruktur mit zahlreichen Einzelhandels- und Gewerbebetrieben. Hier grenzt auch das im sozialen Wohnungsbau errichtete Wohngebiet rund um die Schult- heißstraße an.

Die Siedlung Wolfsfeld ist ein Wohngebiet mit frei finanzierten Wohnungen im Geschoss- wohnungsbau und kleinen Einfamilienhäusern.

Die Wohngebiete im Aukammtal zeigen die Struktur neuer Villengebiete mit hochwertigen Einfamilienhäusern.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

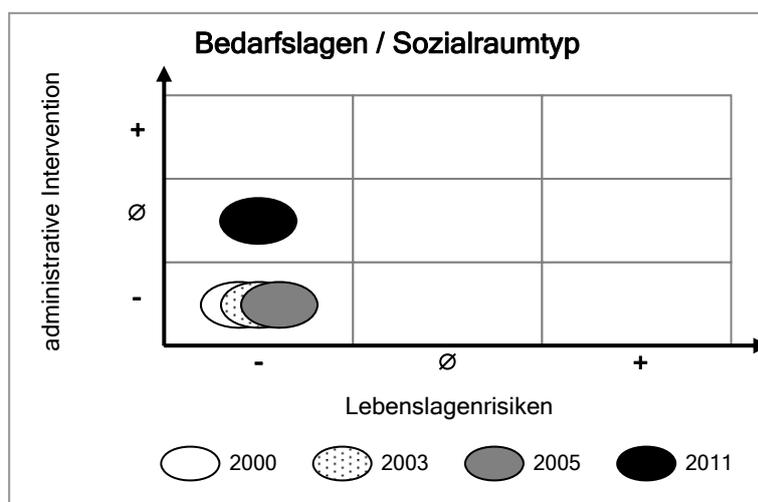
2005 zählte der Stadtteil „Bierstadt“ mit einem unterdurchschnittlichen Ausmaß an administ- rativer Intervention und niedrigem Lebenslagenrisiko zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage.

2011 ergeben sich im Stadtteil im Bereich „administrative Intervention“ - vor allem bedingt durch die Erweiterung des Indikatorensets und einer Veränderung im Kategorisierungsver- fahren - durchschnittliche Werte, wenn auch nahe an der Grenze zu niedrigen Belastungen.

Das Lebenslagenrisiko verbleibt - auch mit dem erweiterten Indikatorenset - im Bereich der niedrigen Belastung.

Insgesamt zählt Bierstadt nun zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Bierstadt“ auf Rang 25 von ins- gesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	12.368	12.060	-308	-2,5%
Haushalte	6.370	6.277	-93	-1,5%
Wohnungen	6.486	6.517	+31	+0,5%
Mobilitätsziffer	15,8%	17,5%	-	-0,9%

Die Werte sind stabil.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	7,5%	8,8%	+17,9	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	15,7%	16,6%	+6,0	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	5,6%	3,8%	-32,1	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	7,2%	5,8%	-19,0	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	26,1%	28,8%	+10,2	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	8,7%	9,1%	+4,8	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+17,8qm	+21,3qm	+4,7	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Der Anteil der Menschen, die Existenz sichernde Leistungen beziehen ist zwischen 2005 und 2011 überdurchschnittlich gestiegen, liegt jedoch noch immer deutlich unter dem städtischen Durchschnitt und ist somit in die niedrige Bedarfslagenkategorie einzuordnen.

Die Kinderarmutsquote ist, analog zur gesamtstädtischen Entwicklung, gestiegen. Sie liegt aber nach wie vor unter dem städtischen Durchschnitt und zählt zur niedrigen Bedarfslagenkategorie.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist zurück gegangen, liegt nach wie vor niedriger als der städtische Durchschnitt und gehört in die Kategorie niedrige Bedarfslage.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist zwischen 2005 und 2011 gesunken. Im Vergleich zum Stadtdurchschnitt und der Stadtteile untereinander ist er sehr niedrig.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern lag bereits 2005 deutlich über dem städtischen Durchschnitt, ist 2011 weiter angestiegen und hat sich noch etwas weiter vom städtischen Mittelwert entfernt. Die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte ist um 17 Haushalte auf 351 Haushalte angestiegen. Die Bedarfslage bezogen auf diesen Indikator ist hoch.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hat sich gegenüber 2005 nahezu nicht verändert und ist nach wie vor geringer als im städtischen Durchschnitt.

Die Versorgung mit Wohnraum, die 2005 noch im mittleren Bereich lag, hat sich weiter verbessert und zählt nun zur Kategorie der niedrigen Bedarfslagen.

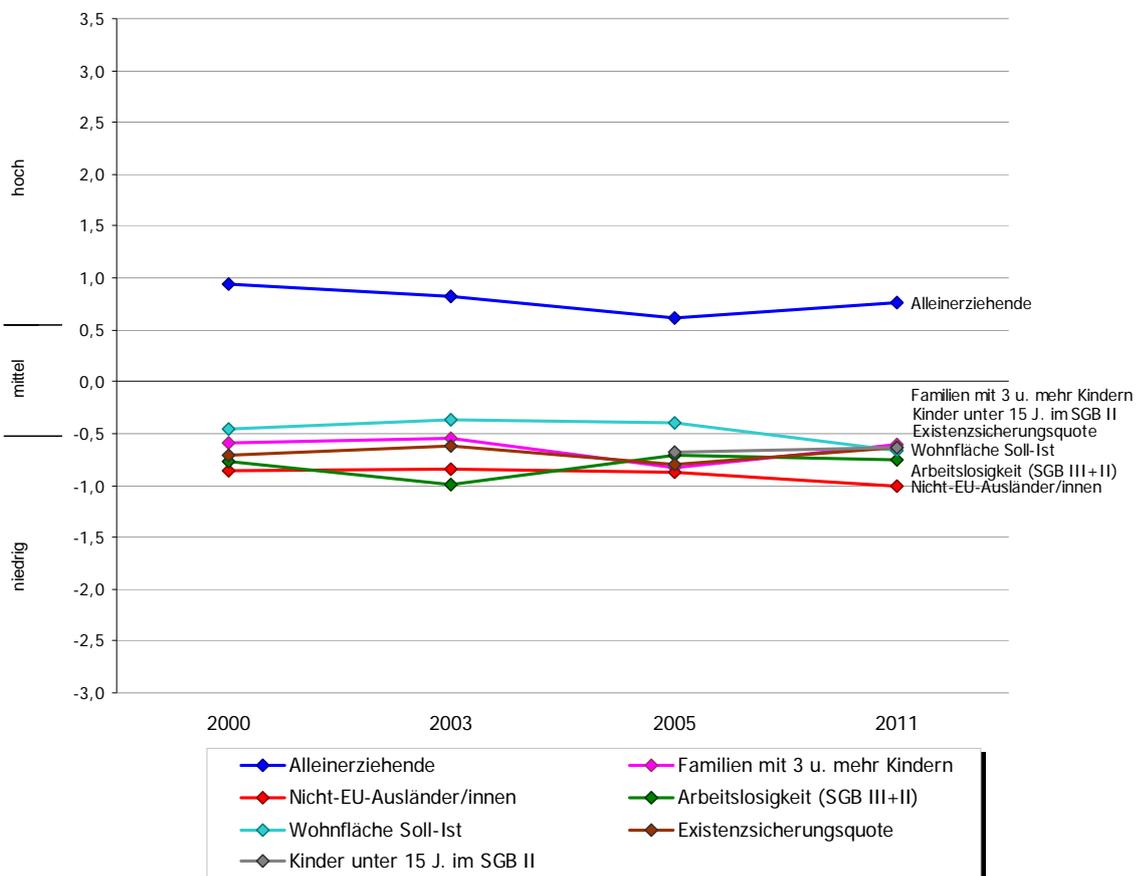
## Gesamtbewertung

Insgesamt haben sich keine wesentlichen Veränderungen der sozialen Bedarfslagen ergeben. Diese liegen, bis auf den Anteil an Alleinerziehenden, in der Kategorie niedrige Bedarfslage.

Im Gebiet des sozialen Wohnungsbaus rund um die Schultheistrae (2011: 1.438 Einwohner) sind die sozialen Problemlagen deutlich stärker ausgeprägt. Das Ausmaß der administrativen Intervention und der riskanten Lebenslagen ist hoch. 2011 lag die Existenzsicherungsquote bei 24,7 %, der Anteil der unter 18-Jährigen mit SGB II bei 34,0 % und der Anteil der Alleinerziehenden bei 38,2 %.

Insgesamt wird der Stadtteil in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ eingeordnet.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Bierstadt

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,46</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	8,8%	-0,64	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	3,8%	-0,76	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,2%	-0,30	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	7,3%	-0,15	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,61</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	46,6%	-0,56	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,3%	-0,58	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	11,6%	-0,58	15,3%
Wohngeldquote	0,7%	-0,87	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+21,3qm	-0,60	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	8,7%	-1,05	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	5,4%	0,28	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	8,0%	-1,58	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	16,6%	-0,63	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	28,8%	0,77	23,9%
Quote „große Familien“	9,1%	-0,61	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	46,6%	-0,01	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	48,6%	-0,89	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	5,8%	-1,00	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,0	-0,13	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	10,8%	-0,18	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	23,1%	-1,03	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	11,5%	-0,99	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

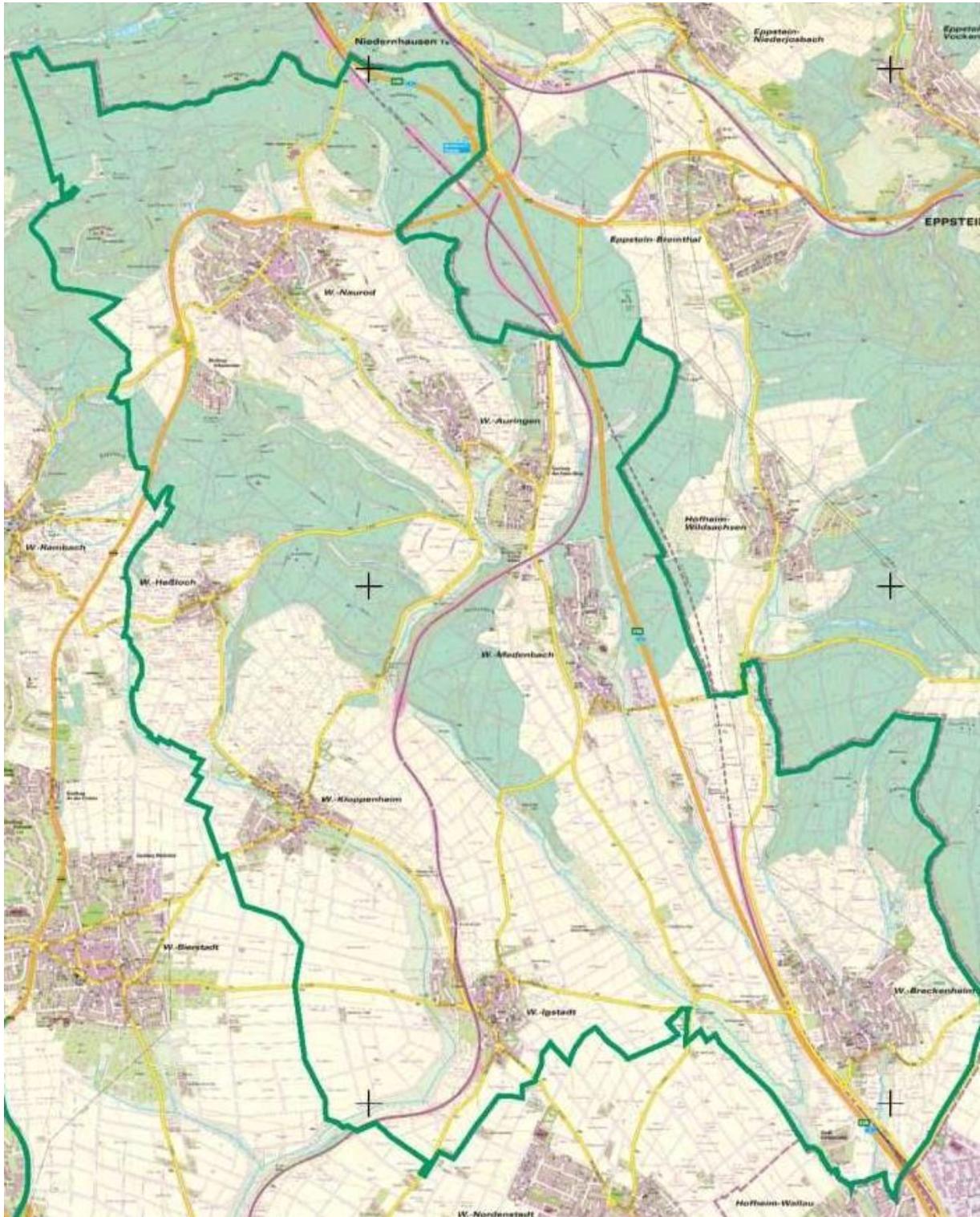
Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Nordöstliche Vororte

Hessloch, Kloppenheim, Igstadt, Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim



## Nordöstliche Vororte

Hessloch, Kloppenheim, Igstadt, Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim

Im Stadtteil „Nordöstliche Vororte“ werden die Vororte Hessloch, Kloppenheim, Igstadt, Naurod, Auringen, Medenbach und Breckenheim zusammengefasst.

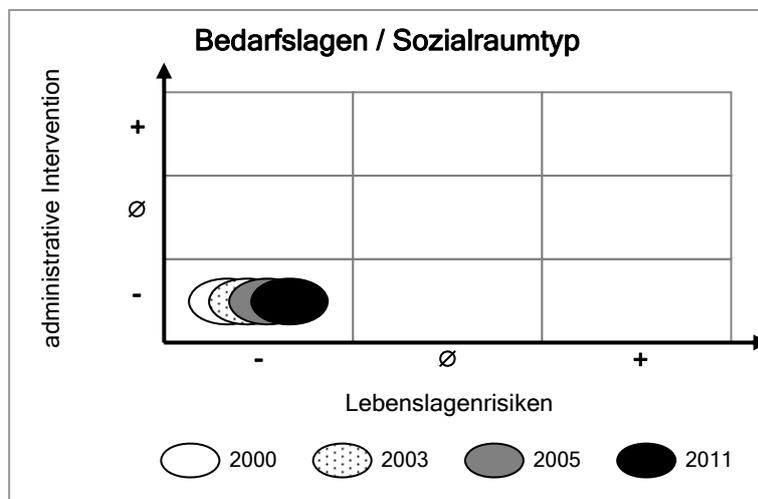
Diese wurden in den 1920er bzw. 1970er Jahren eingemeindet. Gemeinsam ist diesen Vororten - deren dörflicher Ursprungscharakter im Erscheinungsbild der Dorfkerns noch zu erkennen ist - die Entwicklung vom Dorf zur Umlandgemeinde im Ballungsraum. Rund um die Dorfkerns entstanden Neubaugebiete, die mit ihrer überwiegenden Reihenhaus- und Eigenheimbebauung mittlere bis wohlhabende Bevölkerungsschichten, überwiegend Familien, anzieht.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Nordöstliche Vororte“, der mehrere kleinere Vororte umfasst, weist konstant sehr niedrige Quoten der administrativen Intervention und deutlich unterdurchschnittliche Lebenslagenrisiken auf.

Sowohl 2005 als auch 2011 zählt er zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Nordöstliche Vororte“ auf Rang 32 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	18.947	18.819	-128	-0,7%
Haushalte	8.452	8.597	+145	+1,7%
Wohnungen	8.712	8.944	+232	+2,7%
Mobilitätsziffer	12,6%	12,4%	-	-1,6%

Die Werte sind recht stabil.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	3,9%	3,4%	-12,0	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	7,7%	6,5%	-15,8	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	3,1%	2,4%	-22,6	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	2,8%	2,3%	-18,7	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	17,4%	18,8%	+7,9	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	7,7%	7,3%	-5,1	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+35,7qm	+38,9qm	+3,5	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren zeigen eine positive Entwicklung, wobei die Entwicklung der Existenzsicherungsquote und der Kinderarmutsquote deutlich positiver als in der Gesamtstadt ausfallen.

Die bereits 2005 sehr niedrigen Werte sind nochmals gesunken, sodass eine konstant niedrige Bedarfslage vorliegt.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Bezogen auf die Indikatoren zur Messung der Entwicklung der Lebenslagenrisiken haben sich zwischen 2005 und 2011 keine wesentlichen Veränderungen im Ausmaß der riskanten Lebenslagen ergeben. Diese liegen 2005 und 2011 deutlich unter dem städtischen Durchschnitt und fallen in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

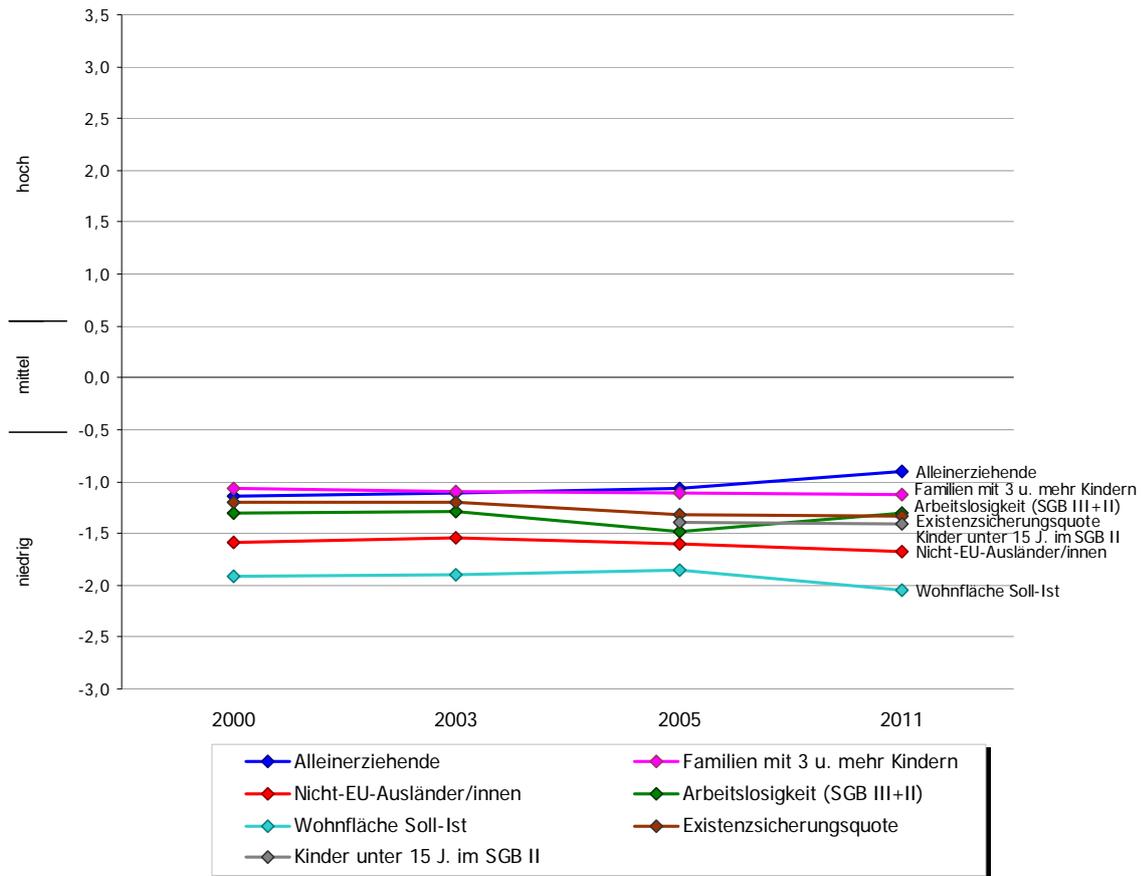
### Gesamtbewertung

Seit Beginn der Sozialraumbewertung und -typisierung ist die soziale Bedarfslage im Stadtteil „Nordöstliche Vororte“, sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch auf den Anteil der riskanten Lebenslagen, sehr niedrig.

Es besteht zwar die leichte Tendenz der weiteren Entfernung vom Stadtdurchschnitt, jedoch ist diese noch nicht so stark bzw. lässt sich ein eventuell zunehmender Wohlstand mit den uns zur Verfügung stehenden Indikatoren nicht messen, als dass eindeutige und belegbare Aufwertungstendenzen zu beschreiben wären.

Es erfolgt somit eine Zuordnung zur Entwicklungskategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Nordöstliche Vororte

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-1,09</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	3,4%	-1,34	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	2,4%	-1,30	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,2%	-1,11	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	2,1%	-0,61	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-1,32</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	39,7%	-1,14	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,6%	-1,30	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	7,4%	-1,16	15,3%
Wohngeldquote	0,4%	-1,19	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+38,9qm	-1,93	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	16,7%	-0,18	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	1,4%	-0,79	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	5,5%	-1,93	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	6,5%	-1,41	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	1,1%	-0,66	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	18,8%	-0,91	23,9%
Quote „große Familien“	7,3%	-1,13	12,5%
Anteil allein lebender älterer Menschen	28,1%	-1,85	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	41,8%	-1,61	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	2,3%	-1,67	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,6	-1,04	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	5,5%	-1,13	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	19,8%	-1,46	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	5,9%	-1,67	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Erbenheim-Hochfeld



## Erbenheim-Hochfeld

Der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ zählt zur ersten Generation der Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus. Er entstand in den 1960er Jahren in der Nähe des alten Ortskerns von Erbenheim. Er ist gekennzeichnet durch Geschosswohnungsbauten in Zeilenbauweise, einige Punkthäuser und Abstandsgrün zwischen den Gebäuden. Eine wirkliche Wegeverbindung zum Ortskern Erbenheim fehlt.

Der Stadtteil wurde als reines Wohngebiet konzipiert. Einkaufsmöglichkeiten sind nahezu nicht vorhanden. Eine städtebauliche Mitte der Siedlung mit z. B. Treff-, Aufenthalts- oder Einkaufsgelegenheiten existiert nicht.

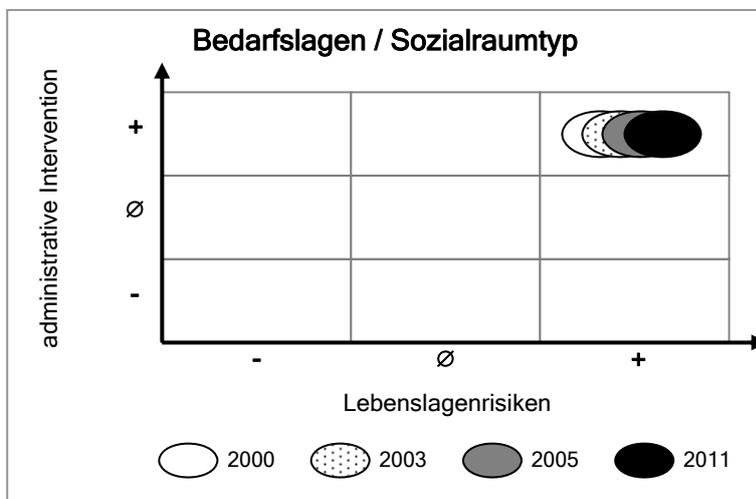
Die Wohnungen, von denen sich nur noch ein geringer Teil in der Sozialbindung befindet, liegen im unteren bis mittleren Mietpreissegment und sind damit für Menschen mit geringem bzw. mittlerem Einkommen interessant.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ weist konstant ein hohes Ausmaß an administrativer Intervention und ein hohes Ausmaß riskanter Lebenslagen auf.

Er zählt damit seit 2000 zu den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ auf Rang 5 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	3.948	4.046	+98	+2,5%
Haushalte	1.835	1.854	+1	+/-0,0%
Wohnungen	1.823	1.854	+31	+1,7%
Mobilitätsziffer	19,9%	19,6%	-	-1,5%

Die Werte sind sehr konstant.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	20,2%	23,8%	+17,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	34,8%	40,1%	+15,2	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	10,6%	9,1%	-14,2	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	18,0%	18,4%	+2,0	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	23,3%	25%	+7,5	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	14,9%	16,5%	+10,5	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+6,6qm	+7,4qm	+1,1	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen ist in beiden zugrunde gelegten Indikatoren (Existenzsicherungsquote, Kinderarmutsquote) deutlich stärker als im städtischen Durchschnitt bzw. gegenläufig zur städtischen Entwicklung erheblich gestiegen. Beide Werte liegen deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Sie sind im Vergleich der Stadtteile untereinander und auch im Vergleich zum Mittelwert der Stadt sehr hoch und haben sich seit 2005 noch weiter vom städtischen Mittelwert entfernt.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist zwischen 2005 und 2011 leicht gesunken, aber geringer als in der gesamtstädtischen Entwicklung. Der Wert liegt auch 2011 deutlich über dem städtischen Durchschnitt und im hohen Bedarfslagenbereich. Auch bezogen auf diesen Indikator hat sich der Stadtteil im Vergleich der Stadtteile untereinander und bezogen auf den Mittelwert der Stadtteile verschlechtert.

Es ist eine deutliche Verschärfung der Problemlagen festzustellen.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist - entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung - leicht angestiegen. Die Problemlage - und auch die Entfernung zum gesamtstädtischen Mittelwert - bezogen auf diesen Indikator hat sich seit 2005 deutlich erhöht und liegt in beiden Vergleichsjahren im Bereich der hohen Bedarfslage.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist leicht angestiegen, liegt nach wie vor leicht über dem städtischen Durchschnitt und somit im mittleren Bedarfslagenbereich.

Verschärft hat sich die Problemlage bezogen auf den Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern. Der bereits 2005 sehr hohe Wert ist weiter angestiegen und hat sich somit weiter vom städtischen Durchschnitt entfernt.

Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum hat sich keine nennenswerte Veränderung ergeben.

### Gesamtbewertung

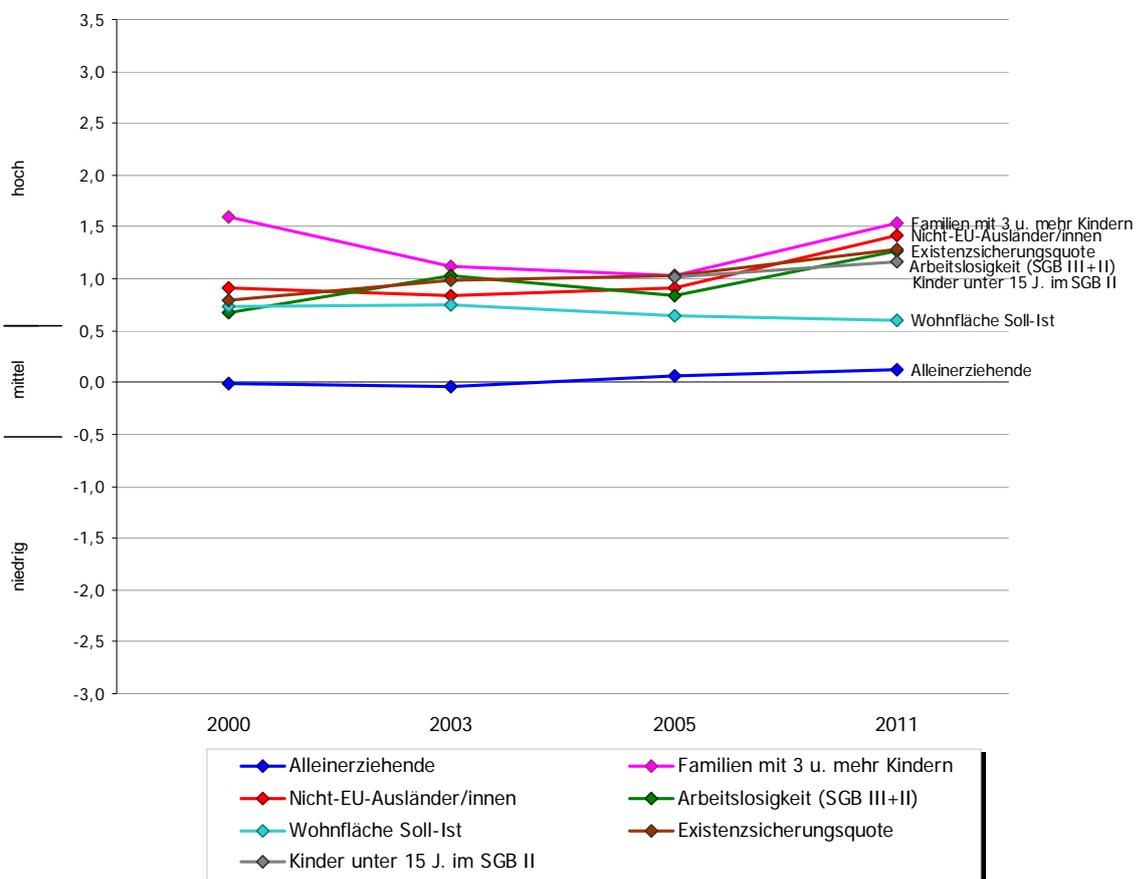
Die sozialen Bedarfslagen sind 2005 und auch 2011 - sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch des Lebenslagenrisikos - hoch.

Die Problemlagen haben sich in einigen Bereichen verschärft. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und auch im Vergleich zum Mittelwert der Gesamtstadt hat sich der Stadtteil in nahezu allen Indikatoren weiter vom Mittelwert entfernt.

Im beobachteten Zeitraum sind zwar nicht unerhebliche Verschärfungen der Problemlagen zu beobachten, jedoch sind diese noch nicht in so hohem Maße ausgeprägt, dass von einer eindeutigen negativen Entwicklungstendenz gesprochen werden kann.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“, da die Entwicklungen noch im durchschnittlichen Bereich liegen.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Erbenheim-Hochfeld

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>1,26</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	23,8%	1,29	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	9,1%	1,27	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	5,4%	2,28	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	12,1%	0,27	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,59</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	67,8%	1,23	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	4,1%	2,13	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	23,5%	1,04	15,3%
Wohngeldquote	2,2%	0,70	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+7,4qm	0,62	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	22,6%	0,46	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	1,4%	-0,79	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	16,1%	-0,46	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	40,1%	1,17	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	25,0%	0,13	23,9%
Quote „große Familien“	16,5%	1,54	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	52,2%	0,55	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	54,1%	-0,31	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	18,4%	1,42	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,3	0,55	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	11,6%	-0,04	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	38,9%	1,04	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	23,0%	0,41	18,4%

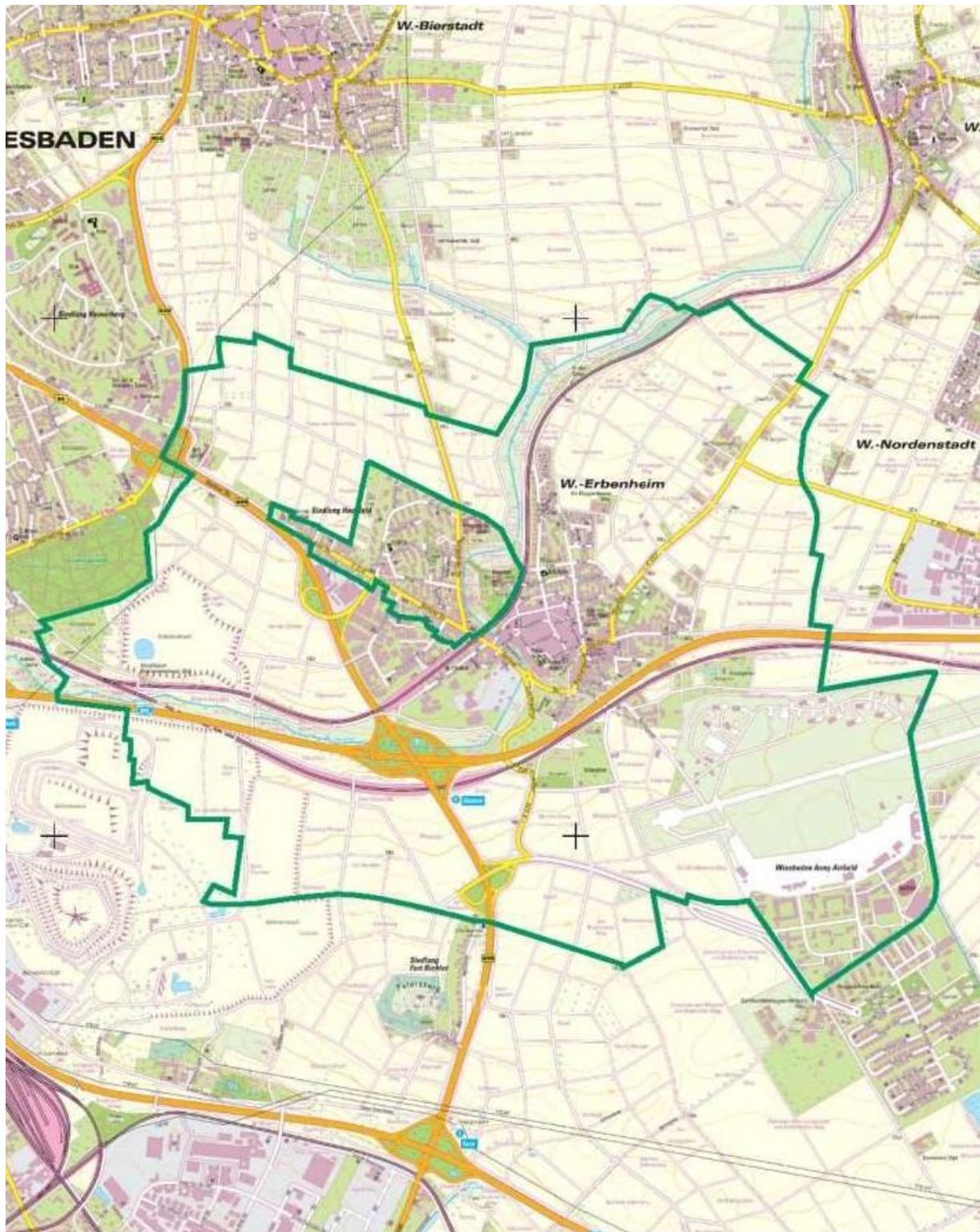
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Erbenheim (ohne Hochfeld)



## Erbenheim (ohne Hochfeld)<sup>57</sup>

Der Stadtteil „Erbenheim (ohne Hochfeld)“ umfasst den alten Ortskern, des in den 1920er Jahren eingemeindeten Dorfes Erbenheim, sowie die daran angrenzenden Neubaugebiete und das Gewerbegebiet Kreuzberger Ring.

Im Erscheinungsbild des alten Ortskerns ist der ursprünglich dörfliche Charakter noch erkennbar, es sind jedoch auch einige moderne Wohnhäuser im Rahmen von Nachverdichtungsmaßnahmen entstanden.

Rund um den Ortskern entstanden einige kleinere Wohngebiete mit überwiegend Reihen- und Einfamilienhausbebauung.

Zahlreiche Einzelhandels-, Handwerks-, Landwirtschafts- und Gastronomiebetriebe sind vorhanden.

Im großen Gewerbegebiet Kreuzberger Ring sind zahlreiche Büro- und Verwaltungsgebäude, sowie Dienstleistungsunternehmen angesiedelt.

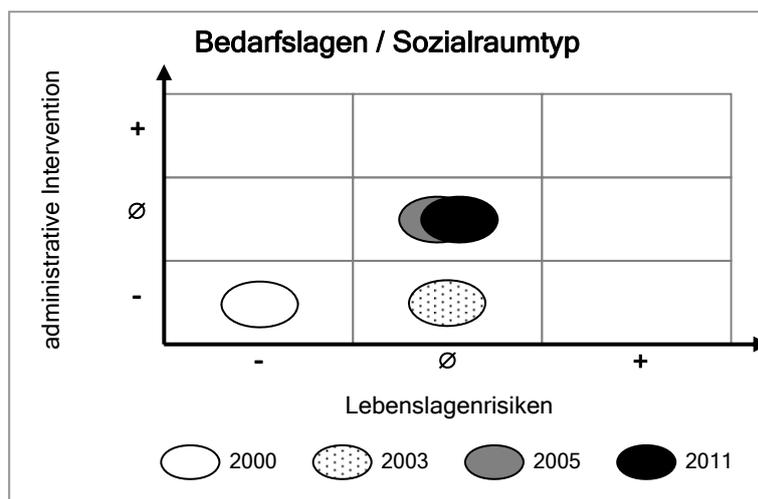
Erbenheim liegt inmitten von Feldern, mit einem beliebten Naherholungsgebiet und verfügt über eine gute Anbindung an die Autobahn.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Erbenheim (ohne Hochfeld)“ weist seit Beginn der Sozialraumbesichtigung und -typisierung eine niedrige bzw. mittlere soziale Bedarfslage auf.

Sowohl 2005 als auch 2011 lag das Ausmaß der administrativen Intervention und des Lebenslagenrisikos im durchschnittlichen Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Erbenheim (ohne Hochfeld)“ auf Rang 21 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



<sup>57</sup> In den bisher erschienenen Ausgaben des Sozialatlas wurde der Stadtteil als „Erbenheim-Rest“ bezeichnet. Dieser Teil Erbenheims ist jedoch größer als das Hochfeld, sodass die Bezeichnung „Rest“ irreführend ist und nun verändert wurde.

## Veränderung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	5.128	5.332	+104	+2,0%
Haushalte	2.492	2.627	+135	+5,4%
Wohnungen	2.347	2.431	+84	+3,6%
Mobilitätsziffer	22,4%	25,1%	-	+12,1%

Die Zahl der Haushalte hat stärker zugenommen als die Zahl der Wohnungen, dies hat sich jedoch nicht negativ auf die ausreichende Wohnraumversorgung ausgewirkt.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	11,8%	10,2%	-13,7	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	18,1%	17,8%	-1,6	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	6,7%	3,9%	-41,8	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	9,8%	7,4%	-24,7	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	21,9%	22,9%	+4,6	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	9,3%	8,4%	-10,1	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+11,9qm	+12,3qm	+0,4	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist zwischen 2005 und 2011 - deutlich stärker als in der Gesamtstadt - gesunken, sie ist geringer als der städtische Durchschnitt und liegt noch im mittleren Bedarfslagenbereich, mit positiver Entwicklungstendenz.

Der Anteil der Kinder, die Leistungen nach dem SGB II beziehen ist zwischen 2005 und 2011 nahezu unverändert geblieben während es in der Gesamtstadt angestiegen ist. Er liegt in beiden Jahren unterhalb des Wertes der Gesamtstadt. 2011 fällt er in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Die Arbeitslosigkeitsquote ist zwischen 2005 und 2011, erheblich stärker als in der Gesamtstadt, gesunken. Sie liegt unterhalb des städtischen Durchschnitts. War 2005 bezogen auf diesen Indikator noch eine mittlere Bedarfslage festzustellen, fällt der Wert 2011 in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Alle drei Indikatoren haben sich deutlich positiver als in der Gesamtstadt entwickelt.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit lag bereits 2005 unter dem städtischen Durchschnitt und ist im Zeitverlauf deutlich stärker als in der Gesamtstadt gesunken. Bezogen auf diesen Indikator liegt eine niedrige Bedarfslage vor.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist, genau wie im städtischen Durchschnitt, leicht angestiegen und liegt, wie auch bereits in 2005, im mittleren Bereich.

Der Anteil an Familien mit drei und mehr Kindern ist seit 2005 leicht gesunken. Er liegt nun noch deutlicher unter dem städtischen Durchschnitt im niedrigen Bedarfslagenbereich.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum lag 2005 und 2011 im mittleren Bereich. Hier gab es keine nennenswerten Veränderungen.

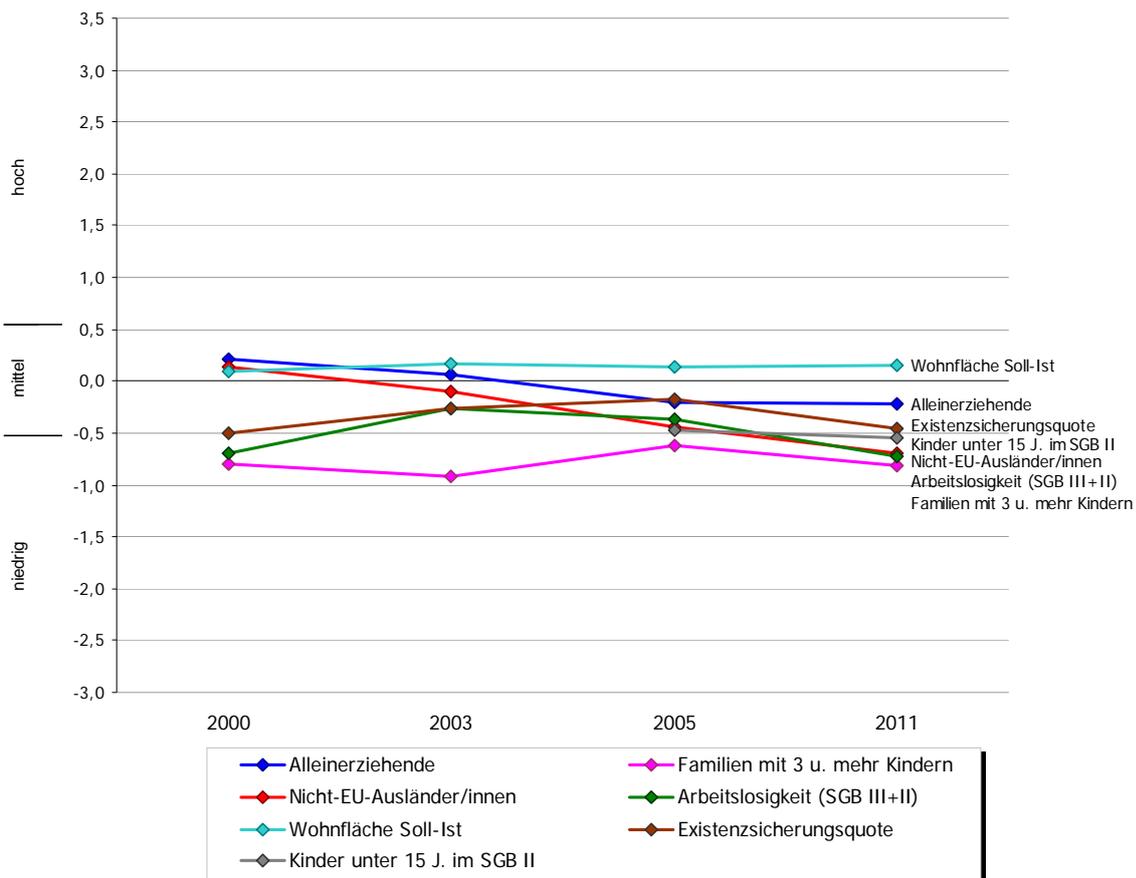
### Gesamtbewertung

Alle Indikatoren weisen mehr oder weniger stark ausgeprägte positive Entwicklungstendenzen bezogen auf das Ausmaß an administrativer Intervention und der Entwicklung des Lebenslagenrisikos auf. Die Werte lagen 2005 im Bereich des städtischen Durchschnitts bzw. etwas besser. Diese Tendenz hat sich im Zeitverlauf fortgesetzt und stabilisiert.

Insgesamt sind die Veränderungen jedoch noch nicht so stark ausgeprägt, daher kann noch nicht von einer klaren und eindeutigen Aufwertungstendenz gesprochen werden.

Der Stadtteil wird somit in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ eingeordnet.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Erbenheim (ohne Hochfeld)

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,31</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	10,2%	-0,46	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	3,9%	-0,72	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,1%	-0,38	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	12,9%	0,34	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,21</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	45,9%	-0,31	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,1%	-0,49	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	16,0%	0,02	15,3%
Wohngeldquote	1,4%	-0,14	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+12,3qm	0,19	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	8,5%	-1,07	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	8,2%	1,02	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	16,1%	-0,46	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	17,8%	-0,54	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	22,9%	-0,22	23,9%
Quote „große Familien“	8,4%	-0,81	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	47,1%	0,04	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	55,7%	-0,14	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	7,4%	-0,69	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,4	0,77	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	11,5%	-0,06	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	29,9%	-0,14	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	14,5%	-0,62	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

## Nordenstadt



## Nordenstadt

Der Stadtteil „Nordenstadt“ zählt zu den in den 1970er Jahren nach Wiesbaden eingemeindeten Umlandgemeinden. Der ursprünglich dörfliche Charakter hat sich durch Nachverdichtungen und Modernisierungen im alten Dorfkern, der Errichtung großer Neubaugebiete und dem großen Gewerbegebiet zu einer typischen Umlandgemeinde im Ballungsraum entwickelt.

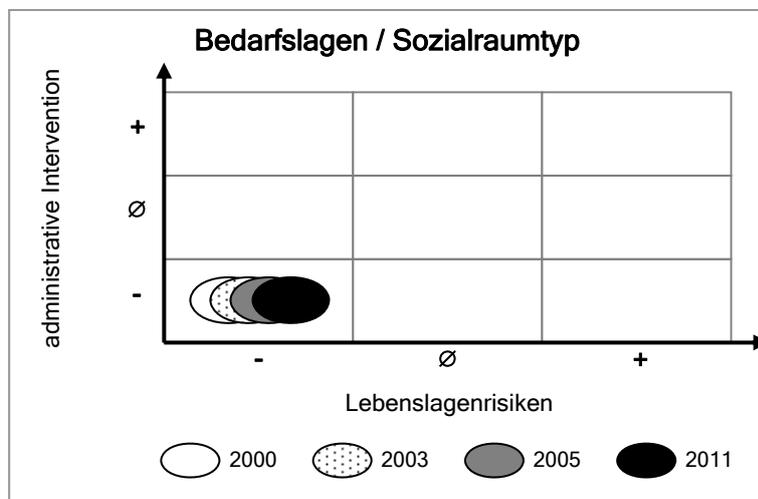
Nahezu 90% der Wohngebäude Nordenstadts sind Ein- bzw. Zweifamilienhäuser. In den Neubaugebieten dominieren Reihenhäuser und andere Eigenheimformen.

Nordenstadt liegt inmitten von Feldern und verfügt über eine gute Autobahnanbindung in das Rhein-Main-Gebiet.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Nordenstadt“ weist konstant eine niedrige soziale Bedarfslage auf, sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch bezüglich des Lebenslagenrisikos. Er zählt 2005 und 2011, wie auch seit Beginn der Sozialraumbesobachtung und -typisierung, zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Nordenstadt“ auf Rang 31 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	7.989	7.868	-121	-1,5%
Haushalte	3.571	3.639	-68	-1,9%
Wohnungen	3.467	3.522	+55	+1,6%
Mobilitätsziffer	15,2%	14,3%	-	-5,9%

Die Werte weisen nur marginale Veränderungen auf.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Veränderung in %	WI 2005	WI 2011	Veränderung in %
Admin. Intervention	Existenzsicherungsquote	5,8%	5,6%	-2,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	10,8	9,9%	-8,5	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	4,1%	2,9%	-29,3	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	7,0%	5,8%	-17,3	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	17,0%	17,0%	+0,1	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	9,4%	9,4%	+0,2	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+28,9qm	+30,1qm	+1,9	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren weisen in beiden Vergleichsjahren deutlich geringere Werte als der städtische Durchschnitt auf. Die Existenzsicherungsquote und die Kinderarmutsquote sind zwischen 2005 und 2011 gesunken und haben sich positiver als in der Gesamtstadt entwickelt. Die ohnehin 2005 schon sehr geringe Arbeitslosigkeitsquote ist nochmals, wie auch in der Gesamtstadt, gesunken.

Alle drei Indikatoren liegen somit konstant im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Auch die vier Indikatoren zur Bestimmung der Lebenslagenrisiken weisen deutlich unterdurchschnittliche Werte auf, liegen also im Bereich der niedrigen sozialen Bedarfslage.

Der Anteil der Alleinerziehenden und der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern hat sich - wie auch in der Gesamtstadt - zwischen 2005 und 2011 nicht verändert.

Bezogen auf die Wohnraumversorgung gibt es geringe positive Veränderungen.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist, etwas geringer als in der Gesamtstadt - ausgehend von einem bereits 2005 unterhalb des Durchschnitts liegenden Wertes - weiter gesunken.

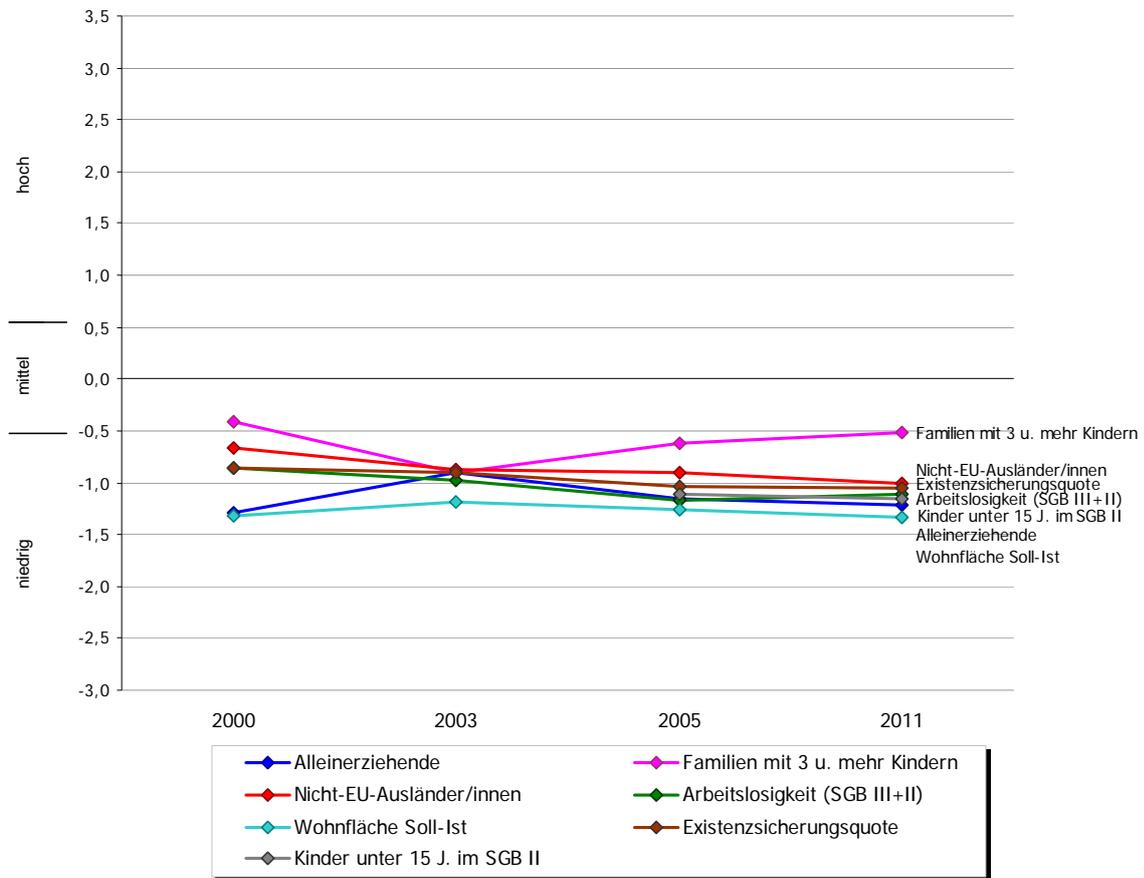
### Gesamtbewertung

Die Indikatoren zeigen nur sehr geringe Veränderungen - diese aber alle positiver als die gesamtstädtische Entwicklung - bezogen auf das Ausmaß an administrativer Intervention und die Entwicklung des Lebenslagenrisikos. Die Werte liegen 2005 und auch 2011 deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts.

Der Stadtteil Nordenstadt liegt stabil im niedrigen Bedarfslagenbereich. Die beschriebenen Veränderungen fallen nur gering aus, sodass sich Nordenstadt kaum im Gefüge der Stadtteile untereinander und bezogen auf die Abweichung vom Mittelwert der Stadtteile verändert hat.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Nordenstadt

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,95</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	56,0%	-1,05	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	2,9%	-1,11	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,1%	-1,19	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,9%	-0,45	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-1,02</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	50,9%	-0,19	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	0,8%	-0,94	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	9,6%	-0,86	15,3%
Wohngeldquote	0,7%	-0,87	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+30,1qm	-1,24	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	10,5%	-0,86	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	1,2%	-0,84	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	5,5%	-1,93	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	9,9%	-1,15	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	4,9%	-0,02	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	17,0%	-1,21	23,9%
Quote „große Familien“	9,4%	-0,52	12,5%
Anteil allein lebender älterer Menschen	26,4%	-2,02	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	42,8%	-1,50	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	5,8%	-1,00	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,5	-1,27	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	6,0%	-1,05	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	23,5%	-0,98	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	10,6%	-1,10	18,4%

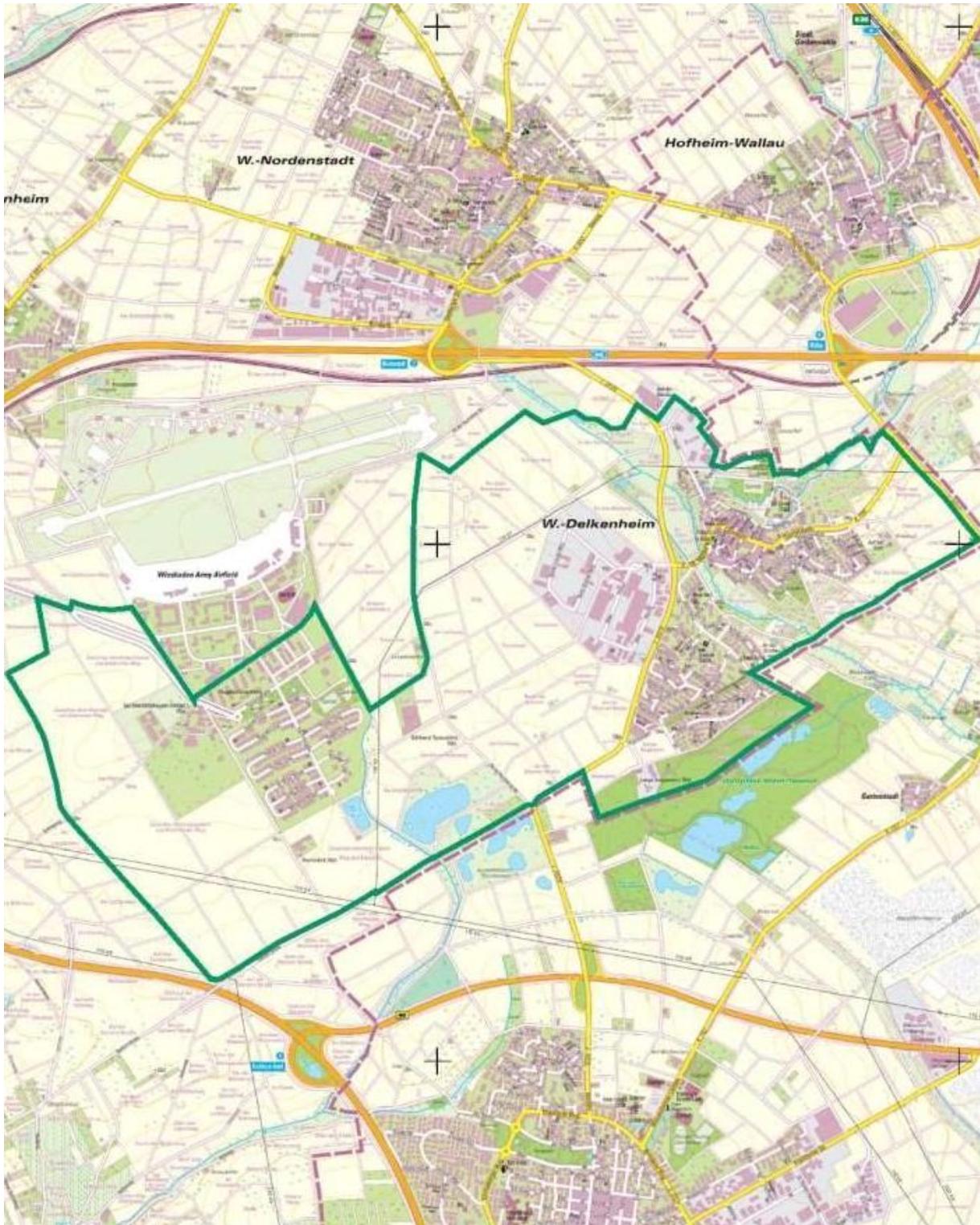
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Delkenheim



## Delkenheim

Der Stadtteil „Delkenheim“ zählt zu den in den 1970er Jahren nach Wiesbaden eingemeindeten Umlandgemeinden. Der ursprünglich dörfliche Charakter, hat sich durch Nachverdichtungen und Modernisierungen im alten Dorfkern, der Errichtung großer Neubaugebiete und dem großen Gewerbegebiet zu einer typischen Umlandgemeinde im Ballungsraum entwickelt.

Nahezu 90% der Wohngebäude Delkenheims sind Ein- bzw. Zweifamilienhäuser. In den Neubaugebieten dominieren Reihenhäuser und andere Eigenheimformen. Es existieren aber auch einige Geschosswohnungsbauten, die ehemals im sozialen Wohnungsbau errichtet, mittlerweile aus der Sozialbindung gefallen sind und frei vermietet werden.

Im großen Gewerbegebiet sind Produktions-, Vertriebs- und Verwaltungsgebäude - von insbesondere innovativen und technologisch ausgerichteten Unternehmen - angesiedelt.

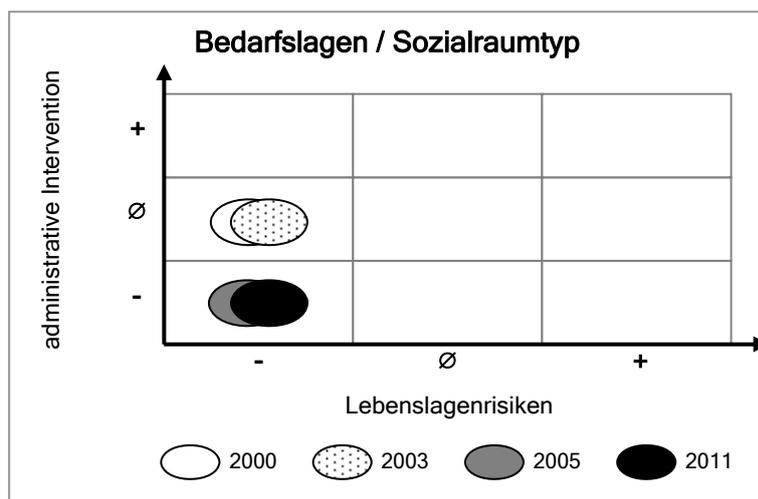
Delkenheim liegt inmitten von Feldern und verfügt über eine gute Autobahnanbindung in das Rhein-Main-Gebiet.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Delkenheim“ weist 2011, wie auch bereits im Jahr 2005, eine niedrige soziale Bedarfslage sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention, als auch bezogen auf das Lebenslagenrisiko auf.

In den Jahren 2000 und 2003 wurde Delkenheim noch in die Kategorie der mittleren sozialen Bedarfslage eingeordnet, da das Ausmaß der administrativen Intervention im mittleren Bereich lag. Hier ist eine stabile Verbesserung festzustellen.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Delkenheim“ auf Rang 28 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	5.028	4.988	-40	-0,8%
Haushalte	2.146	2.222	+76	+3,5%
Wohnungen	2.142	2.209	+67	+0,3%
Mobilitätsziffer	12,7%	13,4%	-	+5,5%

Es ergaben sich nur marginale Veränderungen.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	6,9%	7,3%	+6,4	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	13,9%	15,4%	+10,8	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	5,3%	3,0%	-43,4	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	6,9%	5,9%	-14,8	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	18,1%	19,4%	+7,5	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	10,7%	8,3%	-22,2	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+27,8qm	+29,4qm	+2,4	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht angestiegen, liegt aber auch 2011 noch deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts. Auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die von SGB II-Leistungen leben ist etwas stärker als im Stadtdurchschnitt gestiegen. Auch diese Quote liegt nach wie vor deutlich unter dem städtischen Durchschnittswert.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist zwischen 2005 und 2011 deutlich stärker als im städtischen Durchschnitt gesunken. Der bereits 2005 sehr niedrige Wert hat sich weiter verbessert.

Alle drei Indikatoren weisen in beiden Vergleichsjahren Werte im niedrigen Bedarfslagenbereich auf.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Auch die vier Indikatoren zur Messung der Lebenslagenrisiken weisen Werte auf, die alle im Bereich der niedrigen sozialen Bedarfslage liegen.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist, analog zur gesamtstädtischen Entwicklung, etwas gesunken.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist leicht angestiegen, jedoch bedingt durch die geringen Fallzahlen sind hier nahezu keine realen Veränderungen auszumachen: Die absolute Zahl der Alleinerziehendenhaushalte stieg um 5 Haushalte).

Sehr deutlich gesunken ist der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern, er liegt 2011 deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts, also im Bereich der niedrigen Bedarfslage. 2005 lag dieser Wert noch im mittleren Bereich.

Die Anzahl der großen Familien sank um 14 Haushalte auf 45 Haushalte.

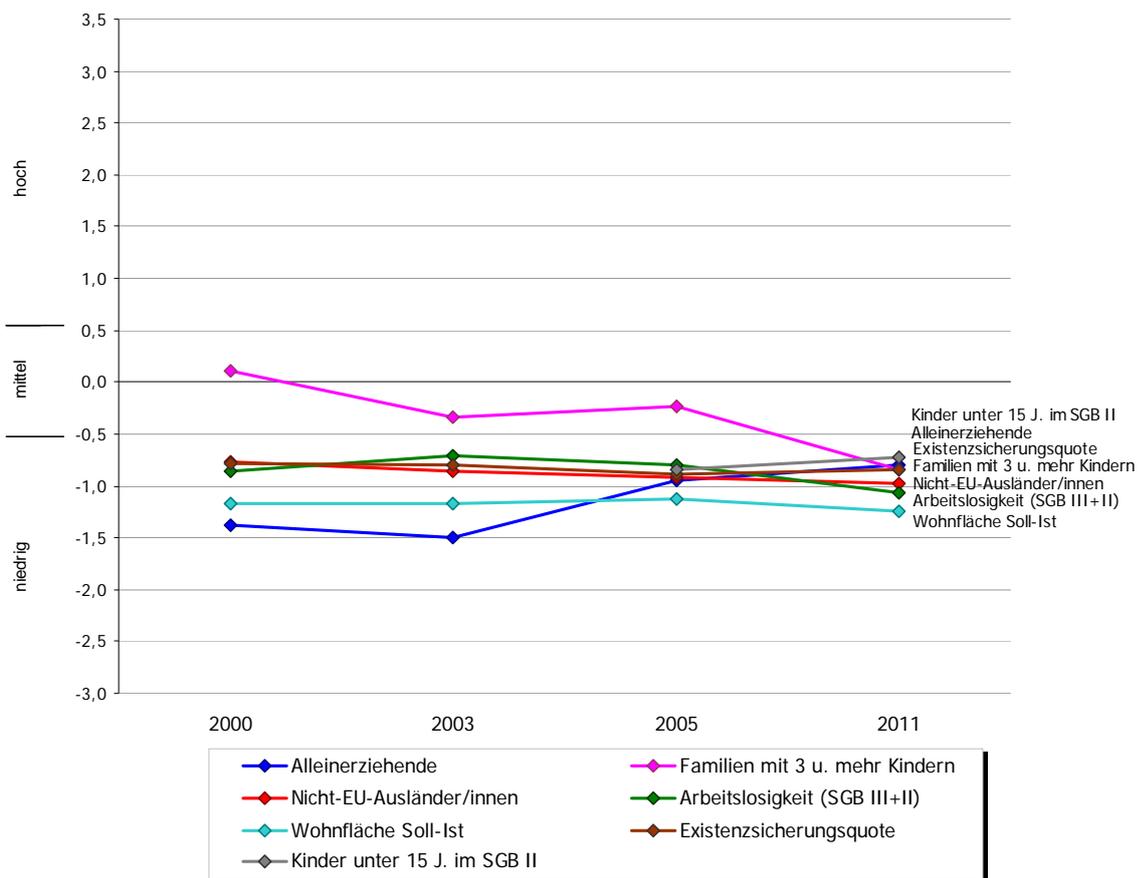
Die ausreichende Versorgung mit Wohnfläche hat sich zwischen 2005 und 2010 nur marginal verändert. Sie entspricht im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt einer niedrigen Bedarfslage.

### Gesamtbewertung

Die Indikatoren weisen keine wesentlichen Veränderungen der sozialen Bedarfslage auf. Auch wenn sich in einigen Indikatoren leichte Verschiebungen ergaben, es weitere Verbesserungen im Stadtteilranking gab, sind diese Veränderungen jedoch nicht gravierend, sodass eine unveränderte soziale Lage festzustellen ist.

Es erfolgt somit eine Zuordnung zur Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Delkenheim

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,69</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	7,3%	-0,84	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	3,0%	-1,07	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,2%	-0,30	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	2,6%	-0,56	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,81</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	58,0%	0,40	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,9%	-0,13	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	8,6%	-0,99	15,3%
Wohngeldquote	0,01	-0,56	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+29,4qm	-1,15	+16,7qm
<b>Bildung</b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	21,7%	0,36	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	0,0%	-1,16	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	8,5%	-1,51	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	15,4%	-0,73	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-0,85	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	19,4%	-0,80	23,9%
Quote „große Familien“	8,3%	-0,84	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	27,1%	-1,95	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	40,2%	-1,78	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	5,9%	-0,98	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,6	-1,04	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	11,1%	-0,13	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	26,5%	-0,58	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	11,0%	-1,05	18,4%

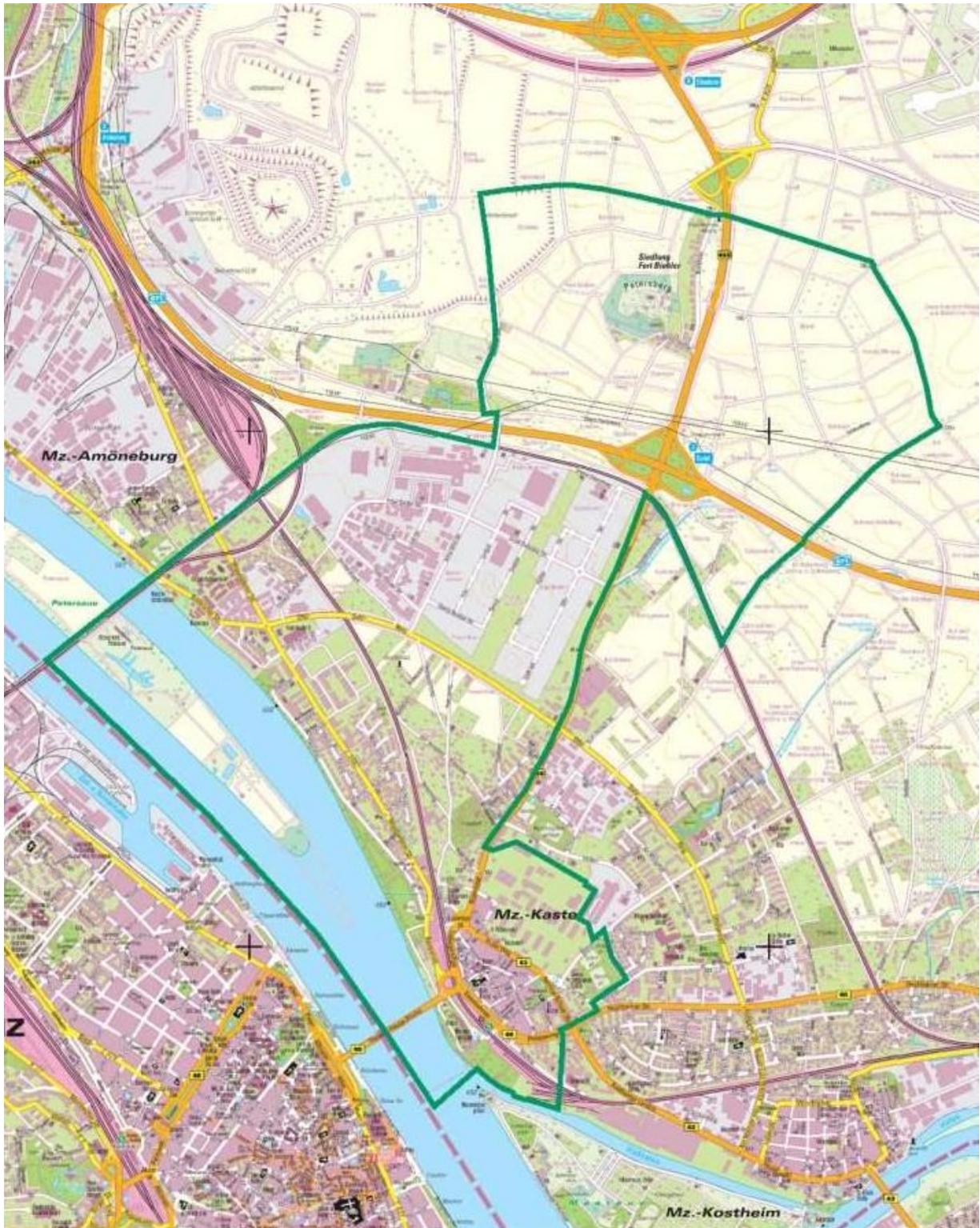
\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

# Kastel-alt



## Kastel-alt

Der ehemals zur Stadt Mainz gehörende Stadtteil „Kastel“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg politisch der Stadt Wiesbaden zugeordnet.

Kastel-alt liegt rechtsrheinisch mit Brückenverbindung nach Mainz. In vielen Lebensbereichen besteht eine - traditionell gewachsene - enge Orientierung der Bevölkerung nach Mainz.

Kastel-alt umfasst neben dem alten Vorortkern einige Siedlungserweiterungen, insbesondere die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandenen Gebiete entlang des Rheinufers.

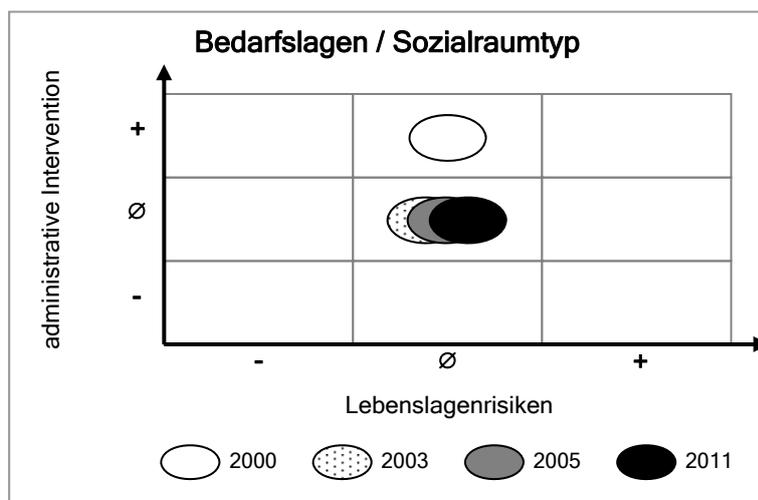
Der Stadtteil ist weiterhin geprägt durch große Gewerbegebiete.

2005 wurde der Stadtteil in das Programm „Stadtumbau in Hessen“ aufgenommen.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Kastel-alt“ ist seit 2003 ein Stadtteil mit mittlerer sozialer Bedarfslage, mit sowohl einem mittleren Ausmaß an administrativer Interventionen als auch mittlerem Lebenslagenrisiko.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Kastel-alt“ auf Rang 19 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	8.461	8.587	+126	+1,5%
Haushalte	4.227	4.388	+161	+3,8%
Wohnungen	4.196	4.288	+92	+2,2%
Mobilitätsziffer	25,7%	28,0%	-	+8,9%

Die Zahl der Einwohner, Haushalte und Wohnungen ist leicht angestiegen. Ebenso ist ein Anstieg der Mobilitätsziffer festzustellen, diese ist nun überdurchschnittlich hoch.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	12,6%	11,2%	-11,4	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	23,4%	19,8%	-15,3	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	6,9%	5,0%	-27,5	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	13,01%	9,1%	-30,1	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	23,1%	20,9%	-9,4	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	10,9%	9,5%	-13,2	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+8,6qm	+9,3qm	+1,2qm	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist zwischen 2005 und 2011 leicht, aber stärker als in der Gesamtstadt, gesunken, sie liegt 2005 und auch 2011 im durchschnittlichen Bereich.

Auch der Anteil und die Anzahl der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug sind, gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung, deutlich gesunken. Lag diese Quote 2005 noch leicht über dem städtischen Durchschnitt, liegt sie nun deutlich darunter und es ist eine eindeutige Verbesserung - auch im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt - festzustellen.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist ebenfalls, wie auch in der Gesamtstadt, gesunken und liegt im mittleren Bereich.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist zwischen 2005 und 2011 deutlich gesunken und liegt nun unter dem städtischen Durchschnitt, zwar noch im Bereich der mittleren Bedarfslage aber mit deutlicher positiver Entwicklungstendenz.

Der Anteil der Alleinerziehenden und der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern ist ebenfalls zwischen 2005 und 2011 deutlich gesunken, während in der gesamtstädtischen Entwicklung die Alleinerziehendenquote gestiegen ist und die Quote der großen Familien stagniert hat. Auch die absoluten Zahlen haben sich deutlich verringert.

Beide Indikatoren weisen nun Werte auf, die unter dem städtischen Durchschnitt liegen und im Grenzbereich zwischen mittlerer und niedriger sozialer Bedarfslage.

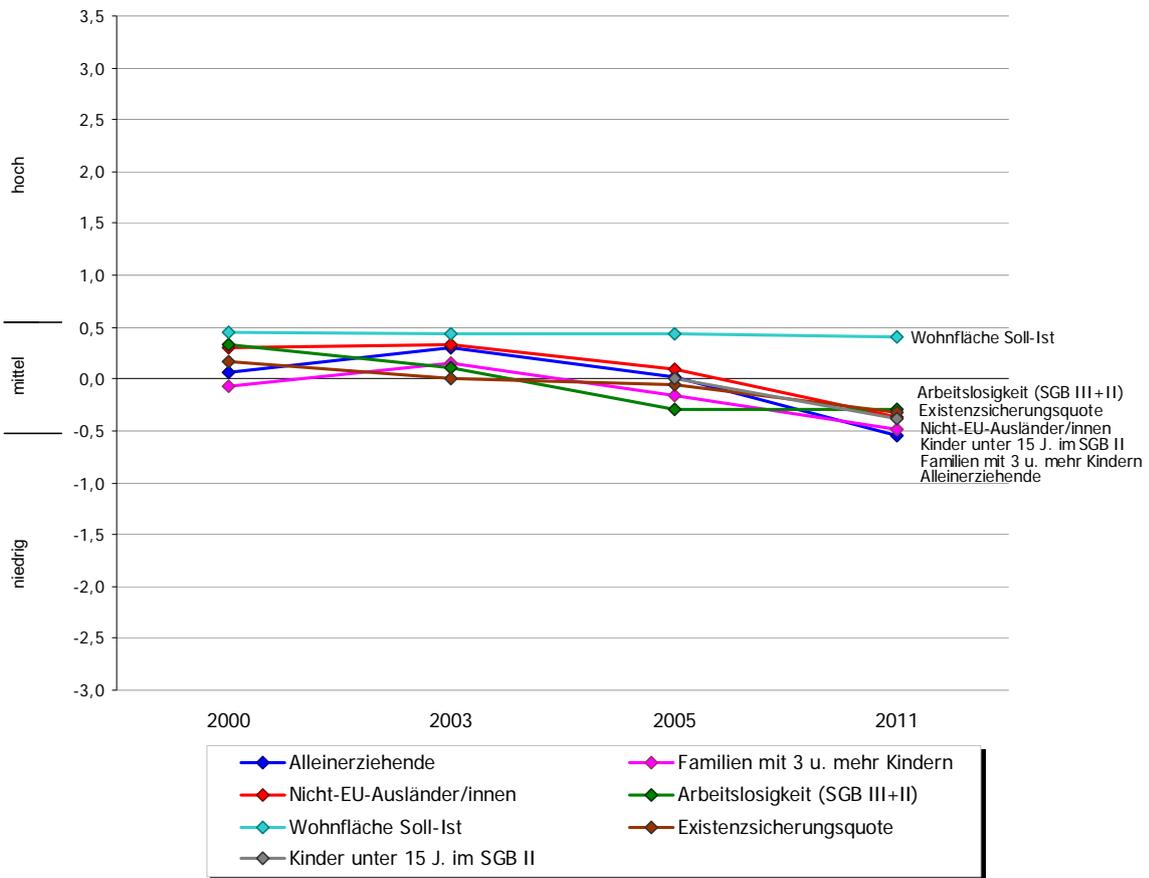
Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum ergaben sich nur geringfügige Veränderungen. Sowohl 2005 als auch 2011 lagen die Werte im mittleren Bereich.

### Gesamtbewertung

Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt lassen sich zwischen 2005 und 2011 in fünf der sieben verwendeten Indikatoren deutlich positive Entwicklungstendenzen ablesen.

Von daher erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“.

### Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Kastel-alt

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,30</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	11,2%	-0,33	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	5,0%	-0,30	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,4%	-0,14	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	4,0%	-0,44	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,02</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	55,0%	0,15	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,7%	-0,31	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	15,5%	-0,05	15,3%
Wohngeldquote	1,5%	-0,03	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+9,3qm	0,43	+16,7qm
<b>Bildung<sup>58</sup></b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	15,0%	-0,37	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	3,6%	-0,20	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	k. A.	k. A.	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	19,8%	-0,38	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	1,3%	-0,63	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	20,9%	-0,55	23,9%
Quote „große Familien“	9,5%	-0,49	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	42,4%	-0,43	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	63,1%	0,63	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,1%	-0,36	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,9	-0,36	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	17,1%	0,94	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	34,1%	0,41	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	27,1%	0,25	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>58</sup> Das Indikatorenset „Bildung“ wird ohne den Indikator „Anteil Risiko niedriger Schulabschluss“ erfasst, da hier - aufgrund der Orientierung eines großen Teils der Schülerinnen und Schüler im Übergang auf die weiterführenden Schulen nach Mainz - keine verlässlichen Werte ermittelt werden konnten.

## Kostheim-alt



## Kostheim-alt

Der Stadtteil „Kostheim“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr der Stadt Mainz sondern Wiesbaden politisch zugeordnet.

Kostheim liegt an der Mündung des Mains in den Rhein. In vielen Lebensbereichen besteht eine - traditionell und historisch gewachsene - enge Orientierung der Bevölkerung nach Mainz.

Kostheim-alt umfasst neben dem alten Vorortkern, dessen dörflicher vom Weinbau geprägter Ursprungscharakter noch gut zu erkennen ist, einige Siedlungserweiterungen die insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden sind.

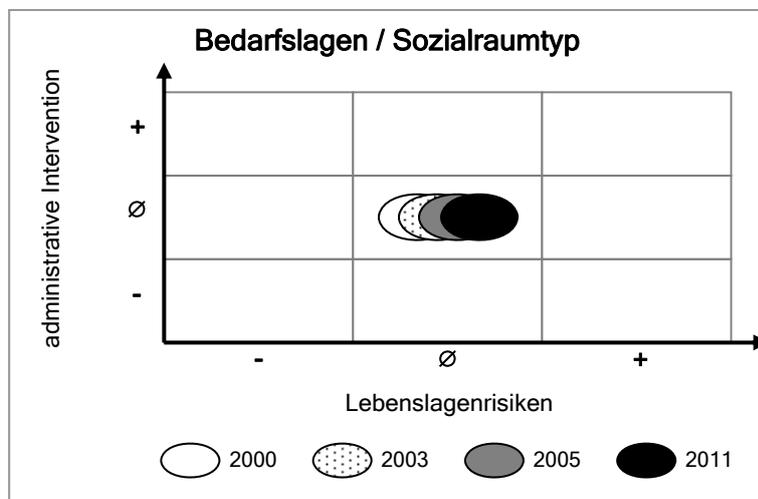
Im alten Ortskern existieren zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte und gastronomische Betriebe.

2005 wurde der Stadtteil in das Programm „Stadtumbau in Hessen“ aufgenommen.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Kostheim-alt“ ist seit Beginn der Sozialraumbewertung und -typisierung ein Stadtteil mittlerer sozialer Bedarfslage, mit sowohl einem mittleren Ausmaß an administrativer Intervention als auch mittlerem Lebenslagenrisiko.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Kostheim-alt“ auf Rang 20 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



### Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	9.719	9.768	+49	-0,5%
Haushalte	4.663	4.706	+43	+0,9%
Wohnungen	4.643	4.795	+152	+3,3%
Mobilitätsziffer	18,3%	18,8%	-	+2,7%

Die Werte zeigen sich recht stabil, lediglich die Zahl der Wohnungen ist durch kleinere Neubaumaßnahmen etwas angestiegen.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	10,4%	9,5%	-8,6	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	20,7%	18,7%	-9,8	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	7,0%	5,1%	-27,1	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	10,0%	9,3%	-7,4	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	17,4%	19,9%	+14,7	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	10,9%	10,8%	-0,6	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+8,7qm	+11,3qm	+3,7	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Werte aller drei Indikatoren liegen 2005 und auch 2011 unter dem städtischen Durchschnitt.

Die Existenzsicherungsquote ist zwischen 2005 und 2011 etwas gesunken.

Ebenso ist der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug, entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung, gesunken.

Lagen in beiden Indikatoren 2005 noch mittlere Bedarfslagen vor, haben sich die Werte 2011 so weit verbessert, dass die Existenzsicherungsquote in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage fällt und die Kinderarmutsquote knapp unterhalb der Kategoriengrenze im mittleren Bereich liegt.

Auch der Arbeitslosigkeitsquote ist, wie auch in der Gesamtstadt, gesunken. Sie liegt 2005 und auch 2011 im Bereich der mittleren Bedarfslagen.

### Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Nicht-EU-Staatsbürger an der Bevölkerung liegt sowohl 2005 als auch 2011 leicht unterhalb des städtischen Durchschnitts im mittleren Bereich und ist in diesem Zeitraum - analog der Entwicklung in der Gesamtstadt - gesunken.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern, der 2005 erheblich unterhalb des Stadtdurchschnitts lag, hat etwas stärker als in der Gesamtstadt zugenommen, liegt aber immer noch unterhalb des städtischen Durchschnitts im niedrigen Bedarfslagenbereich.

Nahezu unverändert blieb der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern etwas unterhalb des städtischen Durchschnitts im mittleren Bedarfslagenbereich.

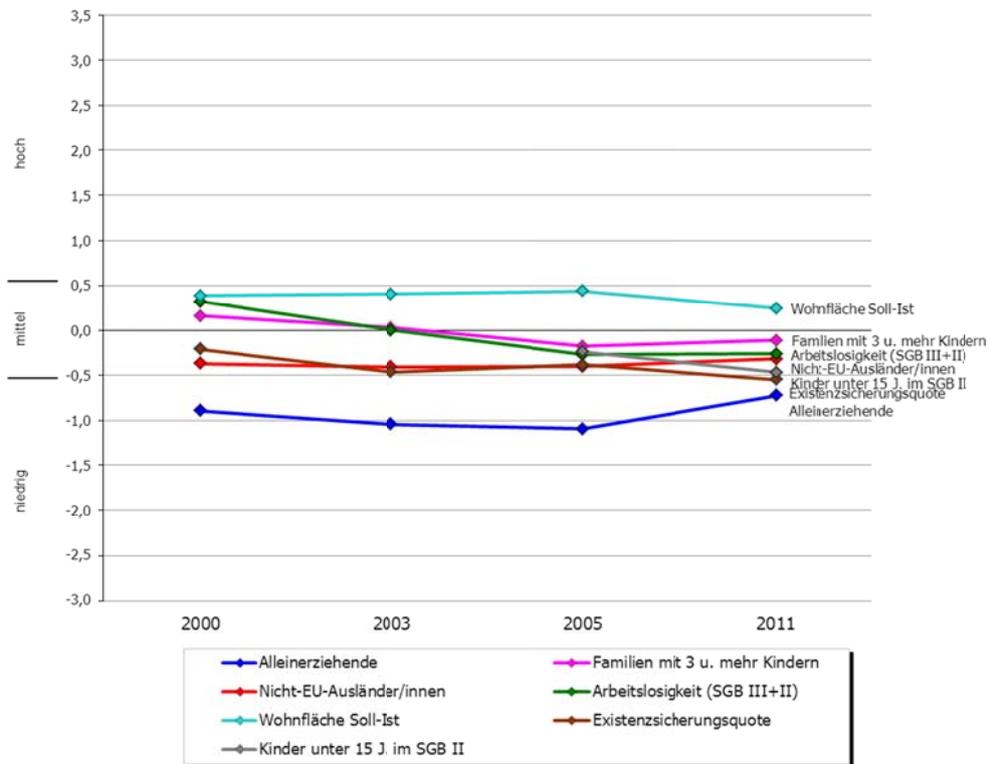
Auch bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum sind keine nennenswerten Veränderungen festzustellen.

### Gesamtbewertung

Zwischen 2005 und 2011 ergaben sich zwar in einigen Indikatoren leichte Verbesserungen, aber insgesamt keine nennenswerten Veränderungen. Der Stadtteil Kostheim-alt weist stabil mittlere Lebenslagenrisiken und ein mittleres Ausmaß an administrativer Intervention auf.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Kostheim-alt

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>-0,39</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	9,5%	-0,55	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	5,1%	-0,26	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	2,0%	-0,46	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	6,0%	-0,27	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>-0,12</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	55,0%	0,15	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	1,3%	-0,40	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	13,1%	-0,38	15,3%
Wohngeldquote	1,8%	0,28	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+11,3qm	0,28	+16,7qm
<b>Bildung<sup>59</sup></b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	17,1%	-0,14	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	2,6%	-0,47	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	k. A.	k. A.	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	18,7%	-0,47	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	1,1%	-0,56	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	19,9%	-0,72	23,9%
Quote „große Familien“	10,8%	-0,11	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	39,2%	-0,74	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	51,1%	-0,63	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,3%	-0,32	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	2,6	1,23	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	11,4%	-0,08	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	32,7%	0,23	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	19,7%	0,01	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>59</sup> Das Indikatorenset „Bildung“ wird ohne den Indikator „Anteil Risiko niedriger Schulabschluss“ erfasst, da hier - aufgrund der Orientierung eines großen Teils der Schülerinnen und Schüler im Übergang auf die weiterführenden Schulen nach Mainz - keine verlässlichen Werte ermittelt werden konnten.

## Kastel-, Kostheim-Neubauegebiete



## Kastel-, Kostheim-Neubauegebiete

Der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubauegebiete“ umfasst die in den 1970er Jahren bis heute entstandenen großen neuen Wohngebiete, die an die alten Vorortkerne von Kastel und Kostheim angrenzen.

Die Gebiete Krautgärten, Schmalweg, Uthmannstraße sind zum einen geprägt durch sozialen Wohnungsbau der dritten Generation, aber auch Eigentumswohnformen mit vorwiegender Reihenhausbauung.

Der soziale Wohnungsbau der 3. Generation in diesem Gebiet zeichnet sich aus durch eine höhere architektonische und städtebauliche Qualität und Vielfalt, im Gegensatz zu den älteren Sozialwohnungsgebieten (1. und 2. Generation).

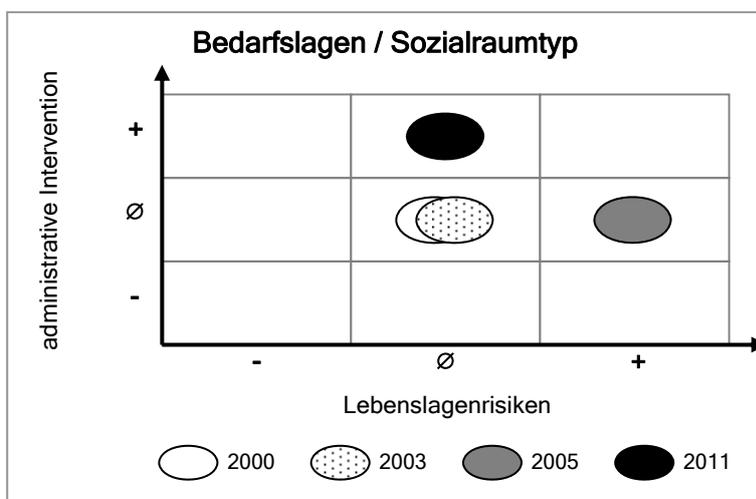
Soziale Infrastruktur wurde hier von Anfang an mitgeplant und ist in ausreichendem Maße vorhanden.

### Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubauegebiete“ ist 2005 und auch 2011 ein Stadtteil mit hoher sozialer Bedarfslage. Es fand jedoch eine Verschiebung der Problembereiche statt. Lag das Lebenslagenrisiko 2005 noch im hohen Bereich, so reduzierte sich dieses 2011 - sicherlich auch der Erweiterung des Indikatorensets geschuldet - zu einem durchschnittlichen Risiko.

Jedoch stieg das Ausmaß der administrativen Intervention deutlich an und liegt nun statt im mittleren Bereich deutlich über dem städtischen Durchschnitt und ist als hoch zu kategorisieren. Diese Verschärfung der Problemlagen erklärt sich teilweise durch die Erweiterung des Indikatorensets um den Indikator „Anteil sozialer Wohnungsbau“ - der in diesem Stadtteil einen sehr hohen Wert erreicht-, sie ist aber auch auf einen deutlichen Anstieg der Abhängigkeit von Existenz sichernden Leistungen zurück zu führen.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander, liegt der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubauegebiete“ auf Rang 10 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.



## Entwicklung der Eckwerte

	2005	2011	Differenz abs.	Differenz %
Einwohner	7.690	7.875	+185	+2,4%
Haushalte	3.167	3.388	+221	+7,0%
Wohnungen	3.014	3.146	+132	+4,4%
Mobilitätsziffer	16,7%	16,7%	-	+/-0,0%

Die Werte zeigen ein Wachstum der Bevölkerung, der Haushalte und der Zahl der Wohnungen; bedingt durch Neubauten.

## Dynamikindikatoren: Veränderungen 2011 zu 2005

		2005	2011	Ver- änderung in %	WI 2005	WI 2011	Ver- änderung in %
Admin. Inter- vention	Existenzsicherungs- quote	13,1%	18,1%	+38,2	12,8%	12,4%	-3,1
	Kinderarmutsquote	25,1%	36,3%	+44,6	21,8%	23,2%	+6,5
	Arbeitslosigkeitsquote	8,6%	6,5%	-24,4	7,4%	5,4%	-27,0
Risk. LL	Nicht-EU-Ausländer	13,9%	13,4%	-3,5	11,3%	10,0%	-11,5
	Alleinerziehende	17,2%	19,3%	+12,0	22,9%	23,9%	+4,3
	Große Familien	16,3%	17,5%	+7,3	11,0%	11,0%	0
	Wohnfläche Soll - Ist	+7,9qm	+8,5qm	+1,0	+15,7qm	+16,7qm	+1,5

## Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Zwischen 2005 und 2011 sind sowohl die Existenzsicherungsquote, als auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug erheblich angestiegen. Beide Indikatoren weisen die höchsten Anstiege aller Stadtteile auf.

2005 lagen die Werte knapp über dem städtischen Durchschnitt im mittleren Bedarfslagenbereich, 2011 liegen sie jedoch deutlich oberhalb des Durchschnitts der Gesamtstadt und im Bereich der hohen Bedarfslagen.

Die Armut im Stadtteil hat erheblich zugenommen und stellt eine neue Problemlage dar. Die Anzahl der Menschen mit Existenzsicherungsleistungen und die Anzahl der Kinder mit SGB II ist zwischen 2005 und 2011 erheblich angestiegen.

Besonders deutlich fallen die Verschärfungen der Problemlage in einigen Wohnblocks aus, die durch einen Eigentümer- und damit verbundenen Mieterwechsel eine stark veränderte Mieterstruktur zeigen.

Eine Erklärung für den Anstieg der Existenzsicherungs- und der Kinderarmutsquote ist ein erheblicher Zuzug<sup>60</sup> von SGB II Bedarfsgemeinschaften im Langzeitbezug.

Die Quote der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist zwischen 2005 und 2011 - analog der städtischen Entwicklung - gesunken. Sie liegt über dem städtischen Durchschnitt, aber noch im mittleren Bedarfslagenbereich.

## Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Nicht-EU-Staatsbürger an der Bevölkerung ist zwischen 2005 und 2011 leicht zurück gegangen, jedoch fiel dieser Rückgang etwas schwächer als in der gesamt-

<sup>60</sup> Zwischen 2010 und 2012 zogen 134 solcher Bedarfsgemeinschaften im SGB II Langzeitbezug zu, während 26 wegzogen.

städtischen Entwicklung aus. Der Wert in diesem Indikator liegt noch im mittleren Bedarfslagenbereich.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern, der 2005 deutlich unterdurchschnittlich war, ist zwar etwas stärker als im Stadtdurchschnitt angestiegen, liegt aber immer noch deutlich unterhalb des Durchschnitts der Gesamtstadt. Im Vergleich zu den anderen Stadtteilen und des Mittelwertes der Gesamtstadt, ist bezogen auf diesen Indikator zwar eine Verschlechterung, aber immer noch eine deutlich niedrige Bedarfslage festzustellen.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern liegt jedoch deutlich oberhalb des Durchschnitts der Gesamtstadt und hat sich seit 2005 nochmals erhöht.

Das bereits 2005 bestehende hohe Lebenslagenrisiko hat sich weiter verschärft.

Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum gab es zwischen 2005 und 2011 nahezu keine Veränderung. Die Versorgung ist schlechter als im Stadtdurchschnitt und liegt knapp im Bereich der Kategorie „hohe Bedarfslage“.

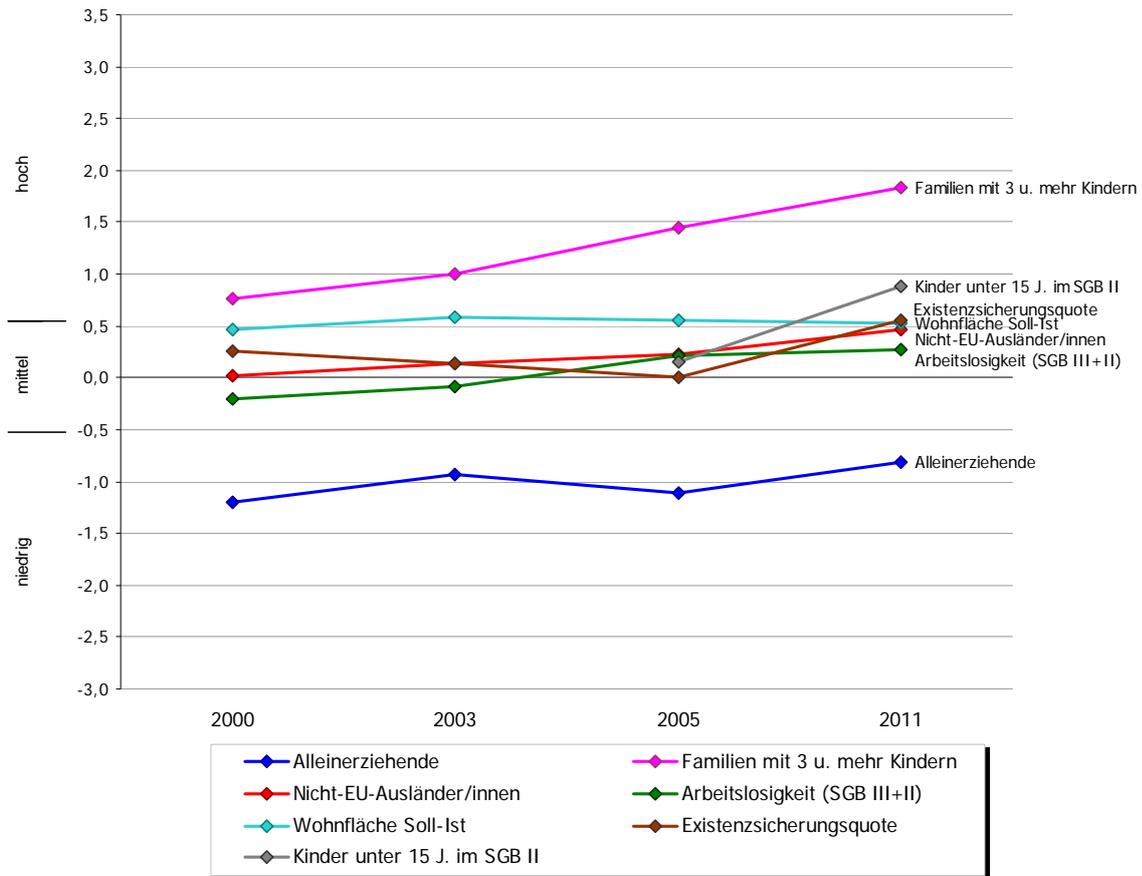
### **Gesamtbewertung**

Das Ausmaß an administrativer Intervention hat zwischen 2005 und 2011 erheblich zugenommen. Betrachtet man die vier Indikatoren zur Messung der Veränderung des Lebenslagenrisikos im Zeitverlauf, ist festzustellen, dass drei Indikatoren eine Verschärfung des Risikos aufzeigen.

Die Problem- und Belastungslagen im Stadtteil haben somit deutlich zugenommen.

Diese Entwicklung muss - wie bisher schon geschehen - aufmerksam beobachtet und geeignete Maßnahmen der sozialen Kommunalpolitik und Sozialverwaltung platziert werden. Der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete“ zählt aufgrund der beschriebenen Entwicklungen zu den Stadtteilen der Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“.

## Zeitreihe Dynamikindikatoren



## Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete

Indikator*	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
<b>Administrative Intervention</b>		<b>0,62</b>	
Existenzsicherungsquote (SGB II und XII)	18,1%	0,55	12,4%
Arbeitslosigkeitsquote (18- bis 64-Jährige)	6,5%	0,27	5,4%
Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung	1,9%	-0,54	2,6%
Anteil sozialer Wohnungsbau	34,0%	2,20	6,9%
<b>Lebenslagenrisiko</b>		<b>0,30</b>	
<b>Prekäre Erwerbschancen</b>			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II	65,2%	0,78	55,7%
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II	3,1%	0,77	1,8%
<b>Prekäre Einkommen</b>			
Überschuldungsquote	10,9%	-0,68	15,3%
Wohngeldquote	2,0%	0,49	1,4%
<b>Wohnen</b>			
Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil	+8,5qm	0,55	+16,7qm
<b>Bildung<sup>61</sup></b>			
Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“	26,4%	0,87	18,0%
Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“	5,1%	0,20	4,3%
Anteil Risiko niedriger Schulabschluss	k. A.	k. A.	20,1%
<b>Herkunftsbenachteiligung</b>			
Kinderarmutsquote (SGB II unter 15 Jahren)	36,3%	0,88	23,2%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,1%	-0,68	5,1%
<b>Riskante Haushaltsformen</b>			
Alleinerziehendenquote	19,3%	-0,82	23,9%
Quote „große Familien“	17,5%	1,83	11,0%
Anteil allein lebender älterer Menschen	41,0%	-0,57	46,7%
<b>Soziale Einbindung</b>			
Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“	51,0%	-0,64	56,9%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,4%	0,46	10,0%
<b>Gesundheit</b>			
Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“	1,8	-0,59	2,0
Anteil übergewichtige Kinder	21,6%	1,75	11,4%
<b>Politische Teilhabe</b>			
Nichtwähleranteil Bundestagswahl 2009	33,6%	0,35	28,8%
Anteil der Nicht-Wahlberechtigten Bundestagswahl 2009	20,1%	0,06	18,4%

\* ausführliche Beschreibung der Indikatoren s. 2

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

<sup>61</sup> Das Indikatorenset „Bildung“ wird ohne den Indikator „Anteil Risiko niedriger Schulabschluss“ erfasst, da hier - aufgrund der Orientierung eines großen Teils der Schülerinnen und Schüler im Übergang auf die weiterführenden Schulen nach Mainz - keine verlässlichen Werte ermittelt werden konnten.

## Anhang

Abbildung 40: Entwicklungen der Stadtteile in den einzelnen Dynamikindikatoren und Kategorisierung nach Entwicklungstendenz

Stadtteil	Ausmaß administrativer Intervention				Ausmaß riskanter Lebenslagen					Gesamtbewertung
	Existenzsicherungsquote	Arbeitslosigkeitsquote*	Kinderarmutsquote	Kategorie	Anteil Nicht EU Staatsangehörige	Allein erziehenden quote	Quote „große Familien“	Wohnraumversorgung	Kategorie	
Zentrum	0	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	+1	0	+1	0	Abnehmender Handlungsbedarf**	Stabiler Handlungsbedarf**
Bergkirchenviertel	0	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	+1	0	+1	0	Abnehmender Handlungsbedarf	Abnehmender Handlungsbedarf
City-Ost, Nord-Ost	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Sonnenberg, Rambach	0	-1*	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Inneres Westend	-1	0	-1	Zunehmender Handlungsbedarf	+1	-1	+1	-1	Stabiler Handlungsbedarf	Zunehmender Handlungsbedarf
Äußeres Westend	0	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	+1	0	+1	-1	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Adolfsallee, Luxemburgplatz	+1	0	+1	Abnehmender Handlungsbedarf	0	+1	0	-1	Stabiler Handlungsbedarf	Abnehmender Handlungsbedarf
Dichterviertel, Biebricher Allee	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	+1	-1	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Rheingauviertel	0	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Hasengarten-, Friedenstraße	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	+1	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Klarenthal	-1	-1	0	Zunehmender Handlungsbedarf	0	0	-1	-1	Zunehmender Handlungsbedarf	Zunehmender Handlungsbedarf
Hollerborn, Daimlerstraße	-1	0	-1	Zunehmender Handlungsbedarf	0	-1	-1	0	Zunehmender Handlungsbedarf	Zunehmender Handlungsbedarf
Europaviertel, Künstlerinnenviertel	+1	0	+1	Abnehmender Handlungsbedarf	+1	+1	0	0	Abnehmender Handlungsbedarf	Abnehmender Handlungsbedarf
Dostojewski-, Waldstraße	-1	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	-1	-1	0	Zunehmender Handlungsbedarf	Zunehmender Handlungsbedarf
Dotzheim-alt, Kohlheck	-1	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	-1	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Siedlungen Dotzheim	0	-1*	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf

	Ausmaß administrativer Intervention				Ausmaß riskanter Lebenslagen					Gesamtbewertung
	Existenzsicherungsquote	Arbeitslosigkeitsquote*	Kinderarmutsquote	Kategorie	Anteil Nicht EU Staatsangehörige	Allein erziehenden quote	Quote „große Familien“	Anteil unzureichende Wohnraumversorgung	Kategorie	
Schelmengraben	-1	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	-1	-1	-1	0	Zunehmender Handlungsbedarf	Zunehmender Handlungsbedarf
Frauenstein	0	-1*	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Sauerland, Belzbachtal	0	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	+1	-1	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Amöneburg	-1	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	-1	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Biebrich-Siedlungen	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	-1	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Gräselberg	-1	0	-1	Zunehmender Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Zunehmender Handlungsbedarf
Schierstein	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	+1	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	-1	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Parkfeld, Rosenfeld	-1	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	-1	+1	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Bierstadt	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Nordöstliche Vororte	0	-1*	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Erbenheim-Hochfeld	-1	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Erbenheim (ohne Hochfeld)	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Nordenstadt	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Delkenheim	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	+1	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Kastel-alt	0	0	+1	Stabiler Handlungsbedarf	+1	+1	0	0	Abnehmender Handlungsbedarf	Abnehmender Handlungsbedarf
Kostheim-alt	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Stabiler Handlungsbedarf
Kastel-/Kostheim-Neubaugebiete	+1	0	+1	Zunehmender Handlungsbedarf	0	0	0	0	Stabiler Handlungsbedarf	Zunehmender Handlungsbedarf

\* Die Arbeitslosigkeitsquote ist zwischen 2005 und 2011 im Stadtdurchschnitt von 7,4 % auf 5,4 % (um 2 Prozentpunkte) gesunken; einige Stadtteile, die in 2005 eine deutlich geringere - und auch sehr geringe - Arbeitslosigkeitsquote als der Stadtdurchschnitt hatten und deren Quote weiter gesunken ist - allerdings mit einer geringeren Prozentpunktzahl als im Stadtdurchschnitt - weisen in diesem Indikator eine unterdurchschnittliche Veränderung auf und erhalten deshalb einen negativen Wert; eine tatsächliche Verschärfung der Problemlage ist aber in diesen Stadtteilen nicht gegeben (\* an Wert weist darauf hin).

\*\* Aufgrund des angewandten Verfahrens wäre das Zentrum in die Kategorie „Abnehmender Handlungsbedarf“ einzuordnen. Aufgrund selektiver Veränderungen mit geringen Fallzahlen führte dieses Verfahren zu Verzerrungen, sodass in diesem Fall davon abgewichen wurde und das Zentrum in die Kategorie „Stabiler Handlungsbedarf“ eingeordnet wurde. Vgl. Stadtteilbeschreibung „Zentrum“ unter 7

Abbildung 41: Reihenfolge der Stadtteile nach den Indikatoren der sozialen Bedarfslage (1= höchste, 34= niedrigste)

Rang	Stadtteil	z-Werte* (gemittelt)		
		Indikatoren administrative Intervention	Indikatoren Riskante Lebenslagen	Mittlung beider Indikatorengruppen
1	Schelmengraben	1,55	1,51	1,53
2	Inneres Westend	1,39	1,48	1,43
3	Bergkirchenviertel	1,50	0,99	1,25
4	Amöneburg	1,13	0,79	0,96
5	Erbenheim-Hochfeld	1,28	0,59	0,93
6	Sauerland, Belzbachtal	1,03	0,56	0,80
7	Gräselberg	0,52	0,81	0,66
8	Klarenthal	0,88	0,36	0,62
9	Zentrum	0,68	0,48	0,58
10	Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	0,62	0,30	0,46
11	Dostojewski-, Waldstr.	0,34	0,58	0,46
12	Biebrich-alt, Gibb, Kalle	0,23	0,63	0,43
13	Parkfeld, Rosenfeld	0,77	0,06	0,41
14	Hollerborn, Daimlerstraße	0,18	0,55	0,37
15	Europa-, Künstlerinnenviertel	0,06	0,31	0,18
16	Äußeres Westend	0,05	0,29	0,17
17	Adolfsallee, Luxemburgplatz	-0,22	0,12	-0,05
18	Rheingauviertel	-0,25	0,15	-0,05
19	Kastel-alt	-0,30	-0,02	-0,16
20	Kostheim-alt	-0,39	-0,12	-0,25
21	Erbenheim (ohne Hochfeld)	-0,31	-0,21	-0,26
22	Dotzheim-alt, Kohlheck	-0,56	-0,31	-0,43
23	Hasengarten-, Friedenstraße	-0,68	-0,20	-0,44
24	Schierstein	-0,65	-0,37	-0,51
25	Bierstadt	-0,46	-0,61	-0,54
26	Dichterviertel, Biebricher Allee	-0,74	-0,51	-0,62
27	Biebrich-Siedlungen	-0,87	-0,53	-0,70
28	Delkenheim	-0,69	-0,81	-0,75
29	Siedlungen Dotzheim	-0,78	-0,88	-0,83
30	City-Ost, Nord-Ost	-1,02	-0,70	-0,86
31	Nordenstadt	-0,95	-1,02	-0,98
32	nordöstliche Vororte	-1,09	-1,32	-1,21
33	Sonnenberg, Rambach	-1,11	-1,40	-1,25
34	Frauenstein	-1,14	-1,57	-1,36

\* z-Werte (s. auch 3.1) dienen dem Vergleich der Stadtteile untereinander und beschreiben Abweichungen zum Mittelwert. Für diese Übersicht wurden die z-Werte der Indikatorengruppen gemittelt und somit ein z-Wert ermittelt, der als Kennzahl für die Abweichung zum Mittelwert (Standardabweichung) aller Stadtteile dient und Auskunft über die Position des jeweiligen Stadtteils in der Rangfolge aller Stadtteile gibt.

Abbildung 42: Datenquellen des Indikatorensets „administrative Intervention“

	Bereich	Indikator	Datenquellen
Administrative Intervention	Existenzsicherung	<b>Existenzsicherungsquote</b> Anteil der Personen im Leistungsbezug SGB II und XII an der Gesamtbevölkerung	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II und SGB XII; Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen Stichtag 31.12.2011
	Erwerbsbeteiligung	<b>Arbeitslosigkeitsquote</b> Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und SGB III-Leistungsbezug im Alter von 18 bis 64 Jahren an allen Personen dieser Altersgruppe	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II; Bundesagentur für Arbeit (SGB III); Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen Stichtag 31.12.2011
	Erziehungshilfen	<b>Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung</b> Anteil der jungen Menschen im Alter von 0 bis 20 Jahren in einer Erziehungshilfemaßnahme an allen Personen dieser Altersgruppe	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsdaten Hilfen zur Erziehung, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen Stichtag 31.12.2010
	Wohnen	<b>Anteil sozialer Wohnungsbau</b> Anteil der Sozialwohnungen (öffentlich gefördert und noch in der Sozialbindung stehend) an allen Wohnungen	Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik und Amt für Soziale Arbeit, FEBAG Stichtag 31.12.2011

Abbildung 43: Datenquellen des Indikatorensets „riskante Lebenslagen“

	Bereich	Indikator	Datenquellen
Riskante Lebenslagen	Prekäre Erwerbschancen	<b>Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen</b> Anteil der über 25-Jährigen ohne Berufsabschluss mit SGB II-Leistungen an allen SGB II-Beziehern der Altersgruppe	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II Stichtag 31.12.2010
		<b>Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen</b> Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im SGB II-Bezug an allen 18- bis 64-Jährigen	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II; Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen Stichtag: 31.12.2011
	Prekäre Einkommen	<b>Überschuldungsquote</b> Anteil Personen mit Überschuldungsmerkmal an der erwachsenen Bevölkerung	Microm, Schuldnerdaten 2011 Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Stichtag 31.12.2011 Eigene Berechnungen
		<b>Wohngeldquote</b> Anteil Haushalte mit Wohngeldbezug an allen Haushalten	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, Daten bereit gestellt durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik Stichtag 31.12.2011
	Wohnen	<b>Wohnflächenversorgung der Haushalte im Stadtteil</b> Abweichung der tatsächlich im Stadtteil zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus	Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik; Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen Stichtag 31.12.2011
	Bildungsrisiken	<b>Quote „unzureichende Sprachkompetenzen“ in Schuleingangsuntersuchung</b> Anteil der Kinder mit unzureichenden Sprachkompetenzen an allen einzuschulenden Kindern	Schuleingangsuntersuchung 2011/2012, Daten bereit gestellt durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
		<b>Quote „unzureichender Kindertagesstättenbesuch“ zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung</b> Anteil der Kinder mit keinem bzw. einem KT Besuch unter 18 Monaten an allen in der Schuleingangsuntersuchung untersuchten Kindern	Schuleingangsuntersuchung 2011/2012, Daten bereit gestellt durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
		<b>Anteil Risiko niedriger Schulabschluss</b> Anteil des Risikos nur einen niedrigen Schulabschluss zu erreichen (durch ermittelte Sek. I-Übergänge der zuständigen Grundschulen)	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Übergänge Grundschulen - Sek1 bereit gestellt durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Schulamt, Schulentwicklungsplan 2010-2015 Eigene Berechnungen

## Fortsetzung Datenquellen Indikatorenset „riskante Lebenslagen“

	Bereich	Indikator	Datenquellen
Riskante Lebenslagen	Herkunftsbenachteiligung	<b>Kinderarmutsquote</b> Anteil Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug an allen unter 15-Jährigen	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II; Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen Stichtag 31.12.2011
		<b>Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache</b> Anteil der Kinder in der Schuleingangsuntersuchung mit anderer Familiensprache als Deutsch	Schuleingangsuntersuchung 2011/2012, Daten bereit gestellt durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
	Riskante Haushaltsformen	<b>Alleinerziehenden-Quote</b> Anteil alleinerziehender Haushalte an allen Haushalten mit Kindern	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren Stichtag 31.12.2011
		<b>Quote „große Familien“</b> Anteil Haushalte mit 3 und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren Stichtag 31.12.2011
		<b>Anteil allein lebender älterer Menschen</b> Anteil der ab 75-Jährigen in Einpersonenhaushalten an allen Haushalten mit Menschen ab 75 Jahren	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren Stichtag 31.12.2011
	Soziale Einbindung	<b>Quote „Wohndauer unter 10 Jahren“</b> Anteil der Erwachsenen mit einer Wohndauer unter 10 Jahren an der aktuellen Adresse an der erwachsenen Bevölkerung	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung Stichtag 31.12.2011
		<b>Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige</b> Anteil der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung Stichtag 31.12.2011
	Gesundheitsrisiken	<b>Rate „Vorzeitige Sterblichkeit“</b> Vorzeitige Sterblichkeit - Sterberate auf 1.000 Einwohner im Alter von 0-64 Jahren (2007-2011)	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Bewegungsdatensatz Zeitraum 2007-2011
		<b>Anteil übergewichtige Kinder</b> Anteil übergewichtiger oder adipöser Kinder an allen untersuchten Kindern der Schuleingangsuntersuchung	Schuleingangsuntersuchung 2011/2012, Daten bereit gestellt durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
	Politische Teilhabe	<b>Nichtwähleranteil</b> Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009	Bürgeramt, Wahlbezirke umgerechnet auf die Stadtteile, berechnet durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
		<b>Anteil der Nicht-Wahlberechtigten</b> Anteil der Nicht-Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009 an der erwachsenen Bevölkerung	Bürgeramt, Wahlbezirke umgerechnet auf die Stadtteile, berechnet durch Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Abbildung 44: Datenquellen der Dynamikindikatoren

	Indikator	Datenquellen
Administrative Intervention	<b>Existenzsicherungsquote</b> Veränderung des Anteils der Personen im Leistungsbezug SGB II und XII an der Gesamtbevölkerung 2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II und Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen eigene Berechnungen
	<b>Kinderarmutsquote (SGB II)</b> Veränderung des Anteils der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug an allen unter 15-Jährigen 2005 und 2011	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II und Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen eigene Berechnungen
	<b>Arbeitslosigkeitsquote</b> Veränderung des Anteils der Arbeitslosen im SGB II- und SGB III-Leistungsbezug im Alter von 18 bis 64 Jahren an allen Personen dieser Altersgruppe 2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000	Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II; Bundesagentur für Arbeit (SGB III); Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen eigene Berechnungen
Riskante Lebenslagen	<b>Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige</b> Veränderung des Anteils der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung 2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung eigene Berechnungen
	<b>Alleinerziehendenquote</b> Veränderung des Anteils der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern 2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren eigene Berechnungen
	<b>Quote große Familien</b> Veränderung des Anteils der Haushalte mit 3 und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern 2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren eigene Berechnungen
	<b>Wohnraumversorgung der Haushalte im Stadtteil (Wohnfläche SOLL - IST)</b> Veränderung der Abweichung der im Stadtteil tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus 2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000	Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik; Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen eigene Berechnungen

**Abbildung 45: Datenquellen der Schaubilder und Tabellen in der Einzeldarstellung der Stadtteile**

<b>Schaubild, Tabelle</b>	<b>Datenquellen</b>
Schaubild Entwicklung der sozialen Bedarfslage im Zeitverlauf 2000 bis 2011	Amt für Soziale Arbeit, Indikatoren in Sozialatlanten 2000, 2003, 2005 und Indikatoren 2011 eigene Berechnungen
Tabelle Entwicklung der Eckwerte 2005 und 2011	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren eigene Berechnungen
Tabelle Veränderung der Dynamikindikatoren 2011 zu 2005	Dynamikindikatoren s. Abbildung 44 eigene Berechnungen
Schaubild Zeitreihe Entwicklung Dynamikindikatoren 2000 bis 2011	Amt für Soziale Arbeit, Indikatoren in Sozialatlanten 2000, 2003, 2005 und Indikatoren 2011 eigene Berechnungen
Übersicht der stadtteilbezogenen Werte in allen Einzelindikatoren	Indikatoren s. Abbildungen 42 und 43 eigene Berechnungen